REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 495 · 20.5.2005

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 46 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Münte, Moses und Propheten
2. Summer of Resistance. Eine Zwischenbilanz der Proteste gegen Studiengebühren. - Jonas Füllner
3. Die Frauen von Ravensbrück - Raphaela Kula
4. Klassen-Gewitter. Nachrichten für Drinnen und Draußen
5. Ortungsstaat BRD. Polizei darf Verdächtige per Satellit überwachen - mb.
6. Nürnberg ignoriert seine Nazis. Bündnis gegen Rechts mobilisiert mit Erfolg gegen NPD-Aufmarsch - m., Nürnberg
7. Ausge-Lager-t. Exterritoriale Flüchtlingslager der EU - Dirk Vogelskamp
8. Vom Dschungel auf den Euromayday - Gregor Samsa
9. Organizing is Mobilizing. Gewerkschaften auf dem Weg zu neuen Ufern - Dirk Hauer, Georg Wissmeier
10. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und nicht bezahlten Arbeit - dk
11. Hilfe gegen Hartz IV. Ratgeber gegen die Tücken des SGB II - Reinhard Rohde, Erwerbsloseninitiative Celle
12. Handreichungen zum Klassenkampf. Big is beautiful - dk
13. Nur zum Schein gut. Der Kampf gegen das Hamburger Kita-Gutscheinsystem - Bernd Arnold
14. Handgranaten ins Offizierscasino. Die GI-Bewegung gegen den Vietnam-Krieg - Jan Peters
15. Die Toten des Zweiten Weltkriegs
16. Opfer, Täter, Staatsmänner. Das Gedenkjahr 2005 - eine vergleichende Bilanz - Js.
17. Hemmschwelle gesunken - Js.
18. 8. Mai in Berlin. Erneute Kapitulation der Nazis - eine Nachbetrachtung - mb.
19. "Wir sind nicht zu ersetzen." Interview mit Peter Gingold - AIB
20. NON de gauche, NON de droite. Frankreich vor dem Referendum über die EU-Verfassung - Bernhard Schmid
21. Dummdeutsche Einmischungen - B.S.
22. Wahlen im Baskenland: Patt im Ausnahmezustand - Raul Zelik
23. Streit um Papiere. Regulierung in Spanien und die Problematik der Anerkennung - Gerda Heck, Susanne Spindler
24. Vergessen, verdrängt und vernachlässigt. Ein Buch dokumentiert die Rolle der "Dritten Welt" im Zweiten Weltkrieg - Anke Schwarzer
25. Deutsch-polnische Partnerschaft für Geschichtsentsorgung - Kamil Majchrzak
26. Erinnerungspolitik auf australisch: Nicht der 8. Mai, sondern der 25. April wird gefeiert - Vo
27. Raub ohne Waffen. Guatemala: Proteste gegen CAFTA-Abkommen - Markus Plate
28. Straßenhandel und Hightech-Boom. Informelle Arbeit und Organisierung in Indien - Helmut Weiss, LabournetGermany
29. Höhepunkt einer blutigen Dekade. Vor 30 Jahren zogen die Roten Khmer in Phnom Penh ein - Rainer Werning
30. Ho, Ho, Honda. In Vietnam zählen heute die Herolde des Marktes mehr als die Heroen des Krieges - Rainer Werning
31. Mit rassistischen Grüßen. Postkarten-Ausstellung zur Geschichte des kolonialen Rassismus in Deutschland - Susann Witt-Stahl
32. Ein arabisches Chamäleon. Sayed Kashuas Romane über die arabische Minderheit in Israel - Js.
33. Ladenhüter produzieren. Die Buchreihe "Baustelle" widmet sich Hobbyeisenbahnern, Punks und Pokerrunden - Michael Weber
34. Ohrenpropaganda - DSe
35. Laboratoriumsparade. Der Euromayday als Suchprozess im Terrain der Prekarität - Vorbereitungskreis Euromayday Hamburg

36. Angepasster Aufreger. Die Ausstellung Zur Vorstellung des Terrors. Die RAF - eine Bilanz - Gottfried Oy/Christoph Schneider
37. Rückfall als Kompromiss. DKP-Programmdiskussion lässt Rollback erkennen - Henning Böke
38. Eine komplexe Landkarte. Der BUKO 28 lässt Raum für Widersprüchlichkeiten - Doro Wiese
39. Militarismus im humanitären Gewand. Abschaffung der Wehrpflicht allein ist nicht Friedenspolitik - Vo
40. Prekäre Zeiten in der Linken. Einige Anmerkungen zur Debatte um Prekarisierung - J.D. Tussle, Lieselotte Hubbub
41. AUFGEBLÄTTERT
42. LESERINNENBRIEFE
43. An unsere AbonnentInnen
44. KALENDER
45. EDITORIAL
46. Quelldatei thema.htm

1. Münte, Moses und Propheten

"Akkumuliert! Akkumuliert! Das ist Moses und die Propheten!" (MEW, Bd. 23; Kap. 22)

Rubrik: SPD; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak495/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:495:40

Manchmal kommen die Themen des politischen Sommerlochs schon im Frühjahr; erst recht, wenn Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen vor der Tür stehen. Da kann espassieren, dass Standortpatrioten wie Franz "Münte" Müntefering plötzlich den Kapitalismus, ja gar die Kapitalismuskritik wiederentdecken. Ganz recht, derselbe Müntefering und dieselben Sozialdemokraten schimpfen über das Kapital, die in den vergangenen Jahren den Unternehmen ein Steuergeschenk nach dem anderen gemacht haben und in ihrer Grundwertekommission nicht mehr über Umverteilung reden wollen. Wenn irgendetwas an der aktuellen Münteferingschen "Kapitalismuskritik" bemerkenswert ist, dann nur der Umstand, für wie blöde er offensichtlich das Wahlvolk hält.

Inhaltlich hat Münteferings Heuschreckenrhetorik mit der Kritik der Politischen Ökonomie so viel zu tun, wie Karl Marx mit Josef Ackermann: Böser Kapitalismus ist, wenn ein deutsches Unternehmen deutsche ArbeiterInnen entlässt, gute soziale Marktwirtschaft ist, wenn ein deutsches Unternehmen mexikanische ArbeiterInnen entlässt. Ganz besonders böse ist das Kapital dann, wenn Finanzinvestoren "gesunde" Unternehmen aufkaufen und zerschlagen # nur wegen des schnöden Profits.

Die IG Metall hat in der Mai-Ausgabe ihres Monatmagazins die genauso dämliche wie gefährliche Unterscheidung zwischen bösem Finanz- und gutem Produktionskapital aufgegriffen. In der Titelstory tauchen auch Münteferings Heuschrecken wieder auf # als US-amerikanische Mücken und "Aussauger". Sozialdemokratische Kapitalismuskritik entpuppt sich hier als "Kapitalismuskritik der dummen Kerls": falsch, patriotisch und arbeitsselig.

Sehr viel bemerkenswerter als solcher Unsinn sind hingegen die öffentlichen Reaktionen auf die neu-sozialdemokratische Wiederentdeckung des Kapitalismus. Seit Wochen beherrschen Müntes Ausfälle die Medien # von taz bis FAZ, von Spiegel bis FR, von Christiansen bis Maischberger. Offensichtlich kann man auch mit dummen Sprüchen gehörig Staub aufwirbeln bzw. beredtes Schweigen # etwa bei den Grünen # erzeugen. Wenn die Fischer-Partei nichts sagt, so nicht aus Verlegenheit, sondern vor allem weil man auf Teufel komm raus eines nicht sein will: KapitalismuskritikerIn.

Sehr viel lauter gebärden sich da schon die offenen Apologeten der Marktlogik. Norbert Walter, Chefvolkswirt der Deutschen Bank, erklärt den Kapitalismus kurzer Hand zum Naturzustand: Müntefering hätte genauso gut das Gesetz der Schwerkraft kritisieren können. Selten ist der Markt so unverblümt als natürliche Form "des Wirtschaftens" und die bürgerliche Wirtschaftswissenschaft als Naturwissenschaft verkauft worden.

Anhänger im vorgezogenen Sommertheater findet der Obersozi mit dem besonders roten Schal in so ausgewiesenen Linksradikalen wie Horst Seehofer, Heiner Geißler und Norbert Blüm oder auch bei den "nachdenklichen Stimmen" in der deutschen Medienlandschaft. Sie alle treibt eine gemeinsame Sorge um: die Angst vor wachsender "Unzufriedenheit" in der Bevölkerung. Und in der Tat sind dieWählerInnen seltsame Menschen. Sie wählen aus Frust über unsoziale Sozialdemokraten rechts und stimmen gleichzeitig # etwa bei der letzten Bürgerschaftswahl in Hamburg # zu 70% gegen die Privatisierung von Krankenhäusern. Mit sozialistischen Gelüsten hat solche Schizophrenie wenig zu tun, wohl aber mit einer manifesten Abneigung gegen noch mehr neoliberale Umbaumaßnahmen. Münteferings Sprechblasen sind dreiste Versuche, genau daraus Kapital zu schlagen.

2. Summer of Resistance. Eine Zwischenbilanz der Proteste gegen Studiengebühren.

Autor: Jonas Füllner · Rubrik: Jugend und Studenten · CD-Datei: daten/aksuche/ak495/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:495:37

In der letzten ak wurden Perspektiven einer linken Intervention in die Studierendenproteste diskutiert. Gerade in Hamburg und Baden-Württemberg sind die Planungen für allgemeine Studiengebühren weit fortgeschritten. Hier protestieren die Studierenden seit fast drei Wochen.

Auch wenn es noch Unstimmigkeiten über den Namen der aktuellen Jahreszeit gibt, die Proteste gegen ein Bezahlstudium sind bundesweit ins Rollen geraten. Der "Freiburger Frühling" lockte 5.000 Studierende am 12. Mai auf die Straßen Freiburgs. In Stuttgart waren es eine Woche zuvor gar 8.000, die gegen drohende Studiengebühren auf die Straße gingen.

"Der Summer of Resistance hat endgültig begonnen", erklärte dagegen Florian Wilde, hochschulpolitischer Sprecher des AStA der Universität Hamburg, auf der Vollversammlung am 4. Mai. Schließlich verspürt der AStA dort Wind im Rücken, kann er sich doch auf das Ergebnis einer Urabstimmung, an der über 13.000 Studierende teilnahmen, stützen. Fast 95% stimmten dabei gegen die "Campus-Maut".

Die bisher stärksten Proteste zeichnen sich bisher jedoch im CDU-regierten Baden-Württemberg ab. Geplant ist dort, dass künftig die Studierenden, wie in fast allen CDU-regierten Ländern, 500 Euro pro Semester zusätzlich zahlen sollen. Neben inhaltlichen Veranstaltungen und Aktionen, sorgte Freiburg vor allem mit einer zweiwöchigen Besetzung des Rektorats für bundesweite Schlagzeilen.

Höhepunkt der Proteste im Norden waren bisher die Studierendenblöcke bei den traditionellen 1.-Mai-Demonstrationen in Bremen und Hamburg. Allein in Hamburg kamen fast 700 Studierenden mit ihren gelben "Summer of Resistance"-Shirts früh morgens zur DGB-Demonstration. Inzwischen haben sich in Hamburg die Auseinandersetzungen um Studiengebühren jedoch massiv zugespitzt. Als am 28. April das Präsidium der Universität, nach den Plänen des Wissenschaftssenator Dräger zuständig für die Erhebung von Gebühren, besetzt wurde, ließ Präsident Lüthje das Gebäude räumen. Auch eine Wiederholung der Aktion zwei Wochen später rief über 1.000 Polizisten auf den Plan und endete mit 52 Ingewahrsamnahmen. Das gewaltsame Vorgehen der Polizei wirkte jedoch eher mobilisierend und wurde von vielen Seiten scharf kritisiert. Die Welle der Solidarität ist jedenfalls groß. Seit dem 10.5. protestieren die Studierenden der verschiedenen Hamburger Hochschulen täglich. Ein Ende ist vorerst nicht in Sicht; z.B. in Köln, Kiel und Flensburg solidarisierten sich die Studierenden mit Transparenten und Aktionen. Kritik kommt nun auch von der Gewerkschaft der Polizei, die den Einsatz an der Universität für unverhältnismäßig erklärte.

Und wie sollen die Proteste weiter verlaufen? Nach den Pfingstferien versprechen die Studierendenvertreter bundesweit eine Intensivierung der Proteste. Die Großdemonstration gegen Bildungsklau am 21. Mai in Düsseldorf wurde in die Schlussphase des NRW-Wahlkampfs gelegt. Am 2. Juni finden bundesweit Regionaldemonstrationen statt. Höhepunkt der Proteste in Hamburg soll die Demonstration am 16. Juni werden, zu der ein breites Bündnis, von Kitas, GEW, über SchülerInnen bis hin zu Studierenden aufruft.

Doch in Baden-Württemberg wurde gerade bekannt, dass die Einführung von Studiengebühren vielleicht auf den Winter 2006/07 vertagt werden soll. Ein langer Atem bei den Protesten wird also von Nöten sein. Sollte die Politik nicht doch noch einlenken, können die Planungen für den "Winter of Resistance" langsam beginnen.

Jonas Füllner

3. Die Frauen von Ravensbrück

Autor: Raphaela Kula · Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak495/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:495:01

Vor 60 Jahren, am 30. April 1945, wurden die Überlebenden des Frauen-Konzentrationslagers Ravensbrück von der Roten Armee befreit. Aus Anlass des Jahrestages gab und gibt es eine Vielzahl von Gedenkveranstaltungen, einen Dokumentarfilm von Loretta Walz und mehrere Buchveröffentlichungen.

Die Polin Hanna Burdówna erinnert sich an den letzten Tag in der Gewalt der Nazis: "Nur einmal hat ein SS-Mann die Tür geöffnet und gefragt: ‚Wie viele Kranke sind hier?` Die Ärztin hat gesagt, soundsoviel Hundert. Er war bereits betrunken, salutierte und ging weg. Dann wurde es ganz still. Zusammen mit den Aufseherinnen gingen sie alle durch das Tor und waren weg. Auch unsere Gruppe ging, aber ohne uns. Als wir rauskamen, lagen überall Abfälle, Stroh, Papier, Kartons. Unser Lager war nie so schmutzig gewesen, denn es musste immer aufgeräumt sein. Doch nach dem Abmarsch war es voller Müll. Das Tor stand offen, und man konnte rausgehen. Bloß wohin? Auf der einen Seite kam die Rote Armee, von der anderen die westlichen Truppen, und wir, in unserem Lager, saßen in der Mitte. Als die Deutschen gingen, zerstörten sie die Stromversorgung und die Wasserleitungen. Also gingen wir zum See und holten Wasser, um die kranken, schmutzigen Frauen zu waschen. So kam der Abend. Die beiden Fronten kamen immer näher. Wir sahen einen furchtbaren Krieg. Lichter, Feuerschein, Kanonenschüsse, alles kam näher und näher. Wir gingen nicht mehr schlafen, sondern warteten, was passieren wird. Bisher hatten wir ja nur Gefängnisse und das Lager gesehen. Und nun sahen wir zum ersten Mal den Krieg ganz aus der Nähe. Hier kam die Freiheit auf uns zu, in dieser Furcht erregenden Aufmachung. Wir hatten die Amerikaner erwartet, aber am 30. April um 12 Uhr mittags kamen die Russen, zunächst eine Patrouille mit Motorrädern, danach Lastwagen und all die Soldaten. Schwarz, schmutzig und jeder mit einer Maschinenpistole. Sie fuhren mit großem Lärm um das ganze Lager herum, und so kam das Lager unter die Herrschaft der Roten Armee. Wir durften nicht raus, nicht mal zum See, aber wir durften in saubere Baracken umziehen. Dahin brachten wir unsere frischgewaschenen und umgezogenen Kranken."

So erlebte Hanna Burdówna die Befreiung des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück. 1911 in Lodz geboren, arbeitete sie vor dem Krieg als Lehrerin, zuletzt in Danzig. Am 1. September 1939 wurde sie zusammen mit einer Freundin verhaftet und am 4. September in das Gefängnis von Danzig überstellt. Mit dem deutschen Überfall auf Polen begann die "Ausrottung der polnischen Intelligenz", viele LehrerInnen wurden wie Hanna Burdówna in der Folge verhaftet und durften ihren Beruf nicht mehr ausüben.

Am 10. April 1940 werden die ersten Polinnen in das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück gebracht, darunter Hanna Burdówna. Bei ihrer Ankunft im Lager, das 90 km nordöstlich von Berlin am Rande des Ortes Fürstenberg liegt, bekommt sie einen roten Winkel, das Kennzeichen der politischen Häftlinge, die Nummer 3048 und wird von der Aufseherin Langefeld zur Arbeit in der Personalküche für die Aufseherinnen und die SSler selektiert. Dort arbeitet sie, bis sie gegen Ende 1943 krank wird. Zu dieser Zeit ist das Lager, eigentlich für 3.000 Personen ausgerichtet, mit ca. 15.000 Häftlingen restlos überfüllt. Die ohnehin unzureichende Ernährung wird noch knapper, die hygienischen Bedingungen verschlechtern sich, das Überleben im Lager wird noch schwieriger.

Die Ausrottung der polnischen Intelligenz

Auch wenn Ravensbrück offiziell als "Umerziehungslager" deklariert wurde, Zwangsarbeit und die Ausbeutung der Inhaftierten spielten von Beginn an eine wesentliche Rolle. Neben sinnloser, schwerer körperlicher Arbeit, die die Häftlinge schwächen und demoralisieren sollte, den ebenso anstrengenden Arbeiten zur Instandhaltung und Erweiterung des Lagers und Zwangsarbeit in der Landwirtschaft begann ab 1940 der Aufbau eines industriellen Komplexes, der beständig ausgebaut und erweitert wurde. Ab 1942 mussten die Häftlinge in den Fabriken von Siemens, direkt auf dem Lagergelände eingerichtet, für die Rüstungsindustrie arbeiten. Im Siemenslager wurden sogar Häftlingsbaracken gebaut, damit die Ausbeutung noch effizienter verlaufen konnte. Ab 1943 wurden die Häftlinge in über 60 Außenlagern zur Arbeit für die Rüstungsindustrie gezwungen.

Hanna Burdówna muss nach ein paar Tagen in der Krankenstation schwere Arbeit im Waldkommando leisten. Als sie am 28. April 1945 von der Arbeit im Wald zurückkommt, stehen die meisten der Ravensbrückerinnen aufgereiht zur Evakuierung des Lagers bereit. Statt endlich zu kapitulieren und die Häftlinge frei zu lassen,

schicken die Nationalsozialisten die gehfähigen Lagerinsassen auf den Todesmarsch gen Westen. Hanna Burdówna bleibt auf Bitten einer Kameradin im Lager, um bei der Betreuung der Kranken, ca. 3.000 Männer und Frauen, die im Lager zurückgelassen werden, zu helfen. Bis zur Befreiung durch die Rote Armee waren ca. 107.000 Frauen und 20.000 Männer aus ganz Europa in Ravensbrück, ungefähr 30.000 Männer und Frauen überlebten. Von den ca. 870 in Ravensbrück geborenen Kindern blieben nur wenige am Leben.

Die 1905 in Wuppertal geborene Hermine Schmidt wird wegen ihrer Beteiligung am Widerstand gegen die Nationalsozialisten Anfang Februar 1943 zusammen mit ihrem Vater festgenommen. Anfang Dezember 1943 kommt sie in Ravensbrück an, sie erlebt die Aufnahmeprozedur so: "Vor dem Tor stand die ganze SS, die Aufseherinnen. Da wurden wir in Empfang genommen, und dann ging es direkt ins Bad. Sie waren mit Hunden da, wie Verbrecher wurden wir behandelt. Wir mussten uns aufstellen, und wurden angeschrien, gemeinste Worte hat man zu uns gesagt. Wir mussten alles ausziehen, wurden untersucht, die guckten direkt nach den Zähnen, schrieben auf, wer Goldzähne hatte!"

Männer wie Frauen wurden bei der Aufnahme in die Konzentrationslager ähnlich behandelt, sie mussten sich nackt ausziehen, bekamen unzureichende, oft nicht passende Häftlingsbekleidung. Sowohl Männern als auch Frauen wurden die Kopfhaare abrasiert, oftmals auch die gesamte Körperbehaarung entfernt. Diese Behandlung zielte auf die Demütigung und Entindividualisierung. Haare und Frisur sind ein Ausdruck der eigenen Persönlichkeit, der Individualität. Haare werden oft auch mit Schönheit assoziiert, insbesondere mit weiblicher Schönheit. Hanna Burdówna weinte, als ihr nach der Ankunft im Lager die Zöpfe bis zur Glatze abgeschnitten wurden. Viele der inhaftierten Frauen erlebten den Verlust des eigenen Kopfhaares als Schock, sie fühlten sich durch die Rasur insbesondere als Frau erniedrigt und gedemütigt, was einen Unterschied gegenüber den männlichen Häftlingen ausmachte. Das Abrasieren des Kopfhaares der Frauen wie auch ihre körperliche Nacktheit bei der Aufnahme im Beisein männlicher Bewacher oder SSler muss als eine besondere Verletzung und Form der sexualisierten Gewalt gegen Frauen in Konzentrationslagern gewertet werden.

Der Begriff sexualisierte Gewalt beinhaltet aggressive, gewalttätige Handlungen, die auf die Erniedrigung und Demütigung des Opfers abzielen; diese Gewalttaten sind kein Ausdruck von Sexualität, sondern eindeutig sexueller Ausdruck von Aggression, Machtausübung und Unterdrückung. Sexualisierte Gewalt beinhaltet direkte körperliche Gewalt wie Vergewaltigung oder Sexualmorde, aber auch Handlungen, die von den Opfern als Überschreitung eigener Grenzen erlebt werden, wenn z.B. das Schamgefühl verletzt wird. Sexualisierte Gewalt kann sowohl direkt, personal, als auch indirekt, strukturell, ausgeübt werden. Sowohl Frauen als auch Männer können Opfer sexualisierter Gewalt werden. Im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück mussten die inhaftierten Frauen unterschiedliche Formen sexualisierter Gewalt erleben.

Strukturell litten sie, ebenso wie die Männer, unter denkbar schlechten Lebensbedingungen und absolut unzureichender Ernährung. Allerdings gibt es auch hier geschlechtsspezifische Unterschiede. Bei den meisten der inhaftierten Frauen setzte unter diesen Umständen die Menstruation aus, was oft Angst vor dem Verlust der weiblichen Identität und vor Unfruchtbarkeit auslöste. Allerdings bedeutete das Ausbleiben der Regelblutung auch eine Erleichterung, denn die Frauen, die weiterhin menstruierten, mussten sich entweder mit dreckigen Stofffetzen behelfen oder das Blut einfach die Beine herunterlaufen lassen. Zwar gab es einen Erlass, der die Überstellung Schwangerer in die KZs Ravensbrück, Auschwitz und Lublin untersagte, doch die Praxis sah anders aus. Es kam im Revier, der Krankenstation, immer wieder zu Geburten. Für die Häftlinge, gerade für die im Revier tätigen Frauen, waren das kurze Momente der Hoffnung; die Kinder wurden so gut wie nur möglich versorgt. Allerdings gab es keine besonderen Bedingungen für Gebärende und Säuglinge, so dass die Neugeborenen bald an Unterernährung starben, manche wurden auch getötet.

Gezielte Demütigung der Frauen

Die extremste Form sexualisierter Gewalt war der Zwang zur Prostitution für Häftlinge oder SSler. Immer wieder ist von angeblicher Freiwilligkeit bei der Entscheidung zur Prostitutionsarbeit die Rede; diese angeblich Freiwilligkeit muss aber angesichts der denkbar schlechten Lebensbedingungen der Frauen kritisch hinterfragt werden. "Man hat ihnen versprochen, dass sie nach sechs Monaten freigehen. Aber keine von ihnen ist freigegangen, sie sind wieder ins Lager zurückgekommen, oft mit Lues oder Tripper angesteckt. Wenn sie beispielsweise an Syphilis erkrankt waren, hat man ihnen Injektionen gegeben, hat verschiedene Versuche an ihnen gemacht, wie man die Lues heilen kann, oder man hat sie ohne Behandlung liegen und sterben lassen," so die Österreicherin Antonia Bruha, die im Herbst 1942 nach Ravensbrück überstellt wurde. Sie wurde wegen

ihres Widerstandes zusammen mit ihrem dreimonatigen Baby festgenommen, das Kind wurde ihr in der Haft gewaltsam weggenommen. Erst viel später erfuhr sie, dass ihr Kind noch lebte.

Antonia Bruha berichtet, dass einige der SSler diese Frauen und Mädchen vor ihrer Zwangsarbeit "ausprobierten", also vergewaltigten, um sie für die unterschiedlichen Bordelle, für Häftlinge wie z.B. in Buchenwald oder für die SS auszuwählen. Die Zwangsprostituierten wurden oft schon während der Zeit in Ravensbrück von anderen Frauen verachtet und von der Lagergemeinschaft ausgeschlossen. In den wenigsten Fällen erlebten sie Solidarität und Mitgefühl; die meisten können bis heute nicht über ihre Erlebnisse sprechen - nicht zuletzt aus Angst, erneut diskriminiert zu werden.

Ab Ende 1944 wurde in Ravensbrück eine Gaskammer in Betrieb genommen; nach Schätzungen der Häftlinge wurden dort bis zu 6.000 Menschen durch die SS ermordet. Gerade diese letzten Monate des Lagers Ravensbrück bedeuteten für die inhaftierten Frauen einen unerbittlichen Wettlauf mit dem Tod in der Gaskammer, durch Hunger oder Seuchen wie Typhus; annähernd 25.000 Frauen starben in den letzten vier Monaten. Durch Verhandlungen mit dem Roten Kreuz konnten über 7.500 Frauen aus Skandinavien, den Beneluxstaaten, Frankreich und Polen kurz vor Kriegsende freikommen.

Nach der Befreiung war es für viele der Inhaftierten schwierig, nach Hause zurückzukehren. Nicht wenige Frauen wurden auch durch Soldaten der Roten Armee vergewaltigt - statt der ersehnten Freiheit eine zusätzliche Traumatisierung. Besonders schlimm erging es auch den Frauen, an denen medizinische Experimente durchgeführt wurden, z.B. Zwangssterilisationen oder die Infizierung vorsätzlich zugefügter Wunden an völlig gesunden Beinen. Wer das überlebte, blieb auch körperlich versehrt.

Am 10. September 1949 fand das erste Internationale Friedenstreffen der Frauen von Ravensbrück statt, zehn Jahre später wurde die Mahn- und Gedenkstätte eingerichtet. Bis heute treffen sich die Ravensbrückerinnen alljährlich anlässlich ihrer Befreiung. Die Überlebenden halten die Erinnerung an die Ermordeten aufrecht, berichten über die Geschehnisse im Lager - für sie schmerzhafte Erinnerung, oft verbunden mit Schuldgefühlen ob des eigenen Überlebens. Ihr Leben nach dem Lager ist durch das Erleben des Lagers geprägt. Zum 60. Jahrestag der Befreiung fand vielleicht zum letzten Mal eine große Feier mit vielen Überlebenden statt. Danach wird es unsere Verantwortung sein, eine eigene Erinnerungskultur zu entwickeln.

Raphaela Kula

Literatur:

Helga Amesberger, Katrin Auer, Brigitte Halbmayr: Sexualisierte Gewalt. Weibliche Erfahrungen in Konzentrationslagern. Mandelbaum Verlag, Wien, 2004, 360 Seiten, 24,90 EUR

Loretta Walz: "Und dann kommst du dahin an einem schönen Sommertag". Die Frauen von Ravensbrück. Antje Kunstmann Verlag, München, 2005, 24,90 EUR

4. Klassen-Gewitter. Nachrichten für Drinnen und Draußen

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak495/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:495:30

Beugehaft im Magdeburger Revisionsverfahren

Seit dem 5. April findet vor dem Oberlandesgericht (OLG) Naumburg die Revisionsverhandlung gegen Daniel W. statt. Hintergrund: Ihm und zwei weiteren Angeklagten wurden mehrere Brandanschläge zur Last gelegt und die Bildung einer "terroristischen Vereinigung" vorgeworfen. Das eigentliche Verfahren endete im Dezember 2003 mit Haftstrafen von zwei Jahren für Daniel und zweieinhalb Jahren für Marco H. sowie einem Freispruch aus Mangel an Beweisen für Carsten Sch. Im Februar 2005 war die Revisionsverhandlung im Verfahren gegen Marco, in der das Urteil gegen ihn bestätigt wurde. (vgl ak 493) Am 26. April wurde Marco nun im Verfahren gegen Daniel in Beugehaft genommen. Obwohl das Revisionsurteil noch nicht rechtskräftig ist, wurde Marco von der Bundesanwaltschaft und dem OLG ein Aussageverweigerungsrecht nicht zugestanden. Jetzt soll er 1.000 Euro Geldstrafe zahlen und für bis zu sechs Monate in den Knast. Für den 24. Mai sind vor dem OLG, das in Halle tagt, weitere ZeugInnen vorgeladen, die aus der linken Szene Magdeburgs stammen. Bereits Ende April gaben in einer Erklärung zehn Magdeburger GenossInnen bekannt: "Wir werden auf keinen Fall Aussagen in diesem Verfahren machen, da wir dies nicht mit unserem Gewissen und unserer politischen Identität vereinbaren können." Es ist also davon auszugehen, dass es auch am 24. Mai zu Aussageverweigerungen und damit verbunden zu Repressionsmaßnahmen wie Beugehaft kommen wird. Weitere Informationen: www.soligruppe.de

International gegen Überwachung

Neue Sicherheitsparadigmen und Antiterrormaßnahmen führen zu weltweiten Zunahme von Kontrolle, Überwachung und Registrierung aller möglichen Daten nicht nur im klassischen Polizeirecht. Die Bürgerrechtsorganisationen American Civil Liberties Union (ACLU), Focus on the Global South, Friends Committee on National Legislation, International Cicil Liberties Monitoring Group (ICLMG) und Statewatch rufen deshalb zu einer Internationalen Kampagne gegen die massenhafte Überwachung (International Campaign Against Mass Surveillance - ICAMS) auf. Die Kampagne wendet sich gegen die grassierende Erhebungen, Speicherung,Verwendung und Weiterleitung privater Daten, die zu einer Auflösung bürgerlicher Freiheiten führt. Die Kampagne fordert die Regierungen der Länder auf, der Datensammelwut der Antiterrorkämpfer zu widerstehen. Der Aufruf ist zu finden auf der Homepage des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins: www.rav.de

Prozess gegen die Aachen 4

Der Prozess gegen die so genannten Aachen 4 ist von schikanösen "Sicherheitsvorkehrungen" überschattet. Die beiden spanischen Anarchisten Gabriel Pombo de Silva und Jose Fernandez Delgado müssen während des gesamten Prozesses Fußfesseln tragen. Vor und nach der Hauptverhandlung müssen sie sich nackt ausziehen, beim Transport zwischen Knast und Gericht werden ihnen die Ohren verstopft und sichtbehindernde Spezialbrillen aufgesetzt. Als Protest gegen diese Prozedur erscheint Gabriel Pombo de Sliva seit dem vierten Verhandlungstag nur mit Unterhosen bekleidet vor Gericht. Diese Maßnahmen wurden vom Richter mit der Gefährlichkeit der Angeklagten und angeblicher Fluchtgefahr begründet. Damit wird auch die ständige Durchsicht der Verteidigungsunterlagen der Angeklagten gerechtfertigt. Unter diesen Umständen verwundert es weder, dass sogar die Verteidigerpost kontrolliert wird, noch die Kontrolle der ZuschauerInnen, die durch eine Schleuse müssen und deren Ausweise kopiert werden. Zusammen mit dem Belgier Bert de Geeter und der Schwester von Gabriel Pombo de Silva, Begoña, waren die beiden im Juni 2004 nach einem Schusswechsel mit der Polizei und anschließender Geiselnahme in Aachen festgenommen worden. In dem am 23. März begonnen Prozess zeichnet sich mittlerweile ab, dass der ohnehin unhaltbare Vorwurf des versuchten Mordes in neun Fällen fallen gelassen wird. Mehr Informationen: www.escapeintorebellion.info

Online-Demo: Prozessbeginn 14. Juni

Im Dezember 2004 erhob die Staatsanwaltschaft Frankfurt nach über drei Jahren Ermittlungsarbeit Anklage gegen den Anmelder der Libertad!-Domains www.libertad.de und www.sooderso.de. Angeklagt als "Nötigung"

und "öffentliche Aufforderung zu Straftaten" ist der Aufruf und die Beteiligung an der ersten größeren Demonstration im deutschsprachigen Internet. (vgl. ak 492) Zur Erinnerung: Die "Straftat" wurde fast genau vier Jahre zuvor - am 20. Juni 2001 - begangen. kein mensch ist illegal und Libertad! hatten zum Protest gegen das Geschäft mit Abschiebungen von Lufthansa aufgerufen. Ursprünglich wurde neben Nötigung (§240) auch wegen Datenveränderung (§303a) und Computersabotage (§303b) ermittelt. Bis auf Nötigung und Anstiftung wurden die anderen Vorwürfe in der Anklage fallen gelassen. Offensichtlich erschien es nicht realistisch, daraus eine prozesstaugliche Anklage zu konstruieren. Am 14. Juni 2005 um 9 Uhr wird jetzt der Prozess im Amtsgericht Frankfurt stattfinden. Um 8.30 Uhr beginnt eine Protestkundgebung vor dem Gericht. Aktuelle Informationen und Ankündigungen sind zu finden unter: www.libertad.de/online-demo.

Mit DNA-Tests gegen Kleinkriminelle

Ermittlungsbehörden sollen künftig den so genannten genetischen Fingerabdruck von Verdächtigen wesentlich häufiger speichern als bisher. Das sieht ein entsprechender Gesetzentwurf vor, auf den sich Rot-Grün Anfang Mai geeinigt hat. Kernpunkt der Neuregelung: Auch die Speicherung der DNA-Analyse eines Verdächtigen, der als Wiederholungstäter von leichteren Delikten aufgefallen ist, soll nun möglich sein, um ihn künftig bei neuen Taten überführen zu können. Die Speicherung des genetischen Fingerabdrucks ist bisher nur bei Straftaten von erheblicher Bedeutung oder Sexualstraftaten zulässig, wenn zu erwarten ist, dass der Betroffene weitere solche Straftaten verüben wird und die Analyse vom Richter angeordnet wird. Nach den Vorstellungen von Rot-Grün müssen Ermittler außerdem demnächst keinen Richter mehr einschalten, wenn sie in einem laufenden Ermittlungsverfahren eine anonyme Tatortspur wie ein Haar oder Blutfleck genetisch untersuchen wollen, die noch keinem Beschuldigten zugeordnet werden kann. Auch Massen-Gentests werden erstmals gesetzlich geregelt. Sie müssen künftig richterlich angeordnet werden. Die Teilnahme am Test soll allerdings freiwillig bleiben. Das Gesetz könnte Anfang kommenden Jahres in Kraft treten.

5. Ortungsstaat BRD. Polizei darf Verdächtige per Satellit überwachen

Autor: mb. · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit · CD-Datei: daten/aksuche/ak495/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:495:22

Laut Bundesverfassungsgericht greift die Überwachung von Verdächtigen mittels des satellitengestützten Ortungssystems GPS (Global Positioning System) nicht in den unantastbaren Kernbereich privater Lebensgestaltung ein.

GPS erlaubt die Positionsbestimmung eines Objekts an jedem Punkt der Erde bis auf fünf Meter genau. Militärische GPS-Receiver sind noch genauer. Sechs bis zehn Mal pro Jahr setzt alleine das Bundeskriminalamt (BKA) das Ortungssystem ein. Mit Hilfe eines GPS-Empfängers, der heimlich in das Auto eines Verdächtigen eingebaut wird, können die Fahnder so ein umfassendes Bewegungsbild des Fahrzeugs erhalten.

Gegen den Einsatz von GPS hatte Bernhard Uzun, vormals Falk, Verfassungsbeschwerde eingelegt. Am 12. April wies nun das Bundesverfassungsgericht die Beschwerde zurück. Zwar sah sich das Gericht auch zu einigen mahnenden Worten veranlasst; an der Praxis ausufernder Überwachung wird dies aber nichts ändern. Bernhard Uzun war im Oktober 1999 als Mitglied der Antiimperialistischen Zellen (AIZ) wegen vierfachen versuchten Mordes in Zusammenhang mit Sprengstoffanschlägen zu 13 Jahren Haft verurteilt worden. (vgl. ak 431) Eine konkrete Tatbeteiligung konnte weder ihm noch dem Mitangeklagten Michael Steinau nachgewiesen werden. Das Urteil stützte sich maßgeblich auf eine zweieinhalb Monate dauernde GPS-Observation seines PKW. Daneben hatten Polizei und Verfassungsschutz, die zeitweilig gemeinsam eine konspirative Wohnung benutzen, mit Video-Beobachtungen gearbeitet, den Post- und Telefonverkehr der Beschuldigten überwacht sowie auf das klassische Mittel der Personenobservation zurückgegriffen. Bis zu zehn (verdeckte) Ermittlungsmethoden kamen zum Einsatz.

Grenzen des Rechtsstaates

"Die einigermaßen überraschende Zurückhaltung des Bundesverfassungsgerichts beruht wohl auf den Umständen des konkreten Falles", meinte die Süddeutsche Zeitung. "Die erfolgreiche Jagd nach gefährlichen, technisch versierten Terroristen ließ dem Gericht im Nachhinein auch ein solch dichtes Überwachungsnetz als gerechtfertigt erscheinen, das man im bundesdeutschen Rechtsstaat nicht für möglich gehalten hätte." (SZ, 13.4.2005) Klarer hätte man das Selbstverständnis des bundesdeutschen Rechtsstaats und seine Grenzen - selbst in seiner liberalen Variante - nicht zusammenfassen können.

Von einer Rundumüberwachung wollten die Karlsruher Richter nichts wissen, und sie machten wohlweislich auch keine Vorgaben, wie viele solcher Methoden kombiniert werden müssten, damit eine solche vorliegt. Stattdessen stellten sie fest: "Durch allgemeine verfahrensrechtliche Sicherungen ist eine unzulässige ‚Rundumüberwachung`, mit der ein umfassendes Persönlichkeitsprofil eines Beteiligten erstellt werden könnte, grundsätzlich ausgeschlossen." (Pressemitteilung, 12.4.2005)

In seiner Entscheidung stützte sich das Bundesverfassungsgericht auf §100c Abs. 1 Nr. 1b Strafprozessordnung (StPO). Danach dürfen zur Bestimmung des Aufenthaltsorts eines Täters ohne sein Wissen "besondere für die Observation bestimmte Mittel" verwendet werden - das GPS wird nicht ausdrücklich genannt. Dass müsse auch nicht sein, so die Verfassungsrichter, denn der Gesetzgeber sei nicht verpflichtet, jede kriminaltechnische Entwicklung auch im Gesetzestext zu erwähnen. Zumal der Einsatz von GPS laut Verfassungsgericht weniger tief gehend in das allgemeine Persönlichkeitsrecht eingreife als etwa das Abhören von Gesprächen, weshalb wohl das Gericht die relativ niedrigen Anforderungen der StPO für ausreichend hielt: So genügt ein Anfangsverdacht auf eine "Straftat von erheblicher Bedeutung", und erst nach einem Monat bedarf es einer richterlichen Genehmigung der Maßnahme.

Wer erwartet hatte, die Verfassungsrichter würden wie im März 2004 im Fall des so genannten Großen Lauschangriffs, also des Wanzeneinsatzes in Wohnungen (§100c Abs. 1 Nr. 3 StPO), der GPS-Observation Verfassungswidrigkeit attestieren, wurde enttäuscht. Lediglich in der Begründung wurden einige Bedenken nachgeschoben, die letztlich aber Auslegungssache sind. Der Hinweis, dass eine Rundumüberwachung auch ohne gesetzliches Verbot unzulässig sei, ist genauso blauäugig wie die Aufforderung an den Gesetzgeber, er

müsse den schnellen informationstechnischen Wandel wegen seiner Risiken für den Grundrechteschutz "aufmerksam beobachten" und eventuell eingreifen.

Ein Blick auf die alltägliche Ermittlungs-Realität in der BRD zeigt dies deutlich. Viel mehr als das Orten von Fahrzeugen erbringt mittlerweile das Anzapfen von Mobiltelefonen. Nicht nur, dass dadurch Gespräche abgehört werden können, es lassen sich damit auch Kontaktmuster, Hinweise auf Treffen und möglicherweise auch Codes für Gespräche gewinnen. Zudem lässt sich ein Mobiltelefon auch zur Bestimmung des Aufenthaltsortes nutzen - anhand der Funkzelle, in die sich das Gerät einbucht. In ländlichen Regionen ist das Raster noch recht groß, doch in Großstädten ist eine Bestimmung des Standortes zumindest auf einen Straßenblock kein Problem mehr.

Alles längst überholt

Mit einem IMSI-Catcher, dessen Einsatz seit dem so genannten Sicherheitspaket II aus dem Hause Schily erlaubt ist, erfahren die Fahnder noch wesentlich mehr. Ein solches Gerät ermöglicht es ihnen, Mobiltelefone zu orten und zu identifizieren, auch wenn mehrere Telefone oder anonym erworbene Telefonkarten genutzt werden. Ein IMSI-Catcher simuliert eine Funkzelle, in die sich alle Geräte im Umkreis von 300 Metern einbuchen. In diesem Moment können natürlich alle Gespräche - auch die unverdächtiger Personen - mitgehört werden. Laut Spiegel Online ist das Gerät rund 20 Mal in den letzten Jahren zum Einsatz gekommen.

Dass die Telefonüberwachung in den letzten Jahren um mehr als 500 Prozent gestiegen ist, rundet das Bild nur ab. Waren es im Jahr 1995 noch 4.674 Fälle, nannte die Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post für das vergangene Jahr 29.017 Anordnungen zum Lauschen. Aus dem Alltag der Fahnder ist die Telefonüberwachung nicht mehr wegzudenken. Neuestes Ziel der Begierde: die Verbindungsdaten, die bei der Benutzung von Telefonen und Internet anfallen. Sie sollen zukünftig auf Verdacht ein Jahr gespeichert werden. Damit wäre auch eine Nachverfolgung in die Vergangenheit möglich.

mb.

6. Nürnberg ignoriert seine Nazis. Bündnis gegen Rechts mobilisiert mit Erfolg gegen NPD-Aufmarsch

Autor: m., Nürnberg · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Aktionen / Veranstaltungen; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak495/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:495:29

Am 1. Mai waren in Nürnberg mindestens 5.000 Menschen gegen einen überregionalen Aufmarsch der NPD auf der Straße. Der Aufmarsch wurde trotz erheblicher Polizeipräsenz mehr als zwei Stunden lang verzögert und blockiert. Wie sich die verschiedenen Ansätze des Widerstands gegenseitig ergänzten und dadurch massenwirksam wurden, ist das eigentlich Spannende daran. Die Strategie des "Aktiven Ignorierens" neofaschistischer Auftritte durch regionale PolitikerInnen und Presseorgane wurde jedenfalls durchbrochen.

Seit 2002 sitzt der bayerische NPD-Landesvorsitzende Ralph Ollert im Nürnberger Stadtrat (dazu noch ein Republikaner). Die NPD-Tarnliste "Bürgerinitiative Ausländerstopp" bekam damals 2,3% der Stimmen. Seit dieser Zeit nahm die Anzahl neonazistischer Kundgebungen und Demonstrationen deutlich zu. Nürnberg kann heute durchaus als ein Zentrum neonazistischer Organisation betrachtet werden. Im Vorfeld des 1. Mai trat zuletzt im Januar der NPD-nahe "Bund Frankenland" mit Palästinensertüchern und entsprechenden Parolen auf ("Für das Selbstbestimmungsrecht der Völker - gegen israelische und amerikanische Kriegsverbrechen"). Eine relevante öffentliche Debatte entstand erst, als die NPD eine überregionale Demonstration zum Thema "Hartz IV" für den diesjährigen 1. Mai anmeldete.

Im Nürnberger Rathaus regiert formell Rot-Grün, aber de facto eine ultragroße Koalition der bürgerlichen Parteien. Politische Widersprüche sind nur noch mit der Lupe zu erkennen. Die Grünen sind als politisch aktive fortschrittliche Bewegung seit vielen Jahren verschwunden. Nach sich häufenden Demonstrationen der Gruppe um den Neonazi Gerd Ittner beschloss das Rathausspektrum inklusive der SPD-nahen Monopolzeitung Nürnberger Nachrichten, Aufzüge der Nazis zu ignorieren sowie den Widerstand dagegen zu verschweigen. Diese von den InitiatorInnen so genannte Strategie des "Aktiven Ignorierens" wurde meist damit begründet, dass Gegenaktionen den Neonazis öffentliche Aufmerksamkeit bescheren, die sie sonst kaum hätten. Die NPD im Rathaus wird weitgehend ignoriert, kaum politisch bekämpft. Die neonazistischen WählerInnen werden im Grunde als verloren gegangene Schäfchen der bürgerlichen Parteien betrachtet und entsprechend nachsichtig behandelt.

Vor drei und vor fünf Jahren war die NPD am 1. Mai durch Nürnbergs Nachbarstadt Fürth gezogen. Die Demozüge wurden von der Polizei durchgesetzt, allerdings gegen massiven Widerstand der Bevölkerung, organisiert vom Fürther Bündnis gegen Rassismus und Rechtsextremismus. Lautstarke Störungen und Blockaden wurden von einem breiten Bündnis bis hin zur autonomen Antifa mitgetragen, das auch die bürgerlichen Parteien des Öfteren unter Zugzwang brachte. AktivistInnen aus den verschiedenen Spektren lernten sich kennen und kooperierten häufig auf sehr nützliche Art und Weise.

Anfang Frühjahr 2004 wurde in Nürnberg ein Bündnis gegen Rechts gegründet. Die Initialzündung kam vom lokalen Ableger der IPPNW (Ärzte gegen Atomkrieg). Daraus entwickelte sich ein relativ breites Bündnis von christlichen Gruppen bis hin zu autonomennahen Gruppen. Ziel des Bündnisses war die Verhinderung öffentlicher Auftritte von Neonazis sowie die Bekämpfung der Strategie des "Aktiven Ignorierens".

Fluktuation bei DGB-Demo

Nachdem im Februar durch recherchierende autonome Antifas bekannt wurde, dass die NPD bereits vor längerer Zeit eine Demonstration vom Süden der Stadt hin zur Stadtmitte mit dem Motto "Weg mit Hartz IV, das Volk sind wir" angemeldet hatte, begann eine widersprüchliche Suche nach dem effektivsten Widerstand gegen diesen nicht hinzunehmenden Naziaufmarsch. Bereits die ersten Signale der relevanten politischen Spektren deuteten darauf hin, dass es drei verschiedene Aktionslinien geben würde: Erstens die traditionelle 1.-Mai-Demonstration des DGB-Spektrums mit staatsoffiziöser Behandlung des Nazi-Aufmarsches (zentrale Reden Prominenter weitab von der Route der Nazis). Zweitens die "revolutionäre 1.-Mai-Demonstration" eines Großteils des autonomen und linksradikalen Spektrums mit einer Aktionsorientierung gegen die Nazis und drittens das Bündnis gegen Rechts mit dem Versuch, mit einer Aktion den Nazi-Aufmarsch möglichst zu verhindern.

Das Bündnis gegen Rechts tat sich zunächst schwer damit, eine brauchbare Aktionsorientierung zu finden, zog es doch einige zu einem Bündnis mit den Stadtoberen und dem DGB hin, andere eher zu den Autonomen. Der teilweise abstrakt geführte Streit (Haltung zu Autonomen, Gewaltfrage, Haltung zur Stadtspitze) verhinderte lange eine gemeinsame Linie. Vier Wochen vor dem 1. Mai konnte man sich schließlich doch noch einigen. Der Auftaktort der Nazis in Nürnbergs Südstadt sollte blockiert werden. Da am gleichen Platz - drei Stunden früher - die DGB-Demo beginnen sollte, wollte man dort einfach stehen bleiben und viele Menschen aus der DGB-Demo zum Bleiben animieren. Nachdem ein Bündnissprecher zu einer "peinlichen Befragung" mit Stadtoberen, DGB und Polizei (!) vorgeladen worden war und dort die "Instrumente" gezeigt bekommen hatte (diverse Drohungen, u.a., der DGB würde mit seinen Ordnern den Platz räumen), schlingerte man im Bündnis wieder dahin, bis in den letzten zwei Wochen doch noch eine neue Aktionsorientierung auf die Beine gestellt werden konnte. Entscheidend dafür war sicher auch, dass die angesprochenen VertreterInnen von Stadt und Gewerkschaften keinerlei Konzessionen machten, etwa in Richtung einer wenn auch nur symbolischen Verhinderung des Nazi-Aufmarsches. Es wurden schließlich zwei Kundgebungen als Bündnisveranstaltungen angemeldet, eine davon in unmittelbarer Nähe der Demoroute der Nazis. Weiter wurde beschlossen, Menschen aus der DGB-Demo wegzumobilisieren, um gegen die Nazis zu handeln, statt sich Sonntagsreden anzuhören.

Die Stadt weigerte sich übrigens standhaft, rechtliche Schritte gegen die NPD-Demo zu unternehmen. Der Rechtsreferent, zur Rede gestellt, war nicht in der Lage, seine Vorgehensweise überzeugend zu begründen.

Die teilweise sehr heftig geführten Debatten im Vorfeld hatten neben dem üblichen frustrierenden Effekt eine eher motivierende Wirkung auf einige der AktivistInnen im Bündnis. Der öffentliche Druck sorgte schließlich dafür, dass die hiesige Monopolzeitung über alle Aktionen im Vorfeld berichtete und die Daten des Nazi-Aufmarsches bekannt gab. Ein erster Erfolg.

5.000 gegen Naziaufmarsch

VertreterInnen des Bündnisses gegen Rechts gingen zunächst mit eigenem Transparent in der DGB-Demonstration mit. Kurz vor dem Ort der Abschlusskundgebung verließen die TransparentträgerInnen mit ca. 300-400 (von 1.500) Menschen den DGB-Zug. Eine Spontandemo führte zum ersten Kundgebungsort des Bündnisses gegen Rechts, zum Denkmal für die ermordeten Sinti und Roma. Dort schloss man sich nach einigem hin und her der vorbeiziehenden "revolutionären 1.-Mai-Demo" an (deren Schlusskundgebung und die angemeldete zweite Kundgebung des Bündnisses sollten nacheinander auf dem gleichen Areal stattfinden). Eine kluge Entscheidung, stellte sich doch heraus, dass die Polizei weitere KundgebungsteilnehmerInnen später nicht mehr durchließ.

Die zweite Kundgebung des Bündnisses fand schließlich in der Nähe der Naziroute statt. Eine Sprecherin des Bündnisses und ein eher linksorientierter SPD-Stadtrat (!) hielten Reden, der angekündigte Zeitzeuge und Bergen-Belsen-Überlebende Josef Jakubowicz wurde von der Polizei aufgehalten. Die vorbeiziehenden 300-400 Nazis wurden beschimpft. Highlights des Tages waren der Rauch im U-Bahn-Schacht (ob technischer Defekt oder Rauchbombe, ist unklar), der den Transport der Nazis erheblich behinderte, die Rapper um Hakan MC auf dem Kundgebungswagen sowie vor allem eine Straßenblockade durch etwa 100 aus Fürth angereiste gewerkschaftliche AktivistInnen mittleren Alters und nichtautonomen Aussehens. Die Gruppe aus Fürth wurde von der Polizei zunächst gestoppt und dann fahrlässigerweise durch einen Tunnel auf der Nazi-Route zum Kundgebungsort des Bündnisses geführt. Diese Chance wurde von den AktivistInnen nicht ausgelassen. Die Blockade konnte lange Zeit nicht aufgelöst werden, befanden sich doch einige bekanntere Leute in der Gruppe (Thomas Händel von der Wahlalternative sowie Horst Schmitthenner vom IG-Metall-Bundesvorstand).

Nachdem die BlockiererInnen beiseite gedrängt waren, wurden die Nazis von einigen 1.000 Menschen im Stadtzentrum erwartet und übelst beschimpft. Hierzu eine Fußnote: DGB-Ordner versuchten vergebens, junge GewerkschafterInnen von den Nazi-Gegenaktionen zum Ort der DGB-Kundgebung zurückzuholen. Man hatte offenbar die Befürchtung, die offizielle DGB-Aktion könnte zu sehr ausdünnen. Andererseits rief der SPD-Oberbürgermeister Maly auf der DGB-Kundgebung doch noch dazu auf, zur NPD-Abschlusskundgebung zu gehen und dort zu protestieren.

An den Gegenaktionen beteiligten sich insgesamt mindestens 5.000 Menschen, angesichts der offiziellen Ignoranz im Vorfeld ist dies eine beachtliche Anzahl. Dass die autonome Demo zusammen mit den vom

Bündnis gegen Rechts Mobilisierten größer war als die DGB-Demo, sei hier nur nebenbei erwähnt. Aber wenn der DGB den bayerischen Innenminister und Rechtsausleger Beckstein als einen der Hauptredner für den 1. Mai bestellt, ist das auch kein Wunder.

Die Nazi-Demo wurde deutlich behindert, wenn auch leider nicht verhindert. Angesichts der Ignoranz von Stadt und Gewerkschaftsspitzen sowie regionaler Presse und angesichts des massiven Polizeiaufgebots ein großer Erfolg. Geschickte Öffentlichkeitsarbeit und Kooperation der AktivistInnen im Vorfeld waren dafür eine wichtige Voraussetzung. Der Widerstand erwies sich als handlungsfähig und wenig berechenbar. Das starr agierende Funktionärsspektrum von DGB und Stadtspitze wurde blamiert und unter Zugzwang gesetzt. Und nicht zuletzt: Eine deutliche Wirkung über das linke Getto hinaus wurde erzielt. Die Lokalpresse berichtete schließlich verhältnismäßig ausführlich und relativ wohlwollend über die Aktionen. Gute Voraussetzungen für die weitere Antifa-Arbeit in der Region.

m., Nürnberg

7. Ausge-Lager-t. Exterritoriale Flüchtlingslager der EU

Autor: Dirk Vogelskamp · Rubrik: Asyl- und Migrationspolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak495/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:495:14

Schon seit langem beschäftigt die EU-Migrationsstrategen die Errichtung exterritorialer Auffanglager für Flüchtlinge und MigrantInnen in den Mittelmeerländern. Der deutsche Innenminister Schily beabsichtigt in nächster Zeit in verschiedene Länder des Maghreb zu reisen, um die Zusammenarbeit der EU bei der Bekämpfung der illegalen Migration voranzutreiben. Bei seiner Visite wird er, so ist anzunehmen, auch seine Überlegungen, in Nordafrika Auffanglager zu errichten, wieder zur Sprache bringen. Schily hatte diese Idee im Kontext der "Cap-Anamur-Affäre" als humanitäres Hilfsangebot lanciert.

Am 14. April 2005 verurteilte das EU-Parlament mehrheitlich die menschenrechtswidrigen Massenabschiebungen von der italienischen Insel Lampedusa nach Libyen vom Oktober 2004 und März 2005. Die italienischen Behörden hatten mehrere hundert Flüchtlinge, die auf Lampedusa gestrandet waren, ohne Überprüfung ihrer Fluchtgründe mit Militärmaschinen umgehend wieder nach Libyen geschafft. Dort seien sie jedoch, so das EU-Parlament, vor willkürlichen Festnahmen, Internierungen und Abschiebungen nicht sicher. Vertreter der zuständigen Parlamentsausschüsse wollen demnächst nach Lampedusa und Libyen reisen, um vor Ort und in den Flüchtlingslagern zu untersuchen, was mit den Abgeschobenen geschehen ist.

Libyen im Zentrum des Interesses

Der EU-Rat für Justiz und Inneres tagte zur gleichen Zeit in Brüssel und beschäftigte sich mit Fragen der Kooperation mit Libyen bei der Bekämpfung der "illegalen Migration" nach Europa. Gemäß dem "Haager Programm zur Stärkung von Freiheit, Sicherheit und Recht in der EU" vom Oktober 2004, mit dem auch der Bereich Asyl und Migration für die nächste Jahre strategisch konzipiert wird, erhält die Zusammenarbeit mit Transitstaaten der Migration erhöhte Priorität. Derzeit steht Libyen im Zentrum des EU-Interesses, um die Migrationsbewegungen schon weit vor der Europäischen Union abzufangen. Dabei avancierte das libysche Regime in atemberaubender Geschwindigkeit vom Schurkenstaat zum Kooperationspartner und soll bei der Bekämpfung der "illegalen Migration" in den todbringenden europäischen Abwehrriegel eingeflochten werden.

"Internationaler Appell" für eine Inspektion

Auf der Sitzung des EU-Rats für Justiz und Inneres wurde der bislang unveröffentlichte Report der ersten "Technical Mission to Libya on illegal immigration" vorgestellt. Die EU-Delegation, die Libyen vom 27. November bis 6. Dezember 2004 bereiste und verschiedene Lager und Internierungszentren besichtigte, bestand aus hochrangigen Immigrations-, Grenzschutz und Polizeibeamten aus diversen EU-Staaten. Der Report wurde kürzlich (29. April 2005) vom italienischen Magazin L'Espresso ("I Lager della libertà") erstmalig zitiert. Der Artikel geht detailliert auf die im Anhang des Reports dargestellte Kooperation zwischen Italien und Libyen ein. Die italienische Regierung unterhält demnach im Rahmen eines gemeinsamen "Antimigrationsabkommens" bereits Ausbildungsprogramme für libysche Polizeioffiziere und lieferte nicht nur Grenzüberwachungstechnologie und Ausstattungen für Flüchtlingsquartiere, sondern finanzierte 2003 gleich ein ganzes Lager im Norden Libyens. Außerdem beabsichtigt sie, für zwei weitere Abschiebelager in Kufra und Sebha finanziell aufzukommen. Wohl den Tod vieler MigrantInnen einkalkulierend, stellten die italienischen Behörden gleich 1.000 Leichensäcke mit zur Verfügung. Desgleichen haben sie bislang die Kosten für etwa 50 Abschiebeflüge für 5.688 MigrantInnen von Libyen in Staaten Afrikas und Asiens übernommen.

Bereits Ende März veröffentlichten das Komitee für Grundrechte und Demokratie und die Forschungsgesellschaft Flucht und Migration einen internationalen Appell für eine "öffentliche Inspektion der menschenrechtswidrigen Internierungslager von Flüchtlingen und MigrantInnen" im gesamten Mittelmeerraum durch unabhängige Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen sowie ParlamentsvertreterInnen. Die Initiatoren des "internationalen Appells" befürchten, wie sich zeigt, nicht zu Unrecht, dass heimlich eine Infrastruktur exterritorialer Lager in Zusammenarbeit mit den nordafrikanischen Transitstaaten aufgebaut wird. Dazu sollen diese Staaten formal in "geeignete Erstasylstaaten" umgewandelt und UNHCR-kompatibel gemacht werden. Diese Strategie, die Armutsmigration weit vor den Toren Europas einzudämmen, firmiert unter dem menschenrechtlich unverdächtigen EU-Titel: Den Flüchtlingsschutz außerhalb Europas stärken.

In Leichensäcken?

Dirk Vogelskamp

Der Appell kann unter: www.grundrechtekomitee.de in verschiedenen Sprachen heruntergeladen und bis zum 20. Juni unterstützt werden. Anfang Juni erscheint eine Broschüre zum Thema exterritorialer Lager beim Niedersächsischen Flüchtlingsrat in Kooperation mit der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration und dem Komitee für Grundrechte und Demokratie.

8. Vom Dschungel auf den Euromayday

Autor: Gregor Samsa · Rubrik: Asyl- und Migrationspolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak495/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:495:07

Der Kontrast hätte kaum größer sein können: Am 2. April demonstrierte das bundesweite NoLager-Netzwerk im Rahmen des europäischen Aktionstags für Bewegungsfreiheit und Bleiberecht mitten im Wald gegen das Flüchtlingslager Bahnsdorf in Brandenburg; am 1. Mai zogen NoLager-AktivistInnen an der Spitze der Euromayday-Parade für globale Rechte quer durch Hamburg - ausgerüstet unter anderem mit einem vier Meter hohen Gold-Bolzenschneider. Bahnsdorf und Hamburg stehen nicht nur für zwei der zentralen Facetten europäischer Lagerpolitik. Sie verweisen auch darauf, dass Lagerpolitik, weltweite Flucht- und Migrationsbewegungen und neoliberale Umwälzung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse im postfordistischen Kapitalismus (Stichwort: Prekarisierung) nahtlos ineinander greifen.

Ziel europäischer Lagerpolitik, mithin europäischer Migrationspolitik insgesamt ist es keinesfalls, Europa gegenüber Menschen aus der Peripherie gänzlich abzuschotten - so wie das durch die immer noch weit verbreitete Rede von der "Festung Europa" nahe gelegt wird. Angesagt scheint es vielmehr, mit differenzierterer Begrifflichkeit zu operieren; ein bereits seit längerem immer wieder unterbreiteter Vorschlag lautet etwa, von "Prozessen selektiver Inklusion" zu sprechen: Danach zielt die EU-Migrationspolitik zum einen auf Flüchtlinge ab, d.h. auf Menschen, die in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten immer stärker als vermeidbarer Kostenfaktor denunziert wurden. Sie werden entweder auf ihrem Weg nach Europa abgefangen oder - sollte dies fehlgeschlagen sein - aus Europa (schnellstmöglich) wieder abgeschoben; scheitert auch letzteres, wird versucht, die Betreffenden durch geeignete Maßnahmen zu illegalisieren.

Demgegenüber ist eine bestimmte Anzahl (sic!) migrantischer, vorzugsweise irregulärer und somit ungemein billiger, flexibler und gewerkschaftlich unorganisierter Arbeitskräfte durchaus erwünscht: Sei es in der Landwirtschaft, auf dem Bau, in der Gastronomie, im Reinigungsgewerbe, in Bordellen oder den Privathaushalten der Mittelklassen. Falsch wäre es indessen, diese Prozesse einzig vom Standpunkt der Arbeitskraftnachfrage zu rekonstruieren. Denn die Aufrüstungsbemühungen der Grenzen mögen noch so ausgeklügelt seien, den EU-MigrationsbürokratInnen wird es nie gelingen, die Menschen auf ihrer Suche nach einem besseren oder sicheren Leben grundlegend in Schach zu halten. So sollen allein über die Grenze im Süden jährlich etwa 500.000 Menschen irregulär in die EU einreisen. Mit anderen Worten: MigrantInnen bzw. Flüchtlinge machen sich zwar aus Not auf den Weg und werden nicht zuletzt auf diese Weise zu Angehörigen der globalen Reservearmee, sie sind aber keine passive, beliebig steuerbare Verschiebemasse. Ihre Praktiken stellen vielmehr - Stichwort: Autonomie der Migration - "eine richtiggehende Strategie der Organisation ‚von unten' dar, und zwar in einer ‚transnationalen' Dimension sozialer Reproduktion weiter ‚subalterner' Bereiche in den Ländern, die das kapitalistische Kommando immer noch an die Peripherie des globalen Systems verbannt." (Sandro Mezzadra)

Billige Arbeitskräfte erwünscht

Konkret folgt hieraus, dass es die Funktion der EU-Außengrenze etwas anders zu bestimmen gilt als gemeinhin üblich: Zum einen sollen durch das immer weiter perfektionierte Grenzregime möglichst viele Menschen an der Einreise in die EU gehindert werden; schließlich wäre aus ordnungspolitischer Herrschaftsperspektive ein ungehindertes Anwachsen der migrantischen Reservearmee innerhalb der EU äußerst dysfunktional. Einzig in diesem Sinne ist es angezeigt, von einer Politik der "Festung Europa" zu sprechen. Zum anderen führen die realen Flucht- und Migrationsbewegungen dem EU-Grenzregime fortdauernd seine eigenen Beschränktheiten plastisch vor Augen. Insofern bleibt diesem nichts anderes, als durch restriktive Politik mit Visa und Aufenthaltstiteln sowie weiteren Repressionsinstrumenten - etwa Lager - "wenigstens" einen Großteil derjenigen zu illegalisieren, die trotzdem einreisen bzw. nach Ablauf ihres befristeten Visums (als StudentIn, TouristIn, ErntehelferIn etc.) nicht wieder zurückkehren. Hierdurch können nicht nur zusätzliche Kosten (für Unterbringung, Sozialhilfe etc.) vermieden werden, es kann auch eine gewisse, vor allem im Rahmen der prekarisierten Lohnarbeit negativ zum Tragen kommende Defensivität, ja Gefügigkeit seitens der Papierlosen erzwungen werden; immerhin schwebt über sämtlichen von ihnen ständig das Damoklesschwert der jederzeit möglichen Abschiebung. Das europäische Lagersystem ist konstitutiver Bestandteil dieser Logik, konkret erfüllt es drei Aufgaben.

1. An den Außengrenzen der EU, ob in Polen, auf den Kanarischen Inseln oder in Süditalien, werden neu ankommende Flüchtlinge und MigrantInnen nach Möglichkeit frühzeitig abgefangen und in Haftanstalten oder Internierungslagern eingesperrt. Von dort aus können sie entweder einen Asylantrag stellen - eine Prozedur, die nicht selten ein bis zwei Jahre dauert - oder sie werden direkt in die jeweils unmittelbar angrenzenden so genannten sicheren Drittstaaten zurückgeschoben. Am dramatischsten ist jedoch die zunehmende Errichtung von Lagern außerhalb der EU, unter anderem in der Ukraine, in Tunesien und Libyen. Diese Lager sind so etwas wie Prototypen der von Innenminister Otto Schily auf EU-Ebene propagierten EU-Lager in Nordafrika. Teils landen in diesen Lagern Flüchtlinge, die aus der EU abgeschoben werden - das bekannteste Beispiel ist die Luftbrücke zwischen der zu Italien gehörigen Insel Lampedusa und Libyen, teils handelt es sich um direkt von den Grenzpolizeien der jeweiligen Länder abgefangene Flüchtlinge und MigrantInnen. Klar scheint nur so viel zu sein: Aus diesen zum Teil streng von der Öffentlichkeit abgeschirmten Lagern (allein Tunesien betreibt 11 geheime, von Italien finanzierte Abschiebeknäste) finden regelmäßig haarsträubende Abschiebungen statt, unter anderem sollen Menschen mitten im Wüsten-Niemandsland ausgesetzt worden sein. Es steht zu befürchten, dass auf diese Weise bereits mehrere hundert, möglicherweise mehrere tausend Menschen ums Leben gekommen sind.

2. Die Lager an den EU-Außengrenzen dienen der Abschreckung und somit der Illegalisierung: Menschen, die wissen, dass ihnen im Falle eines Asylverfahrens erstmal ein bis zwei Jahre so genannte Verwaltungshaft blühen könnte - unter katastrophalen Bedingungen und ohne anwaltliche Unterstützung, überlegen sich sehr genau, ob sie dieses Risiko tatsächlich eingehen möchten. Ähnliche und von den Behörden ebenfalls explizit beabsichtigte Effekte gibt es auch innerhalb der EU: In Deutschland etwa ziehen zahlreiche Flüchtlinge regelmäßig in die jeweils nächst liegenden Großstädte, einfach weil sie ansonsten Gefahr laufen, in ihren mehr oder minder weit abgelegenen Lagern - Stichwort: Dschungelheime - physisch und psychisch vor die Hunde zu gehen. Sie behalten zwar ihren Rechtsstatus als Flüchtlinge bei (viele holen sich auch ein Mal pro Monat ihr Taschengeld ab), sie müssen aber für ihre Unterkunft in der Stadt und sonstige Lebenshaltungskosten selber aufkommen. Weil Flüchtlinge einem nahezu absolutem Arbeitsverbot unterliegen, ist das nur durch irreguläre und somit hochgradig prekarisierte Arbeit möglich. Die Behörden tolerieren das gemeinhin, schließlich sparen sie auf diese Weise ebenfalls viel Geld.

3. Lager erfüllen den Zweck, die Abschiebemaschinerie möglichst reibungslos am Laufen zu halten. Das gilt nicht nur für Abschiebeknäste und Internierungslager, sondern auch für Flüchtlingslager - jene Nicht-Orte, in denen die Klaviatur des Ausschlusses im Einschluss so virtuos beherrscht wird: Denn je isolierter und somit stigmatisierter Flüchtlinge sind ("Die Leute aus dem Lager"), desto effektiver sind sie kontrollierbar, desto einfacher kann jederzeit auf sie zugegriffen werden. Außerdem sinkt die Wahrscheinlichkeit, dass durch juristische, politische oder soziale Unterstützung von außen Abschiebungen Steine in den Weg gelegt werden.

Legt mensch das eben Gesagte zu Grunde, dürfte deutlich werden, inwieweit sich die Aktionen in Bahnsdorf und Hamburg gegen zwei der zentralen Facetten europäischer Lagerpolitik gerichtet haben: Bahnsdorf ist ein Ort der Repression, hier werden Flüchtlinge systematisch isoliert, schikaniert und gedemütigt - der administrative Horizont erstreckt sich zwischen den Polen Abschiebung und Illegalisierung.

Vor diesem Hintergrund war es nahe liegend, dass das NoLager-Netzwerk am 2. April mit seinem bereits auf der letztjährigen Anti-Lager-action-Tour proklamierten Dreifach-Motto "Isolation unterwandern, Öffentlichkeit herstellen, Flüchtlingsselbstorganisierung unterstützen" (vgl. ak 492) in Bahnsdorf aufgelaufen ist. Dank aktionistischer Entschlossenheit sowie einer ungewöhnlich lax eingestellten Polizei gelang es obendrein, den Wachschutz zu übertölpeln, das Tor aufzudrücken und mit ca. 200 Menschen direkt aufs Lagergelände zu kommen. Das war nicht zuletzt deshalb wichtig, weil nur so überzeugend der Angst entgegengetreten werden konnte, die seitens der privaten Betreibergesellschaft European Homecare systematisch unter den BewohnerInnen im Vorfeld des 2. April geschürt worden war. Einige BewohnerInnen fassten sich sogar ein Herz und berichteten am offenen Mikrofon über die Bedingungen im Lager, andere erzählten im kleineren Kreis. Eine vietnamesische Ex-Vertragsarbeiterin berichtete etwa, dass sie mit ihren Kindern seit 13 Jahren in Bahnsdorf lebt - Zukunft ungewiss.

Wechselseitige Identifikationen

Unter Verweis auf die für den Euromayday zentrale Begrifflichkeit der Prekarisierung wurde zwar auch in Hamburg darauf aufmerksam gemacht, weshalb das Leben im Flüchtlingslager in nahezu jeder Hinsicht

Ausdruck zugespitzter Prekarität ist, doch der thematische Focus lag woanders: In Hamburg ging es NoLager um die Welt hinter der Illegalisierung, d.h. um prekarisierte Existenz- und Arbeitsbedingungen, auf die Flüchtlinge und MigrantInnen stoßen, sobald sie sich den Behörden und ihren (Lager-)Apparaten auf die eine oder andere Weise entziehen. Das aber hat neue Perspektiven und Querverbindungen eröffnet, schließlich sind Flüchtlinge und MigrantInnen gleichermaßen wie EU-PassinhaberInnen von prekarisierten Arbeits- und Existenzbedingungen betroffen - wenn auch auf unterschiedlichen Leveln und vor unterschiedlichen Hintergründen.

Das Aufflackern neuer Verbindungslinien dürfte in Hamburg nicht nur ein auf NoLager beschränktes Phänomen gewesen sein; vielmehr scheint die gesamte Euromayday-Parade von einer temporären wechselseitigen Identifikation mit den politischen Anliegen der jeweils Anderen gelebt zu haben. Aus dem Blickwinkel der FlüchtlingsaktivistInnen im NoLager-Netzwerk ist das insbesondere durch den Umstand zum Ausdruck gekommen, an der Spitze einer Parade mit mehreren tausenden Leuten gelaufen zu sein; ist doch so ihre durch Lagerpolitik ansonsten aufgezwungene Unsichtbarkeit in ihr glattes Gegenteil verkehrt worden!

Was indessen weder in Bahnsdorf noch in Hamburg stattgefunden hat, ist eine offensive Auseinandersetzung mit den Auffanglagern an den Außengrenzen der EU, d.h. mit der dritten Facette des europäischen Lagersystems. Im Prinzip ist das nicht weiter verwunderlich, schließlich liegen diese, teils sogar geheimen Lager jenseits jeder unmittelbaren politischen Zugänglichkeit. Genau das macht diese Lager so gefährlich; denn sollten die von Schily & Co. favorisierten Pläne nur ansatzweise realisiert werden, würde das die EU-Migrationsbürokratie in ihrem Ziel, Europa weitgehend frei von rechtlich geduldeten Flüchtlingen zu machen, einen entscheidenden Schritt nach vorne bringen. Vor diesem Hintergrund ist es ein politisch wichtiges Signal, dass sich mittlerweile in unterschiedlichen politischen Ecken Protest gegen die Lagerpolitik an den Rändern der EU regt - wie etwa dem vom Komitee für Grundrechte und Demokratie verbreiteten Appell, in dem das europäischen Lagersystem in ganzer Breite kritisiert wird.

Gregor Samsa

Frisch aufgemöbelt: www.nolager.de

9. Organizing is Mobilizing. Gewerkschaften auf dem Weg zu neuen Ufern

Autor: Dirk Hauer, Georg Wissmeier · Rubrik: DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak495/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:495:08

"Never work alone" war das Motto einer Veranstaltungsreihe und "Organizing-Woche", zu der ver.di und der DGB Hamburg, die Hans-Böckler-Stiftung und die Cornell University NY vom 25. bis zum 28. April eingeladen hatten. Von US-amerikanischen Organizing-Ansätzen wollte man lernen, und die rund 100 BesucherInnen im Hamburger Gewerkschaftshaus erlebten im Vorfeld des 1. Mai genauso ungewöhnliche wie spannende Tage.

Das Ziel der Organizing-Woche war klar: Die US-amerikanischen Erfahrungen eines "social movement unionism" (1) sollten auf ihre Übertragbarkeit auf bundesdeutsche Verhältnisse abgeklopft und in den Zusammenhang mit hiesigen gewerkschaftlichen Kampagnenerfahrungen gestellt werden. Entsprechend hochkarätig waren die Gäste aus den USA: Lowell Turner, Lee Adler, Valery Alzaga, Andy Banks, Christy Hoffmann, Ginny Coughlin und andere - Organizer, AktivistInnen und WissenschaftlerInnen unterschiedlicher Gewerkschaften und Institutionen, die auf teilweise jahrelange Campaigning- und Organizing-Erfahrungen zurückblicken konnten. Dabei sollte nicht vergessen werden, dass diese mobilisierende und aktivierende Gewerkschaftsarbeit unter den US-Gewerkschaften heftig umkämpft ist. Immer noch hat nur eine (relevante) Minderheit der Gewerkschaften ihre Ressourcen für Organizingarbeit umgeschichtet.

Sowohl in den USA wie auch in Deutschland ist der Grund für die Hinwendung zu offeneren Formen gewerkschaftlicher Mobilisierung derselbe: Den Gewerkschaften laufen die Mitglieder davon, ihr Einfluss sowohl auf der Ebene der Betriebe wie auch in der Gesellschaft schwindet. Die Gewerkschaften verlieren ihren "Insider-Status", formulierte Lowell Turner von der Cornell University New York das Problem. (2) Ein Grund dafür ist ein weit verbreitetes anti-gewerkschaftliches politisches Klima, in dem u.a. auch eine Milliarden Dollar schwere "union busting"-Branche gedeiht - Firmen, deren Dienstleistung und Beratungstätigkeit darin besteht, Betriebe gewerkschaftsfrei zu halten oder zu machen.

Individuelle Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft mit selbst bestimmtem Ein- und ggfs. Austritt ist in den USA unbekannt. Gewerkschaftliche Organisierung heißt dort, Beschäftigte eines Betriebes davon zu überzeugen, dass sie sich im Betrieb von der Gewerkschaft vertreten lassen sollen. Gelingt dies, so ist der Betrieb ein "union shop", d.h. alle Beschäftigten müssen der Gewerkschaft beitreten. Mitgliederwerbung in den USA ist somit gleich bedeutend mit Betriebskampf und betrieblicher Organisierung. Und sie bedeutet gleichzeitig, dass die Gewerkschaften sehr genau und sehr direkt klar machen müssen, dass es sich lohnt, in einem Gewerkschaftsbetrieb zu arbeiten und (Zwangs-)Beiträge zu zahlen.

Die auch hier zu Lande oft gestellte Frage, wie Gewerkschaften "attraktiver" sein könnten, stellt sich somit in den USA unmittelbar als Frage nach der Attraktivität und dem Nutzen betrieblicher Organisierung. "Es ist die Frage, wie unsere Kämpfe attraktiv werden", so Valery Alzaga am Beispiel der "Justice for Janitors"-Kampagne der Dienstleistungsgewerkschaft S.E.I.U. (3) Der US-amerikanische Organizing-Ansatz steht damit in einem direkten Gegensatz zum Modell der Service-Gewerkschaft. Zentraler Baustein ist eine konsequente Mitgliederorientierung und Basismobilisierung: "Organisieren heißt mobilisieren" (Turner). Ehrenamtliche "Volunteers" und hauptamtliche Organizer suchen den direkten Kontakt zu den Beschäftigten - im Betrieb, noch häufiger aber zu Hause, durch buchstäbliches Klinkenputzen. Immer sind die Anknüpfungspunkte ganz konkrete Konfliktlinien in den Betrieben, in aller Regel Konflikte mit einer hohen moralischen Aufladung. ArbeiterInnenrechte werden als Menschenrechte begriffen, der Kampf ist immer auch ein Kampf um "Gerechtigkeit" und menschenwürdige Behandlung am Arbeitsplatz. Und stets geht es darum, tatsächlich gewinnen zu wollen, konkrete Erfolge zu erzielen. In den Worten von Valery Alzaga: "Wir machen den Konflikt zur Krise".

Zwei weitere Elemente des Organizing-Ansatzes sind bemerkenswert. Der Zwang zum "Häuserkampf" führt zum einen zu sehr viel strategischeren Überlegungen, als man es hier von Gewerkschaften gewohnt ist: Welche Branchen sind relevant? Welche Betriebe sollen herausgebrochen werden? Wie sehen diese Betriebe aus? So sind dem legendären UPS-Streik von 1997 eineinhalb Jahre intensive Recherche-Arbeit vorausgegangen, in denen insgesamt 14 Schlüsselbeziehungen des Unternehmens analysiert worden sind.

Der insgesamt zweiwöchige Streik war letztlich nur ein, wenn auch zentraler Punkt in einer sehr viel umfassenderen Kampagne. Die Empfehlung von Christy Hoffmann, S.E.I.U.-Repräsentantin in Europa, lautete demnach auch: "Fangt mit eurer Kampagne gar nicht erst an, bevor ihr nicht recherchiert habt."

Wir machen den Konflikt zur Krise

Ähnlich bedeutsam wie die Recherche ist die soziale Netzwerkbildung - eine Tradition, die in den USA seit der Bürgerrechts- und Anti-Kriegsbewegung der 1960er Jahre stark ausgeprägt ist. Arbeitskämpfe und gewerkschaftliche Mobilisierungskampagnen wie die der Reinigungskräfte, der H&M-Beschäftigten in New York oder der Taco-Bell-LandarbeiterInnen in Florida sind stets verbunden mit Community-Mobilisierung und einer ganzen Vielzahl von Solidaritäts- und Unterstützungskomitees. KünstlerInnen, Menschen aus Kirchen und Bürgerrechtsorganisationen, VertreterInnen von Migrantencommunities und der sozialen Bewegungen - sie alle sind Teil einer Kampagne, mit eigenen Schwerpunktsetzungen und Aktionsformen.

Die US-amerikanischen Beispiele haben gezeigt, dass Organizing-Versuche gerade in den Branchen relativ erfolgreich gewesen sind, die allgemein als schwer organisierbar gelten, nämlich im Bereich der Personen bezogenen Dienstleistungen mit einem hohen Anteil prekär und befristet arbeitender Frauen und MigrantInnen. Eine Erfahrung, die z.B. durch die Schlecker-Kampagne gestützt wird, die die in ver.di aufgegangene Gewerkschaft HBV (Handel, Banken und Versicherungen) 1994-95 im Raum Mannheim losgetreten hatte.

Der mobilisierende Charakter des Organizing-Ansatzes ist ein Grund dafür, dass gewerkschaftliche Kampagnen und Betriebskämpfe in den USA häufig mit einer sehr viel radikaleren und konfrontativeren Rhetorik und Verlaufsform verbunden sind, als man das etwa von deutschen Gewerkschaften kennt. Es wäre jedoch ein fataler Irrtum, wenn man das vorschnell mit irgendwelchen bewussten klassenkämpferischen Zielen verwechseln würde. In den USA wie in Deutschland geht es um den politischen Einfluss der Gewerkschaften als gesellschaftliche Regulationsinstanzen. Das spannende Moment besteht darin, dass Teile der Gewerkschaften dabei auf alte Graswurzeltaktiken zurückzugreifen. Mit welchen Widersprüchen das verbunden sein kann, zeigt das Beispiel der S.E.I.U sehr deutlich: Ausgerechnet im kämpferischen Vorzeige-Local der Gewerkschaft in San Francisco haben sich die Janitors letztes Jahr gegen die S.E.I.U entschieden - aus Protest gegen Zentralisierungsbestrebungen innerhalb der Organisation.

Wenn also in Deutschland linke GewerkschafterInnen auf die USA schauen und von den dortigen Erfahrungen lernen wollen, dann nicht, weil Organizing und Campaigning an sich zu einer klassenkämpferischen Wende des Apparats führen würden. Die Organizing-Woche von ver.di steht vielmehr für ein spannendes und in sich widersprüchliches Zweckbündnis: auf der einen Seite durchaus sozialpartnerschaftlich orientierte Teile der Gewerkschaften, die erkannt haben, dass neue Wege notwendig sind, wenn die Gewerkschaften weiterhin relevanter Gesprächspartner der Politik bleiben wollen. Und auf der anderen Seite AktivistInnen, die auf die Dynamiken setzen, die ein mobilisierender Organizing-Ansatz zwangsläufig mit sich bringt. Selbst wenn es im Kern um gewerkschaftliche Rekrutierung geht: Mobilisierte und kämpferische Beschäftigte in den Betrieben, tragfähige soziale Netzwerke und gemeinsame Kampferfahrungen sind Faktoren, die die Chancen und Spielräume für linke Orientierungen sowohl in den Gewerkschaften wie auch in den betrieblichen und sozialen Auseinandersetzungen erheblich ausweiten.

Natürlich - und auch das haben die Berichte aus den USA deutlich gemacht - sind mit einer strategischen Orientierung auf Organizing auch strukturelle Veränderungen in den Gewerkschaftsapparaten verbunden. Veränderungen, die von einer gezielten Ausbildung und Rekrutierung von Organizern bis hin zu einer Umschichtung von Ressourcen reichen. Die weitere Zukunft der Lidl-Kampagne, die ver.di mit der Herausgabe des Lidl-Schwarzbuchs Anfang des Jahres eingeleitet hat, könnte somit ein erstes Indiz dafür sein, wie ernsthaft sich Gewerkschaften wirklich auf das Wagnis von Öffnung und Mobilisierung einlassen wollen.

Dirk Hauer, Georg Wissmeier

Anmerkungen:

1) Gewerkschaften als soziale Bewegungen; der Begriff signalisiert die Öffnung der Gewerkschaften in Richtung der sozialen Bewegungen, ein Prozess, der in den USA sehr viel weiter fortgeschritten ist als hier.

2) Damit ist ausdrücklich nicht so sehr die Verbundenheit mit dem Betriebsalltag gemeint, sondern der Status der Gewerkschaften als ernst zunehmender politischer Machtfaktor und Verhandlungspartner.

3) Diese Kampagne zur Organisierung der Reinigungskräfte in den großen innerstädtischen Bürohochhäusern bildet den Hintergrund für Ken Loachs Film "Bread and Roses". S.E.I.U. steht für Services Employees International Union.

10. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und nicht bezahlten Arbeit

Autor: dk · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; Arbeiterbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak495/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:495:42

"Low Performer" schützen!

Wenn Unternehmer Beschäftigte auf dem Kieker haben, dann hört sich das oft so an: "Mangelnde Leistung von Mitarbeitern muss nicht tatenlos hingenommen werden." Entsprechend unverblümt lauten die Ratschläge von Consultingfirmen für den "richtigen Umgang mit Low Performern": "Low Performer identifizieren", um "eine Trennung von solchen Mitarbeitern einzuleiten." In seinen Hinweisen für Betriebs- und Personalräte beschreibt das gewerkschaftsnahe Anwaltsbüro Bell & Windirsch in Düsseldorf, wie das geschieht: in der Regel durch systematische Ausgrenzung und Überwachung. Die Geschäftsleitung versucht z.B. die Leistung von Einzelnen zu bemessen, um Leistungsmangel beschreiben zu können. Sie versucht dafür irgendeine Form der Überprüfung einzuführen: technischer Art, durch Zielvereinbarungen oder durch vermehrte Kontrollen durch Vorgesetzte. Ebenfalls ein Indiz dafür, dass Kündigungen wegen Minderleistungen eingeleitet werden sollen, ist es, wenn die Geschäftsführung vermehrt Weisungen schriftlich erteilt und dazu übergeht, Gespräche zu dokumentieren.

www.labournet.de

Wohnungskrise in Kalifornien

Ein Großaufgebot der Polizei von Los Angeles riegelte im Februar einen ganzen Block auf der La-Miranda-Avenue ab. Eine aufgebrachte menge von 3.000 Menschen hatte sich dort versammelt und die Polizei bei deren Eintreffen wüst beschimpft. "Wir hatten es mit einigen sehr verzweifelten Menschen zu tun, die eine erheblich Mob-Mentalität an den Tag gelegt hatten", so ein Polizeioffizier der LAPD. "Es war, als wenn Menschen versuchen, ein letztes Stückchen Brot zu ergattern."

Doch ein Brot-Aufstand war es nicht, was sich dort in L.A. beinahe ereignete, eher ein Wohnungsaufstand. Die Menschen standen Schlange, um eine von 56 noch unfertigen Wohnungen zu ergattern, die in La Miranda von eine gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft errichtet werden sollten. Mit höchstens einigen hundert hatte man gerechnet, nicht aber mit den tausenden von verzweifelten Menschen, die dann aufgetaucht waren. Sehr schnell entwickelte sich eine Riot-Athmosphäre, und die Polizei griff ein.

Wenige Wochen später kam es in Hollywood zu einem ähnlichen Zusammenstoß. Diesmal jedoch waren es wohlhabendere BewerberInnen um Eigentumswohnungen, die stundenlang Schlange standen, um sich um ein heruntergekommenes Haus mit rissigem Fundament zu prügeln. Ein Haus, das allerdings in einer Gegend liegt, die bekannt für ihre guten Schulen ist.

Mike Davis beschreibt beide Vorkommnisse als zwei Seiten derselben Wohnungskrise in Südkalifornien. In den letzten fünf Jahren ist der Durchschnittspreis von Wohnungen in Los Angeles um 118 Prozent gestiegen, im benachbarten San Diego sogar um 137 Prozent. Eine junge Lehrerin in San Diego, die eine Mietwohnung in Stadtnähe bewohnt, zahlt dafür inzwischen jährlich 24.000 Dollar oder zwei Drittel ihres Einkommens. Eigentumswohnungen und Immobilien haben sich für ihre Besitzer zu wahren Geldmaschinen entwickelt. Einem Report der Wharton Business School zu Folge hat der Verkauf und die Refinanzierung von Wohnungen seit 2000 den Hausbesitzern und Wohnungsseigentümern 1,6 Billionen Dollar zusätzlich eingebracht.

www.labournet.de

Österreicherinnen gehen aufs Ganze

Lohndiskriminierung von Frauen ist ein internationaler Tatbestand. In Österreich etwa sind in den letzten vier Jahren die Nettoeinkommen aller lohnabhängig Beschäftigten gesunken, die der Frauen aber überdurchschnittlich. Während die Einkommen von Arbeiterinnen um 11,1 Prozent zurückgingen, waren es bei Arbeitern "nur" 5,9 Prozent. Weibliche Angestellte haben zwei Prozent verloren, bei Beamtinnen stagnieren die Einkommen. Durchschnittlich verdienen Frauen ein Drittel weniger als ihre Kollegen. Vier von zehn Frauen

arbeiten in Teilzeitjobs, somit stagniert bezogen auf die Arbeitszeit auch die Frauenerwerbsquote - obwohl mehr Frauen arbeiten.

Die im Österreichischen Gewerkschaftsbund ÖGB organisierten Frauen haben deshalb eine Kampagne gestartet: für einen tariflichen Mindestlohn von 1.100 Euro, für mehr Vollzeitarbeitsplätze für Frauen, für den Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung. "Ganzer Lohn statt halbe Sachen", so lautet das Motto der ÖGB-Kampagne.

junge Welt

Lidl-Aktion in Berlin

Die gewerkschaftliche Kampagne gegen den Einzelhandelsdiscounter Lidl kommt nur schleppend in Gang. Offensichtlich zu schleppend für einige Berliner AktivistInnen, die nicht auf das gewerkschaftliche Startsignal warten wollen. Im Vorfeld des 1. Mai demonstrierten einige hundert kritische Lidl-KundInnen, prekär Beschäftigte und andere mit Musik, Buchstabenballett und Transparenten vom Frankfurter Tor in Berlin-Friedrichshain zur Lidl-Filiale in der Rigaer Straße. "Lidl zur Hölle - wir ins Paradies", so der Tenor der Aktion. Die ursprünglich geplante Indoor-Demo musste leider ausfallen, da alle Lidl-Türen verschlossen waren. Der geplante exemplarische Umsatzeinbruch ist auf diese Weise aber trotzdem erzielt worden. Noch erfolgreicher waren anschließend ca. 20 Überflüssige, denen es gelang, in der in der nächstgelegenen Filiale auf die miesen Arbeitsbedingungen bei Lidl hinzuweisen.

http://de.indymedia.org

Auf den Spuren der Pflichtarbeit

Seit Januar treffen sich regelmäßig Menschen in Berlin zu gemeinsamen Spaziergängen. Sie inspizieren dabei Ämter, testen Kantinen, fahren zusammen schwarz, besuchen 1-Euro-PflichtarbeiterInnen bei der Arbeit und schauen gelegentlich auch mal in den Büros der Chefs vorbei. Acht solcher "1-Euro-Spaziergänge" hat es bisher in Berlin gegeben. Regelmäßig werden die Träger und Einsatzorte der Pflichtarbeit besucht und versucht, mit den ArbeiterInnen ins Gespräch zu kommen. Ziel ist dabei nicht so sehr die öffentliche Skandalisierung der Pflichtarbeit. Den SpaziergängerInnen geht es eher darum, ob und wie sich unter den Bedingungen der Pflichtarbeit Selbstorganisierung und Widerstand entwickelt.

Während der 7. Spaziergang durch drei Schulen in Neukölln führte, war Ziel des 8. Spaziergangs ein Beschäftigungsträger, der vorher bereits einmal besucht worden war. Wieder wurde die Arbeitszeit in Diskussionszeit umgewandelt, diesmal auch gegen den Widerstand der Werkstattleitung.

Auch in Köln gibt es inzwischen erste 1-Euro-Spaziergänge. Die Jugendhilfe Köln und der Ehrenfelder Verein für Arbeit und Qualifizierung waren Ziel der Besuche. Trotz Polizeibegleitung ist es jedes Mal gelungen, mit PflichtarbeiterInnen zu sprechen und AnleiterInnen und Geschäftsführungen in Diskussionen zu verwickeln.

www.labournet.de

Organisierte Kuriere

SIMECA, die Gewerkschaft der KurierfahrerInnen in Argentiniens Hauptstadt Buenos Aires, organisiert zur Zeit Proteste vor dem Sitz der Vereinigung der Kurierbetriebe. Hauptgrund: Allein im April 2005 sind sieben Kuriere tödlich verunglückt. Die Kurierunternehmen beschäftigen in Buenos Aires 60.000 FahrerInnen, die meisten müssen schwarz arbeiten. Seit Jahren kämpft SIMECA für bessere Arbeits- und Fahrzeiten oder für die Streichung von Park- oder Straßennutzungsgebühren. Zur Zeit verdienen Fahrradkuriere etwa 150 Dollars im Monat, Motorradkuriere etwa das Doppelte - wobei 12-Stundentage die Regel sind. Etwa 95 Prozent der 60.000 Kuriere von Buenos Aires arbeiten ohne jegliche Registrierung und Sicherheit.

www.labournet.de

1. Mai am 11. Mai

Dieses Jahr fiel der 1. Mai in Griechenland auf den dortigen Ostersonntag. Gewerkschaften und linke Organisationen hatten daher gefordert, den "Tag der Arbeit" - traditionell Feiertag in Griechenland - auf den 11.

Mai zu verschieben. Weil sich die Regierung geweigert hatte, dieser Forderung nachzukommen, wurde für den 11. Mai ein landesweiter Generalstreik ausgerufen.

In mehr als 60 Städten folgten Zehntausende diesem Aufruf. In Athen dominierten die streikenden Arbeiter für Stunden das Geschehen auf den Straßen. Schulen, öffentliche Betriebe und Behörden blieben geschlossen. Kein Zug bewegte sich aus den Bahnhöfen, kein Schiff aus den Häfen. Alle Banken, aber auch viele Betriebe und Geschäfte hatten die Rollläden unten oder arbeiteten eingeschränkt. Die staatlichen Kliniken richteten Notdienste ein. Im ganzen Land erschien keine Zeitung. Auch die öffentlichen Verkehrsmittel standen still. Die griechischen Fluggesellschaften Olympic Airlines und Aegean Airlines flogen während des Streiks jedes Ziel nur mit einer Maschine an; zwischen 11 und 15 Uhr MESZ war der Flugverkehr komplett lahm gelegt.

taz, junge Welt

Indimayday

Was für den Euromayday der 1. Mai war dieses Jahr für die ArbeiterInnen des informellen Sektors in Indien der 9. Mai. In Delhi demonstrierten rund 50.000 "Informelle" für Kranken- und Rentenversicherung. Etwa 1.000 Bauarbeiterinnen (kleines i) aus Tamil Nadu, mehrere Tausend Dalit-LandarbeiterInnen aus dem Punjab sowie über 5.000 Lastenträger aus Maharashtra waren unter den TeilnehmerInnen. Ähnlich starke Kontingente kamen aus Kerala, Karnataka, Andhra Pradesh, Gujarat, Rajasthan, Madhya Pradesh, Jharkhand, Bihar, Orissa, und Uttar Pradesh. Sie übergaben dem indischen Parlament eine Petition mit 350.000 Unterschriften. Rund 200 AktivistInnen haben im Anschluss landesweite Demonstrationen der informellen ArbeiterInnen beschlossen, um ihrer Forderung nach Sozialversicherungsschutz Nachdruck zu verleihen.

www.labournet.de

11. Hilfe gegen Hartz IV. Ratgeber gegen die Tücken des SGB II

Autor: Reinhard Rohde, Erwerbsloseninitiative Celle · Rubrik: Sozialpolitik; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak495/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:495:36

Wohl nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik hat ein Gesetz derart viele Menschen mit einer komplizierten neuen Situation konfrontiert, die zugleich existenzbedrohende Formen annehmen kann. Mittlerweile häufen sich die Ratgeber, die durch den Dschungel des neue Sozialgesetzbuch II (SGBII) helfen sollen. Ein Blick in die Bücher ist daher angebracht und vermeidet überflüssige Fehlkäufe.

In seinen Grundzügen dürfte das SGB II inzwischen bekannt sein. Doch die Fallstricke liegen im Detail. So kann sich eine allein lebende Erwerbslose mit einer günstigen Wohnung und ohne Nebeneinkünfte ihre Ansprüche wahrscheinlich aus dem reinen Gesetzestext herleiten. Die Lebenswirklichkeit kennt aber andere Konstellationen, was die Wohnsituation oder diverse kleine Nebeneinkünfte von Menschen betrifft. Die Arbeitsagenturen-Bescheide für das Alg II lassen hier zumeist viele Fragen offen. Und Nachfragen bei den zuständigen Ämter steigern im Ergebnis eher die Unsicherheiten. Da hilft nur, sich entweder an Erwerbsloseninitiativen zu wenden, oder sich selbst fit zu machen.

Was kann man von Ratgebern zum SGB II erwarten? Selbstverständlich eine übersichtliche Darstellung der Grundlagen des Gesetzes - also Leistungen und Zumutungen. Schön wäre, wenn man den Eindruck hätte, der Ratgeber wäre allen, noch so komplizierten Lebenslagen gewachsen. Letztlich wünscht man sich, dass einem Mittel an die Hand gegeben werden, Rechtsansprüche durchzusetzen.

Rendite durch TuWas-Leitfaden

Eines vorweg: Diesen Anspruch voll und ganz einzulösen, weiß nur der von der AG TuWas herausgegebene "Leitfaden Alg II" der Autoren Rainer Roth und Harald Thomé.

In Sachen Kompetenz und parteilicher Beratung kann der von der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen herausgegebene und von Dorothee Fetzer erarbeitete Ratgeber im Ansatz mithalten. Er ist übersichtlich, gibt eindeutige Tipps auch im Kleinen, und hält Musterwidersprüche zu unterschiedlichen Fragen vor. Nachteil: Es fehlt ein Register.

Dass es lohnend ist, sich von den Fragen der Betroffenen statt vom Gesetzestext leiten zu lassen, zeigt Michael Baczko in "Hartz IV und das Arbeitslosengeld II. Ein Fall für Escher". Der Autor ist als Fachanwalt für die MDR-Sendung "Ein Fall für Escher" tätig. Dort aufgelaufene An- und Hilferufe sind den einzelnen Themenfeldern zugeordnet und lassen deutlich werden, um was die Sorgen der Betroffenen kreisen. Die Antworten und Beispiele sind verständlich und erfreulich parteiisch. So beinhaltet das Buch die wichtigsten Rechtsmittel einschließlich der Musterschreiben, die sich auch auf der dem Buch beigelegten CD-ROM befinden.

Nur wenige Ratgeber machen Sinn

Eher etwas für Erwerbslosen-Initiativen sind juristisch orientierte Bände wie Münders "Sozialgesetzbuch II. Lehr- und Praxiskommentar" oder der Beck-Rechtsberater von Brühl/Sauer.

Viele andere Verlage haben zum Jahreswechsel Einführungen, Kommentare und Ratgeber herausgegeben. Von ihrem Gebrauchswert ist zumeist aber nicht viel zu halten. Häufig bleiben sie allgemein, teilweise enthalten sie falsche Angaben, und nur selten sind sie parteilich auf Seiten der Betroffenen.

Nehmen wir nur ein praktisches Problem als Beispiel. Relativ schwammig wird in § 9, 5 des SGB II eine "Unterhaltsvermutung" angestellt: "Leben Hilfebedürftige in Haushaltsgemeinschaft mit Verwandten oder Verschwägerten, so wird vermutet, dass sie von ihnen Leistungen zum Lebensunterhalt erhalten ..." Die eingangs gepriesenen Ratgeber geben den Tipp, dass eine entsprechende schriftliche Erklärung des Angehörigen darüber ausreicht, wonach er keine unterstützenden Leistungen erbringe, um diese Vermutung zu widerlegen. Ein vergleichsweise einfacher Weg, sich nicht nur Ärger mit der Behörde, sondern auch den Nerv mit den erwerbstätigen Verwandten vom Hals zu halten. Umso ärgerlicher ist es, wenn diese Möglichkeit z.B. im "stern Ratgeber" des Linde-Verlags nicht auftaucht. Selbst der ansonsten ganz brauchbare Leitfaden

der Stiftung Warentest verweist zwar auf einen Freibetrag, hält damit aber Begierden der Behörden nach Offenlegung des Einkommens der Verwandten die Tür auf. Und dass es bei Ratgebern auf den Erscheinungstermin ankommt, lässt sich am deutlichsten bei dem "Beck-Rechtsberater" von Jost Hüttenbrink (Stand: August 2004) erfahren. In seinem Beispiel wird die Großmutter wie ein Mitglied der Bedarfsgemeinschaft behandelt und voll zur Kasse gebeten. Wer das vor Antragsabgabe gelesen und geglaubt hat, dürfte in manchem Fall darauf verzichtet haben.

Wer umfassend und an den Konflikten orientiert beraten werden will, kommt an dem Leitfaden von Roth/Thomé nicht vorbei. Die Investition dürfte in vielen Fällen eine exorbitante "Rendite" ermöglichen. Noch günstiger ist der Ratgeber der gewerkschaftlichen Arbeitslosengruppen und wohl zumeist auch ausreichend. Viele Probleme werden bei Baczko über die Fragen und Beispiele gut nachvollziehbar.

In jedem Fall ist den Betroffenen zu empfehlen, sich mit einem der angepriesenen Leitfäden auszurüsten. Bei Konflikten mit den Leistungsträgern ist man so gut gerüstet und dürfte in der Regel besser um die Rechte von Erwerbslosen Bescheid wissen als der Sachbearbeiter.

Reinhard Rohde,

Erwerbsloseninitiative Celle

Roth, Rainer / Thomé, Harald: Leitfaden Alg II / Sozialhilfe von A -Z, hg. von AG TuWas. Frankfurt a.M. 2005 (Fachhochschulverlag) - 7,50 Euro [ISBN 3-932246-50-0], zu beziehen über: AG TuWas, Gleimstr. 3, 60318 Frankfurt gg. Voreinsendung eines Verrechnungsschecks oder über www.agtuwas.de

Fetzer, Dorothee: Arbeitslosengeld (Alg) II. Wissen und Tipps für Betroffene. Wegweise durch den Alg-II-Dschungel. Mit Hilfen und Mustertexten für Widersprüche und Klagen. Ein Ratgeber der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen. Berlin 2004 - 3,00 Euro (zzgl. Porto)

info@erwerbslos.de

Baczko, Michael: Hartz IV und Arbeitslosengeld II, m. CD-ROM; Vorw. v. Kurt Biedenkopf. Mit Hartz IV Rechner auf CD-ROM. Freiburg 2005 (Haufe) - 14,95 Euro.

12. Handreichungen zum Klassenkampf. Big is beautiful

Autor: dk · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak495/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:495:44

"Großkonzerne verdienen wieder prächtig", hieß es am 24.6.2004 im Handelsblatt. Die Gewinne der 500 größten börsennotierten Unternehmen in Europa waren im Geschäftsjahr 2003 mit 223 Mrd. Euro fast vier Mal so hoch wie 2002. Ein Trend, der sich auch im Jahr 2004 fortgesetzt hat - zumindest für die Top 30 in Deutschland.

Auf fast 36 Mrd. Euro innerhalb eines Jahres haben die so genannten DAX-30-Unternehmen ihre Gewinne 2004 gesteigert - gegenüber 2003 eine satte Verdoppelung. 21 Mrd. Euro davon wurden reinvestiert, aber immerhin 15 Mrd. Euro, also über 40 Prozent, an die AktionärInnen ausgeschüttet.

Die DAX-30-Zahlen belegen auch, dass die Gewinne von heute keineswegs die Arbeitsplätze von morgen sind. Im gleichen Jahr 2004 haben die wichtigsten deutschen Konzerne 35.000 Arbeitsplätze vernichtet.

Die Deutsche Bank, die trotz Rekordgewinne 6.500 Beschäftigte entlassen möchte, ist kein Einzelfall. Rekordgewinne hatte im letzten Jahr auch der Reifenhersteller Continental eingefahren: Mit 674 Mio. Euro wurde das Betriebsergebnis nach Steuern glatt verdoppelt, 52 Cent pro Aktie konnten als Dividende ausgeschüttet werden. Gleichzeitig hat Continental massive Stellenstreichungen und Verlagerungen nach Osteuropa angekündigt. In Mexiko wurden gleichzeitig Beschäftigte entlassen, weil sie für Arbeitervertretungen und Lohnerhöhungen gekämpft hatten.

Hoch profitabel arbeitet in Deutschland auch IBM. Im ersten Quartal 2005 betrug der Konzerngewinn 1,4 Mrd. Euro, 40% mehr als im Vergleichszeitraum des letzten Jahres. Die Dienstleistungssparte des Unternehmens mit der Tochter IBM Business Service mit 3.000 Beschäftigten steigerte den Umsatz überdurchschnittlich um sechs Prozent. 17,3 Prozent betrug 2004 die "Cross-Profit-Rate" (in etwa vergleichbar mit dem Gewinn vor Steuern) von IBM BS. Das hindert die Geschäftsleitung allerdings nicht daran, auf einen Schlag das Werk in Schweinfurt zu schließen und 342 Beschäftigte (zehn Prozent der Gesamtbelegschaft) zu entlassen.

Adidas, Allianz, Altana, BASF, Bayer, Bayrische Hypo- und Vereinsbank, BMW, Commerzbank, Continental, DaimlerChrysler, Deutsche Bank, Deutsche Börse, Deutsche Post, Deutsche Telekom, Eon, Fresenius, Henkel, Infineon, Linde, Lufthansa, MAN, Metro, Münchner Rück, RWE, SAP, Schering, Siemens, ThyssenKrupp, Tui und VW - das sind DAX-30 Unternehmen, die Creme der Aktiengesellschaften in Deutschland. Selbstverständlich gehören auch die zehn umsatzstärksten Unternehmen dazu: 1. DaimlerChrysler (136,4 Mrd. Euro), 2. Allianz, 3. VW, 4. Siemens, 5. Deutsche Bank, 6. Telekom, 7. Metro, 8. Eon, 9. RWE, 10. BMW.

Ranking, Umsatz und Gewinne

Gemessen am Umsatz rangieren vier dieser Multis mit Firmenzentrale in Deutschland unter den Top Ten in Europa: 1. BP (200,6 Mrd. Euro), 2. DaimlerChrysler (136,4 Mrd.), 3. Royal Dutch/Shell (106, 1 Mrd.), 4. Total (104, 7 Mrd.), 5. Allianz (89,3 Mrd.), 6. VW (87,2 Mrd.), 7. ING Groep (81,9 Mrd.), 8. AXA (81,6 Mrd.), 9. Siemens (74,2 Mrd.), 10. Carrefour (70,5 Mrd.). Unter die ersten Zehn der "Forbes 500"-Liste der größten Unternehmen der Welt schafft es im Umsatzranking von den bundesdeutschen Kapitalgesellschaften nur die DaimlerChryler AG. Sie rangiert in der aktuellen Forbes-Statistik (Dollar-Bewertung) auf Platz 6: 1. Wal-Mart (285,22 Mrd. Dollar), 2. BP (285,06 Mrd.), 3. Royal Dutch/Shell (265,19 Mrd.), 4. ExxonMobil (263,99 Mrd.), 5. General Motors (193,45 Mrd.), 6. DaimlerChrysler (192,75 Mrd.), 7. Ford (170,84 Mrd.), 8. Toyota (165,68 Mrd.), 9. General Electric (152,36 Mrd.), 10. Chevron Texaco (142,90 Mrd.). VW rangiert bei Forbes auf Platz 12, Allianz auf Platz 14, Siemens auf Platz 20.

Sortiert nach den gewinnstärksten Unternehmen der Welt dominieren Ölkonzerne und Banken: 1. ExxonMobil (25,33 Mrd. Dollar), 2. Royal Dutch/Shell (18,54 Mrd.), 3. Citigroup (17,95 Mrd.), 4. General Electric (16,59 Mrd.), 5. BP (15,73 Mrd.), 6. Bank of America (14,14 Mrd.), 7. Chevron Texaco (13,33 Mrd.), 8. Pfizer (11,36 Mrd.), 9. Toyota (11,13 Mrd.), 10. American International (10,91 Mrd.). Eon liegt als gewinnträchtigstes Unternehmen aus den DAX 30 auf Platz 38, Siemens auf Platz 66, DaimlerChrysler auf Platz 84. Auch im Querschnitt aus unterschiedlichen Kategorien tauchen die größten DAX-Unternehmen nicht im vorderen

Forbes-Ranking auf. Die zehn "größten" Konzerne der Welt sind demnach z.Z.: 1. Citicorp, 2. General Electric, 3. American International, 4. Bank of America, 5. HSBC Group, 6. ExxonMobil, 7. Royal Dutch/Shell, 8. BP, 9. ING Group, 10. Toyota. DaimlerChrysler steht an 33. Stelle, Eon an 34., Allianz an 35. und Siemens an 36. Stelle.

dk

13. Nur zum Schein gut. Der Kampf gegen das Hamburger Kita-Gutscheinsystem

Autor: Bernd Arnold · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak495/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:495:18

Von der (radikalen) Linken oft unbeachtet existieren lokale soziale Bewegungen mit z.T. erheblicher politischer Durchschlagskraft. Der Kampf der Hamburger Kita-Beschäftigten und Eltern gegen die Sparmaßnahmen und Ausgrenzungsmechanismen bei den Kindertagesstätten ist dafür ein Beispiel. Der folgende Beitrag zeichnet einen Kampf nach, der immerhin maßgeblich zum Sturz des Schwarz-Schill-Senats Ende 2003 beigetragen hat.

Seit August 2003 existiert in Hamburger Kindertagesstätten ein Gutscheinsystem: Jedes Kind erhält einen Gutschein, mit dem die Einrichtungen einen Teil der Gebäudekosten, der Personalkosten und eine Sachkostenpauschale refinanzieren können. Wie viele Kinder eine Kita aufnehmen darf, errechnet sich aus der Größe der zur Verfügung stehenden pädagogischen Fläche. Wird die vorgegebene Kinderzahl nicht erreicht, produziert die Einrichtung Defizite. Die Gutscheine werden an die Eltern ausgegeben, die sich eine Einrichtung ihrer Wahl aussuchen können. Gleichzeitig wurden die Kitas als Bildungseinrichtungen gemäß § 22 des Kinderjugendhilfegesetz (KJHG) definiert. Unter anderem wird von Seiten der Behörde gefordert, die Kinder besser auf den Schulalltag vorzubereiten. Dies betrifft insbesondere die Sprachförderung von MigrantInnenkindern und die Vorschulerziehung in den Kitas.

Selbstorganisiertes Beschäftigtenbündnis

Die Vorbehalte von Eltern, Verbände und Beschäftigten gegenüber diesem Modell waren und sind erheblich: Die gleichzeitig herausgegebenen Bewilligungskriterien schließen Kinder von arbeitslosen Familien bis auf einen vierstündigen Rechtsanspruch für Drei- bis Sechsjährige ganz vom Kindergartenbesuch aus. Familien, bei denen ein Elternteil nicht erwerbstätig ist, werden ebenfalls bis auf diesen Restanspruch runtergekürzt. Auch hier sind vor allem MigrantInnenkinder betroffen.

Unmittelbar nach ihrer Einführung führten Gutscheinsystem und Bewilligungskriterien zu einem völligen Chaos. Innerhalb kürzester Zeit waren die Budgets ausgeschöpft, Computer stürzten ab. Der Senat reagierte mit einem Gutscheinstopp. Bis auf den Rechtsanspruch von vier Stunden für drei- bis sechsjährige Kinder wurden keine Gutscheine mehr ausgegeben. Etliche Einrichtungen erreichten nun nicht mehr die notwendige Kinderzahl und erwirtschafteten Defizite. Einige Einrichtungen - insbesondere Krippeneinrichtungen - standen vor dem Aus.

In dieser Situation wurde im Herbst 2003 eine Initiative für ein Volksbegehren gestartet. Binnen zwei Wochen wurden 170.000 Unterschriften für folgende Forderungen gesammelt: a) Erhöhung des Rechtsanspruchs von vier auf fünf Stunden; b) Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für alle Kinder, deren Eltern berufstätig sind; c) Mitwirkungsmöglichkeiten für die Eltern; d) Finanzierung durch den Senat. Nach der Bürgerschaftswahl Ende Februar 2004 akzeptierte der neue CDU-Senat diese Kernforderungen. Die oppositionelle SPD ihrerseits stimmte zu, dass die Finanzierungsfragen dem Senat überlassen bleiben. Die betroffenen Einrichtungen und Initiativen wurden nur kurz über diesen "Kompromiss" informiert.

Im April 2004 verkündet der Senat, dass die Mehrkosten für den Kompromiss von den Beschäftigten erbracht werden sollen. Von rund 70 Millionen Euro ist zu diesem Zeitpunkt die Rede. Es sollen größere Kindergruppen entstehen, und die finanzielle Ausstattung der Einrichtungen soll verschlechtert werden. Außerdem sollen die Arbeitszeiten massiv verlängert werden. Im März 2004 hatten die Länder die Arbeitszeitregelung für den Öffentlichen Dienst gekündigt. Statt bisher 38,5 Stunden soll in Zukunft im Westen 42 Stunden gearbeitet werden. Urlaubs- und Weihnachtsgeld sollen gekürzt bzw. gestrichen werden.

Vor diesem Hintergrund hatten einige Beschäftigte einen Aufruf an die KollegInnen verfasst. Sie schlugen eine betriebsübergreifende Organisierung vor sowie Arbeitskampfmaßnahmen bis hin zum Streik. Rund 180 Beschäftigte aller Kita-Träger trafen sich am 9.6.2004 im Gewerkschaftshaus. Außerdem wurden auch die organisierten Vertreterinnen der Eltern, die Fachhochschule und die Fachschulen für Sozialpädagogik eingeladen. Bis heute tagt das Beschäftigtenbündnis als Selbstorganisationsstruktur 14-tägig. Obwohl von GEW und ver.di unterstützt, definiert sich das Bündnis als unabhängig - nicht zuletzt deswegen, weil viele

unorganisierte Kolleginnen aktiv sind. Von Beginn an wurde auf die Einbeziehung aller Kolleginnen hingearbeitet. Begrenzte Regelverletzungen wurden nicht ausgeschlossen, um eine möglichst breite Öffentlichkeit zu erreichen. Auch Arbeitsniederlegungen und Streiks wurden und werden diskutiert.

Im Juni 2004 war inzwischen von Kürzungen im Umfang von 85 Millionen Euro die Rede. Die Beschäftigten rechneten Massenentlassungen von bis zu 3.000 Kolleginnen. Im Hauswirtschaftsbereich der Vereinigung Hamburger Kindertagesstätten, dem größten Kita-Träger mit fast 5.000 Beschäftigten, wurden wahlweise die gesamte Auslagerung dieses Bereichs, Fremdverpflegung oder massive Lohnkürzungen diskutiert.

Das Kita-Bündnis reagierte mit einer Vielzahl von Aktionen. Am 22.6.2004 sprengen Kita-Beschäftigte, Eltern und Kinder faktisch die Sitzung des Jugendausschusses der Bürgerschaft - und das obwohl der Sitzungsort kurzfristig vom Rathaus in die Handelskammer verlegt wird. Es kommt zu Personalfeststellungen durch die Polizei. Bei der Neuansetzung am 26.8. erscheinen rund 800 Beschäftigte, Eltern und ihre Kinder im Rathaus. Auch hier kommt es immer wieder zu Unterbrechungen der Sitzung.

Für erhebliche Unruhe sorgte auch die Ankündigung des Senats, die Kürzungen einseitig, ohne Verhandlung mit den Verbänden, auf dem Verordnungswege zu oktroyieren. Während der Senat nur 321 Mio. Euro für 55.000 Kinder ausgeben wollte (das entspricht einer Kürzung von 25%), hatten die Verbände nämlich erklärt, es sei aus fachlichen Gründen unverantwortlich, unter 365 Mio. Euro abzuschließen.

Am 2. September demonstrieren rund 8.000 Menschen unter dem Aufruf des Beschäftigtenbündnisses. An diesem Tag kommt es zu Betriebsversammlungen bei verschiedenen Trägern, in einigen Bereichen wird sogar teilweise die Arbeit niedergelegt. Im Anschluss an eine Betriebsversammlung der Vereinigung der Hamburger Kindertagesstätten mit fast 3.000 Kolleginnen am 15.9. demonstrieren rund 1.700 KollegInnen spontan zum Rathaus. Die Polizei greift trotz Aufforderung nicht ein. Der Personalrat der Polizei hatte sich vorher mit den Beschäftigten und ihren Forderungen solidarisch erklärt.

Am 22.10. findet im Hamburger Rathaus ein "Expertenhearing" statt. Dem Bündnis gelingt es, bei dieser Gelegenheit die Situation der Beschäftigten in die öffentliche Debatte einzubringen: Löhne am unteren Rand der Lohnskala. Arbeitsverdichtung. Mit der geplanten Kürzung drohen Gruppengrößen von bis zu 30 Kindern auf zwei ErzieherInnen im Elementarbereich, im Hortbereich sogar über 30 Kinder auf eine Erzieherin. Schließung von kleinen Einrichtungen ist nicht auszuschließen.

Aber auch die Debatte um den Begriff der frühkindlichen Bildung wird von den VertreterInnen des Bündnisses aufgegriffen. Kindertagesstätten werden als wichtige, ja unverzichtbare Erfahrungsräume für Kinder definiert, als Orte der Kinderbildung und Kultur, Orte des sozialen Lernens, des Erwerbs sozialer Kompetenzen. Die Beschäftigten protestieren damit gegen das Image von Betreuungseinrichtungen, die eigentlich die Reproduktionsarbeit leisten, die in der Familie umsonst zu leisten ist. Gleichzeitig richtet sich der Protest gegen die Zuschreibung der Rolle als bloße Aufbewahrung von Kindern, deren Eltern arbeiten müssen.

Auch die immanente Auseinandersetzung mit den Argumenten des Senats wird gesucht. Das Bündnis kritisiert vor allem das Benchmarking, den Städtevergleich, der von Seiten der Behörde immer wieder bemüht wird. Bei genauerem Hinsehen stellt sich heraus, dass Hamburg in Bezug auf die Kostenstruktur bei den Horteinrichtungen eher am unteren Rand liegt, im Elementar- und Krippenbereich im Mittelfeld.

Am 26.10.2004 organisiert das Beschäftigtenbündnis erneut eine Großdemonstration mit 10.000 TeilnehmerInnen und mit teilweisen Arbeitsniederlegungen. Als neuer inhaltlicher Akzent kommt nun die Debatte um die 1-Euro-Pflichtarbeiten hinzu. Die KollegInnen befürchten den Ersatz von regulärer Beschäftigung und die weitere Entwertung ihrer Arbeit durch 1 Euro-Arbeitsgelegenheiten.

Langer Atem und Mühen der Ebene

Doch nur einen Tag später werden die Kürzungen unter Protest im Zuhörerraum in der Bürgerschaft verabschiedet: Es regnet Wattebäusche und Flugblätter. Die Sitzung wird kurzzeitig unterbrochen. Bei elf Frauen werden die Personalien festgestellt. (1) Die Vereinigung der Hamburger Kindertagesstätten tritt aus dem Arbeitgeberverband aus. Im Dezember einigen sich Senat und Wohlfahrtsverbände auf einen Kita-Etat von 341 Mio. Euro für 53.500 Kinder. Ursprünglich hatte der Senat mit zunächst 289 Mio. Euro und dann mit 315 Mio. Euro für 55.000 Kinder geplant. Demgegenüber waren die Proteste sicher erfolgreich. Doch gemessen an den alten Standards waren das immer noch rund 50 Mio. zu wenig. Gleichzeitig wurde damit der

Einstieg in die Pauschalierung der Gebäude- und Personalkosten verfügt. Für die zukünftige Beschäftigtenstruktur hat das erhebliche Konsequenzen: Entlassung erfahrener, teurer Fachkräfte zu Gunsten billiger Neueinstellungen.

Die Kürzungen verändern die Lage. Die bisherigen Aktionen haben sie nicht verhindern können. Eine Ausweitung auf andere Bereiche des Öffentlichen Dienstes hat nicht stattgefunden. Andere Teile von Beschäftigten im Bildungsbereich sind passiv geblieben. Das Beschäftigtenbündnis hält in dieser Situation an dem Ziel, Arbeitskampfmaßnahmen einzuleiten, fest. Zur Mobilisierung und um ein realistisches Bild von der Kampfbereitschaft der Kolleginnen zu bekommen, soll dazu eine Befragung der Mitarbeiterinnen durchgeführt werden. Nach einem Treffen mit VertreterInnen von ver.di und der GEW stellt sich heraus, dass das Bündnis die Befragung alleine durchführen muss.

Sie beginnt im Januar 2005 und wird von kleinen Aktionen begleitet. Die Verteilung der Fragebögen gestaltet sich schwierig, weil sich nur wenige Aktive beteiligen. Während einige AktivistInnen meinen, mit der Abgabe der Fragebögen wäre die Arbeit erledigt, sind andere von der Wirkung der Kürzungen gelähmt. Die KollegInnen müssen jetzt mehr alleine arbeiten und haben mit rund 12% mehr Kindern zu tun. Es gibt weniger Vorbereitungszeit, und es werden Änderungskündigungen ausgesprochen. In einigen Einrichtungen ist das Weihnachtsgeld abgeschafft worden, andere haben das pädagogische Angebot verschlechtert. Insgesamt bedeuten die Kürzungen einen Abbau von rund 1.500 Stellen.

Um dem etwas entgegen zu setzen, veröffentlicht das Bündnis Informationen über die Situation in den Betrieben. Schon beim ersten Bericht reagiert die Behörde heftig und denunziert die Aktion als Veröffentlichung von Dienstgeheimnissen. Eine Kollegin erhält eine Abmahnung, andere erhalten Ermahnungen. In Zusammenarbeit mit der SPD organisiert das Beschäftigtenbündnis darauf hin eine zweite Befragung. Ziel ist es, die Anonymität der einzelnen Einrichtung zu wahren und dennoch verlässliche Daten zu bekommen, die die Behörde nicht liefert. Außerdem sollen die einzelnen Mitarbeiterinnen vor weiteren Abmahnungen geschützt werden.

Bei den jüngsten Warnstreiks des Öffentlichen Dienstes in Hamburg waren die Beschäftigten der Kitas überdurchschnittlich vertreten. Gleichzeitig beteiligt sich das Beschäftigtenbündnis an der Wiederbelebung des Hamburger Bildungsbündnisses unter Beteiligung der Schulen, der Hochschulen, den Kitas und dem Fortbildungsbereich. "Gebührenfreie Bildung für alle" lautet das Motto der großen Protestdemonstration, die für den 16. Juni vorbereitet wird. Der Kita-Kampf geht in eine neue Runde.

Bernd Arnold

Anmerkung:

1) Im Augenblick laufen die Prozesse gegen die Kolleginnen.

14. Handgranaten ins Offizierscasino. Die GI-Bewegung gegen den Vietnam-Krieg

Autor: Jan Peters · Rubrik: Zeitgeschichte; Vietnam; USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak495/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:495:09

Am 1. Mai vor 30 Jahren verließen die letzten US-Einheiten das damalige Saigon per Hubschrauber. Der Vietnam-Krieg war damit faktisch beendet. Glaubt man vietnamesichen MilitärexpertInnen, hätte er fünf Jahre länger gedauert, wenn die US-Armee nicht von innen heraus zersetzt worden wäre.

1969 vermeldet Colonel Robert D. Heinl von der Front in Vietnam beunruhigende Nachrichten nach Washington: Befehlsverweigerungen sind an der Tagesordnung. Die GIs vermeiden planmäßig Kampfsituationen ("Cover your ass"). 56.000 Soldaten sind desertiert. Ein Jahr später ist diese Zahl auf 66.000 gestiegen. Zehn Prozent der 3,5 Millionen-Armee hatte sich während des Krieges unerlaubt von der Truppe entfernt, 12.000 Gis waren zum Vietcong übergelaufen.

Im Juli verursachte ein Feuer auf dem Flugzeugträger USS Forrestal einen Schaden in Höhe von sieben Mio. Dollar und setzte ihn kurz vor dem Auslaufen nach Vietnam außer Gefecht. Auch der Flugzeugträger USS Ranger fiel Monate lang aus, weil zwei Schrauben und ein Spachtel einen Maschinenschaden von einer Mio. Dollar verursacht hatten. Desertion, Befehlsverweigerung und Sabotage innerhalb der US-Armee waren ein genauso wichtiger wie oft vergessener Faktor im Widerstand gegen den Vietnam-Krieg.

Der Widerstand gegen den Vietnamkrieg begann als ein moralischer. So hieß es beispielsweise in einem Flugblatt "An die Angehörigen der Streitkräfte", das 1965 vom Berkeley Vietnam Day Committee vor Wehrerfassungsämtern und Truppenquartieren verteilt und nach Vietnam versandt wurde: "Als Soldat hast du gelernt, Befehle auszuführen; als Mensch aber trägst du die Verantwortung für deine eigenen Taten. Nach dem internationalen und amerikanischen Recht ist der einzelne Soldat, auch wenn er Befehle ausführt, letzten Endes für das, was er tut, gesetzlich und moralisch verantwortlich ... Dieses Prinzip bildete die Rechtsgrundlage der Nürnberger Prozesse. Wir sind der Überzeugung, dass der ganze Krieg in Vietnam verbrecherisch und unmoralisch ist. Wir sind der Überzeugung, dass die Scheußlichkeiten, die notwendig sind, um diesen Krieg gegen das Volk von Vietnam zu führen, unentschuldbar sind."

Eine der wenigen Gruppen, die den Vietnamkrieg schon damals als direkte Folge des amerikanischen Imperialismus verstanden, war das von der maoistischen Progressive Labor Party (PLP) stark beeinflusste 2nd May Movement. Es war im Mai 1964 mit dem Ziel gegründet worden, den studentischen Protest gegen den Krieg in Vietnam zu organisieren. Ab 1965 war die Opposition gegen den Vietnam-Krieg auch der Schwerpunkt des SDS, Students for a Democratic Society. Ausschlaggebend war die Aufnahme des amerikanischen Bombenkrieges gegen Nordvietnam im Februar 1965, die in einem klaren Widerspruch zu Präsident Johnsons Wahlversprechen stand.

Vietnam 1969: Eine Armee zerfällt

Im April 1965 folgten mindestens 25.000 StudentInnen dem Aufruf des SDS zum ersten nationalen Antikriegsmarsch in Washington. Im Winter 1966/67 begann der SDS eine Kampagne zur Organisierung des Widerstands gegen die Wehrpflicht, die allerdings auf Studenten beschränkt blieb. Unter dem Slogan "We Won't Go" zielte sie darauf ab, die Isolierung einzelner Kriegsdienstverweigerer aufzuheben und kollektive Aktionen vorzubereiten, die sich vor allem im öffentlichen Verbrennen oder Zurücksenden der Einberufungsbefehle ausdrücken sollten. Es folgten Desertionskampagnen und Versuche, auch innerhalb der Armee Widerstand zu organisieren - allerdings mit relativ geringem Erfolg, denn der SDS hatte die klassenbedingten Motivations- und Interessensunterschiede zwischen der Mehrheit der Wehrpflichtigen und den Studenten deutlich unterschätzt.

Für die zivile Antikriegsbewegung war die Armee im Wesentlichen ein homogener feindlicher Block. Es fehlte der Blick für potenzielle Verbündete aus den Reihen der Streitkräfte. Jeder, der eine Uniform trug, galt als Feind, war er doch Teil der Armee, die kämpfte und daher nicht für Frieden sein konnte. Wie falsch diese Einschätzung war, zeigten die ersten Anzeichen aktiven Widerstands im Militär. 1966 weigerten sich drei in Fort Hood, Texas, stationierte GIs, dem Marschbefehl nach Vietnam Folge zu leisten. Im selben Jahr weigerte

sich der zum Wehrdienst verpflichtete Arzt Captain Howard Levy in Fort Jackson, South Carolina, Green Berets für den Einsatz in Vietnam zu schulen. Er musste sich deshalb einem Kriegsgericht stellen. 1967 desertierten in Europa etwa 12.000 amerikanische GIs, um einem möglichen Einsatz in Vietnam zu entgehen. Gleichzeitig kam es zu den ersten Kampfverweigerungen auf den vietnamesischen Schlachtfeldern.

Im August 1968 ereignete sich auf Fort Hood die erste große Militärrevolte. Sechzig schwarze GIs weigerten sich, nach Chicago geflogen zu werden, um dort Dienst bei der Niederschlagung des Aufruhrs zu tun, den man anlässlich des Parteitags der Demokraten erwartete. Im Juni 1969 revoltierten die Insassen des Militärgefängnisses von Fort Dix, New Jersey, und brannten die Gefängnisbaracken nieder. Etwa zur selben Zeit setzte sich die gesamte Kompanie A der 196. Infanteriebrigade bei Son Chan Valley in Vietnam auf dem Schlachtfeld nieder und zwang ihren Kompanieführer zu der berühmt gewordenen Meldung: "Sir, meine Leute weigern sich zu gehen; wir können nicht vorrücken."

Trotz aller Härte, mit der das Militär gegen widerspenstige und abtrünnige Soldaten vorgehen konnte, weitete sich der Widerstand gegen die US-Kriege in Indochina mit der Dauer der Kriegsführung beträchtlich aus. Man kann wohl sagen, dass die Beendigung des Krieges zu einem guten Teil von der rasant zunehmenden Einsatzunfähigkeit der US-Truppen auf den Kampffeldern bestimmt war. Einen wesentlichen Anteil daran hatten insbesondere schwarze GIs. Sie bildeten den weitaus größten Teil der Kampftruppen, auch dies ein Spiegel des rassistischen Charakters des US-Regimes. Eine der wesentlichen und bestorganisierten Gruppen in der innermilitärischen Widerstandsbewegung waren die Vietnam Veterans Against the War (WAW), die 1967 entstanden und auch lange nach der Beendigung des Vietnamkrieges ihre Bedeutung behielten.

Die GI-Bewegung rekrutierte sich mit großer Mehrheit aus der ArbeiterInnenklasse. Schon darin unterschied sie sich beträchtlich von der zivilen Antikriegsbewegung, deren großes Potenzial aus der Mittelschicht kam. Während die Studentenschaft in großem Umfang von dem Recht auf Verweigerung aus Gewissensgründen Gebrauch machen konnte (so weit sie überhaupt zum Wehrdienst aufgerufen wurde), verfügten die Wehrpflichtigen aus der Arbeiterklasse nur selten über die objektiven und subjektiven Voraussetzungen, die notwendig waren, um dieses Recht für sich in Anspruch nehmen zu können.

Ähnlich verhielt es sich mit der Desertion. Für Wehrpflichtige aus der Arbeiterschaft hatte sie weitaus gravierendere Folgen als für andere. Das Fehlen einer ehrenhaften Entlassung bedeutete für GIs aus der ArbeiterInnenklasse in den meisten Fällen ständige Arbeitslosigkeit, während StudentInnen auf Grund ihrer höheren Bildungsqualifikation auch ohne diese Papiere Anstellungen finden konnten - wenn sie denn überhaupt unter dem unmittelbaren Druck standen, in jedem Fall einen Arbeitsplatz finden zu müssen. Entgegen der Erwartungen der studentischen KriegsgegnerInnen und ihrer Aufrufe, waren Desertionen zumindest zu Beginn des Kriegs nicht die vorherrschende Form des Widerstandes innerhalb der Armee. Der Widerstand der GIs konzentrierte sich nahezu zwangsläufig auf die Wirkungsmöglichkeiten innerhalb der Streitkräfte, und er führte zur Entwicklung eigenständiger Oppositionsweisen und Organisationsformen.

Die oppositionelle Haltung der GIs wurde in viel stärkerem Maß durch subjektive Erfahrungen und Reaktionen bestimmt als durch die Intellektualisierung der gesellschaftlichen Widersprüche, die die studentische Antikriegsbewegung kennzeichnet. Entscheidend dafür waren die Einschränkungen der persönlichen Freiheiten, denen sich Wehrpflichtige ausgesetzt sahen, sowie die besonderen Unterdrückungsmechanismen und Strafmaßnahmen, die zur Praxis innerhalb der Streitkräfte gehörten. Unter diesen Umständen muss als Opposition bereits jenes politisch unbewusste Verhalten gewertet werden, das sich in Form passiven Widerstands äußerte, unter den Bedingungen des Kriegszustandes faktisch aber auf eine Sabotage der amerikanischen Kriegsanstrengungen hinauslief.

GI-Opposition und Klassenlage

In dem Maße, in dem der Vietnamkrieg trotz aller Proteste eskalierte, nahm die Militanz der GI-Bewegung zu. Sie entwickelte sich von der moralischen Ablehnung über die Befehlsverweigerung bis hin zur Revolte und zum tätlichen Angriff auf die militärischen Befehlshaber. Nach Angaben des Pentagon fielen allein 1970 mindestens 202 in Vietnam dienende Offiziere solchen Anschlägen zum Opfer. Begleitet war diese Entwicklung von einem nahezu totalen Zerfall der Moral der amerikanischen Bodentruppen in Vietnam, der sich nicht zuletzt in dem wachsenden Drogenkonsum manifestierte und sie als Kampfeinheiten zunehmend untauglich werden ließ.

Was die organisatorische Struktur betrifft, so war die GI-Bewegung dadurch gekennzeichnet, dass ihr jede Art von Zentralkomitee oder nationalem Koordinierungsausschuss fehlte, die eine einheitliche Politik und Strategie der in den Streitkräften versammelten Opposition hätten bestimmen können. Die Politik der GI-Bewegung wurde weitgehend auf lokaler Ebene entschieden und orientierte sich an den jeweiligen Gegebenheiten auf einem Stützpunkt. Die Organisationsformen waren dabei ebenso vielfältig wie die Ziele und Aktivitäten. Es gab straffe Mitgliedsorganisationen, ad-hoc-Gruppen, lockere Basisorganisationen und Untergruppierungen politischer Parteien; exklusive Organisationen schwarzer GIs standen neben multiethnischen Gruppen. Ein Großteil der oppositionellen GIs waren organisatorisch überhaupt nicht erfasst.

Von der Desertion zur Sabotage

Welche Breitenwirkung von der GI-Bewegung ausging, lässt sich schon daran ermessen, dass sich die Armee 1970 zum ersten Mal in ihrer Geschichte gezwungen sah, den auf den 16. Mai festgesetzten und mit Militärparaden gefeierten traditionellen "Armed Forces Day" auf 25 Stützpunkten in den USA abzusagen. Nur so war es möglich, die unruhigen GIs in den Militärbasen zu halten und die erwarteten Gegendemonstrationen - "Peoples Armed Forces Day" - zu verhindern. Am 4. Juli 1971 kam es sogar in Vietnam zu einer großen Antikriegsdemonstration, als sich am Strand von Chu Lai rund 1.500 amerikanische GIs zu einer Kundgebung versammelten. Gerade in Vietnam war die Opposition zudem noch durch eine Solidaritätsadresse der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams ermutigt worden. Die FLN hatte erklärt, dass sie in Gefangenschaft geratene amerikanische GIs, die ihre Ablehnung des Vietnamkriegs bekundeten - und sei es nur durch Antikriegsliteratur oder das Tragen eines Friedensemblems - nicht als Feinde behandeln würde. Die New York Times druckte diese Solidaritätserklärung am 6. Mai 1971 ab.

Folgender Witz, der in jener Zeit auf US-amerikanischen Stützpunkten kursierte, markiert die Stimmung in der Armee treffend: Nixon und sein Verteidigungsminister sitzen im Weißen Haus. Eine riesige Menge von AntikriegsdemonstrantInnen rückt immer näher. Nixon wird nervös und sagt: "Wir müssen etwas tun. Rufen Sie die Armee!" der Verteidigungsminister: "Es tut mir leid, Mr. President, das ist die Armee."

Jan Peters

Ausführlicher wird der Widerstand innerhalb der US-Armee in zwei Büchern beschrieben, die im Atlantik Verlag, Bremen erschienen sind: Peter Michels, Black Perspectives, Bd.1: USA, Bremen 1999 und Jonathan Neale, Der amerikanische Krieg, Bremen 2004

15. Die Toten des Zweiten Weltkriegs

Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak495/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:495:03

Die Toten des Zweiten Weltkrieges

Staat, Mobilisierte Soldaten, Tote Soldaten, Tote Zivilisten

China, 5.000.000 , 3.500.000 , 10.000.000

Deutschland, 10.800.000 , 3.250.000 , 2.000.000

Frankreich, 5.000.000 , 250.000 , 170.000

Großbritannien, 4.700.000 , 240.000 , 65.000

Griechenland, 150.000 , 17.000 , 400.000

Indien, 2.400.000 , 48.000 , -

Italien, 4.500.000 , 380.000 , 180.000

Japan, 7.400.000 , 1.700.000 , 950.000

Jugoslawien, 3.700.000 , 300.000 , 1.400.000

Niederlande, 500.000 , 10.000 , 240.000

Polen, 1.000.000 , 600.000 , 6.000.000

Rumänien, 600.000 , 200.000 , 460.000

Sowjetunion, 20.000.000 , 8.700.000 , 16.900.000

Ungarn, 350.000 , 140.000 , 610.000

USA, 16.400.000 , 292.000 , -

Die Zahlen entnahmen wir dem taz-Journal "Die Macht der Erinnerung". Sie sind unvollständig: Es fehlen vor allem die Kriegsopfer aus Ländern der Dritten Welt. (siehe dazu unseren Artikel auf Seite 20) Dennoch ist die Tabelle in Verbindung mit dem deutschen Opferdiskurs aufschlussreich: Man vergleiche etwa die Opferzahlen in Deutschland, Polen und der Sowjetunion sowie die sehr unterschiedlichen Anteile getöteter Soldaten und ZivilistInnen.

16. Opfer, Täter, Staatsmänner. Das Gedenkjahr 2005 - eine vergleichende Bilanz

Autor: Js. · Rubrik: Zeitgeschichte; Geschichte der BRD; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak495/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:495:31

Sie reden für Deutschland - und seine Interessen: Seit 1985 gehören die Auftritte deutscher Bundespräsidenten anlässlich des Kriegsendes zu den politischen Großereignissen. Auch die Medien bieten im Vorfeld der "runden" Jahrestage alles auf, was die Archive hergeben. Talkshow-Geplauder dient der Sinnstiftung: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg? Oder eher "Tabubruch": Muss es nicht nach 60 Jahren "endlich erlaubt" sein, auch über die deutschen Opfer ... ? So unübersichtlich der deutsche Geschichtsdiskurs auf den ersten Blick erscheint - betrachtet man die Interventionen des politischen Spitzenpersonals, dann wird die Richtung erkennbar: Deutschland gedenkt "aller Toten des Krieges und der Gewaltherrschaft".

Die neuere, zunächst west-, dann gesamtdeutsche Erinnerungskultur begann am 8. Mai 1985 mit Richard von Weizsäckers Rede beim Festakt im Bonner Bundestag. Bis heute gilt diese Rede als bahnbrechend. Was sie damals für viele seiner christdemokratischen ParteifreundInnen und andere gute Deutsche nur schwer erträglich machte, war vor allem die vom bundesdeutschen Staatsoberhaupt gewählte Reihenfolge bei der Aufzählung der Opfer und die Ehrung des Widerstandes. Darin einbezogen waren nicht nur deutsche KommunistInnen, sondern auch der bewaffnete Widerstand in den von der Wehrmacht besetzten Ländern; in den Kriegserzählungen der deutschen Frontkämpfer galten die PartisanInnen bis dahin als Ausbund von Heimtücke und Brutalität. Weizsäcker sagte:

"Wir gedenken insbesondere der sechs Millionen Juden, die in deutschen Konzentrationslagern ermordet wurden. Wir gedenken aller Völker, die im Krieg gelitten haben, vor allem der unsäglich vielen Bürger der Sowjetunion und der Polen, die ihr Leben verloren haben. Als Deutsche gedenken wir in Trauer der eigenen Landsleute, die als Soldaten, bei Fliegerangriffen in der Heimat, in Gefangenschaft und bei der Vertreibung ums Leben gekommen sind. Wir gedenken der ermordeten Sinti und Roma, der getöteten Homosexuellen, der umgebrachten Geisteskranken, der Menschen, die um ihrer religiösen oder politischen Überzeugung willen sterben mussten. Wir gedenken der erschossenen Geiseln. Wir gedenken des Widerstandes in allen besetzten Staaten. Als Deutsche ehren wir das Andenken der Opfer des deutschen Widerstandes, des bürgerlichen, des militärischen und glaubensbegründeten, des Widerstandes in der Arbeiterschaft und bei Gewerkschaften, des Widerstands der Kommunisten."

Richard von Weizsäcker setzt Maßstäbe

Aber dieser Passage ging nicht nur die gleichmacherische - und inzwischen klassisch gewordene - Formulierung voraus: "Wir gedenken heute in Trauer aller Toten des Krieges und der Gewaltherrschaft." Es werden auch Täter - Soldaten der Wehrmacht - mit ihren Opfern in einem Atemzug genannt. Für Krieg und Völkermord verantwortlich waren nur wenige, behauptete Weizsäcker: "Die meisten Deutschen hatten geglaubt, für die gute Sache des eigenen Landes zu kämpfen und zu leiden. Und nun sollte sich herausstellen: Das alles war nicht nur vergeblich und sinnlos, sondern es hatte den unmenschlichen Zielen einer verbrecherischen Führung gedient."

Ja, wer konnte das ahnen, was sich nun "herausstellen sollte"! Ganz so naiv würde es wohl heute kein deutscher Staatsmann mehr formulieren, die Kernaussage aber, die Deutschen seien verführt und missbraucht worden, ist in das offizielle Geschichtsbild eingegangen. Das gleiche gilt für weitere Schlüsselsätze der Rede: "Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen." - "Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung." - "Seinem Schicksal gemäß hat jedes Volk dabei seine eigenen Gefühle" - legitim seien auch die Gefühle der deutschen Vertriebenen, denen "schweres Unrecht" widerfahren sei und die dennoch nur Gutes wollten: "Heimatliebe eines Vertriebenen ist kein Revanchismus" - ein skandalöser Pauschal-Freispruch für eine Gruppe, in deren bis heute gültiger "Charta" die eigenen Leute als die "vom Leid dieser Zeit am schwersten Betroffenen" bezeichnet werden.

Weizsäcker hätschelte aber nicht nur die aggressiven VolkstumskämpferInnen in den Vertriebenenverbänden, er tröstete auch die von maßlosen Verbrechen beschwerte deutsche Volksseele: "Gewiss, es gibt kaum einen Staat, der in seiner Geschichte immer frei blieb von schuldhafter Verstrickung in Krieg und Gewalt. Der

Völkermord an den Juden jedoch ist beispiellos in der Geschichte. Die Ausführung des Verbrechens lag in der Hand weniger." Allerdings hätten "allzu viele" versucht, "nicht zur Kenntnis zu nehmen, was geschah", und "beriefen sich allzu viele von uns darauf, nichts gewusst oder auch nur geahnt zu haben."

Weizsäckers wohldosierte Mischung bestimmt bis heute die staatsoffiziellen Reden über deutsche Schuld und deutsches Leid: Anerkannt werden die deutsche Kriegsschuld und die Singularität der Shoah; gleichzeitig wird die Masse der Deutschen als unschuldig dargestellt, werden ihre höchst einseitigen Erinnerungen an das eigene Leiden in den Rang legitimer, ja notwendiger Trauerarbeit gehoben.

Der 1994 gewählte Bundespräsident Roman Herzog konnte im Gedenkjahr 1995 an Weizsäckers Vorlage anknüpfen. Im Vorgriff auf die heute so breit debattierten traumatischen Erlebnisse der deutschen Kriegskinder (siehe unten) präsentierte er Deutsche sogar als doppelte Opfer: "Die Deutschen wissen auch heute noch sehr wohl - heute vielleicht sogar deutlicher als vor 50 Jahren -, dass ihre damalige Regierung und viele ihrer Väter es gewesen waren, die für den Holocaust verantwortlich waren und Verderben über die Völker Europas gebracht hatten, und die meisten von ihnen leiden noch heute darunter, auch wenn sie ihre eigenen Leiden ebenfalls nicht vergessen haben." Nach ähnlichem Muster verlief auch Herzogs Intervention am 13. Februar 1995 in Dresden. Der Schriftsteller Ralph Giordano kritisierte, Herzog habe in seiner Rede zur Erinnerung an die alliierten Bombenangriffe "jene große Trauer-Charta zitiert, die alle Toten des Zweiten Weltkriegs sozusagen posthum in einem gemeinsamen Grab beisetzen will." (taz, 15.2.1995)

Roman Herzog und das Ende des "Trittbrettfahrens"

Nennenswerten Protest erntete Herzog nicht, bewegte er sich doch ganz auf der Generallinie deutscher Erinnerungspolitik. Dazu gehört auch die Beteuerung, der deutsche Nachfolgestaat des Nazi-Reichs habe aus der Vergangenheit gelernt. Hier war, wenige Jahre nach dem Epochenbruch der Jahre 1989/91 und der deutschen Vereinigung, vom deutschen Staatsoberhaupt erneut Bahnbrechendes zu leisten: ein Bekenntnis nämlich zur neuen deutschen "Verantwortung in der Welt". Auch hier erledigte Herzog seinen Job, wie man es erwarten konnte. In seiner ersten außenpolitischen Rede, gehalten im März 1995, plädierte er ganz offen für eine "selbstbewusste" deutsche Außenpolitik "ohne Verkrampfungen". Das Ende des "Trittbrettfahrens" sei erreicht; fortan gelte es, auch "militärische Macht einzusetzen". Und das nicht nur zum Schutz der Menschenrechte, sondern zur Durchsetzung "deutscher Interessen", die er präzise definierte: "Deutsche Interessen, das sind zunächst unsere unmittelbaren nationalen Interessen wie Sicherheit und Bewahrung von Wohlstand. Ganz besonders verlangt es die Wahrhaftigkeit zuzugeben, dass wir auch deshalb für weltweite Freiheit des Handels eintreten, weil das in unserem Interesse liegt." Dabei sei "Vorbeugung ... besser als Schadensbegrenzung" und "risikoscheues Nichthandeln" auf Dauer "risikoreicher als risikobereites Handeln".

"Unverkrampfte" rot-grüne Geschichtspolitik

All das wurde auch im Ausland weitgehend ohne Irritationen hingenommen. Allein Kanzler Kohl schockierte die Nachbarn kurzfristig mit seinem trotzigen Bekenntnis zur deutschen Führungsrolle in Europa: "Wir sind Nummer eins in Europa; die Führungsrolle ist da, nicht weil wir sie suchen - sie ist einfach da." Am Ende des Gedenkjahrs 1995 stand dann Herzogs Rede zur "unverkrampften Nation". Die Deutschen sollten sich in der Welt nicht kleiner machen als sie sind: "Natürlich kein Zähnefletschen, kein Tschingdarassabum. Mit einem Wort, und bitte verzeihen Sie mir dieses ‚ceterum censeo`: unverkrampft."

Die "unverkrampfte" Fortentwicklung deutscher Außenpolitik - mit Beteiligung an den Angriffskriegen auf dem Balkan und in Afghanistan muss hier nicht noch einmal nacherzählt werden. Die seit 1998 amtierende rot-grüne Regierung hat aber nicht nur die historisch begründeten Beschränkungen deutscher Militärpolitik im Rekordtempo beiseite gestoßen. Auch ihr innenpolitischer Umgang mit der deutschen Geschichte lässt sich mit Herzogs Lieblingswort treffend umschreiben. So hat Rotgrün

- die Stiftung, aus denen ehemalige ZwangsarbeiterInnen entschädigt werden, als "ein abschließendes Zeichen für die umfassende Wiedergutmachung und Entschädigung nationalsozialistischen Unrechts" konzipiert - mit dem Ziel, "die Diskussion über weitere Maßnahmen (zu) beenden";

- gegen alle Widerstände die Flick-Collection in Berlin durchgesetzt - eine mit dem Profit aus der Ausbeutung von ZwangsarbeiterInnen finanzierte Bildersammlung des Flick-Erben Friedrich Christian;

- die richtige Ablehnung des Angriffskriegs gegen den Irak mit markigen Worten von einem "deutschen Weg" flankiert;

- immer wieder den Deutschland angeblich "zustehenden" ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat eingeklagt;

- im Juni 2004 bei den D-Day-Feiern in der Normandie und jetzt am 9. Mai in Moskau, jeweils vertreten durch den Bundeskanzler, jene neue "Normalität" demonstriert, die der Kohl-Regierung noch verwehrt blieb: Seite an Seite mit den Siegern über den Faschismus die deutsche Verbrechensgeschichte hinter sich zu lassen.

In dieses Bild passt auch die Selbstinszenierung des "Privatmanns" Gerhard Schröder (Jahrgang 1944), der im August 2004 erstmals das Grab seines als Wehrmachtssoldat in Rumänien umgekommenen Vaters besuchte und diese ziemlich intime Angelegenheit öffentlich zu zelebrieren wusste. Der Satz "Ich habe meinen Vater nie kennen lernen dürfen" war schon zuvor Bestandteil seiner Rede auf der D-Day-Feier gewesen. Der Historiker Norbert Frei sieht Schröders öffentliche Trauer um den Vater als Beitrag zur "Umcodierung der Vergangenheit. In deren Mittelpunkt schieben sich nun: die Deutschen als Opfer". Schröder habe "beste Aussichten, zum heimlichen Repräsentanten jener rasch sich ausbreitenden Erinnerungsgemeinschaft der Kriegskinder zu werden, deren Selbsterfindung wir gerade erleben."

Die Versöhnung der Täterkinder mit den Eltern

Ein bevorzugtes Mittel bei der "Selbsterfindung" dieser "Erinnerungsgemeinschaft" ist eine neue, in den Mainstream-Medien enthusiastisch gefeierte - und massenhaft gekaufte - Familienliteratur, deren "privatistische Geschichtsbetrachtung" auf Versöhnung mit der Tätergeneration angelegt ist - "bevor es zu spät ist". Viele Kriegs- und Täterkinder, schreibt Frei, sehen die "Chance, sich selbst und die eigene Kohorte als Opfer zu erkennen: des Bombenkriegs, der Vertreibung, der ererbten Schuldgefühle. Die Identifikation mit den Opfern des Holocaust, einstmals Ausdruck einer bewussten Distanzierung von der Elterngeneration, tritt darüber offenbar in den Hintergrund." Dieser "Transfer von Empathie" betrifft nicht nur die Generation der Kriegskinder, sondern auch ihre Nachkommen. "Damit stehen, weil die Täter fast ausnahmslos gestorben sind, den wenigen noch lebenden Opfern des Holocaust und anderer nationalsozialistischer Verbrechen sowie deren Kindern immer mehr Deutsche gegenüber, die sich selbst als Opfer begreifen."

Wie die (Selbst-)Wahrnehmung der Kriegsgeneration in den Familien weitergegeben wird, konnte empirisch erforscht werden, etwa in der Mehrgenerationenstudie "Tradierung von Geschichtsbewusstsein", deren Ergebnis in dem Buch "Opa war kein Nazi" zusammengefasst sind. Die von den VerfasserInnen - Harald Welzer, Sabine Moller und Karoline Tschuggnall - zitierte Äußerung eines Schülers zeigt deutlich die Grenzen politischer Bildung durch Schule, Gedenkstätten oder Museen: "Das Normale halt bekommen wir an der Schule, und die Beispiele dafür, die hört man dann bei der Oma." Was die Oma oder der Opa erzählen, führt über die jahrzehntelange Weitergabe dazu, dass "aus Antisemiten Widerstandskämpfer und aus Gestapo-Beamten Judenbeschützer werden". Denn "paradoxerweise scheint es gerade die gelungene Aufklärung über die Verbrechen der Vergangenheit zu sein, die bei den Kindern und Enkeln das Bedürfnis erzeugt, die Eltern und Großeltern im nationalsozialistischen Universum des Grauens so zu platzieren, dass von diesem Grauen kein Schatten auf sie fällt." In diesem "Prozess der kumulativen Heroisierung" würden selbst die widersprüchlichsten Geschichten als plausibel empfunden. Der Holocaust existiere allenfalls auf Nachfrage, schreiben die VerfasserInnen im Schlusskapitel; er habe "keinen systematischen Platz im deutschen Familienbewusstsein, das, so unsere These, die primäre Quelle für das Geschichtsbewusstsein ist." Dabei sei auch eine Tradierung antisemitischer und rassistischer Stereotype - über die Juden, die Deutschen, die Russen - nicht zu übersehen.

In der breiten Öffentlichkeit dringt die Kritik an dieser schleichenden Umdeutung der Geschichte kaum durch. Der Stern (46/2004) gar feierte Schröder wegen seines Eintretens für die Flick-Familie als "Erlöser, der Schluss macht mit vergangenheitsverhafteter Selbstkasteiung" - letzteres ein Synonym für das, was bei der NPD "Schuldkult" heißt.

Auch die taz, die den rot-grünen Umgang mit dem blutigen Flick-Erbe noch skandalisierte, schwimmt, teilweise noch zögernd, mit auf der Welle nationaler Versöhnung. Im Editorial des taz-Journals "Die Macht der Erinnerung. Der 8. Mai und wir" wenden sich die Herausgeber gegen das "moralische Hyperventilieren" während der "ödipalen Revolte" von 1968. Den "allzu milden Blicken der alt gewordenen 68er auf ihre Eltern" wollen sie mit "nüchterner Distanz" und einer "linken Historisierung der NS-Zeit" begegnen. In einigen

Beiträgen des Heftes wird dann richtig geholzt: gegen "linke Geschichtsfundamentalisten", die "Hysterie der Nachgeborenen", die "hysterische Opferidentifizierung der zweiten Generation", die sich als "Xenophilie" noch in der rot-grünen Visa-Politik widerspiegele (Christian Schneider); gegen die "Überempathie" der 68er, ihren "Furor" beim "Tribunal über die Eltern" (Aleida Assmann). Letztere versteigt sich gar zu einer neuen Variation der antisemitischen These von der jüdischen Macht, diesmal in der Erinnerungspolitik: "Wir sind in dieser Debatte entmachtet. Weil die Juden entscheiden, nicht wir." Belegt scheint ihr das durch den - von Juden - erhobenen Protest gegen den bei der Firma Degussa bestellten Anti-Graffiti-Anstrich für das Berliner Holocaust-Mahnmal; Degussa war an NS-Verbrechen beteiligt, ihre Tochtergesellschaft Degesch lieferte das Zyklon B für die Gaskammern.

Der neue Bundespräsident Horst Köhler stand im laufenden Gedenkjahr vor einer vergleichsweise einfachen Aufgabe. Die außenpolitischen Tabus sind längst gefallen, und so mussten Köhler und seine Redenschreiber sich nur noch auf die Erwartungen des jeweiligen Publikums einstellen. "Die Verantwortung für die Shoah ist Teil der deutschen Identität", sagte er am 2. Februar bei seiner Ansprache vor der israelischen Knesset. Am 8. April dann, bei der Gedenkfeier zum 60. Jahrestag der Bombardierung von Halberstadt, wo seine Rede wegen der gleichzeitigen Beisetzung von Johannes Paul II. verlesen wurde, wandte er sich ganz den deutschen Opfern zu und lobte die Lernfähigkeit der Deutschen: "Niemand vergisst, wer den Krieg begonnen hat. (...) Niemand vergisst den Mord an den Juden Europas. Niemand vergisst die Zerstörung Rotterdams, Warschaus, Coventrys durch die deutsche Luftwaffe." Das Schönfärberei zu nennen, ist wohl eher eine Untertreibung.

Aber das war nur der Vorgeschmack auf den Staatsakt am 8. Mai im Reichstag. "Begabung zur Freiheit" ist seine sieben Seiten lange Rede überschrieben. Die Überschrift gibt den Inhalt ziemlich genau wieder. Köhler beginnt mit der Aufzählung der Opfer; schon nach wenigen Sätzen ist er bei der "Vertreibung der Deutschen", dem "Verlust der Heimat", es folgen auf Seite 2 "Zwangsarbeit in der Sowjetunion", "Vergewaltigung durch Besatzungssoldaten", "sowjetische Lager", "Bombenangriffe auf Düsseldorf". Dann kommt die westdeutsche Erfolgsgeschichte, Wiederaufbau und Entnazifizierung, "Würde und Freiheit", Demokratie und "jede Menge Streit": um Marktwirtschaft, Wiederbewaffnung, NATO-Beitritt, Ostpolitik und Nachrüstung. Und siehe da: "Im Rückblick zeigt sich: Alle diese Entscheidungen waren richtig." Ebenso dreist fälscht Köhler die deutsche Vergangenheitspolitik um zu einer linear verlaufenden Erfolgsgeschichte; politische Brüche wie der von 1968 kommen nicht vor, junge Leute begeisterten sich vornehmlich für den "westlichen Lebensstil"; auch diejenigen "unter kommunistischer Herrschaft" wollten "Jeans und Rockmusik" und erkämpften schließlich die Freiheit; einige wenige "Unbelehrbare" gibt es zwar, aber sie "haben keine Chance"; Deutsche sind nicht nur "begabt" für die Freiheit, sie sind auch hilfsbereit und "achten auf soziale Gerechtigkeit"; Deutschland ist weltoffen - und wie: "Die Bundeswehr hilft weltweit, den Frieden zu sichern und die Menschenrechte durchzusetzen."

Horst Köhler und die "Begabung zur Freiheit"

Dass Köhlers peinliche Darbietung ohne jeden Zwischenruf über die Bühne ging, ist nicht wirklich erstaunlich. Deutsches Militär als Freund und Helfer bei der weltweiten Durchsetzung von Frieden und Menschenrechten - diese Lehre der Geschichte ziehen auch jene Grünen, die sich bei Köhlers nachträglichem Bekenntnis zur NATO-Nachrüstung vielleicht noch ein bisschen unbehaglich gefühlt haben.

Im Nachhinein erscheint ausgerechnet eine Wortmeldung des Bundeskanzlers als Kontrapunkt zu Köhlers Sonntagsrede. Allerdings war sie, als Beitrag für die Süddeutsche Zeitung (7./8. Mai), erstens an ein gebildetes linksliberales Publikum und nicht an die Multiplikatoren von Bild gerichtet. Zweitens ist Schröders zentrales Thema nicht die deutsche Vergangenheit, sondern die europäische Zukunft. So wirbt er denn für die EU-Verfassung ("ein wahrer Meilenstein"), die europäische "Wertegemeinschaft" mit gemeinsamer "Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik", eine "strategische Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Russland". Aber im geschichtspolitischen Teil geht er über das Pflichtprogramm hinaus, besonders wenn er dazu aufruft, "Bestrebungen (...), den Täterdiskurs in einen Opferdiskurs zu verwandeln (...), entschieden entgegen(zu)treten."

Das sind Worte, die zu nichts verpflichten und die Schröder durch seine Taten schon dementiert hat: siehe Flick-Collection oder die oben geschilderte familiengeschichtliche Inszenierung. Unbedingt glauben sollte man ihm allerdings, dass er keinen Schlussstrich ziehen will. Das gleiche gilt auch für die anderen Parteien - schon aus Gründen der Opportunität: Nicht nur das Berliner Holocaust-Mahnmal, Erinnerungspolitik überhaupt ist auch ein Standortfaktor.

So wird es denn 2015 wieder ein Gedenkjahr geben - weitgehend ohne ZeitzeugInnen und womöglich mit der feierlichen Eröffnung eines "Zentrums gegen Vertreibung" als Top-Event. Der K(r)ampf geht weiter.

Js.

Literatur zum deutschen Opferdiskurs:

Micha Brumlik: Wer Sturm säht. Die Vertreibung der Deutschen. Aufbau-Verlag, Berlin 2005, 300 Seiten, 18,90 EUR

Norbert Frei: 1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen. C.H. Beck, München 2005, 224 Seiten, 19,90 EUR

Frederick Taylor: Dresden, Dienstag 13. Februar 1945. Militärische Logik oder blanker Terror? C. Bertelsmann, München, 2004, 540 Seiten, 26 EUR

Uwe Timm: Am Beispiel meines Bruders. Deutscher Taschenbuch Verlag, München, 2005, 155 Seiten, 8,50 EUR

Harald Welzer, Sabine Moller und Karoline Tschuggnall: "Opa war kein Nazi". Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main, 2002, 250 Seiten, 10,90 EUR

17. Hemmschwelle gesunken

Autor: Js. · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit · CD-Datei: daten/aksuche/ak495/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:495:38

Es gehört zu den Allgemeinplätzen in den offiziellen Gedenkreden, dass Deutschland wegen der Shoah eine bleibende Verantwortung gegenüber den Juden habe. So weit, so gut. In Zeiten rotgrüner "Unverkrampftheit" steht diese Selbstverpflichtung allerdings unter einem Vorbehalt: Sie darf nichts kosten.

Im Januar haben die Bundesländer beschlossen, den Zuzug von Jüdinnen und Juden künftig an zwei Bedingungen zu knüpfen: Die Einwanderer müssen künftig die deutsche Sprache beherrschen und glaubhaft machen, dass sie nicht von Sozialhilfe leben werden. Der Vorsitzenden des Bundestags-Innenausschusses, Cornelie Sonntag-Wolgast (SPD), machte das Sorgen - nicht wegen der von dieser Regelung, die sie für völlig richtig hält, Betroffenen, sondern wegen des deutschen Ansehens: "60 Jahre nach Kriegsende darf nicht der Eindruck einer restriktiven Linie erweckt werden." (Interview in der taz, 19.1.2005)

Diese Position, deren bittere Komik der Politikerin gar nicht aufgefallen ist, ist bezeichnend für den Umgang des deutschen Staates mit den Jüdinnen und Juden. Auch Proteste des Zentralrats der Juden sind - wegen des damit verbundenen schlechten "Eindrucks" - lästig, sie werden aber zunehmend ignoriert. Obwohl es bei gerade mal 13.000 jüdischen Zuwanderern pro Jahrum vergleichsweise läppische Summen geht: Ein bis zwei Millionen Euro aus dem "Integrationstopf" des Zuwanderungsgesetzes fordert Zentralratspräsident Paul Spiegel. Zugleich weist er auf den Skandal hin, dass den jüdischen Einrichtungen nicht einmal die Kosten für das Sicherheitspersonal erstattet werden. (Interview in Der Spiegel 12/2005)

Es darf bezweifelt werden, dass es den politisch Verantwortlichen dabei nur um Geld geht. Vermutlich wollen sie auch aus Rücksicht auf die eigene Klientel jeden Anschein besonderer Großzügigkeit gegenüber einer weithin als "privilegiert" und "mächtig" wahrgenommenen Gruppe vermeiden. Wie das antisemitische Stereotyp von der "jüdischen Geldgier" die Massen bewegt, zeigt die verquere "Logik" eines Briefs an den Zentralrat: "Schämen Sie sich denn gar nicht, von den Deutschen so viel Geld abzuzocken? Der frustrierten Bevölkerung dröhnen schon die Ohren vom ewigen ‚Sparen, Sparen, Sparen` , und dann hört sie im Radio, dass der Zentralrat der Juden den astronomischen Betrag von jährlich drei Millionen Euro aus Deutschland herausholt! Das ist doch Wasser auf die Mühlen Ihrer Gegner, die ohnehin die Begriffe ‚Jude` und ‚geldgierig` miteinander assoziieren. Wie sollen dann die bei vielen Deutschen immer noch vorhandenen Ressentiments gegen die Juden abgebaut werden?" (zitiert in Wolfgang Benz: Was ist Antisemitismus, C.H. Beck, München, 2004, S. 55)

Gestützt wird der Verdacht, dass der deutsche Staat zunehmend auf Volkes Stimme Rücksicht nimmt, auch durch die auffällige Zurückhaltung seiner RepräsentantInnen gegenüber offenen antisemitischen Provokationen. Siehe etwa Rolf Hochhuths Eintreten für den Holocaust-Leugner David Irving oder die Dreikönigstags-Predigt des Kölner Kardinals Joachim Meisner, der Abtreibung und Holocaust gleichgesetzt hatte. In solchen Fällen ist so gut wie immer erst die Intervention jüdischer Persönlichkeiten wie Paul Spiegel oder Salomon Korn notwendig, damit die Provokation zum Skandal wird. Dass die moralische Verantwortung, dem Antisemitismus entgegenzutreten, an sie delegiert wird, widerlegt das Geschwätz von der Wachsamkeit der Demokraten, die aus der Vergangenheit gelernt hätten. Auch dieser Aspekt ist Teil der deutschen politischen Kultur im Gedenkjahr 2005. Besserung ist nicht absehbar - im Gegenteil: Gerade "in akademischen Kreisen" sei "die Hemmschwelle für den Transport antisemitischer Vorurteile deutlich gesunken", sagt Paul Spiegel.

Js.

18. 8. Mai in Berlin. Erneute Kapitulation der Nazis - eine Nachbetrachtung

Autor: mb. · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak495/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:495:43

"Was für ein Festtag zum Kriegsende", stellte die Berliner Zeitung am 9. Mai fest. "Es gibt kein besseres Datum für diesen symbolischen Sieg", wusste man bei Spiegel Online. Und in der Süddeutschen Zeitung war zu lesen: "Besser hätte der 8. Mai in Berlin nicht ablaufen können. Eine eindrucksvolle Demonstration der Demokraten hat den provokanten Marsch von Rechtsradikalen durch die deutsche Hauptstadt verhindert ... Sie blockierten friedlich den Weg der NPD. Die Polizei war nicht gezwungen, den Rechtsradikalen eine Gasse freizumachen - zu stark war die Übermacht der Demokraten."

Diese Lobhudelei kann über zweierlei nicht hinwegtäuschen: Erstens war der 8. Mai ein "Sieg der Demokraten", weil Tausende AntifaschistInnen und Linke die Nazis nicht marschieren ließen. Da kann dem Neuen Deutschland nur zugestimmt werden: "Letztlich war es die Antifa, die den Nazi-Marsch am 8. Mai in Berlin verhinderte." Zweitens lässt sich an dieser Tatsache nicht rütteln, auch wenn es eine "Absage mit Ansage" (taz Berlin) war. Seitdem bekannt wurde, dass die NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten für den 8. Mai einen Marsch unter dem Motto "60 Jahre Befreiungslüge - Schluss mit dem Schuldkult" am Holocaust-Mahnmal vorbei zum Brandenburger Tor angemeldet hatte, machten die hektischen Reaktionen der politischen Führung dieses Landes klar, dass ihr dieser Aufmarsch nicht ins Konzept passte - angefangen mit der Verschärfung des Versammlungsrechts, dem eilig aus dem Boden gestampften "Tag für Demokratie" bis zu den Ereignissen am 8. Mai selbst. Bilder von schwarz-weiß-rote Fahnen schwenkenden Rechten, Glatzen mit Springerstiefeln und Alt-Nazis sollten unter keinen Umständen um die Welt gehen und die offiziellen Feiern überschatten. Und auch Bilder von knüppelschwingenden PolizistInnen, die den Nazis den Weg frei hauen, sollten möglichst vermieden werden. Dass die NPD nach Stunden ihren Marsch absagen musste, ohne einen einzigen Schritt zu gehen, war jedoch nur dem Druck und der Entschlossenheit der Kräfte zu verdanken, die von Anfang an zur Verhinderung des Naziaufmarschs aufgerufen hatten. "Der Preis wird sehr hoch sein, wenn der Naziaufmarsch gegen die Zivilgesellschaft durchgeprügelt wird", hatte ein Sprecher der Antifaschistischen Linken Berlin (ALB) klar gemacht.

So bestanden also recht gute Ausgangsbedingungen für eine Erfolg versprechende linke Intervention am 8. Mai. Kristallisationspunkt wurde die von der ALB, verstärkt durch linke, autonome und unabhängige Antifa-Gruppen aus dem gesamten Bundesgebiet, organisierte Demonstration. Und auch das Wetter spielte einigermaßen mit. Schauer und Regen waren für den 8. Mai in Berlin vorhergesagt, doch der Bertolt-Brecht-Platz lag im Sonnenschein. Wer gegen 10 Uhr auf den Platz vor dem Berliner Ensemble kommen wollte, musste sich seinen Weg durch Menschentrauben bahnen. Tausende schlängelten sich entlang des Spreeufers, verteilten sich auf der Kreuzung Ecke Friedrichstraße und bevölkerten die Grünfläche des Platzes. Unter Bäumen ein Lkw - hier fand die Auftaktveranstaltung statt, von der allerdings die meisten nichts mitbekommen konnten. Der Platz war einfach zu klein. Unter den RednerInnen, die an diesem Vormittag auftraten, war Peter Gingold, kommunistischer Widerstandskämpfer in der französischen Résistance aus Frankfurt am Main. "Der Untergang war nicht 1945. Wir Deutsche haben die Machtergreifung nicht verhindert - 1933 war der Untergang", rief der 89-Jährige den versammelten DemonstrantInnen in Anspielung auf den Hitler-Film "Der Untergang" zu. Später ging er mit einem Strauß roter Rosen in der Hand an der Spitze der Demonstration, hinter ihm ein rotes Transparent mit der Forderung "Entschädigung der NS-ZwangsarbeiterInnen - sofort".

Entschlossenheit zahlt sich aus

Am Ende waren es rund 15.000 Menschen, die dem Aufruf zur zentralen linken Demonstration zum 60. Jahrestag des Sieges über Nazi-Deutschland gefolgt waren - ihr Ziel: mit allen Mitteln einen Marsch der Neonazis an diesem Tag zu verhindern. Über 100 Gruppen und Organisationen - von der ver.di-Jugend über attac bis hin zu diversen Antifa-Gruppen sowie Initiativen und Bündnissen aus dem Internationalismus- und Antimilitarismus-Spektrum - hatten sich unter dem Motto "Tag der Befreiung. Kein Naziaufmarsch am 8. Mai" zusammengetan, um "gegen Faschismus, Militarisierung und deutsche Opfermythen" auf die Straße zu gehen. Gegen 11 Uhr setzten sich die Menschen in Bewegung. Ein mächtiger Demonstrationszug schlängelte sich

Richtung Alexanderplatz, von dem die Nazis los marschieren wollten. Als der Demozug in der Oranienburger Straße an der Jüdischen Synagoge vorbeizog, wurde es still. Von den Lautsprecherwagen war zu einer Schweigeminute aufgefordert worden als "Verneigung vor den Opfern".

Begleitet von einem großen Polizeiaufgebot näherte sich der Zug nach einer Zwischenkundgebung am Hackeschen Markt dem Alex. Hier kam man nicht mehr weiter. Richtung Alexanderplatz stand die Polizei. Der Platz war von ihr hermetisch abgeriegelt. Zwischen Alex und Unter den Linden glich Berlin-Mitte an diesem 8. Mai einem polizeilichen Heerlager. Insgesamt waren rund 9.000 PolizistInnen aufgeboten, zudem zehn Wasserwerfer sowie zehn Räumpanzer im Einsatz.

Mobilisierung mit Sogwirkung

Als es kurz vor dem Alex nicht mehr weiter ging, stürmten ein paar hundert DemonstrantInnen in die Max-Beer-Straße. Es kam zu Steinwürfen; die Polizeiabsperrungen zu durchbrechen, war allerdings nicht möglich. An diesem Punkt forderte die Demoleitung die DemonstrantInnen auf, umzukehren und Richtung Unter den Linden auf die Demoroute der Nazis durchzusickern. Viele machten sich entlang des S-Bahn-Rings auf den Weg. Einzeln und in Gruppen suchte man entlang der zahlreichen Polizeiabsperrungen ein Durchkommen zur Naziroute. Dem Großteil gelang dies nur über Umwegen, da an der Hauptkampflinie, wie sich ein Polizeiführer im Vorfeld auszudrücken beliebte, alle Spree-Brücken und Durchgänge in den S-Bahnbögen durch die Polizei versperrt waren.

Unterdessen füllten sich die Straßen zwischen Brandenburger Tor und Alexanderplatz mit weiteren GegendemonstrantInnen. Das 8.-Mai-Bündnis, initiiert von der VVN Berlin, den Gruppen der Berliner Friedenskooperation, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und ver.di Berlin, hatte für 10 Uhr zum Sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Treptow mobilisiert. In Anwesenheit von Veteranen der Roten Armee legten dort der russische Botschafter in Berlin, Wladimir Kotenew, und der Berliner Abgeordnetenhauspräsident Walter Momper Kränze nieder. Anschließend machten sich viele TeilnehmerInnen auf den Weg in die Innenstadt. Am Brandenburger Tor riefen gleichzeitig die Berliner Initiative "Europa ohne Rassismus", aber auch die IG-Metall-Jugend Berlin und andere zu zivilgesellschaftlichem Protest gegen den Naziaufmarsch auf: BesucherInnen wurden aufgefordert, sich in Richtung Unter den Linden zu bewegen.

Die wachsende Bereitschaft, gemeinsam zur Blockade der Nazis aufzurufen, hatte zusätzlichen Rückenwind durch die Entscheidung des Berliner Senats erhalten, selbst die Gestaltung des Festakts am Brandenburger Tor zu übernehmen. (vgl. ak 494) Dem Bündnis "Europa ohne Rassismus" war wenige Wochen vor dem 8. Mai die Organisation für die Veranstaltung am Pariser Platz entzogen worden. Stattdessen installierte man ein handzahmes Staatsbündnis, das unter Einschluss der Kirchen von Angela Merkel und Edmund Stoiber über Franz Müntefering und Claudia Roth bis zum DGB-Vorsitzenden Michael Sommer und den Arbeitgeberverbänden reichte. Bezeichnend: Der PDS wurde eine Erstunterzeichnung des Aufrufs untersagt. Besetzt wurde durch diese Neuausrichtung nicht nur der Platz am Brandenburger Tor, durch das die NPD marschieren wollte. Besetzt und in Dienst gestellt wurde auch die Symbolik des Brandenburger Tors als steingehauenes Sinnbild Deutschlands im Sinne einer "unverkrampften Nation", die sich als selbstbewusstes, von historischer Schuld unbelastetes Gemeinwesen präsentiert. Diese Selbstinszenierung hatte am 8. Mai ihren Höhepunkt in der Rede von Bundespräsident Horst Köhler, die live am Brandenburger Tor übertragen wurde. "Wir haben aber auch die Gewissheit", so Köhler dummdreist, "dass wir Deutschen den Weg zu unserer freien und demokratischen Gesellschaft aus eigener Begabung zur Freiheit gegangen sind." Will man dieses Bild weiter strapazieren, lag es jedoch wohl vielmehr an den vielen "Hochbegabten", die dem Nazi-Spuk am 8. Mai die entscheidende Abfuhr erteilten.

Erfolgreich den politischen Preis hochgetrieben

Während Köhler noch sprach, stellten sich Tausende an allen möglichen Punkten den Nazis in den Weg. Nach und nach wurden alle Zufahrtstraßen zum Alexanderplatz belagert. Alleine an der Karl-Liebknecht-Brücke am Dom - mitten auf der geplanten Nazi-Route - sammelten sich mehr als 5.000 GegendemonstrantInnen - darunter viele, die vom "Fest der Demokratie" auf der Straße des 17. Juni kamen. Dort hatte inzwischen selbst Verbraucherschutzministerin Renate Künast dazu aufgerufen, einen "lockeren Spaziergang" Richtung Alexanderplatz zu unternehmen, um die Demo-Route der NPD zu blockieren. Gegen 16 Uhr gab die Polizei über Lautsprecher bekannt, dass der "Marsch rechts" von der Einsatzleitung untersagt worden sei: "Danke für

Ihre Mitarbeit und den friedlichen Protest", schallte es aus dem Polizeilautsprecher. Zuvor waren die Blockierer drei Mal aufgefordert worden, die Straße frei zu machen. Doch niemand folgte der Aufforderung.

Zwar war zu diesem Zeitpunkt die angemeldete NPD-Route blockiert, doch noch wurde über mögliche NPD-Ausweichrouten spekuliert. Doch auch die Alternativroute für die Nazis Richtung Jannowitzbrücke konnte schließlich von etwa 500 Menschen blockiert werden. Gegen 17 Uhr musste die NPD ihrer Demonstration absagen, da ihre Sicherheit nicht garantiert werden könne, so die Polizei. Von der isoliert stattfindenden Kundgebung am Alexanderplatz mussten die rund 3.000 Nazis direkt den Heimweg antreten. Nach stundenlangem Warten hatte die NPD eine herbe Niederlage erlitten. Anstatt mit einer Demonstration am 8. Mai Stärke zu zeigen und ihre Bedeutung auch gegenüber den freien Kameradschaften zu unterstreichen, endete der Tag für sie in einem Fiasko. Vereinzelte Versuche, entgegen der verordneten Zurückhaltung den Aufmarsch gewaltsam durchzusetzen, lassen jedenfalls auf eine gereizte Stimmung unter den NPD-AnhängerInnen schließen.

Was folgte, war das Eigenlob der Staatsantifa in Gestalt von Polizei, Berliner Senat, politischem Spitzenpersonal und veröffentlichter Meinung. Bundesinnenminister Otto Schily zeigte sich begeistert, dass "gerade so viele junge Menschen gegen Rechtsextremisten aufstehen". Die Entscheidung der Polizei, den Bereich um die Route des NPD-Aufmarsches nicht rigoros abzuschirmen und so das Durchsickern dorthin zu ermöglichen, war nicht zuletzt der großen Mobilisierung von GegendemonstrantInnen geschuldet. Sie entsprach der politischen und sozialen Breite des Protests, die sich im Vorfeld bereits in den zahlreichen Aufrufen abzeichnete. Angesichts der Masse und der politischen Vielfalt der Protestierenden wäre die Entscheidung, die Demonstrationsroute gewaltsam zu räumen, politisch nicht opportun gewesen. In diesem Sinne hat nicht die Polizei den Aufmarsch der NPD verhindert, auch wenn sie die Verhinderung praktisch durchgesetzt hat. Wären es weniger GegendemonstrantInnen gewesen, hätte der 8. Mai auch einen ganz anderen Verlauf nehmen können.

mb., Berlin

19. "Wir sind nicht zu ersetzen." Interview mit Peter Gingold

Autor: AIB · Rubrik: Zeitgeschichte; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak495/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:495:39

ak: Bei den Gedenkveranstaltungen zum 60. Jahrestag der Befreiung entsteht der Eindruck, dass die extreme Ausgrenzung, mit der ihr als kommunistische Widerstandskämpfer und -kämpferinnen in den 1950er und 1960er konfrontiert wart, heute so nicht mehr existiert. Hat sich tatsächlich etwas verändert?

Peter Gingold: Wir sind nach wie vor ausgegrenzt. Aber die Ausgrenzung, die ich in der Zeit nach 1945 und bis in die letzten Tage der DDR erlebt habe, die gibt es nicht mehr. Das ist sicherlich darauf zurück zu führen, dass die dritte und vierte Nachkriegsgeneration nicht mehr so belastet ist vom Antikommunismus wie die Tätergeneration und die erste Nachkriegsgeneration. Denn der war während des Kalten Kriegs so etwas wie die Staatsdoktrin, mit der alles begründet wurde. Dass es möglich war Kommunisten derartig auszugrenzen wie in der alten Bundesrepublik, hing damit zusammen, weil der 8. Mai 1945 in dem Bewusstsein der überwiegenden Mehrheit der Menschen - ich würde fast sagen bei fast 90 Prozent der Bevölkerung - eine Niederlage war. Der 8. Mai war ihre Kapitulation. Dieser Krieg endete doch nicht mit einer eigenen Teilnahme der deutschen Bevölkerung, wie der Erste Weltkrieg mit der Revolution geendet hatte. Es gab keine Selbstbefreiung. Sie sind besiegt worden, und befreit wurden sie vor allem durch die Rote Armee. Auf der Seite der Sieger standen sozusagen die Kommunisten.

So war es der Mehrheit der Bevölkerung möglich, nach 1945 ganz reibungslos den Übergang zu vollziehen vom Nazi-Reich zur Bundesrepublik. Es gab keine Wut der Bevölkerung gegen die, die den Krieg und das Elend verursacht hatten, keinen Zorn. Es gab eher Mitleid mit ihnen, als sie vor den Kriegsverbrecherprozessen standen. Im Nazi-Reich wurde kein Unterschied zwischen Antikommunismus und Antisemitismus gemacht. Nach 1945 schämte man sich in Deutschland des Antisemitismus - jedenfalls offiziell, und manche möglicherweise sogar aufrichtig -, aber der Antikommunismus wurde vollkommen übernommen und im Kalten Krieg zur Staatsdoktrin. Das erklärt, wie es möglich war, uns derartig auszugrenzen. Das hat sich natürlich fortgesetzt darin, dass der kommunistische Widerstand ausgeklammert wurde und bis heute ausgeklammert bleibt.

Du hast an anderer Stelle in diesem Zusammenhang von einer "Schlacht um die Vergangenheit" gesprochen, und als Beispiele den Film "Der Untergang" oder die Serien von Guido Knopp genannt. Wie erlebst du den gesellschaftlichen Umgang mit dem 60. Jahrestag der Befreiung?

Meiner Ansicht nach wird derzeit alles ganz schlimm relativiert, zum Beispiel, in der Art und Weise, wie der 8. Mai und die Befreiung dargestellt werden: Dass nämlich die Deutschen genauso Opfer waren wie alle anderen oder dass die Toten der alliierten Luftbombardements beispielsweise auf Dresden oder Magdeburg mit den Millionen Toten des Holocaust gleichgesetzt werden. Auf diese Weise wird die Vergangenheit vernichtet.

Andererseits erlebe ich durchaus auch etwas Positives - ohne jetzt Zweckoptimismus verbreiten zu wollen: Ich erlebe beispielsweise an Schulen, aber auch bei Demonstrationen einen Teil von Jugendlichen - und in einem Umfang, wie ich es in den ersten Nachkriegsjahren nicht erlebt habe -, die sich mit der Vergangenheit beschäftigen und die wissen wollen, wo ihre Urgroßväter und Großväter bzw. Urgroßmütter und Großmütter waren. Gefährlich ist, dass zur Zeit eine zweite Tendenz sehr stark wird unter Jugendlichen: Und dass sind diejenigen, die aus ihrer Beschäftigung mit der Vergangenheit die eigenen Großeltern verklären zu Helden, die gekämpft haben, und dann mit den Neonazis losziehen.

Was ist denn deine Vision, was passieren wird, wenn ihr als Überlebende der nationalsozialistischen Verfolgung nicht mehr lebt? Was denkst du, in welche Richtung das gehen wird, wenn ihr nicht mehr da seid?

Das beschäftigt uns sehr. Deswegen sind wir so stark daran interessiert, Jugendliche anzusprechen. Sie zu bewegen, dass sie sich mit dieser Vergangenheit beschäftigen und das übernehmen, was wir in Zukunft nicht mehr machen können. Sicherlich, ein Zeitzeuge ist unersetzbar. Wir sind unersetzlich. Es ist etwas ganz anderes. Das sage ich mir auch immer, wenn ich in Schulen bin und vor Schulklassen spreche. Dann gibt es immer Lehrer, die sagen, sie hätten in Jahren nicht das vermitteln können, was wir in zwei Stunden

rüberbringen. Für mich ist es auch deshalb so wichtig an Schulen zu gehen, weil diese Jugendlichen normalerweise sonst nie einen Zugang finden würden zu diesem Thema. Manchmal passiert es mir, wenn ich auf Kundgebungen spreche gegen Nazidemonstrationen, dass ich dabei Jugendlichen begegne, die mir dann sagen: "Herr Gingold, Sie werden mich nicht erkennen, aber Sie waren doch mal bei uns in der Schule ..." Und jetzt sind sie dabei und engagieren sich.

An diesem Punkt setzt unser ganz großes Anliegen an: Es gibt so viele Antifa-Gruppen, die sich meistens anlassbezogen organisieren und dann sind sie wieder weg. Für mich und für uns ist es immer wichtig, dass Jugendliche, die schon mal interessiert sind, in eine feste Organisation gehen und dabei bleiben. Im Grunde genommen ist das der Sinn der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, die seit 50 Jahren existiert. Ohne die VVN wäre vieles - wie z.B. die vertiefte Erinnerungsarbeit oder Gedenkstättenfahrten mit Jugendlichen - gar nicht möglich gewesen. Der VVN/BdA ist das, was wirklich bleibt. Inzwischen haben wir kaum noch Überlebende, sondern 80 Prozent der Mitglieder sind Nachgeborene. Gerade da braucht es eine solche kontinuierliche Organisation, die ständig etwas macht und sich bemüht.

Das ist eigentlich ein gutes Stichwort, für einen Themenkomplex, der viele autonome AntifaschistInnen immer noch bewegt. In den 1980ern und später auch gab es ja heftige Auseinandersetzungen mit Teilen der DKP und auch mit der VVN/BdA, beispielsweise um die Aktionsformen von militanten AntifaschistInnen, aber auch um die Art und Weise, wie Widerstand und Gedenken vermittelt wurden. Gab es da von eurer Seite Fehler bzw. Fehlentscheidungen?

Ach, sicherlich gab es manche Fehlentscheidungen. Ich kenne niemanden, der keine Fehlentscheidungen trifft (...) Und wenn ich an die Auseinandersetzung denke, die es immer gegeben hat, über die Form, wie man Gegenaktionen gegen Neonazis organisiert: Da haben wir tatsächlich - das muss ich auch im Nachhinein sagen und das spielt auch für heute noch eine Rolle - im Umgang mit den Gruppen, die die militante Form der Auseinandersetzung gesucht haben, Fehler gemacht. Das ist klar. Damit gehen wir heute ganz anders um.

Andererseits suchen wir immer noch solche Formen der Gegenaktionen, die es möglich machen, dass wir diejenigen Leute, die gegen Neonazis sind, nicht davon abschrecken, sich auch am Protest zu beteiligen. Es kann sein, dass wir zu wenig mit den Militanten diskutiert haben; und vielleicht haben sie uns auch nur als zu versöhnlerisch wahrgenommen und als solche, die sich keine Schlachten liefern wollen. Vielleicht haben sie uns auch so gesehen und wollten auch mit uns nicht diskutieren? Jedenfalls haben wir auch nichts unternommen, um mit denen zu sprechen. Das ist heute anders. Heute sind wir dabei. Und dann erfahre ich, da gibt es bei ihnen auch Lernprozesse. Aber im Prinzip ist unsere Strategie im Wesentlichen doch dieselbe.

Und an manchen Stellen ja auch erfolgreich, obwohl das Feld der Relativierung - gerade, wenn es um Gedenken und Erinnerungskultur geht - extrem weit offen scheint.

Auf jeden Fall, wenn man sich beispielsweise die Ausrichtung der Gedenkstätten in Sachsen anschaut. Andernorts waren wir erfolgreich, zum Beispiel in Buchenwald. Als Mitte der 1990er Jahre die Ausstellung so verändert wurde, dass der Aufstand der Buchenwälder Häftlinge verschwunden war, haben wir die Auseinandersetzung geführt. Inzwischen ist die Ausstellung nochmals verändert worden und der Aufstand ist wieder drin. Aber grundsätzlich ist diese Entwicklung eine Kampfansage und ganz schlimm; unsere Spuren des Widerstandes verschwinden.

Gibt es denn von euch so etwas wie ein Vermächtnis, beispielsweise an den VVN/BdA, beispielsweise in eurem Namen mit den Gedenkstättenleitungen zu verhandeln?

Das ist ja der Sinn des VVN/BdA, dafür zu kämpfen, dass unser Vermächtnis nicht verschwindet. Das wird mehr und mehr von jungen Leuten übernommen. Ich bin überzeugt, dass unsere Nachkommen das genauso machen werden wie wir. Allerdings ist die moralische Authentizität ja immer stärker, wenn die Überlebenden selbst sprechen. Aber das ist vorbei, wenn wir nicht mehr da sind.

Das heißt, dass die Schlussstrichmentalität sich weiter durchsetzen wird?

Ein interessantes Beispiel dafür ist sicherlich die Auseinandersetzung um das Holocaust-Mahnmal. Schon als die Idee aufkam, gab es die Befürchtungen, dass die Schlussstrichmentalität dadurch gefördert würde. Meine Meinung dazu war immer, es sollte ein Denkmal für alle sein und man soll keine Hierarchie von Opfern

aufbauen. Und doch war die zehnjährige Auseinandersetzung um das Mahnmal schon sehr wichtig. Jetzt ist es da, und ich weiß nicht, wie es angenommen wird. Aber wir - die Überlebenden - brauchen kein Denkmal.

Angesichts der zunehmenden Zahl von Rechtsextremisten und dem steigenden Anteil von rechten und antisemitischen Einstellungen in der Bevölkerung, stellt ihr euch als Überlebende sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR manchmal die Frage, ob ihr nicht genügend Schwerpunkte auf Antisemitismus und Rassismus gelegt habt, in der Art und Weise, wie ihr eure Erinnerungspolitik ausgerichtet habt?

Der Kampf gegen Rassismus war immer einer unserer Arbeitsschwerpunkte. Was den Antisemitismus angeht, stimmt die Kritik schon. Obwohl wir jahrzehntelang vom VVN/BdA die einzigen waren, die am 9. November mit den jüdischen Gemeinden gemeinsam gedacht haben. Vielleicht haben wir es unterschätzt, dass der Antisemitismus noch so tief in den Köpfen steckt. Denn eine Zeit lang wurde der ja nicht mehr geäußert - man spürte nur die Ablehnung. Das spürte man.

Woran lag das? Weil ihr euch mehr als Kommunisten verstanden habt?

Ich war sehr streng religiös erzogen worden, ging regelmäßig in die Synagoge, hatte meine Bar Mizwa. Als ich dann als junger Mensch in die politische Bewegung gekommen bin, in den Jugendverband der Gewerkschaft, da habe ich aufgehört, Jude zu sein. Für mich und die anderen in der Arbeiterbewegung war Jude sein eine religiöse Auffassung. Davon konnte man sich trennen, so wie Leute aus der katholischen oder evangelischen Kirche ausgetreten sind. Und erst Hitler hat mich wieder zum Juden gemacht, rassistisch bin ich dann zum Juden geworden. Wenn ich heute an den Schulen bin, dann erzähle ich von meiner Verfolgung und dann erfahren die Schüler von mir, dass ich jüdischer Herkunft bin. Aber ich will das nicht so sehr in den Vordergrund stellen.

Wenn du zurückblickst, was würdest du als eure größte politische Niederlage nach der Befreiung bezeichnen?

Ehrlich gesagt, wir haben wohl Hoffnungen gehabt, es wird ganz anders kommen. Aber wir haben uns keine Illusionen gemacht, auch nicht in Bezug auf die geistige Verfassung der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung.

Alle, die zurückgekehrt sind aus KZs, aus den Zuchthäusern, aus dem Exil wurden doch von der ganzen Bevölkerung mehr oder weniger als ständige, wandelnde Ankläger empfunden. Was wir eigentlich nie waren, und was ich nie gemacht habe. Wir spürten diese Art der Ablehnung.

Für mich waren die Enttäuschungen die Enthüllung von den Verbrechen unter Stalin und die Enttäuschung, dass die DDR sang- und klanglos untergegangen ist. Das hatte ich mir nicht vorstellen können. Aber ich sage mir, die Idee des Sozialismus existierte bevor es die DDR gab. Und mit dem Verschwinden der DDR verschwindet doch nicht diese Idee. Die Idee des Sozialismus und des Kommunismus, das ist doch die erhabendste Idee, die die Menschheit je hervorgebracht hat.

Gab es für dich jemals einen Moment, wo du gedacht hast, du müsstest dieses Land verlassen?

Eigentlich nicht. Ich sage immer, ich hätte nicht zurückkehren können, wenn ich nicht wüsste, wie viel Widerstand es gegeben hat, auch wenn er nicht viel bewirkte. Aber den hat es gegeben. Und ich erlebe Menschen, die nicht das haben wollen, wie es sich entwickelt, die sich engagieren. Wenn es das nicht gäbe, dann hätte ich gesagt: "Dann verlasse ich dieses Land."

Und dann sagte ich, dann musst du da bleiben, die brauchen dich auch. Wenn wir alle das Land verlassen, dann ist es den anderen nur ganz recht.

Peter Gingold, Jahrgang 1916, wirkte in der französischen Résistance und kam in Gestapo-Haft. Nach dem Krieg war er Mitbegründer der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten, deren Bundessprecher er heute ist. Das Interview haben wir - leicht gekürzt - dem aktuellem Sonderheft des Antifaschistischen Infoblatts (AIB) zum Thema "Erinnerungskultur in Deutschland" entnommen.

20. NON de gauche, NON de droite. Frankreich vor dem Referendum über die EU-Verfassung

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich; Europa allgemein und EU-Politik · CD-Datei: daten/aksuche/ak495/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:495:11

Am 29. Mai stimmt Frankreich in einem Referendum über den EU-Verfassungsvertrag ab. Eine Mehrheit für die Ablehnung des Vertragswerks ist durchaus möglich. Freilich kommen die Gegenstimmen aus unterschiedlichen politischen Richtungen und haben verschiedene Motive. Vereinfacht gesagt gibt es ein linkes Nein (Non de gauche) und ein rechtes Nein (Non de droite).

Am Anfang stand die Arroganz der Macht. Würden sie in einer Abstimmung über den Verfassungsvertrag der Europäischen Union befragt, dann können die Französinnen und Franzosen überhaupt nur zustimmen davon war Präsident Jacques Chirac überzeugt. Denn "Europa" ist für ihn und die Regierung gleichbedeutend mit wirtschaftlichen Sachzwängen, mit Frankreichs "Rolle in der Welt", aber auch mit "Frieden seit 1945". Dagegen zu sein bedeutet demnach die Absage an eine politische Existenz "zwischen den Großmächten", an die Vernunft schlechthin wie auch an den Frieden und andere hehre Ideale.

Nicht einmal Argumente glaubten Chirac und seine Gefolgsleute nötig zu haben. Bei der diesjährigen Landwirtschaftsmesse in Paris antwortete Chirac einem Fragesteller, der gegen die Verfassung zu stimmen erwog: "Sie würden eine ordentliche Dummheit machen." Opponenten sind Idioten - die Replik des Staatschef machte alsbald Furore.

Chirac beleidigt Nein-SagerInnen

Doch dann kam alles anders. Ab März kippte die Mehrheit in den Umfragen, die bis dahin bei stabilen 60 Prozent Ja-Stimmen gelegen hatte. Dazu trug vor allem die, angesichts der Debatte um die Bolkestein-Richtlinie (vgl. ak 493), lauter werdende Kritik aus dem gewerkschaftlichen Milieu erheblich bei.

Zunächst hatte man seitens der Regierung geglaubt, zumindest auf das Stillhalten der Gewerkschaften hoffen zu dürfen. Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB), eine an die EU-Kommission angekoppelte Lobbyorganisation, hatte vorab den Verfassungsentwurf unterstützt. Im Grunde ist der EGB lediglich ein bürokratischer Wasserkopf mit etwa 40 Hauptamtlichen, der auf die Brüsseler Institutionen Einfluss zu nehmen versucht. Aber fast alle Gewerkschaften in Europa, die nicht von der Entwicklung abgehängt werden wollen, sind in ihm Mitglied. Die französische "postkommunistische" CGT ist, nach längeren Verhandlungen, 1999 aufgenommen worden. Deshalb wurde von ihr auch ein "konstruktives" Verhalten erwartet.

Doch dann rebellierten bedeutende Teile der Basis und der mittleren Funktionärsebene. Im Februar beschloss eine Verbandstagung der CGT mit einer Mehrheit von über 82 Prozent der Delegierten, zum "Nein" beim Referendum aufzurufen. Die CGT-Führung unter Generalsekretär Bernard Thibault geißelte daraufhin wochenlang den Beschluss in allen bürgerlichen Medien als verantwortungslos.

Doch das tat der Entschlossenheit keinen Abbruch. Zur europaweiten Gewerkschaftsdemo gegen die Bolkestein-Richtlinie, Mitte März in Brüssel, reisten 15.000 bis 20.000 DemonstrantInnen der CGT an, die zahllose Transparente gegen den Verfassungsvertrag trugen. Aber von der rechtssozialdemokratischen CFDT, die auf dem Papier fast ebenso viele Mitglieder zählt, waren nur 700 bis 1.000 Mitglieder und FunktionärInnen angereist, die unter Pfiffen und Buhrufen mit Aufklebern zu Gunsten des Verfassungsvertrags marschierten. Den Demonstrationen zum 1. Mai blieb die CFDT gleich ganz fern: Sie wolle keine "Veranstaltung für das Nein zur EU-Verfassung" unterstützen, lautete die offizielle Begründung. Damit hatte ihr Funktionärskader die Stimmung wohl richtig eingeschätzt.

Seit März lag das "Nein" in allen Umfragen in Führung, die Ablehnungswerte betrugen wochenlang zwischen 52 und 58 Prozent. Doch seit Anfang Mai ist erneut ein gewisser Umschwung eingetreten: Mal liegt die eine und mal die andere Position vorne. Denn jetzt haben die großen staatstragenden Parteien und vor allem die beiden konservativ-liberalen Formationen - die Regierungspartei UMP und die christdemokratische UDF - begonnen, ihre Anhängerschaft zu mobilisieren. Auch die intensive Medienpropaganda spielt dabei eine Rolle. Selbst nach offiziellen Angaben der Fernseh-Aufsichtsbehörde CSA haben in den letzten Wochen die UnterstützerInnen des Verfassungsvertrags drei Viertel der dem Thema gewidmeten Sendezeit eingenommen.

Und dabei zählt der "Hohe Fernsehrat" CSA die Auftritte von Präsident Chirac nicht einmal mit, da dieser nach den Spielregeln der Aufsichtsbehörden als "über den politischen Lagern stehend" gilt.

Die AnhängerInnen des Vertragswerks stellen in ihrer Abstimmungskampagne vor allem darauf ab, dass die Verfassung mit ihrer Grundrechts-Charta die Rechte des Europäischen Parlaments ausdehne. Dabei wird aber auch künftig das so genannte Europaparlament nicht das gesetzgeberische Initiativrecht besitzen: Entwürfe für Richtlinien und Verordnungen können weiterhin nur vom Ministerrat und der EU-Kommission, als Vertreter der nationalen Regierungen und der Brüsseler Exekutive, vorgelegt werden. Von einer Demokratie auf Unionsebene kann damit weiterhin keine Rede sein. Die Grundrechts-Charta fällt in weiten Teilen hinter den UN-Menschenrechtspakt und andere internationale Bestimmungen zurück und beschränkt sich an vielen Stellen auf wohlklingende Allgemeinplätze. So hat die Unionsbürgerin künftig zwar ein "Recht auf Zugang zu Gesundheitseinrichtungen" - ob sie die Versorgung dann bezahlen kann oder nicht, bleibt aber offen. Ähnlich sieht es in anderen Bereichen aus.

Le Pens Referendum gegen den Islam

Wovon die BefürworterInnen hingegen kaum öffentlich reden, ist das dritte Kapitel der EU-Verfassung, das allein rund 70 Prozent des Gesamttextes ausmacht. Es enthält eine große Anzahl Bestimmungen, die einem marktradikalen Wirtschaftsliberalismus festschreiben. Das Wort "Wettbewerb" kommt 174 mal vor. Kritiker wie der frühere hohe EU-Beamte Yves Salesse, der heute dem linken "Think Tank" Fondation Copernic (Kopernikus-Stiftung) angehört, monieren zu Recht, eine Verfassung habe normalerweise nur den institutionellen Rahmen abzustecken. Sie dürfe aber nicht dazu dienen, die Inhalte der Politik selbst vorzugeben. Dies erscheine um so gravierender, als die so genannte Verfassung zwar in Wirklichkeit nur ein zwischenstaatlicher Vertrag sei, der aber nur bei Einstimmigkeit der Mitgliedsländer wieder abgeändert werden kann - bei 25 oder mehr Staaten quasi ein Ding der Unmöglichkeit.

Dagegen betonen viele BefürworterInnen vor allem bei SozialistInnen und Grünen häufig, der Verfassungsvertrag sei zwar in ihren Augen "nicht optimal", aber besser als keiner, und man könne ihn "als ersten Schritt betrachten, dessen Inhalt man später noch verbessern kann".

Die Kritik an dem Vertragswerk kommt aus zwei völlig unterschiedlichen Richtungen, deren VertreterInnen getrennte Kampagnen betreiben. Das "Nein von rechts" wird vor allem von dem Rechtsextremen Jean-Marie Le Pen und dem katholischen Nationalkonservativen Graf Philippe de Villiers repräsentiert. Beiden "Neins" liegt eine jeweils spezifische Fragestellung zu Grunde.

Die Frage, die hinter dem linken Nein steht, ließe sich so formulieren: "Nach welcher gesellschaftlichen Logik soll das Zusammenleben von 300 Millionen oder mehr Menschen funktionieren?" Dabei wird eine Logik des Wettbewerbs und der Anpassung sozialer Standards "nach unten" strikt abgelehnt, statt dessen "eine Angleichung sozialer und demokratischer Standards nach oben" gefordert. Eine solche Anpassung nach oben habe noch bei der Aufnahme Spaniens und Portugals in die damalige EG stattgefunden; heute dagegen werde von offizieller Seite eher eine Logik des neoliberalen Sozialdumpings favorisiert.

Dagegen lautet die Fragestellung der rechten VerfassungsgegnerInnen: "Wer darf zu Europa dazu gehören, und wer muss draußen bleiben?" Eine absolut zentrale Stellung nimmt dabei die Frage eines künftigen EU-Beitritts der Türkei ein. Dessen Ablehnung macht einen großen Teil der rechten Nein-Kampagne aus, während auf der Linken etwa die KP, die trotzkistisch-undogmatische LCR und der linke Flügel der Grünen explizit eine Aufnahme der Türkei befürworten, falls diese demokratische Mindeststandards erfülle und den Armenier-Genozid endlich anerkenne. Beim Aufmarsch von 3.000 Le Pen-AnhängerInnen am 1. Mai war eines der beliebtesten Motive das der russischen Holzpuppe mit Aufschrift "Verfassung" und den EU-Sternen -, auf der ein bärtiger Türke zum Vorschein kommt, begleitet von der Aufschrift "Islam raus aus Europa". Le Pen warnte in seiner Ansprache vor einem "überdehnten, der Sowjetunion ähnlichen, kosmopolitischen, von seinen christlichen Wurzeln abgeschnittenen und vom Islam überschwemmten Europa". In die gleiche Kerbe schlägt auch der bürgerliche Rechtskatholik Graf de Villiers.

In den letzten zwei Jahrzehnten gab es in Frankreich ein stabiles Wählerpotenzial rechter "Europa"-GegnerInnen von gut 15 Prozent, das sich Le Pen und de Villiers teilten. Die wirkliche Frage bleibt die Verteilung der linken und gewerkschaftlichen Stimmen. Doch die konservative Regierung und mehr noch die Sozialdemokratie versuchen derzeit, Le Pen als Schreckgespenst zu instrumentalisieren, um vor allem das

Publikum mit höherem Bildungsniveau zur Zustimmung zu bewegen: Ein Sieg des Nein am 29. Mai stelle einen Erfolg des "Populismus" und damit Le Pens dar, behaupten sie landauf landab.

Für den offiziellen Fernsehwahlkampf in den letzten 14 Tagen vor der Abstimmung hat die Regierung vier Parteien als offizielle Vertreterinnen des "Nein" ausgewählt. Drei von ihnen sind national-autoritäre bis rechtsextreme Parteien, allein die KP soll von links für die Ablehnung werben. Letztere will allerdings die Hälfte ihrer Sendezeit an andere progressive VertragsgegnerInnen abgeben.

Bernhard Schmid, Paris

21. Dummdeutsche Einmischungen

Autor: B.S. · Rubrik: Europa allgemein und EU-Politik · CD-Datei: daten/aksuche/ak495/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:495:19

Ein Dutzend deutsche Schriftsteller (darunter Günter Grass, Jürgen Habermas und Wolf Biermann) beschwören in einem Gastbeitrag für Le Monde vom 3. Mai das französische Wahlvolk, nicht der "populistischen" Versuchung zu erliegen, mit "Nein" zu stimmen, um "sich in dem gemeinsamen Bunker rechter Nationalisten und linker Nationalisten zu verkriechen". Die Franzosen und Französinnen sollten nicht die "Verrücktheit" begehen, ihre Regierung abstrafen zu wollen und "die europäische Verfassung die Konsequenzen erleiden zu lassen". Denn "Europa kann Eure Regierung, Eure Parteien, Eure Unternehmer und Eure Gewerkschaften dazu zwingen, auf konstruktivere Weise zu denken und zu handeln."

Das muss man sich wirklich auf der Zunge zergehen lassen: Europa kann (unter anderem) die französischen Gewerkschaften zwingen, "konstruktiver" - soll heißen: nachgiebiger - zu handeln ... Die Französinnen und Franzosen, so bleibt zu hoffen, werden sich für die herrische Anweisung bedanken.

Ein anderer Deutscher glaubt ebenfalls seinen Senf über den französischen Abstimmungskampf loswerden zu müssen. Jürgen Elsässer, in den 1990er Jahren als Ideologe der "Antideutschen" bekannt, verkündet aus diesem Anlass eine neue ideologische Mode: "Kleineuropa - ja bitte!" (junge Welt vom 3. Mai) Nunmehr zeigt er sich begeistert von einer Idee, die er früher als großdeutsches Teufelswerk gegeißelt hätte - nämlich der Aussicht, "dass Chirac und Schröder nach einem Sieg des Nein am 29. Mai tabula rasa machen und doch ein Kerneuropa nach ihrem Geschmack zurechtschneidern könnten, etwa aus den EG-Gründungsstaaten. Dann gäbe es vermutlich ein großes Geschrei, auch von links", das aber Herrn Elsässer nicht anficht, denn: "In jedem Fall wäre eine EU-Spaltung höchst begrüßenswert, welche Form auch immer das dann entstehende Kern- oder Kleineuropa hätte." Aber bitte ohne die osteuropäischen Länder, denn: "Die idiotische Aufblähung der früher vergleichsweise vernünftigen Europäischen Gemeinschaft zu einem Imperium mit unklaren Außengrenzen wäre gestoppt".

Damit steht Jürgen Elsässer dem, was in Frankreich das "Nein von Rechts" heißt, sehr viel näher als den Motiven der progressiven GegnerInnen des Verfassungsvertrags. Zumal seine Vorfreude vor allem auch der Tatsache gilt, dass "die Türkei bliebe (...), wo und was sie ist". Gegen einen türkischen EU-Beitritt hatte Elsässer seine Ressentiments bereits in einem jW-Artikel vom 22. Oktober 2004 freien Lauf gelassen, in dem er unter anderem vor der "Orientalisierung Europas" und "Osmanisierung der EU" warnte. Dabei kritisierte er die CDU-Vorsitzende Angela Merkel wegen ihrer Inkonsequenz: Sie habe Recht damit, sich dem Eintritt der Orientalen zu widersetzen, könne aber auf Grund ihres Atlantizismus nicht konsequent gegen die Integration der Türkei auftreten.

B.S.

22. Wahlen im Baskenland: Patt im Ausnahmezustand

Autor: Raul Zelik · Rubrik: Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak495/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:495:17

Das wichtigste Kennzeichen der Wahlen Ende April im spanischen Baskenland blieb in den europäischen Medien weitgehend ausgeblendet: der durch und durch undemokratische Charakter des Urnengangs. Es ist bemerkenswert, dass der inoffizielle Ausnahmezustand auf der iberischen Halbinsel selbst von der Linken nicht mehr registriert wird.

Politische Gewalt hat bei den spanischen Wahlen seit Francos Tod 1975 immer eine wichtige Rolle gespielt. Auf der einen Seite hat ETA, vor allem seit den 1990er Jahren, PolitikerInnen der sozialdemokratischen Partido Socialista Obrero Español (PSOE) und konservativen Partido Popular (PP) ermordet und AktivistInnen der beiden Parteien pauschal zu "militärischen Angriffszielen" erklärt. Auf der anderen Seite, was in der Öffentlichkeit unerwähnt bleibt, hat aber auch der spanische Staat die baskischen BürgerInnen regelmäßig erpresst. In den ersten Jahren der parlamentarischen Demokratie drohte Madrid offen mit der Armee, wenn der baskische Ruf gegen die Bourbonen-Monarchie zu laut wurde. Ab 1983 ermordeten von der PSOE-Regierung unter Felipe González aufgebaute Todesschwadronen baskische LinkspolitikerInnen, und seit den 1990er Jahren sind es vor allem Verbote sowie der systematische Einsatz der Folter, mit dem baskische Linke, darunter längst nicht nur ETA-SympathisantInnen, terrorisiert werden. Martxelo Otamendi, Chefredakteur der Tageszeitung Berria, hat seine Foltererlebnisse 2003 im Parlament von Vitoria-Gasteiz eindrücklich geschildert, ohne dass die europäische Öffentlichkeit diese Zustände, die den lateinamerikanischen Staatsverbrechen in nichts nachstehen, auch nur registriert hätten.

Im Schatten von Verboten und Repressionen

In diesem Sinne kann man die Wahlen vom 17. April nicht als regulär bezeichnen. PolitikerInnen von PSOE und PP mussten um ihr Leben fürchten, der baskischen Linken wurden Wahlveranstaltungen polizeilich gesprengt und der ihr gesetzlich zustehende Zugang zu Medien und Parteienfinanzierung verweigert. Zudem gab es auch diesmal Verbote. Zunächst traf es wie erwartet die Liste der seit 2003 illegalisierten Linkskoalition Batasuna, die aber nach wie vor mit Abgeordneten im Parlament vertreten ist; und wenige Tage später dann auch die Kandidatur von Persönlichkeiten des kulturellen Lebens, die sich unter dem Namen Aukera Guztiak (Alle Optionen) für das Recht einsetzen, sich ohne Angst vor Gewalt politisch äußern zu können. Obwohl diese Forderung auch die Überwindung der ETA beinhaltete, wurde die Liste kurzerhand als terroristische Vorfeldorganisation von den Wahlen ausgeschlossen.

Vor diesem Hintergrund ist es einigermaßen erfreulich, dass das Wahlergebnis die schwierige Situation im Land parlamentarisch reflektiert. Die bisherige Koalitionsregierung aus baskischen Christ- und Sozialdemokraten der Partido Nacionalista Vasco (PNV) und von Eusko Alkartasuna (EA) einerseits sowie der föderalistischen Ezker Batua - Izquierda Unida (EB-IU, in der die spanische KP federführend ist) hat deutlich an Stimmen eingebüßt. Die PNV-EA-Liste von Ministerpräsident Juan José Ibarretxe ist zwar nach wie vor mit Abstand stärkste Fraktion, verlor aber 150.000 von 600.000 Stimmen und stellt mit 38,6% nur noch 29 Sitze. EB-IU konnte ihre Sitze verteidigen, verlor jedoch absolut ebenfalls deutlich - nämlich etwa 15.000 Wähler. Die dramatischsten Einbußen verzeichnete der PP, der ein Drittel seiner Stimmen verlor und nur noch über 15 Sitze verfügt. Klarer Gewinner sind die spanischen Sozialdemokraten (PSE), die mit 22,6% nun 18 statt (wie bisher 13 Abgeordnete) stellen.

Völlig offen ist, wie sich die Regierungsbildung gestalten wird. PNV-EA und Partido Socialista de Euskadi wollen nicht miteinander koalieren. Wirtschafts-, sozial- und innenpolitisch sind die beiden Gruppen zwar nicht weit voneinander entfernt - die baskischen Christdemokraten stehen sozial- und einwanderungspolitisch den spanischen Sozialdemokraten sehr nah. Doch die Positionen gegenüber dem baskischen Konflikt sind unvereinbar. Mit dem Ibarretxe-Plan, der die Bildung einer freien Assoziation des Baskenlandes mit Madrid vorschlägt, verlangt der PNV 25 Jahre nach Verabschiedung des Autonomiestatuts die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts. Was im Prinzip auch in repräsentativen Demokratien eine Selbstverständlichkeit sein sollte, nämlich dass Verfassungen und Staatszugehörigkeit von der Bevölkerung legitimiert werden müssen (die baskische Bevölkerung lehnte die Verfassung 1978 ab und nahm das Autonomiestatut nur vor dem Hintergrund von Putsch- und Bürgerkriegsdrohungen an), ist für die spanischen Sozialdemokraten nach wie vor inakzeptabel. Nicht zu Unrecht fürchten diese einen Zerfall Spaniens. In vielen Regionen der Halbinsel

ist der aktuelle Zustand nach wie vor umstritten. Würde das Baskenland unabhängig, würden mit Sicherheit Katalonien, wahrscheinlich aber auch andere Regionen, eine größere Unabhängigkeit von Madrid fordern.

Angesichts der Unvereinbarkeit der Positionen von PSE und PNV-EA fungiert jetzt eine bis 14 Tage vor den Wahlen unbekannte Gruppe als Zünglein an der Waage. Euskal Herrialdeetako Alderdi Komunista (Kommunistische Partei der Baskischen Territorien/EHAK), eine kleine Gruppierung aus dem Spektrum der sozialen Bewegungen, machte sich nach dem Verbot von Aukera Guztiak das Minimal-Programm der verbotenen Liste - Demokratie und politische Lösung des baskischen Konflikts - zueigen. Die von FeministInnen, GewerkschafterInnen und Anti-Globalisierungs-AktivistInnen aufgestellte Liste ging damit ein beträchtliches Risiko ein. Bis zuletzt suchte die Generalstaatsanwaltschaft nach Möglichkeiten, die Partei zu verbieten. Doch die baskischen KommunistInnen verwiesen darauf, dass sie bereits seit 2001 im Parteienregister eingeschrieben seien und sich an ihrem Programm nichts geändert habe. Dass es EHAK ohne Finanzmittel, prominente Kandidaten und Fernsehwahlkampf aus dem Stand auf einen Wähleranteil von 12,5% schaffte, war wohl die eigentliche Überraschung des 17. April. "Das Sprachrohr der Illegalisierten", so Spitzenkandidatin und Gewerkschafterin Maite Aranburu, stellt neun Sitze im neuen Parlament.

Was das für die Präsenz linker Inhalte bedeutet, wird sich zeigen müssen. Auf symbolischer Ebene war es der "röteste" Wahlkampf seit langem. Auch Batasuna steht zwar, anders als es das identitär-folkloristische Auftreten der Koalition bisweilen vermuten lässt (besonders gefürchtet sind die von TrachtenträgerInnen gebildeten baskischen Demonstrationszüge), für eine antikapitalistische, an Bewegungen orientierte und emanzipatorische Politik. Doch EHAK definiert sich, wie Herri Batasuna zuletzt in den frühen 1980er Jahren, offensiv als Projekt von ArbeiterInnen, Feministinnen und AntikapitalistInnen. Die Spitzenkandidatinnen Nekane Erauskin und Maite Aranburu stammen aus der Gewerkschaft LAB, die sich in Europa am ehesten mit den italienischen COBAS vergleichen lässt. Im Vorfeld der Wahlen war angezweifelt worden, ob die Anhängerschaft Batasunas einer offen kommunistischen Kandidatur ihre Stimme geben würde. Nun hat EHAK gegenüber der Batasuna-Liste 2001 7.000 Stimmen gewonnen, und das, obwohl mit Aralar auch eine liberale Batasuna-Abspaltung zur Wahl stand. Die Stimmverteilung zwischen EHAK und Aralar zeigt im Übrigen, wie die politischen Gewichte in der Unabhängigkeitslinken verteilt sind. Für Aralar stimmten 28.000 Menschen, für EHAK 150.000.

Schwierige Regierungsbildung

Dennoch ist der Spielraum der EHAK begrenzt. Auf der Liste durften keine Personen kandidieren, die mit verbotenen Organisationen und Einrichtungen in Verbindung gebracht werden: den Koalitionen Batasuna, Euskal Herritarrok und Herri Batasuna, den Europawahllisten von Herritarren Zerrenda, mehreren Hundert lokalen Gemeinderatslisten, den Jugendorganisationen Jarrai, Segi und Haika, den Tageszeitungen Egunkaria und Egin, dem Radiosender Egin Irratia, der linken Organisation EKIN sowie den Amnestie- und Menschenrechtsorganisationen Gestoras Pro-Amnestia und Askatasuna. Im Baskenland haben in den vergangenen zwei Jahren mehrere Tausend das passive Wahlrecht verloren. De facto bedeutet das, dass die EHAK-Abgeordneten keine partei- oder jugendpolitische Erfahrung besitzen. Ob sich die neuen ParlamentarierInnen in der Öffentlichkeit behaupten werden können, steht in den Sternen.

Unklar ist weiterhin auch, was das Wahlergebnis für den baskischen Konflikt als solchen bedeutet. Die spanischen Medien interpretierten das vergleichsweise schlechte Abschneiden von PNV-EA als Absage der Bevölkerung an den Ibarretxe-Plan - eine eigenwillige Auslegung des Ergebnisses. PNV-EA verlor vor allem an die Gruppe der Nicht-WählerInnen, von denen viele auch deshalb zu Hause geblieben sein dürften, weil die Ibarretxe-Regierung ihren vollmundigen Ankündigungen seit Jahren keine Taten folgen lässt und beispielsweise gegen das Verbot von Aukera Guztiak aus wahltaktischen Überlegungen nicht das Geringste unternahm. Offensichtlich spekulierten die Regierenden in Vitoria-Gasteiz darauf, mit Hilfe der Verbote Stimmen gewinnen zu können. Gleichzeitig haben die für eine vollständige Unabhängigkeit eintretenden Listen EHAK und Aralar im Vergleich zu 2001 deutlich zugelegt. Wenn man die um 10% gesunkene Wahlbeteiligung berücksichtigt, ist die Stimmverteilung zwischen den Lagern konstant geblieben. Die für eine größere oder vollständige Unabhängigkeit von Madrid eintretenden Parteien erhielten vor vier Jahren 52,7% der Stimmen; diesmal waren 53,4% (wobei die BefürworterInnen einer vollständigen Unabhängigkeit von zehn auf 15% zulegten). Die zentralistischen PSE und PP, die 2001 41% erreichten, kamen diesmal auf 39,9%, während die für eine Stärkung des spanischen Föderalismus eintretende EU-IU ihren Anteil von 5,5% in etwa hielt.

Die Patt-Situation hat dazu geführt, dass sich nun mit Ausnahme des PP alle Parteien für einen Dialog einsetzen. Sowohl Ministerpräsident Ibarretxe als auch der sozialdemokratische Kandidat Patxi Lopez nahmen nach den Wahlen Gespräche mit sämtlichen im Parlament vertretenen Parteien auf. In der baskischen Öffentlichkeit werden diese Gespräche als Hinweis auf eine politische Lösung interpretiert. Das Baskenland ist in den vergangenen Jahren in Bewegung geraten. PNV und EA haben sich in der Frage des Selbstbestimmungsrechts den Forderungen Batasunas angenähert. ETA hat mehrfach klar gestellt, dass man im Falle einer demokratischen Befragung der Bevölkerung den bewaffneten Kampf einstellen werde, und verübte seit 2003 keine tödlichen Anschläge mehr. Batasuna weist im Unterschied zu früher heute sehr deutlich darauf hin, dass das spanische Baskenland sprachlich und kulturell nicht nur baskisch, sondern eben auch spanisch geprägt sei und in diesem Sinne auch die Anhängerschaft des PP an einer politischen Lösung beteiligt werden müsse. Und schließlich reden auch Politiker des PSE in der Region wieder mit der Unabhängigkeitslinken.

Spanisches Dilemma

Trotzdem muss man skeptisch bleiben, ob es zu Verhandlungen kommen wird. Die spanische Rechte übt massiven Druck auf die Zapatero-Regierung aus, um auch geringste Modifikationen der Autonomie-Regelung zu verhindern, und behauptet, der PSOE führe Geheimverhandlungen mit ETA - was die Untergrundorganisation dementiert. Der PSOE verhält sich vor diesem Hintergrund uneindeutig. Er spricht sich zwar für "Dialog und Normalisierung im Baskenland" aus, setzt die Repressionspolitik der alten Administration jedoch ungebrochen fort. Eine Humanisierung der Haftbedingungen für die mittlerweile 800 baskischen politischen Gefangenen - mehr als unter Franco - beispielsweise hat es nicht gegeben.

Letztlich ist das Dilemma stärker ein spanisches denn ein baskisches. So lange man in Madrid nicht begreift, dass das Phänomen ETA viel mit der frankistischen Erbschaft der Monarchie, der Verweigerung demokratischer Grundrechte und den bis heute systematisch begangenen Menschenrechtsverletzungen durch Guardia Civil, Policía Nacional und Geheimdienst zu tun hat, wird man den Konflikt nicht lösen können. Gesteht man sich hingegen diese Punkte ein, hätte der spanische Staat ein handfestes Legitimitationsproblem. Die verschwiegene Geschichte von Bürgerkrieg, Faschismus und frankistischer Kontinuität müsste aufgearbeitet werden. An einer solchen Lösung, die das Land grundlegend transformieren würde, haben weder die Madrider Parteien - einschließlich Izquierda Unida - noch die europäischen Regierungen das geringste Interesse.

Raul Zelik

23. Streit um Papiere. Regulierung in Spanien und die Problematik der Anerkennung

Autor: Gerda Heck, Susanne Spindler · Rubrik: Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak495/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:495:21

"Viele Leute denken, wir seien verrückt, wenn wir die Forderung ‚Papiere für alle` aufstellen; obwohl - tatsächlich fordern wir ‚Papiere für niemanden`!" Mit dieser Umkehrung des bekannten Slogans fasst Miguel González, Koordinator der MigrantInnenorganisation Ecuador Llaktakaru aus Barcelona, das Ziel ihrer politischen Forderungen im Rahmen der Regulierungsmaßnahmen der spanischen Regierung zusammen. Der Regulierungsprozess hat gerade seinen Abschluss gefunden.

Zwischen dem 7. Februar und dem 7. Mai 2005 gab die Regierung Zapatero ArbeitgeberInnen und ihren illegalisierten ArbeitnehmerInnen für drei Monate die Chance, ihre Beschäftigungsverhältnisse von informeller Arbeit, und damit gleichzeitig auch die illegalisierte Situation der ArbeitsmigrantInnen, in einen Status der Legalität zu überführen. Zwischen 800.000 und 1,4 Millionen wird die Zahl derer geschätzt, die bis dahin ohne Aufenthaltsstatus in Spanien leben. Für die Bundesrepublik Deutschland, in der das Wort "Legalisierung" schon einen nationalen Infarkt auslöst, ist diese Regulierung ein schier unvorstellbarer Akt, und insgesamt in der EU-Migrationspolitik gerade zur Zeit ein außergewöhnliches und progressives Vorgehen.

Und daher erstaunen innerspanische Debatten nicht, die damit argumentieren, die Regulierung habe eine "Sogwirkung" für neue MigrantInnen zu Lasten der Arbeitsplätze für die Einheimischen. Nach einer Untersuchung des Centro de Investigaciónes Sociológicas (CIS) sind steigende MigrantInnenzahlen in Spanien die viertgrößte Befürchtung der einheimischen Bevölkerung, gleich hinter Arbeitslosigkeit, Terrorismus und Kriminalität in den Städten. In Spanien ist dies ein neueres Thema, wie Rosa Aparicio Gómez, Madrider Migrationsforscherin und selbst aus Bogotá nach Madrid migriert, bemerkt: "Als ich vor über zwanzig Jahren nach Spanien kam, da gab es hier das Wort Migrant oder Migrantin nicht. Da kam man halt woanders her." Aber mittlerweile ist die Debatte über Einwanderung ebenso mit Gefahr und Konkurrenz konnotiert wie in anderen europäischen Ländern.

Kritik an der Regulierung kam allerdings nicht nur von konservativer Seite. Als Problem erwies sich zunächst die geringe Inanspruchnahme: In der ersten Woche machten lediglich 8.000 bis 10.000 Menschen Gebrauch davon. Nach drei Monaten, am Ende des Prozesses, stellten aber immerhin 691.000 Menschen einen Antrag. Neben der Angst vor Abschiebung bei Ablehnung gab es Gründe, warum MigrantInnenorganisationen, UnterstützerInnen und soziale Bewegungen in den drei Monaten immer wieder gegen die Regulierung protestierten, und damit Spanien in die paradoxe Situation geriet, dass die, deren Dankbarkeit eigentlich erwartet wurde, zu ihren schärfsten KritikerInnen gehörten. Woran entzündet sich die Kritik derer, deren Lebenssituation durch eine Regulierung erheblich verbessert werden könnte?

"Papiere für niemand"

Das Problem wird schon in der Bezeichnung des Prozesses deutlich: Man spricht eben nicht von Legalisierung (legalización), sondern von Regulierung (regularización) oder von Normalisierung (normalización). Schließlich handelte sich auch nicht um eine umfassende Legalisierung, sondern nur um eine Legalisierung "light", die entscheidende Hürden im Verfahren einbaute.

Erstes Kriterium war die Vorlage eines Arbeitsvertrages, um die Regulierung in Gang zu setzen. Nur diejenigen Migrantinnen und Migranten konnten legalisiert werden, deren ArbeitgeberInnen sie mindestens für sechs Monate (in der Landwirtschaft für drei Monate) kontinuierlich unter Vertrag nehmen wollen oder können. Bis auf Hausarbeiterinnen, die nachweisen können, dass sie mindestens dreißig Stunden in verschiedenen Haushalten arbeiten, betraf dies alle anderen ArbeiterInnen. Damit die ArbeitgeberInnen mitziehen, droht man ihnen mit Strafen: Sie müssen nach der Regulierung mit verstärkten Kontrollen rechnen. Und so wurde auch sofort nach Ablauf der Regulierung angekündigt, dass nun 1.700 Inspektoren insgesamt 500.000 Kontrollen durchführen werden. Die Macht der ArbeitgeberInnen während der Regulierung war dennoch weit reichend. Indem sie den Vertrag ausstellen mussten, konnten sie maßgeblich über den Verbleib ihrer ArbeitnehmerInnen entscheiden - und somit umfassend in deren Leben eingreifen. Die Betroffenen selbst mussten sich damit abfinden, dass ihr Schicksal über einen weiteren Verbleib in Spanien und damit über ihre Zukunftgestaltung in

den Händen der ArbeitgeberInnen lag. Konnten diese die illegalisierte Situation vorher schon ausbeuten, etwa über die Androhung des Entzuges des Arbeitsplatzes oder indem sie keinen Lohn bezahlten, wurden diese Ausbeutungsverhältnisse mit der Regulierung nicht unbedingt beendet. Manch skrupelloseR ArbeitgeberIn nutzte die Situation aus, indem er bzw. sie beispielsweise ArbeiterInnen für die Regulierung Geld abknöpfte. Dass ein solches Vorgehen kein Einzelfall war, berichtet Dora Aguirre aus ihrer Beratungspraxis bei der Asociación Rumiñahui, einer selbstorganisierten Madrider Anlauf- und Beratungsstelle für MigrantInnen.

Die Regulierung ist denen vorbehalten, die unter diesen Bedingungen in Lohn und Brot stehen und quasi in "geregelten" Verhältnissen arbeiten. Für sie ist es die große Chance, nach oft Jahren des illegalisierten Lebens dieser Situation mit all ihren negativen Konsequenzen endlich zu entkommen. Andere, etwa GelegenheitsarbeiterInnen mit häufig wechselnden Jobs und Arbeitslose, sind ausgenommen. Und auch für die, die zwar arbeiten, aber deren ArbeitgeberInnen sie nicht unter Vertrag nehmen, stelle der Nichtanspruch auf Regulierung eine ungeheure Frustration dar, so Miguel González von Ecuador Llaktakaru.

Der Fokus der Regulierung verschiebt sich damit von MigrantInnen auf die ArbeitgeberInnen. Die Regulierung richtet sich nicht etwa an MigrantInnen zur Verbesserung ihrer Lebenssituation und ihrer Rechte. Sie richtet sich vielmehr gegen informelle Beschäftigung und Schattenwirtschaft. Und um das zu erreichen, wendet sich die Maßnahme an die ArbeitgeberInnen, denn sie gibt ihnen Befugnis über die Legalisierung. Diese in der Verfahrensweise der Regulierung angelegte Denkweise entsubjektiviert und degradiert die klandestinen ArbeiterInnen zum Objekt von Arbeitsbedingungen, die festlegen, ob es denn erlaubt ist, sich im Land aufzuhalten oder nicht.

In ihren Protesten brachten sie sich als Subjekte wieder ins Spiel zurück. Im Frühjahr des Jahres initiierten in Barcelona mehr als 400 MigrantInnen eine Kirchenbesetzung und 150 davon traten in Hungerstreik; Mitte März demonstrierten Tausende, vor allem marokkanische MigrantInnen, in Almería. Es folgte eine Protestwelle um den 2. April herum, dem europaweiten Aktionstag für Bewegungsfreiheit und Bleiberecht, in der in allen Großstädten und ländlichen Migrationszentren mobilisiert wurde. Die AktivistInnen forderten flexiblere Bedingungen der Regulierung. Vor allem setzten sie sich gegen die Vorlage des Arbeitsvertrages und eines Auszugs aus dem Strafregister ein. Straflosigkeit per Auszug aus dem Strafregister in Spanien und im Heimatland nachweisen zu müssen, schließt politische Flüchtlinge - selbst wenn sie die Arbeitsauflagen erfüllen - per se aus, da sie einen solchen Auszug aus dem Herkunftsland nicht erbringen können. Dies betrifft vor allem viele afrikanische MigrantInnen. Ebenso schließt es diejenigen aus, die schon einmal - aus welchen Gründen auch immer - auffällig geworden sind, z.B. auch bei einem Verstoß gegen das Ausländergesetz in Spanien. Die DemonstrantInnen forderten weiterhin eine Ausdehnung der Frist der Regulierung auf mindestens sechs Monate.

Regulierung statt Legalisierung

Ein weiterer großer Stolperstein, gegen den sich MigrantInnenorganisationen und UnterstützerInnen besonders stark machten, lag in dem Nachweis, dass man sich schon vor dem 8. August 2004 und damit mindestens seit einem halben Jahr in Spanien aufgehalten haben musste, um Anspruch auf Regulierung zu haben. Aber nicht der Zeitraum stand im Mittelpunkt der Kritik, sondern vielmehr die Form, in der dieser Nachweis erbracht werden sollte - lediglich die Meldebestätigung wurde akzeptiert. Ein Paradox, welches wiederum die Augen vor der Realität des illegalisierten Aufenthalts verschließt. Illegalisierte melden sich eben gerade aus Angst vor Abschiebung nicht beim Einwohnermeldeamt an. So hielt sich ein großer Teil der Papierlosen bereits vor dem Datum im Land auf, allerdings ohne irgendwo gemeldet zu sein.

Die Regierung musste auf Grund der nur schleppend verlaufenden Inanspruchnahme der Regulierung und der ausgedehnten Proteste schließlich eingestehen, dass die Rahmenbedingungen zu eng gesetzt waren. Noch Mitte April änderte sie die Regelung dahingehend, dass jede Gemeinde selbst entscheiden konnte, welches Dokument sie für ausreichend hielt, den Nachweis zu erbringen, dass man seit über einem halben Jahr im Land war. Es wurde beschlossen, dass auch Dokumente wie Einschulungsanträge, Gesundheitspapiere oder Schriftverkehr mit Behörden gelten können. Ebenso änderte die Regierung schließlich die Regelung für die ArbeiterInnen in der Landwirtschaft. Um den Bedingungen der Saisonarbeit gerecht zu werden, akzeptierten sie nun nicht mehr nur kontinuierliche dreimonatige Arbeitsverträge, sondern auch solche Nachweise, die bescheinigten, dass man innerhalb eines Jahres drei Monate gearbeitet hatte, auch mit Unterbrechung und bei verschiedenen ArbeitgeberInnen.

Aber trotz dieser Teilerfolge und der durchaus vorhandenen Anerkennung der positiven Veränderungen für diejenigen, die sich regulieren konnten, ging die Diskussion über Fragen der Flexibilisierung der Regulierung hinaus: Warum führt der einzige Weg der Legalisierung über den Arbeitsmarkt? Warum wird der Realität eines prekären Alltags für MigrantInnen, der nicht nur die Arbeitsbedingungen, sondern auch die reproduktiven Verhältnisse und Lebensweisen umfasst, nicht Rechnung getragen? Was ist mit den jüngeren MigrantInnen, die noch nicht arbeiten können?

Teilerfolg dank Bündnisarbeit

Solche Fragen führten schließlich zu verstärkten Protesten in erweiterten Bündnissen. Die Linke in Spanien scheint Prekarisierung mittlerweile als ein Thema zu begreifen, bei dem sich eben jene gesellschaftlichen Kräfte miteinander verbinden können und müssen, deren Arbeits- und Lebensverhältnisse gerade doch so unterschiedlich sind. Auch der Euromayday, in Spanien als "1 de Mayo del precariado" (1. Mai des Prekariats) bezeichnet, hatte dieses Jahr in Spanien den Schwerpunkt Regulierung. Die breite Bündnisarbeit habe dann auch zu den Teilerfolgen geführt, wie Miguel González feststellt. Die Zugeständnisse der Regierung seien nicht hauptsächlich Ergebnis der ohnehin marginalisierten und von Regierungsseite höchstens dekorativ benutzten Arbeit der MigrantInnenorganisationen, wie Miguel zynisch anmerkt. Vielmehr sind sie das Ergebnis der Zusammenarbeit von sozialen, religiösen, karitativen und antirassistischen Initiativen und Parteien. Und dann zieht er Parallelen zu anderen historischen Bewegungen und stellt die Gemeinsamkeiten der sozialen Kämpfe in den Vordergrund: "Die Gegner des Rechts auf Migration bombardieren uns mit Tausenden von Gründen, mit ökonomischen, sozialen, kulturellen ... Es sind die gleichen Vorwürfe, die sie schon vor vielen Jahren an die Gruppen richteten, die für die Abschaffung der Sklaverei, für Bürgerrechte für Frauen oder Bürgerrechte für Afroamerikaner kämpften."

Gerda Heck, Susanne Spindler

24. Vergessen, verdrängt und vernachlässigt. Ein Buch dokumentiert die Rolle der "Dritten Welt" im Zweiten Weltkrieg

Autor: Anke Schwarzer · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak495/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:495:20

In den Geschichtsbüchern hier zu Lande ist von ihnen kaum die Rede, in den zahlreichen Fernsehsendungen über den Zweiten Weltkrieg kommen sie nicht vor: Die Soldaten, Piloten, Lastenträger, Küstenwächter, Zwangsprostituierten, Funker und Kundschafter aus den ehemaligen Kolonien. Im Zweiten Weltkrieg kämpften sie auf Seiten der Alliierten, zum Teil aber auch in den Armeen Deutschlands, Italiens und Japans. Wenig beachtet sind auch die ZwangsarbeiterInnen und die Opfer von ZivilistInnen in vielen Regionen der Dritten Welt, die Rohstofflieferungen für die Kriegsproduktion und die Zerstörung von Städten durch Bombenangriffe, etwa an der indischen Ostküste.

Für wie unbedeutend das Thema bei möglichen GeldgeberInnen erachtet wird, zeigt sich nicht zuletzt an der knappen Finanzausstattung des zehnjährigen Rechercheprojektes, mit dem das Rheinische JournalistInnenbüro und andere beteiligte AutorInnen zu kämpfen hatten. In über 30 Ländern in Asien, Afrika, Südamerika, Ozeanien und dem Nahen Osten, oft am Rande anderer journalistischer Aufträge, haben sie Mitglieder von Veteranenverbänden und andere ZeitzeugInnen interviewt, ehemalige Schlachtfelder besucht und in Archiven geforscht. Die umfangreichen Ergebnisse liegen nun in dem Buch ",Unsere Opfer zählen nicht`. Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg" vor. Die HerausgeberInnen kommen zu dem Schluss: "Ohne den Beitrag der Kolonialisierten hätte der Zweite Weltkrieg einen anderen Verlauf genommen und die Befreiung der Welt vom deutschen und italienischen Faschismus sowie vom japanischen Großmachtwahn wäre noch schwieriger und langwieriger gewesen."

In der Gegend des heutigen Äthiopien standen sich afrikanische Soldaten auf beiden Seiten der Front gegenüber, in Burma kämpften rund hunderttausend Soldaten aus West- und Südafrika gegen die japanischen Streitkräfte, in Frankreich zehntausende Inder gegen die Wehrmacht. Soldaten aus Brasilien kamen in Italien zum Einsatz, koreanische Truppen im Südpazifik. Von China über Vietnam bis nach Indonesien und den Philippinen operierten einheimische Guerillatruppen gegen die alten Kolonialmächte und die neuen japanischen Besatzer.

In den offiziellen Statistiken der Kriegsteilnehmer und Gefallenen seien die Soldaten aus den ehemaligen Kolonien in großen Teilen nicht mitgezählt worden. Viele seien zwangsrekrutiert worden, etwa Aborigines in Australien und junge Männer in afrikanischen Ländern, so die AutorInnen. Die Kämpfer aus den kolonisierten Ländern waren keine ebenbürtigen "Kameraden" ihrer weißen Mitkämpfer, weder in der Militärhierarchie, in der Kleidung, in der Verpflegung und Besoldung noch in der Unterbringung. Die Ungleichbehandlung setzte sich auch nach dem Krieg fort: Veteranen erzählen, wie sie in ihr Land zurückkehrten und dort mit einer kleinen Abfindung, einem Fahrrad zum Beispiel oder zwei Wolldecken, abgespeist worden seien. Bis heute kämpfen sie für Kriegsrenten.

Fahrrad statt verdienter Rente

Die HerausgeberInnen haben die späte Chance genutzt, die noch lebenden ZeugInnen in den ehemaligen Kolonien zu befragen. Deren Erinnerungen und zahlreiche Fotos machen das Buch besonders anschaulich. Einer der interviewten Zeitzeugen ist Edouard Kouka Quédrogo aus dem damaligen Obervolta, der 1939 Unteroffizier des Sechsten Bataillons der Tirailleurs Sénégalais war, wie die Franzosen die Kolonialsoldaten aus verschiedenen Ländern Westafrikas nannten. Nach Kämpfen an der Somme in Frankreich geriet er 1940 in deutsche Gefangenschaft. "Meine Gefangennahme durch die boches habe ich bis heute nicht vergessen, Ich hatte schon in Quagadougou Mein Kampf gelesen und wusste, dass ich für die Deutschen nicht besser war als ein Affe", erzählt er. Nach knapp zwei Jahren Zwangsarbeit gelingt es ihm zu fliehen, dann schließt er sich der Résistance an und gehörte 1944 zu den Befreiern von Paris. Wie viele andere zurückgekehrte Kriegsteilnehmer auch (z.B. Léopold Sédar Senghor und Franz Fanon), spielte er eine wichtige Rolle in den entstehenden antikolonialen Bewegungen.

Das Buch bricht mit der Tradition, "Geschehnisse außerhalb des ‚Wohlstandszentrums` als wenig relevant zu betrachten". So lobt Kuma Ndumbe III., Professor an der Universität Yaoundé, im Vorwort die Arbeit der AutorInnen. Leider strapaziert er den Opferbegriff sehr und fällt dabei zum Teil hinter die differenzierten Ausführungen der HerausgeberInnen zurück. Er bezeichnet die "Stimm- und Sprachlosen" aus den ehemaligen Kolonien als die "eigentlichen Verlierer" des Zweiten Weltkriegs. Eigenständige Entscheidungen für den Kriegsdienst zahlreicher Soldaten, die es neben den Zwangsrekrutierungen ebenfalls gab, wie die Zeitzeugen in dem Buch belegen, lässt er unter den Tisch fallen; die Kollaboration mit den Nationalsozialisten einiger antikolonialer Zusammenschlüsse etwa im Nahen Osten erwähnt er nur ganz am Rande. Die AutorInnen berichten aber auch davon: In Asien, von Indien und Burma bis Thailand und Indonesien, sympathisierten Hunderttausende mit den faschistischen Mächten und meldeten sich freiwillig für den Krieg. Erwähnt werden auch die 3.000 Rekruten der "Indischen Legion" innerhalb der Wehrmacht, die sich 1944 in die Waffen-SS eingliedern ließ und Massaker an der französischen Zivilbevölkerung verübte.

Deutschland soll zahlen

Das engagiert geschriebene Buch "Unsere Opfer zählen nicht" bietet einen sehr profunden Überblick über dieses vernachlässigte Kapitel der Weltgeschichte. Den AutorInnen geht es unter anderem auch darum, eine Entschädigungsdebatte voranzutreiben, die nicht nur damalige Kolonialmächte wie Frankreich und Großbritannien in die Pflicht nimmt, sondern die das Augenmerk auf Deutschland als Verursacher des Krieges richtet. Denn für die Schäden, die Deutschland (neben Italien und Japan) in den Ländern Nordafrikas, Asiens, Ozeaniens und an der Küste Lateinamerikas anrichtete, hat es nie angemessene Reparationen zahlen müssen.

Anke Schwarzer

Recherche International e.V. (Hg.): "Unsere Opfer zählen nicht". Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg. Verlag Assoziation A, Berlin/Hamburg, 2005. 444 Seiten, 400 Fotos und 10 Karten, 29,50 Euro

25. Deutsch-polnische Partnerschaft für Geschichtsentsorgung

Autor: Kamil Majchrzak · Rubrik: Außenpolitik der BRD; Geschichte des Faschismus; Polen · CD-Datei: daten/aksuche/ak495/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:495:04

Am 23. April 1945 befreiten sowjetische Truppen Frankfurt (Oder) und die damalige Dammvorstadt, die heutige polnische Grenzstadt Slubice. In diesem Jahr fällt das Jubiläum in beiden Städten jedoch aus - man hat sich von der Geschichte befreit und der Zukunft zugewandt.

In Offenen Protest-Briefen wandten sich am 15. April Joachim Runge und der Verein Utopia "angesichts einer öffentlich geführten Diskussion, welche zunehmend das eigene Leid in den Vordergrund stellt und die Ursachen und Folgen der NS-Herrschaft ausblendet", gegen "ein kollektives Ignorieren dieses Tages und ein Ausweichen vor der notwendigen Auseinandersetzung mit der Geschichte". Frankfurts Oberbürgermeister Martin Patzelt wies die Vorwürfe zurück und antwortete gleichzeitig: "Bereits im Januar war in der Verwaltungsspitze das Thema städtisches Gedenken an den 23. April 1945 angesprochen worden. Dies wurde im Kreise der Beigeordneten verneint, da die Stadt auch in diesem Jahr den 8. Mai als Erinnerungstag gestalten wolle. Diese Entscheidung geschah auch unter dem Aspekt, dass manche Zeitzeuginnen den 23. April 1945, den Tag des Einmarsches der Roten Armee nicht nur als Tag der Befreiung unserer Stadt, sondern möglicherweise als Tag persönlichen Unglücks in Erinnerung haben".

Am 23. April beging man deshalb kein antifaschistisches Jubiläum, sondern veranstaltete die Deutsche-Tourenwagen-Meisterschaft unter dem Motto "DTM goes East". Die Rennboliden drehten auch eine Runde über die Grenzbrücke ins polnische Slubice und besiegelten damit, dass die Nachbarn nun gemeinsam Gas geben wollen in die Zukunft.

Angesichts aktueller Kriegsbeteiligung beider Länder mutiert der 8. Mai sowohl in Deutschland als auch in Polen zu einem Fest der Entledigung von der Geschichte. "Ein lustiges Maifest" kündigte das polnische Slubice im Rahmen der Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Stadtgründung am 7. und 8. Mai an. Nachdem noch bis ins vergangene Jahr am 23. April der Befreiung vom Faschismus und der Stadtgründung mit einer feierlichen Stadtverordnetenversammlung gedacht wurde, will die Stadt nach Angaben ihrer Pressesprecherin Irmina Balcerek-Malina "jetzt in die Zukunft schauen". Dass die Stadtgründung am 23. April 1945 erst durch die Zerschlagung des Faschismus und des durch Hitler zur Festung erklärten Frankfurt möglich wurde, kam nur durch die folkloristische Untermalung des Festes mit Musik aus Lviv in der Ukraine zum Ausdruck. Das damals polnische Lwów (Lviv, Lemberg) kam infolge der Grenzverschiebungen zu Russland, Polen bekam auf Grund von Beschlüssen der Potsdamer Konferenz die Gebiete an Oder und Neiße.

"Gemeinsam in die Zukunft schauen"

Beide Städte mussten bereits vor der Wende als deutsch-polnisches Vorzeigeobjekt herhalten - so 1972 zur "Grenzöffnung" zwischen der DDR und der VR Polen und verstärkt seit der Gründung der Europa-Universität Viadrina. Am 8. Mai wird deshalb hier das Deutsch-Polnische Jahr begangen. Abgesehen von dem Vortrag des Beatles-Songs "Imagine" durch Ulla Meinecke auf der Stadtbrücke zwischen Slubice und Frankfurt (Oder) erinnerte nichts weiter an das Kriegsende.

Das Jahr 1945 bestimmt auch 60 Jahre danach den erinnerungspolitischen Diskurs nicht nur in Polen und Deutschland, sondern in anderen Staaten Mittel- und Osteuropas. Bereits im Vorfeld der Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus versuchten Polen und die baltischen Staaten die Festlichkeiten zu instrumentalisieren, um alte Rechnungen mit Russland zu begleichen. Der national-konservative Präsident von Warschau forderte sogar den polnischen Präsidenten Aleksander Kwasniewski auf, den zentralen Feierlichkeiten zum Gedenken an die Befreiung vom Faschismus am 9. Mai in Moskau fernzubleiben.

Geschichte und Erinnerung wird zur dehnbaren Konstruktion, die der gewachsenen neuen außenpolitischen Rolle Rechnung tragen muss. Dies gilt nicht nur für Deutschland, sondern auch für Polen. Nach der erfolgreichen Besetzung des Themas Ukraine und gewachsenen Ambitionen nach der Beteiligung am Irakkrieg gedenkt die polnische Politik sich auch von der durch die Befreiung vom Faschismus bestehenden Verbindlichkeit gegenüber Russland zu lösen. Mit seiner Beteiligung am Krieg gegen den Irak versucht Polen

auch in der Konkurrenz Angriffskrieg dem deutschen Nachbarn in nichts nachzustehen. In puncto Sonderbehandlung von AusländerInnen, Ghettoisierung von Flüchtlingen, rassistischer Stigmatisierung und Ausschluss von gesellschaftlicher Partizipation befinden sich beide Länder bereits jetzt auf gleicher Augenhöhe. Beim Antisemitismus liegt Polen derzeit klar vorne.

Die Grenzstädte Frankfurt und Slubice müssen heute als gelungenes deutsch-polnisches Projekt herhalten. Bei dem Fest in Slubice ging es ebenso wenig um die Befreiung vom Faschismus wie bei dem "Gedenken an die Opfer des Krieges" in Frankfurt. Ob es sich dabei um die ermordeten Jüdinnen und Juden oder um die Verteidiger von Hitlers Festung Frankfurt handelt, war nicht ersichtlich. Zukunftsgerichtete Arrangements sind bedeutender als die Erinnerung an die Befreiung. Das Maifest endete in beiden Städten mit einem riesigen Feuerwerk und Light-Shows - vielleicht doch eine versteckte Hommage an die sowjetischen Stalinorgeln, die den Faschismus in die Knie zwingen halfen.

Kamil Majchrzak

26. Erinnerungspolitik auf australisch: Nicht der 8. Mai, sondern der 25. April wird gefeiert

Autor: Vo · Rubrik: Australien · CD-Datei: daten/aksuche/ak495/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:495:26

8. Mai - war da was? Aus australischer Sicht handelt es sich jedenfalls um ein unbedeutendes Datum im politischen Erinnerungskalender. Im Vergleich zum 2. September und 25. April spielt es eine eindeutig untergeordnete Rolle. 2. September? Ende des Zweiten Weltkriegs. Richtig: Erst am 2. September 1945 war mit der japanischen Kapitulation dieser Krieg tatsächlich zu Ende. 25. April - ANZAC-Day. Nie gehört? Macht nichts. Wird später erklärt. Zunächst zum 8. Mai.

VE Day

Der 8. Mai wird in Australien als "VE-Day" begangen. VE steht für "Victory in Europe". Sieg in Europa - damit wird die Relativierung bereits klar. Der Krieg in Asien und im Pazifik zwischen Japan und den Alliierten ging nämlich mit unverminderter Härte weiter. Und die australischen Streitkräfte waren überwiegend auf diesem Kriegsschauplatz eingesetzt.

Australien war dem britischen Mutterland im September 1939 sofort in den Krieg gefolgt. Doch waren die australischen Kräfte durch den Kriegsgegner Japan gebunden und konnten kaum in das europäische Kriegsgeschehen eingreifen. Sie kämpften in Südostasien an der Seite der Briten - und verloren an deren Seite. Traumatisch war insbesondere der Fall der Festung Singapur im Februar 1942, als 15.000 australische Soldaten und 115.000 Briten in japanische Gefangenschaft gerieten. Von denen kamen dann viele in Gefangenschaft beim Bau der Burma-Thailand-Bahn um.

Mit Kriegseintritt der USA im Dezember 1941 nach dem japanischen Überfall auf Pearl Harbour begann sich das Blatt allerdings zu wenden. Zwar wurde auch australisches Territorium vom Krieg betroffen - erstmals am 19. Februar 1942 griffen japanische Bomberverbände die nordaustralische Stadt Darwin an, es folgten 62 weitere Luftangriffe -, und die Angst vor einer japanischen Invasion war groß. Doch konnten die japanischen Streitkräfte in großen See- und Landschlachten bei den und auf den pazifischen Inseln im Vorfeld von Australien zurückgeschlagen werden. Die Hauptlast des Krieges trugen dabei die US-Truppen. Seither wandte man sich Schutz suchend immer stärker dem großen Bruder USA zu, denn das britische Mutterland hatte sich als unfähig erwiesen, seine Kolonien und seine Partner auf der Südhalbkugel aus eigener Kraft zu schützen.

Der Pazifische Krieg war erst nach den Abwürfen der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki zu Ende. Den eigentlichen Sieg feiert man in Australien daher auch erst am 2. September. Der 8. Mai - bzw. der 7. Mai - ist in dieser Perspektive lediglich ein Etappensieg. (1) Entsprechend bescheiden ist die Aufmerksamkeit in Öffentlichkeit und Politik. Es gibt einen Festakt am nationalen "Australian War Memorial" in der Hauptstadt Canberra. Auf den hinteren Seiten der großen Tageszeitungen wird über die Gedenkveranstaltungen in Moskau, Berlin, London, Paris berichtet. Auch Interviews mit der einen oder dem anderen Zeitzeugen/in, die das Kriegsende in Europa miterlebt haben, werden publiziert. Im großen nationalen Fernsehsender ABC startet am 12. Mai eine zehnteilige Serie über die letzten zehn Tage des Krieges in Europa, und der als kritisch-alternativ geltende Fernsehkanal SBS bringt eine neunteilige Dokumentation über den Zweiten Weltkrieg. Das war es auch schon. Kennzeichnend für die Ignoranz: Eine Sondernummer des Bulletin - das ist das australische politische Nachrichtenmagazin, welches dem Spiegel vergleichbar ist - vom 10. Mai 2005 befasst sich anlässlich des 125-jährigen Erscheinens des Blattes mit den "125 Ereignissen, die Australien veränderten". Diese Ereignisse wurden von einer Gruppe prominenter australischer Historiker und Publizisten zusammengestellt. Den 8. Mai 1945 sucht mensch in dieser Chronik vergebens. Dafür findet man für den November 1942 die "Battle of Brisbane" verzeichnet. Brisbane war im Zweiten Weltkrieg zeitweilig das Hauptquartier des US-Oberkommandierenden MacArthur; entsprechend viele US-Soldaten waren in Brisbane stationiert. Die hatten augenscheinlich viel Erfolg bei den australischen Frauen und Mädchen, sehr zum Unwillen der australischen Soldaten. Ausgehend von einem solchen Streit kam es im November 1942 zu mehrtägigen Massen-Schlägereien zwischen australischen und US-Soldaten; sogar einen Toten gab es. Also "Battle of Brisbane" statt Tag der Befreiung.

Die einzigen, denen letzterer richtig wichtig ist, sind die Holocaust-Überlebenden, die es nach dem 8. Mai 1945 nach Australien verschlagen hat. Sie kommen mit ihren Nachfahren am 8. Mai in den größeren Städten Australiens zu kleinen Gedenkveranstaltungen zusammen.

Und auf der Linken? Das auflagenstärkste und beste Publikationsorgan der australischen Linken, Green-Left Weekly, bringt in seiner den 8. Mai abdeckenden Wochenausgabe nichts zu diesem Datum. Keinen Bericht und keinen Kommentar. In der festen Rubrik "This week in history" findet man unter dem 5. Mai 1818 "Karl Marx is born" und unter dem 8. Mai zwei Einträge: 8. Mai 1890 - ein wochenlanger Streik von Schafscherern auf einer Farm in Queensland wird siegreich beendet, und 8. Mai 1970 - mehr als 200.000 Menschen auf Demonstrationen in Australien gegen den Vietnamkriegs.

Geschichtspolitische Kontroversen, eine politische Debatte um die Bedeutung des 8. Mai 1945, eine auf aktuelle politische Auseinandersetzungen bezogene Rezeption gibt es in Australien nicht. In den meisten anderen Staaten des Südens wird es nicht anders sein.

ANZAC-Day

Zwei Wochen vor dem 8. Mai, am 25. April und um dieses Datum herum, ein völlig anderes Bild: Sondersendungen auf allen Kanälen, Dokumentationen, Diskussionsrunden, Life-Schaltungen, alle Tageszeitungen mit dicken Beilagen, Hunderttausende von AustralierInnen in den großen Städten und im entlegensten Kaff auf den Beinen bei Paraden und Gedenkfeiern, PolitikerInnenreden ohne Ende. Es ist ANZAC-Day. Das ist alljährlich ein arbeits- und schulfreier Feiertag. Die Nation feiert sich selbst. Dieses Jahr besonders heftig. Denn es ist der 90. Jahrestag. Von was? Einem absurden Gemetzel, bei dem Tausende junger Australier zu Tode kamen.

Am 25. April 1915 landeten die ersten Verbände des Australia New Zealand Army Corps (ANZAC) in einer Bucht - die später den Namen ANZAC-Cove erhalten sollte - auf der Halbinsel Gallipoli an den Dardanellen, um im Rahmen einer groß angelegten Offensive zusammen mit britischen, französischen u.a. Truppen die Mittelmeer-Halbinsel zu erobern, die Meerenge der Dardanellen für die allierten Seestreitkräfte freizukämpfen und schließlich Konstantinopel, das heutige Istanbul und damals Hauptstadt des mit Deutschland im Ersten Weltkrieg verbündeten Osmanischen Reiches, einzunehmen. So der Plan. Der scheiterte allerdings grandios. Das Landungsunternehmen blieb im Abwehrfeuer der osmanischen Verteidiger stecken. Es folgten - für den Ersten Weltkrieg charakteristische - Grabenkämpfe, in der keine Seite größere Geländegewinne erzielen konnte. Die australisch-neuseeländischen Truppen hatten mit ihrer Bucht einen besonders schwierigen Abschnitt erwischt, und die monatelangen Kämpfe kosteten 8.587 australische Soldaten das Leben. Ende Dezember 1915 wurde das Unternehmen abgebrochen, die alliierten Truppen bzw. das, was von ihnen noch übrig war, verzogen sich bei Nacht und Nebel.

Eigentlich ein denkwürdiger Anlass für antimilitaristische und pazifistische Erinnerung im Sinne von "Nie wieder Krieg". Denn "Gallipoli" steht wahrlich für die Sinnlosigkeit des Krieges. Aber - mensch ahnt es schon - in der herrschenden australischen Politik und Öffentlichkeit wird "Gallipoli" ganz anders gedeutet. Es ist Anlass für hemmungslose Heldenverehrung und wird als Geburtsstunde der Nation gefeiert.

In der Tat hatten sich die britischen Kolonien auf dem australischen Kontinent erst 1901 zum "Commonwealth of Australia" zusammengeschlossen. Den australischen Nationalstaat gab es zu Beginn des Ersten Weltkrieges also erst 13 Jahre, und die Weltkriegsteilnahme wurde zum ersten Unternehmen mit nationaler Dimension. Nicht zuletzt deswegen ist der Erste Weltkrieg in der Erinnerungskultur Australiens immer noch sehr präsent.

Begeistert war man im August 1914 dem britischen Mutterland in den Krieg gefolgt. Tausende von jungen australischen Männern meldeten sich freiwillig zu den Fahnen (eine Wehrpflicht gab es nicht). Sie wurden dann bei Gallipoli und an der europäischen Westfront niedergemetzelt. Australien hatte - gemessen an der Bevölkerungszahl - im Ersten Weltkrieg die höchsten Verluste, und es war für das Land der (bisher) verlustreichste Krieg. Bei einer Bevölkerung von damals knapp drei Millionen stellte Australien 300.000 Soldaten für den Krieg in Europa; davon wurden 60.000 getötet, und 156.000 wurden verwundet oder gerieten in Gefangenschaft. (2) Das war für die junge Nation ein unerhörter Schlag. Die anfängliche Begeisterung legte sich denn auch bald. Zwei Versuche der australischen Regierung im Oktober 1916 und im Dezember 1917, die

Wehrpflicht per Volksabstimmung einzuführen, um den Anforderungen der britischen Führung nach mehr "Menschenmaterial" nachkommen zu können, scheiterten (knapp).

Der "Geist von Gallipoli"

In der nachträglichen Deutung wird dem Gemetzel auf Gallipoli der "Sinn" untergeschoben, dass dort in den Schützengräben die australische Nation geschmiedet worden sei. Am ANZAC-Day wird seither der "Spirit of ANZAC" beschworen und der Toten aller australischen Kriege gedacht. Und da kommt einiges zusammen: Nach dem Zweiten Weltkrieg hat man an der Seite des neuen großen Bruders USA so ziemlich jede größere Operation mitgemacht: Korea, Vietnam, Irak, Afghanistan und jetzt wieder Irak. Die "Battle of Brisbane" hat mithin zu keinen nachhaltigen Zerwürfnissen geführt. Schade eigentlich. Sonderberichte von "unseren Jungs" irgendwo in der irakischen Wüste waren am diesjährigen ANZAC-Day denn auch besonders beliebt.

In den Gräben an der Westfront sind übrigens sehr viel mehr Australier getötet worden als auf Gallipoli, einem recht unbedeutenden Nebenkriegsschauplatz. Doch eignet sich eine malerische Bucht an den Gestaden des Mittelmeers offensichtlich besser zum Totenkult als ein langweiliger Landstrich in Belgien oder Frankreich. Und so pilgern denn Jahr für Jahr um den 25. April herum Tausende von AustralierInnen zu den Kriegsgräbern von ANZAC-Cove zum Heldengedenken. Ganze Schulklassen werden bei den alljährlichen "Debt of Honour Anzac Tours" zu den Soldatenfriedhöfen gekarrt. Junge AustralierInnen nehmen ANZAC-Cove auch gern auf ihrer Europareise mit. Und dieses Jahr waren es wegen des 90. Jahrestages besonders viele: 20.000 AustralierInnen sollen zusammen mit ihrem erzreaktionären Premierminister John Howard den Tag auf der "heiligen Erde" in ANZAC-Cove begangen haben. Ein kleiner Hoffnungsschimmer: Nachträglich beschwerten sich die australischen Zeitungen bitterlich über das "ungebührliche Benehmen" ihrer jungen Landsleute. Hatten die doch in ihren Schlafsäcken auf den Gräbern ihrer Großväter die Nacht über kampiert, gesoffen und gekifft und sich laute Popmusik reingezogen - unter anderem von den Bee Gees "Stayin' alive" .

Die massenhafte Beteiligung - besonders "der Jugend" - an den Feiern zum 90. Jahrestag der Gallipoli-Landung (250.000 Menschen in Sydney!) wird von der herrschenden konservativen Regierung und öffentlichen Meinung als positives Zeichen einer "geistig-moralischen Wende" gesehen und entsprechend aufgebauscht. Bezeichnend hierfür ist ein Kommentar in der Wochenendausgabe vom 7./8. Mai des konservativ-reaktionären Massenblatts The Australian. In dem wird die große Beteiligung Jugendlicher am ANZAC-Day in einen Zusammenhang gebracht mit steigenden Geburten- und sinkenden Scheidungsraten in Australien und dem Zulauf zu konservativen, fundamentalistischen Kirchen bei gleichzeitigem Niedergang der eher progressiv-pazifistischen Kirchen. Alles das seien Zeichen der Hoffnung. (3)

Und auf der Linken? Dort wird völlig korrekte antimilitaristische Kritik an dem nationalistischen Getue geübt. Für einen deutschen Linken allerdings nimmt der entsprechende Kommentar in der Green Left Weekly eine sehr irritierende Wendung. Schreibt der Kommentator doch am Schluss: Ja, ich bin stolz Australier zu sein, allerdings nicht wegen des Gallipoli-Gemetzels. Ich bin stolz Australier zu sein (das wird zwei Mal wiederholt und im Druck hervorgehoben) wegen der damaligen großartigen Kampagne gegen die Wehrpflicht und ihres Erfolges. (4) Ich nehme das dem australischen Genossen nicht krumm. Nur: Kann ein deutscher Linker sagen: Ich bin stolz Deutscher zu sein, weil die Arbeiter- und Soldatenräte in der Novemberrevolution 1918 (und so eine Revolution macht ja mehr her als ein - ziemlich knapp - gewonnenes Referendum gegen die Wehrpflicht) dem Krieg ein Ende gemacht und den Kaiser zum Teufel gejagt haben? Nicht wirklich. Und das hat dann wieder mit dem 8. Mai zu tun ...

Vo

Anmerkungen:

1) Am 7. Mai kapitulierten in Reims die deutschen Truppen der Westfront gegenüber Briten und US-Amerikanern. Das - und nicht der 8. Mai - gilt aus australischer, britischer und US-amerikanischer Sicht als Kriegsende in Europa.

2) Zum Vergleich: Im Zweiten Weltkrieg kämpften bei einer Gesamtbevölkerung von sieben Millionen 900.000 Australier, 10.000 kamen im Kampf gegen Deutschland und Italien um, 17.000 im Kampf gegen Japan, 22.000 gerieten in japanische Gefangenschaft, davon starben 8.000.

3) Pearson, Christopher: Faith restored in the young, in: The Weekend Australian, May 7-8.

4) Riley, Dave: ANZAC-Day (among other things) celebrates the Australian invasion of Turkey, in: Green Left Weekly 4.5.2005.

27. Raub ohne Waffen. Guatemala: Proteste gegen CAFTA-Abkommen

Autor: Markus Plate · Rubrik: Guatemala · CD-Datei: daten/aksuche/ak495/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:495:13

In Zentralamerika und in den USA wächst die Opposition gegen das geplante zentralamerikanische Freihandelsabkommen (CAFTA-RD). Insbesondere in Guatemala rufen Gewerkschaften, Kleinbauern-, Indígena- und Menschenrechtsorganisationen fast täglich zu Demonstrationen und Straßenblockaden auf. Seitdem das guatemaltekische Parlament am 10. März dem Freihandelsvertrag zwischen Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua, der Dominikanischen Republik und den USA zustimmte, erlebt Guatemala die größte Protestwelle seit der Unterzeichnung der Friedensverträge im Jahr 1996. Gegen die FreihandelsgegnerInnen geht die rechtsliberale Regierung von Präsident Oscar Berger mit kompromissloser Härte vor. Mitte März erschossen die Sicherheitskräfte bei dem Versuch eine Straßenblockade aufzulösen, einen Demonstranten.

Das im Mai 2004 unterzeichnete, aber mangels Ratifizierung durch den US-Kongress noch nicht in Kraft getretene CAFTA-Abkommen erleichtert vor allem den Export nordamerikanischer Waren und Dienstleistungen auf den Isthmus, so auch nach Guatemala. 80 Prozent der US-Exporte für Konsum- und Industriegüter kommen künftig zollfrei in die Länder Zentralamerikas. Profitieren dürften unter anderem Telekommunikationsunternehmen, Computerdienstleister, aber auch die Automobilindustrie. Für die Hälfte aller landwirtschaftlichen Produkte fallen ab Inkrafttreten des Abkommens ebenfalls alle Zollbestimmungen, auch für Mais, Bohnen und Reis, die in Zentralamerika die Ernährungsgrundlage bilden. Die Vorteile für die USA liegen auf der Hand: Man verspricht sich Wachstumspotenziale und die Absicherung von Märkten gegen Asiaten und Europäer. Um 2,7 Milliarden US-Dollar sollen die Ausfuhren nach Zentralamerika steigen und so die negative Handelsbilanz reduzieren.

Welche Vorteile aber ergeben sich für die kleinen Volkswirtschaften zwischen Yucatan und Panama-Kanal? Auch die Unternehmer Guatemalas, des wirtschaftsstärksten Landes der Region, rechnen sich im freien Handel Chancen aus: Nachdem die asiatische Konkurrenz Zentralamerika als Billigfertigungsregion stark zugesetzt hat, versprechen sich die Guatemalteken einen Standortvorteil, wenn sie zukünftig im Gegensatz zu etwa China zollfrei und mit geringeren Frachtkosten in die USA liefern können, erläutert der Analyst und Unternehmensberater Alejandro Botrán: "Im Freihandel kann sich Guatemala zur Herstellungsplattform für asiatische Produkte in der gesamten Region entwickeln - mit gewaltigen Potenzialen."

Wachstum und Arbeitsplätze

So gibt sich Guatemalas rechtsliberaler Präsident Oscar Berger äußerst optimistisch: Über 50.000 neue Arbeitsplätze verspricht seine Regierung, mit Übergangsproblemen für einzelne Sektoren werde man fertig und er wird nicht müde, darauf hinzuweisen, dass Guatemala vollends den Anschluss verlieren werde, würde man dem CAFTA-Abkommen nicht beitreten.

Die angeschlagenen Textilunternehmen zum Beispiel sehen angesichts der erdrückenden chinesischen Konkurrenz im CAFTA-Abkommen "die letzte Chance, in Zentralamerika eine wettbewerbsfähige Bekleidungsindustrie zu erhalten", erklärt die Vorsitzende des Textilverbandes Vestex, Carla Caballeros. Denn die Lohnkosten in Guatemala liegen immer noch doppelt so hoch wie bei der asiatischen Konkurrenz.

Um die Lohnkosten zu senken, wurden schon mit Beginn der Verhandlungen Änderungen im Arbeitsrecht und eine "Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse" gefordert. Ein Anschlag auf die Rechte der ArbeitnehmerInnen in einem Land, in dem heute schon der Lohn kaum zum Überleben reiche, schimpfen Gewerkschaften und Frauenorganisationen, zum Beispiel mit Blick auf die Textilarbeiterinnen. "Der Lärm, das schlechte Licht, die langen Arbeitsstunden führen dazu, dass die Frauen mit 30 praktisch arbeitsunfähig sind", sagt Mirna Ramirez Pérez, die im Menschenrechtszentrum Centro para Accion Legal en Derechos Humanos (CALDH) Arbeiterinnen betreut. Das CAFTA-Abkommen werde die Situation weiter verschlechtern. Statt fester Jobs würden sich immer mehr Frauen ohne Lohn für Wochen nach Hause geschickt sehen, wenn nicht genügend Aufträge da seien. Der Vize-Generalsekretär des Gewerkschaftsverbandes Central General de Trabajadores de Guatemala (CGTG), Rigoberto Morales, wirft den Unternehmern vor, die Wettbewerbsfähigkeit allein über die Lohnkosten steigern zu wollen, ihre Gewinne würden aber in keinem Fall sinken.

Neben den Gewerkschaften protestieren vor allem die Bauern. Sie werden sich mit dem CAFTA-Abkommen einer übermächtigen Konkurrenz aus den USA gegenübersehen. Für den Sprecher des Kleinbauerndachverbandes Coordinadora Nacional de Organizaciones Campesinas (CNOC), Daniel Pasqual, stehen ganze Familienexistenzen auf dem Spiel: "Die USA subventionieren ihre Landwirtschaft mit jährlich über 75 Milliarden US-Dollar! Unsere Produkte aber werden immer weniger geschützt: Vor fünf Jahren noch wurde der gelbe Mais mit 45-prozentigen Importzöllen belegt. Mit dem Abkommen werden die Importzölle vollständig wegfallen." Investitionen in Bildung, technische Unterstützung und Mikrokredite wären von Nöten, um Kleinbauern eine Perspektive zu geben, gehören aber nicht zum Maßnahmenkatalog der Regierung, wenn sie davon spricht, Guatemala fit zu machen für den Freihandel. Im Gegenteil: Der Unternehmer Alejandro Botrán bemerkt, "die Zukunft Guatemalas liegt nicht auf dem Land, sondern in der Warenfertigung". Diejenigen 80 Prozent der Bevölkerung jedoch, die vom Land leben, reagieren auf solche Prophezeiungen verständlicherweise mit Misstrauen.

Klientelpolitik für Unternehmer

Statt dessen will die Regierung Berger mit dem Konzessionsgesetz die ineffektiven Staatsbetriebe produktiver machen. Das Gesetz erlaubt es zukünftig, staatliche Dienstleistungen in langfristiger Konzession von Privatunternehmen managen zu lassen. In Frage kommt die staatliche Infrastruktur von Häfen über Straßen bis Flughäfen, staatliche Versorgungsunternehmen, aber auch das Bildungs- und Gesundheitssystem. Man erhofft sich Effektivitätssteigerungen bei geringeren Ausgaben. Der Analyst Luis Carrillo vom Wirtschaftsforschungsinstitut asies hofft auf eine Eindämmung der ausufernden Korruption, "so dass trotz des berechtigten Gewinninteresses des Unternehmer die Kosten sinken könnten". Das bestreiten die sozialen Organisationen, so der Gewerkschaftsverband CGTG oder das CALDH vehement und verweisen auf Erfahrungen in anderern Ländern Lateinamerikas. Die Privatisierung der Wasser- und Stromversorgung etwa hätte genau gegenteilige Auswirkungen: höhere Gebühren bei schlechter Qualität. Es ginge Berger nur darum, seiner Klientel weitere Gewinne zu ermöglichen, auf Kosten der Bevölkerung.

Ein weiterer Punkt, an dem sich Widerstand entzündet, ist der im CAFTA-Abkommen vereinbarte Schutz geistigen Eigentums. Dabei geht es vor allem um den Zugang zu bezahlbaren Medikamenten, den so genannten Generika. Auf Wunsch - viele sagen Druck - der USA beschloss der guatemaltekische Kongress in den letzten Jahren verschiedene Dekrete, die die Anwendung von Generika stark erschweren. Ärzte ohne Grenzen hat diese Gesetze wiederholt kritisiert: Guatemala bleibe damit hinter internationalen Kompromissen zurück und schütze einseitig die Interessen der großen Pharmaunternehmen. Die Preise für Medikamente würden dadurch kräftig ansteigen, was bei gleich bleibenden Gesundheitsausgaben zu einer erheblichen Verschlechterung der Gesundheitsvorsorge führen würde. Insbesondere der Kampf gegen Infektionskrankheiten wie HIV/AIDS würde dadurch weit zurückgeworfen.

Die sozialen Organisationen Guatemalas befürchten also vor allem Nachteile. Profitieren würden allein die Unternehmer, die in der Regierung Berger ihren größten Fürsprecher fänden. Die Kluft zwischen arm und reich werde weiter auseinander klaffen, wie es schon in Mexiko seit Inkrafttreten des NAFTA-Vertrages geschehen sei. Dass der CAFTA-Vertrag und die ihn begleitenden Gesetzesinitiativen von Berger wie zuvor von Ex-Präsident Alfonso Portillo hinter verschlossenen Türen ohne eine Bereitschaft zum Dialog geführt wurde, ist für Gewerkschaften, Kleinbauern oder Indígenas eine Verletzung der Verfassung, die in Artikel 171 explizit die Einbeziehung aller gesellschaftlicher Gruppen bei wesentlichen Weichenstellungen fordert. Am ersten April hat der Rektor der staatlichen Universität San Carlos, Luis Alfonso Leal, stellvertretend für die sozialen Organisationen Klage beim Verfassungsgerichtshof eingereicht.

Die kompromisslose und aggressive Haltung der Regierung, die zur Auflösung von Straßenblockaden gegen das Abkommen neben der Polizei auch das Militär einsetzte, stellt für die Opposition eine Abkehr vom Geist des Friedensabkommen von 1996 dar, das den 35-jährigen Bürgerkrieg in Guatemala beendete. Die Vorsitzende der guatemaltekischen Journalistenvereinigung Asociación de Periodistas de Guatemala (APG), Ileana Alamilla, sieht gerade diese Entwicklung mit großer Sorge: "Wären die Vereinbarungen aus dem Friedensabkommen umgesetzt worden, eine Steuer-, Justiz- und Landreform, Investition in Schule und Ausbildung, eine Demokratisierung der Gesellschaft, dann wären wir besser gewappnet für die Globalisierung. Ich habe aber die große Befürchtung, dass das Friedensabkommen endgültig obsolet werden könnte."

Abkehr vom Friedensabkommen

Zum Inkrafttreten des CAFTA-Abkommens fehlt noch die Ratifizierung durch den US-Kongress. Doch auch in den USA wachsen die Vorbehalte gegen über dem Vertragswerk. Einflussreiche Interessensgruppen wie Farmer und Gewerkschaften fürchten um Arbeitsplätze und landwirtschaftliche Subventionen. Politiker äußern ebenfalls ihre Zweifel. Daniel Britto, Abgeordneter der Demokratischen Partei erklärte nach der ersten Anhörung im US-Kongress Mitte April, es gebe eine starke Opposition gegen das Abkommen. Im Unterschied zu anderen bi- und multilateralen Handelsverträgen, so Britto, widersetzten sich sowohl Abgeordnete der Republikaner und als auch der Demokraten der Ratifizierung des CAFTA-RD. Insbesondere im Bereich Arbeit entsprächen die vorgesehenen Regelungen nicht internationalen Standards, was Löhne, das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung und den Kündigungsschutz betreffe, sagte Britto. Zur ersten Anhörung im US-Kongress war der guatemaltekische Bischof und Menschenrechtsaktivist Alvaro Ramazzini nach Washington gereist. Er bat die Abgeordneten dringlichst darum, dem Abkommen nicht zuzustimmen. Es fehle eine "menschliche Seite" im Vertragsentwurf. Ramazzini fürchtet eine weitere soziale Polarisierung der Bevölkerung und eine Zunahme der Gewalt in seinem Land.

Markus Plate

28. Straßenhandel und Hightech-Boom. Informelle Arbeit und Organisierung in Indien

Autor: Helmut Weiss, LabournetGermany · Rubrik: Indien · CD-Datei: daten/aksuche/ak495/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:495:10

In Indien gibt es mehr ArbeiterInnen, als Europa EinwohnerInnen hat. Über 90 Prozent von ihnen arbeiten "informell", und ihr Anteil nimmt immer noch zu. Die - oft auf Tagelöhnerbasis beschäftigten - Männer der zivilen Bauindustrie waren die ersten, die eigene Organisationsformen entwickelten, aber auch StraßenhändlerInnen, Fischer, Hausangestellte und TextilarbeiterInnen haben solche Formen herausgebildet - oft spontan, oft unter politischem Einfluss, selten mit gewerkschaftlicher Beteiligung.

Schätzungen - und mehr als Schätzungen werden es niemals sein - gehen davon aus, dass in Indien rund 360 Millionen Menschen ohne Tarife, rechtliche Bindungen, regulierte Verhältnisse arbeiten. Nach kapitalistischer Logik - die Arbeitskraft ist flexibel, Sozialbeiträge und Kündigungsschutz weitgehend nicht vorhanden - müsste Indien folglich ein blühendes Land sein. Und dabei sind solche Bedingungen keineswegs nur auf ländliche Regionen beschränkt. 66,7 Prozent aller Arbeitsverhältnisse in der Hauptstadt Delhi und gar 68 Prozent in der reichen Wirtschaftsmetropole Bombay sind informell, prekär, oder wie auch immer die Bezeichnung lauten mag.

Tagelöhnerei, Zeitarbeit und "Selbstständigkeit" sind die drei wesentlichen Formen der informellen Arbeit in Indien. Insgesamt gab es im Jahr 2004 rund elf Millionen Arbeitsplätze im "formellen" Sektor, etwa ein Drittel davon war gewerkschaftlich organisiert. Diese elf Millionen bedeuten zugleich, dass seit 1995 beinahe anderthalb Millionen formell regulierte Arbeitsplätze wegrationalisiert wurden. Der informelle Sektor ist in Indien also nicht nur der entscheidende Bereich von Arbeit, er nimmt auch kontinuierlich zu. Das zeigt auch eine Untersuchung des Gewerkschaftsbundes CITU für das Wirtschaftszentrum Ahmedabad. Danach betrug der "informelle" Anteil an der ökonomischen Wertschöpfungskette in den 1970er Jahren rund 50 Prozent. Inzwischen liegt die Zahl bei etwa 80 Prozent. Die Slums in der Region haben nicht nur entsprechend zugenommen, sondern die Lebensbedingungen in ihnen haben sich auch weiter verschlechtert. Die Wasserversorgung ist noch schlechter geworden und der Anteil der Wellblechhütten noch weiter gestiegen.

Silicon Valley made in India

Was diese nackten Daten im realen Leben bedeuten, hat z.B. Bal Pavar, Textilarbeiter und Gewerkschaftsfunktionär aus Bombay (1) beschrieben - am Beispiel der Entwicklung der Stadt in den letzten 150 Jahren zur mondänen Wirtschaftsmetropole und zum "industriellen Herzen" Indiens. In den letzten zehn Jahren ist aber vor allem die südindische Region um Bangalore als das "indische Silicon Valley" berühmt und bei jenen, deren Firma dahin gewandert ist, auch berüchtigt geworden. Bangalore ist ein Beispiel dafür, dass der globalisierte Kapitalismus längst nicht mehr nur billige Massenproduktion in die Länder auslagert, wo die Marktwirtschaft funktioniert, wie sie muss: menschenverschlingend.

Über Bangalore und den Bundesstaat Karnataka hat Supriya Roy Chowdhury Ende 2003 eine spannende Studie publiziert. (2) Er geht dabei zunächst vom registrierten Wachstum der Slums in Bangalore aus: Während 1991 1,12 Millionen Menschen in 444 Slums gelebt hatten, waren es 1999 schon 2,2 Millionen Menschen in 763 Slums, d.h. rund 20 Prozent der Bevölkerung der Elf-Millionen-Stadt. Chowdhurys Analyse zu Folge ist seit Beginn der neoliberalen Reformen Anfang der 1990er Jahre in Bangalore die Armut genauso rasant gestiegen wie der Reichtum - so stark wie in keiner anderen Stadt Indiens. Dabei wird der gesamte Bereich der "selbstständigen" Arbeit noch gar nicht berücksichtigt. Chowdhury widmet sich nahezu ausschließlich der Vertrags- und Zeitarbeit, die in den großen Elektronikfirmen Bangalores etwa zehn Prozent der Belegschaft ausmacht (in anderen Branchen durchaus mehr).

Es handelt sich in aller Regel um unorganisierte oder in eigenen Gewerkschaften organisierte Beschäftigte. Die Gewerkschaften der Festangestellten kümmern sich allerhöchsten mit Worten um die Anliegen der "informellen" ArbeiterInnen. Sofortige Kündbarkeit macht schon den bloßen Schritt in eine Gewerkschaft zu einer Gefahr für den Job. In etwa 3.000 Firmen arbeiten durchschnittlich sechs bis acht Beschäftigte, aber Chowdhury führt eine ganze Reihe sowohl größerer Unternehmen als auch Klein- und Mittelbetriebe in Sonderwirtschaftszonen an, in denen Hunderttausende informell arbeiten. Die Mindestlöhne in solchen Zonen

betragen etwa 1.400 Rupien im Monat für ungelernte Arbeit (entspricht ca. 28 Euro). Sie liegen damit etwa ein Drittel unter dem Mindestlohn, den das Oberste Gericht Indiens landesweit festgelegt hat. Und selbst diese massenhaften Niedriglöhne garantieren keineswegs stabile Arbeitsplätze. Rund ein Drittel aller Firmen in diesen Zonen haben in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre geschlossen.

In einer solchen Situation erfinden ArbeiterInnen neue Wege der Organisierung. "Unsere Arbeiterklasse arbeitet informell - und so organisiert sie sich auch", formulierte es ein Vertreter des New Labour Centre (NLC) beim Weltsozialforum in Porto Alegre 2005. Das NLC ist vor allem eine Initiative der (seit neuestem) im NTUI locker zusammengeschlossenen unabhängigen linken Gewerkschaften, einem Gewerkschaftsverband, der - im Unterschied zu den anderen sechs großen Dachverbänden - keiner der traditionell Parteien nahe steht. Von den traditionellen Verbänden ist der an der KP Indiens orientierte CITU im NLC insofern stark vertreten, als dieser Gewerkschaftsbund eine ganze Reihe von Gewerkschaften von prekär Beschäftigten aus Großbetrieben umfasst.

Workers Center im Elendsviertel

Mit rund 625.000 Mitgliedern in zehn indischen Bundesstaaten ist das NLC in der indischen Gewerkschaftslandschaft durchaus bedeutsam. In Bangalore hat das NCL seinen Einfluss im wesentlichen durch eine eigens gegründete Vereinigung der SlumbewohnerInnen ausgebaut. Dies vor allem aus zwei Gründen: Zum ersten ist es schwer, die "Informellen" überhaupt in Betrieben zu organisieren, egal ob Großbetrieb oder kleine Klitsche. Zum zweiten und vor allem aber: Die ArbeiterInnen begreifen sich keineswegs als Beschäftigte dieses oder jenes Betriebes, schon deswegen nicht, weil sie oft wechseln, auch immer wieder in die Erwerbslosigkeit. Dies haben sie durchaus mit europäischen ArbeiterInnen in ähnlichen Situationen gemein. Sie organisieren sich in der Regel selbst, um ihre Interessen als Menschen, die im Slum wohnen, durchzusetzen. Es geht ihnen um die Anerkennung des Slums durch die Stadtverwaltung und im Anschluss daran um die Versorgung mit der städtischen Infrastruktur. Auch diese Forderungen sind durchaus keine indische Besonderheit.

Schon eher spezifisch für den indischen Subkontinent ist der Umstand, dass es landesweit eine gewerkschaftliche Organisation gibt, die sich um solche Probleme kümmert und oft genug nach erfolgreichen Aktivitäten auch solch "profane" Wünsche wie mehr Lohn in Angriff nimmt. Das NLC tritt dabei nicht als "Dienstleister" von außen auf, sondern die Forderungen entstehen aus Kämpfen und Kampfformen, die eben keine traditionell gewerkschaftlichen sind, wie Streiks etc. Sie entsprechen eher denen sozialer Bewegungen (nicht zu verwechseln mit NGOs): Demonstrationen, Sit-Ins, Besetzungen, Versammlungen unter freiem Himmel, Straßenblockaden.

Gestützt auf die organisierten SlumbewohnerInnen, die dort arbeiten, hat das NLC in der größten Industriezone Bangalores eine zumindest teilweise erfolgreiche Kampagne für die Einrichtung eines überbetrieblichen Fonds gestartet. Finanziert durch die Unternehmer soll damit eine rudimentäre Sozialversicherung (im Konkreten: Krankenversicherung) für die Beschäftigten geschaffen werden. Für einige Tausend Menschen gibt es solche Fonds inzwischen. Längerfristiges Ziel des Kampfes ist eine gesetzlich verankerte Krankenversicherung für alle.

Die Orientierung auf und die Verankerung in den Slums der großen Städte führt in der Regel dazu, dass Initiativen wie das New Labour Centre nicht nur von Gewerkschaften, sondern auch von der traditionellen Linken im besten Falle freundlich distanziert behandelt werden. Im schlechtesten Fall geht es ihnen so, wie in anderen Teilen der Welt auch: Sie werden von eher traditionalistischen Strömungen der Linken als "LumpenproletarierInnen" verleumdet.

Auch wenn "Selbstständige" wie etwa fliegende HändlerInnen in der Untersuchung von Chowdhury nicht berücksichtigt werden, so heißt dies beileibe nicht, dass nicht eine enorme Zahl von Menschen ihren Lebensunterhalt unter solche Bedingungen verdienen muss. Sharit K. Bhowmik von der National Alliance of Street Vendors of India hat festgestellt, dass viele StraßenhändlerInnen zuvor lohnabhängige ArbeiterInnen waren, etwa LandarbeiterInnen ohne eigenes Land, die im Zuge der "Landflucht" in die großen Städte gekommen sind. In Calcutta sind viele (etwa 100.000) zuvor TextilarbeiterInnen gewesen. Auch in Bombay waren rund drei Viertel der in der Innenstadt befragten Straßenhändlerinnen vorher in der Baumwollspinnerei und -verarbeitung beschäftigt. Sie hatten ihren (formellen) Arbeitsplatz mit der Schließung der Betriebe

verloren. Für Ahmedabad gelten ähnliche Zahlenverhältnisse. In Bombay und Ahmedabad ist jedoch auch die Zahl derjenigen beachtlich, die von vorneherein als "selbstständige" HändlerInnen gearbeitet haben (in Bombay ca. 200.000, in Ahmedabad rund 80.000). (3)

Die Horrornacht von Calcutta

StraßenhändlerIn zu sein, ist einer der gefährlichsten Berufe überhaupt in Indien: einerseits ständig in Gefahr, beraubt zu werden; andererseits stets selbst medial und von der Kommunalpolitik (und guten Teilen der Öffentlichkeit) in die Nähe der Kriminalität gerückt. (Auch das kommt nicht nur Indien vor.) In der Regel sind es kommunale oder bundesstaatliche Gesetze und Vorschriften, die den Straßenhandel strukturieren. In Calcutta wurde 1980 ein Gesetz erlassen, das den Straßenhandel prinzipiell verbot. Da sie die Straße nicht mehr benutzen durften, um Waren auszustellen, bauten die HändlerInnen z.B. Bretter auf Abfallkörbe.

Die Auseinandersetzungen zogen sich fast anderthalb Jahrzehnte hin, bis die (linke) Bundesstaatsadministration 1996 die "Operation Sunshine" organisierte: In einer Nacht sollten alle (damals rund 100.000) StraßenhändlerInnen aus der Stadt verjagt und alle ihre Waren beschlagnahmt werden. Es handelte sich um die größte Polizeiaktion der indischen Geschichte. Die Verjagten gaben aber nicht auf. Sie bildeten das Hawkers' Sangram Committee - ein Zusammenschluss aus Kooperativen, gewerkschaftsähnlichen Gruppen und anderen Strukturen der HändlerInnen. Das Komitee kämpfte erfolgreich für die offizielle Wiederzulassung des Straßenhandels und wurde zu einer Art Vorbild für viele ähnliche Strukturen im ganzen Land.

Bowmiks Untersuchung zu Folge sind auf Grund von Entlassungen und neoliberaler "Reformen" viele Erwerbslosen auf den "Markt" gekommen. Gleichzeitig ging der Frauenanteil auf rund ein Drittel zurück und erhöhte sich der Anteil derjenigen mit höherer Schulbildung. Und die HändlerInnen haben sich organisiert: Die StraßenhändlerInnen von Ahmedabad gründeten eine eigene Gewerkschaft - SEWA -, die erfolgreich gegen die Verfolgung (und Korruption) der Stadtverwaltung Front machte. Auf ihre Initiative hin entstand später das nationale Netzwerk der StraßenhändlerInnen und auch das internationale Streetnet.

Helmut Weiss, LabourNet Germany

Anmerkungen:

1) "Sieh nur, was der Kapitalismus aus Bombay gemacht hat, was er aus uns gemacht hat!", www.labournet.de/internationales/in/pavar.html

2) Supriya Roy Chowdhury: "Old Classes and New Spaces. Urban Poverty, Unorganized Workers and New Unions", in: Economical and Political Weekly, 13.12.2003

3) "Hawkers and the Urban Informal Sector: A Study of Street Vending in Seven Cities", www.streetnet.org.za/English/studybo.htm

29. Höhepunkt einer blutigen Dekade. Vor 30 Jahren zogen die Roten Khmer in Phnom Penh ein

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Zeitgeschichte; Kambodscha · CD-Datei: daten/aksuche/ak495/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:495:12

Am 17. April 1975, bereits zwei Wochen vor der vernichtenden Niederlage der USA in Vietnam und dem Fall Saigons, marschierten im Nachbarland Kambodscha Truppen der Roten Khmer siegreich in Phnom Penh ein. Vorbei war die verhasste Militärdiktatur des 1970 mit Hilfe der CIA an die Macht gehievten Marschalls Lon Nol.

Die vormals schläfrige Hauptstadt war während der systematischen US-Flächenbombardements zu einem über eine Million Flüchtlinge zählenden Moloch angeschwollen. In der Endphase des Krieges wurde er nur dank einer von der US-Armee aufrecht erhaltenen Luftbrücke mit Nahrungsmitteln versorgt. Die Masse der dorthin Geflohenen waren Bauern, die panikartig ihre Dörfer und Äcker verließen, um den tödlichen Bomben- und Napalmeinsätzen zu entkommen.

Kambodscha war eine bäuerlich-dörfliche Gesellschaft, in der Gemeineigentum und kommunale Produktion ausgeprägter waren als feudaler Großgrund- und individueller Landbesitz. Das Zentrum der Macht, der Stadtstaat bzw. die Stadt, galt als Inbegriff tributärer Schröpfung, bot aber gleichzeitig Schutz gegenüber äußeren Feinden. Während der französischen Kolonialzeit (Ende des 19. Jahrhunderts bis 1953) waren die Zitadellen städtischer Macht und Herrschaft neben den Franzosen mit vietnamesischen Administratoren besetzt, während der Handel und das Gewerbe eine Domäne der ChinesInnen waren. Im Verlauf der kambodschanischen Geschichte war für den überwiegenden Teil der Khmer-Bevölkerung die Stadt nicht nur der Hort interner Ausbeutung, sondern auch ein von in- und ausländischen Eliten geprägtes Sozialsystem. Nach dem Zweiten Weltkrieg zählte Phnom Penh 110.000 EinwohnerInnen mit einem Bevölkerungsanteil von immerhin 33 Prozent ChinesInnen und 26 Prozent VietnamesInnen.

Schroffe Stadt-Land- Gegensätze

Die Formierung der Roten Khmer unter Pol Pot als ernst zu nehmende oppositionelle Kraft gelang erst gegen Ende der 1960er Jahre und im Sog der "Vietnamisierung des Indochinakrieges" Anfang der 1970er Jahre. Die Regierung von Prinz Sihanouk hatte Ende der 1960er Jahre Bauernrevolten in der westlichen Provinz Battambang, der traditionellen Reiskammer des Landes, blutig niederschlagen lassen und damit Protest und Widerstand unter der Landbevölkerung geschürt. Zu Beginn der 1970er Jahre entschied man in Washington angesichts wachsender Verluste in Vietnam, dass dieser Krieg stärker von vietnamesischen Bodentruppen zu führen sei.

Die USA konzentrierten sich fortan auf den Einsatz ihrer Luftwaffe, während gleichzeitig der Kriegsschauplatz neben Vietnam auf Kambodscha ausgedehnt wurde, das Sihanouk bis dahin durch geschicktes Taktieren aus dem Konflikt heraushalten konnte. Für US-Präsidenten Richard Nixon und seinen Außenminister Henry Kissinger, die Hauptverantwortlichen dieses Kapitels der kambodschanischen Tragödie, waren Kambodscha und das kleine Nachbarland Laos, in dem die USA bereits einen "geheimen Krieg" führten, keine souveränen Staaten, sondern lediglich "Zustände", die es nach US-Vorstellungen zu modellieren galt. Diese Aggression gegen das neutrale Kambodscha zerstörte die bäuerlichen Strukturen, verschärfte die traditionellen Stadt-Land-Gegensätze und schuf die Grundlage für ein Bündnis, das Jahre zuvor undenkbar gewesen wäre.

Auf einmal sahen sich zwei nationalistische Kräfte - hier die Sihanouk-Loyalisten, dort die gleichermaßen nationalistischen Roten Khmer - in einer Allianz vereint. Gemeinsames Ziel des in Peking gegründeten Zweckbündnisses: die Wiederherstellung der Souveränität Kambodschas und der Kampf gegen die von Washington installierte Lon-Nol-Clique.

So kritikwürdig Sihanouks Innenpolitik war, so gewieft gestaltete er seine Außenpolitik. Sein Regime war nicht nur um Neutralität bemüht. Es genoss Ansehen innerhalb der Bewegung der Blockfreien und verstand es, sämtliche Großmächte zu hofieren, sie aber gleichzeitig geschickt auf Distanz zu halten. Sihanouks Sympathie für die VR China (und auch für Nordkorea) resultierte einerseits aus der Politik Washingtons, das die Souveränität seines Landes missachtete. Zum anderen wurde auch die UdSSR zum Widersacher, da die KPdSU unter Leonid Breschnew die Doktrin der "begrenzten Souveränität" vertrat und zum engen

Verbündeten Vietnams avancierte. Und gegenüber Vietnam existierten seit langem Furcht und Angst, weil es bereits seit dem 17. Jahrhundert Teile Kambodschas (Kampuchea Krom im heute südvietnamesischen Mekong-Delta) annektiert hatte und sein Grenzverlauf mit Kambodscha im Westen strittig blieb.

Überhaupt war das Verhältnis zwischen Kambodscha und dem großen Nachbar Vietnam viel angespannter und konfliktträchtiger, als es die damalige internationale "Indochina"-Solidaritätsbewegung wahrhaben wollte. (Indochina war ein französisches Kolonialkonstrukt: 1887 hatte Frankreich seine drei Protektorate in Vietnam - Cochinchina im Süden, Annam im zentralen und Tongking im nördlichen Landesteil - zusammen mit Kambodscha und Laos zu einer willkürlichen, freilich seinen Interessen dienenden Verwaltungseinheit gemacht.) Die unterstellte Einheit und Brüderlichkeit zwischen Kambodscha, Vietnam und Laos war stets ein hierarchisches Beziehungsgeflecht mit Vietnam als Führungsmacht, der sich Laos beugte, Kambodscha hingegen immer wieder widersetzte.

Wesentlich aus eigener Kraft war es dem Bündnis von Sihanouk-Getreuen und Roten Khmer gelungen, Lon Nol zu stürzen. Doch welch ein Sieg angesichts der, vor allem in Phnom Penh existierenden, gigantischen Probleme, mit denen das Bündnis jäh konfrontiert wurde? Mit dem Sieg nämlich endete von einem auf den anderen Tag die logistische Versorgung der Stadt aus der Luft, so dass sich nur die Alternative stellte, die Stadtbevölkerung zu evakuieren oder ein Massensterben in Folge von Hunger und Krankheiten in Kauf zu nehmen. Beide Optionen schlossen zwangsläufig Tod und Entbehrungen ein, weil schlicht die Mittel fehlten, Elend und Not zu lindern. In dieser Situation ordneten die Roten Khmer die zwangsweise Evakuierung Phnom Penhs an, was zu chaotischen Verhältnissen führte und bereits Tausende das Leben kostete.

Ausländische Interessen in Vietnam

Die politische Marge, über die die neuen Machthaber verfügten, wurde durch die martialische Zweiteilung der Gesellschaft in ein so genanntes "Altvolk" und "Neuvolk" verspielt. Unter "Altvolk" verstanden die Roten Khmer die bäuerliche Bevölkerung als soziale Hauptstütze ihrer Herrschaft und gleichzeitig als Kern ihres nach chinesischem Vorbild avisierten Agrarkommunismus. Unter die Kategorie "Neuvolk" wurden hingegen all jene städtischen Elemente subsumiert und denunziert, die sich dem rigorosem politischen Konzept der neuen Herrscher unterordnen mussten. Im Klima eines derartigen Voluntarismus waren scharfe soziale Konflikte programmiert. Da brachen die traditionellen Stadt-Land-Gegensätze erneut offen aus, und alte Rechnungen wurden in Form unkontrollierter Racheakte und staatlich gelenkter "Säuberungen" beglichen. Die Konsequenzen dieser Politik und provozierte Grenzstreitigkeiten mit Vietnam gehen zweifellos auf das Konto der Roten Khmer, deren auf Autarkie bedachtes Gesellschaftsmodell sich von Hanoi unterschied und im Ost-West-Konflikt zur Parteinahme für und Unterstützung durch die VR China führte.

China und Thailand (und nicht nur sie) unterstützten aus jeweiligem Eigeninteresse die Roten Khmer Rouge und das von ihnen repräsentierte Demokratische Kampuchea. Peking ging es darum, seinen ideologischen Kurs gegen die Sowjetunion fortzusetzen und deren Verbündeten Vietnam in Schach zu halten. Bangkok war darauf erpicht, im Gegenzug für unbehelligte Grenzüberschreitungen und logistische Unterstützung der Roten Khmer mit dem Verkauf kambodschanischer Edelhölzer und Edelsteine lukrative Geschäfte zu machen. Noch bis 1991 belieferte China das Pol-Pot-Regime mit Waffen, während die Vereinten Nationen und die USA das Demokratische Kampuchea auch zwölf Jahre nach dessen Untergang politisch-diplomatisch anerkannten und ihm den UN-Sitz in New York reservierten.

Bereits zwei Jahre nach ihrem Sieg (1977/78) waren die Roten Khmer in tödliche Grenzkonflikte mit Vietnam verstrickt. Geschürt wurde dieser Konflikt, um von internen Problemen abzulenken und den latenten Hass gegen das hegemoniale Vietnam zu instrumentalisieren. Provokation und Paranoia begleiteten ungeheuerliche Propagandatiraden. Während Radio Hanoi wiederholt kambodschanische Soldaten und die Bevölkerung offen zum Sturz des Pol-Pot-Regimes aufrief, seine Regierung als "reaktionär", seine Politik als "brutale und infantile bäuerliche Gleichmacherei" und seine Führung als "Söldner der chinesischen Machthaber" anprangerte, rief Pol Pot zum Mord an VietnamesInnen auf: "Jeder von uns muss 30 Vietnamesen töten. Bisher haben wir es geschafft. Wir brauchen nur zwei Millionen Soldaten, um 50 Millionen Vietnamesen umzubringen." Im Januar 1979 marschierten schließlich vietnamesische Eliteeinheiten in Phnom Penh ein und machten so der Gewaltherrschaft der Roten Khmer ein Ende.

Genozidforscher wie der an der Universität Chicago lehrende Ethnologe Alexander L. Hinton arbeiten mit folgender Hypothese, um das Phänomen des Pol-Potismus zu verstehen: "Die forcierte Auflösung aller gesellschaftlichen Strukturen und Ablösung individueller Verhaltensweisen in ganz kurzer Zeit bewirken eine völlige Zerrüttung der Orientierung: die Umsiedlung der Stadtbewohner aufs Land, die Kollektivierung des wirtschaftlichen Lebens, die Abschaffung des Geldes, das Verbot aller vertrauten kulturellen Lebensäußerungen und die Einstellung der formalen Erziehung, die Vorgabe der Berufswahl und die Einschränkung der Mobilität, das Verbot des Buddhismus und aller religiösen Betätigungen, die Auflösung der Familie nach Geschlecht und Alter in Arbeitskolonnen, die Unterdrückung und Ausmerzung von Emotionen und Mitleid sowie die Unterstellung des gesamten Lebens und der Gesellschaft unter Angkar, einer anonymen, absoluten und mit Furcht und Angst besetzten Autorität. Beim Abbruch des alten und bei der Errichtung eines neuen hierarchischen Systems, im Übergang von der alten zur neuen Ungleichheit, werden das praktische soziale Bewusstsein aufgelöst und die Regeln des individuellen Verhaltens zerstört ... Wenn in ein solches Vakuum des Übergangs eine ‚Ethik der Gewalt` als Instrument zum Aufbau einer neuen Struktur eingeführt wird, sind für Gewalt und Gräueltaten aller Art die Schleusen geöffnet und entladen sich gegen die offiziell zu Feinden und Sündenböcken erklärten Menschen. Die im Krieg praktizierte und legitimierte Gewaltanwendung wird auf den Frieden und das zivile Leben übertragen. Produzieren heißt unverändert kämpfen. Wie im Krieg gibt es nur Feinde oder Freunde. Wer sich dazwischen bewegt und einen Freiraum beansprucht, macht sich verdächtig. Der vom Verdächtigten durch Folter gewaltsam zum Feind gemachte Mitmensch wird zum Sündenbock für alle Schwierigkeiten gestempelt und muss im Interesse realer oder imaginärer Ziele eliminiert werden." (Zit. nach Kotte/Siebert: Der Traum von Angkor, Bad Honnef 2000, S. 137f.)

Vergangenheits- bewältigung auf kambodschanisch

Bis heute müssen die zahlreichen Opfer des Terrors mit vielen Tätern und noch immer Mächtigen ungesühnt zusammenleben. Erst am 4. Oktober 2004, ein Vierteljahrhundert nach dem Untergang des Demokratischen Kampuchea und nach siebenjährigen zähen Verhandlungen auf nationaler sowie internationaler Ebene, billigte die Nationalversammlung in Phnom Penh die Einrichtung eines UN-Tribunals, vor dem sich die Führungskader der Roten Khmer für die etwa 1,7 Millionen Opfer ihrer Gewaltherrschaft verantworten sollen. Grund für diese Verzögerung waren in- sowie externe Machtinteressen, die gegen ein Tribunal waren. Der seit 1979 starke Mann in Phnom Penh, Ministerpräsident Hun Sen, ist selbst ein Ex-Roter-Khmer, während Länder wie China, die USA und Thailand wenig daran interessiert sind, dass in einem langen Prozess (ExpertInnen veranschlagen eine dreijährige Dauer des Tribunals) auch ihre Rolle im Kambodscha unter den Roten Khmer zur Sprache kommt. Denn wer über den Pol-Potismus redet und richtet, kann über die Verstrickung imperialer Mächte und eigennütziger Kalküle in Kambodscha nicht schweigen.

Rainer Werning

Der Autor veröffentlichte gemeinsam mit W. Aschmoneit den Band Kampuchea - Lesebuch zu Gesellschaft, Geschichte & Politik, Münster 1981

30. Ho, Ho, Honda. In Vietnam zählen heute die Herolde des Marktes mehr als die Heroen des Krieges

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Vietnam · CD-Datei: daten/aksuche/ak495/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:495:16

"Wir haben uns geirrt, schrecklich geirrt. Menschen können sich irren. Ich gebe mit schmerzhafter Offenheit und schweren Herzens zu, dass dieser Gemeinplatz, bezogen auf Vietnam, auch auf mich und die amerikanische Führungselite meiner Generation zutrifft." - Robert S. McNamara, von 1960 bis 1968 US-Verteidigungsminister und später Präsident der Weltbank, in seinen Memoiren "In Retrospect: The Tragedy and the Lessons of Vietnam" (New York 1995)

Das hatte es in der jüngeren Geschichte noch nie gegeben. Vor drei Jahrzehnten, am 30. April 1975, geriet eine Supermacht in Panik: Ihr diplomatisches Corps und ein Tross vietnamesischer Lakaien rauften sich auf dem Dach der US-Botschaft in der südvietnamesischen Hauptstadt Saigon um die letzten Helikoptersitze in die Freiheit. So überstürzt die Evakuierung eines gedemütigten Uncle Sam mitsamt seines Strandguts des Krieges verlief, so diszipliniert marschierten gleichzeitig die siegreichen Verbände der Nationalen Befreiungsfront (NLF) in die Stadt ein - die spätere Ho Chi Minh City. Hätten die großen US-Amerikaner auf ihren kleinen NATO-Verbündeten Frankreich gehört und sorgfältig dessen Debakel in Dien Bien Phu studiert, wo die frühere Kolonialmacht bereits 1954 eine herbe Niederlage im Kampf gegen die vietnamesischen Widerstandskämpfer einstecken mussten, wäre auch ihnen selbst großes Leid erspart geblieben.

Bilanzen des Krieges

Der Krieg forderte schließlich über drei Millionen Todesopfer und vier Millionen Verwundete, von der Verwüstung großer Landstriche Vietnams, Kambodschas und Laos' ganz zu schweigen. Auf US-Seite waren annähernd 58.000 GIs getötet worden. Sie alle starben nicht für freedom & democracy, sondern für imperiale Kalküle. Weder die französischen Kolonialherren, noch die US-Neokolonialisten wollten den Völkern in Indochina das zugestehen, was ihnen seit jeher sakrosankt ist - Unabhängigkeit und Freiheit. Zwanzig Jahre vergingen, bis sich einer der übelsten Hardliner des "Amerikanischen Krieges", wie die Vietnamesen die Aggression nennen, zu Wort meldete. Eben jener Robert S. McNamara, der neben den damaligen US-Präsidenten Lyndon B. Johnson und Richard M. Nixon sowie dem Ex-Sicherheitsberater und späteren Außenminister Henry Kissinger zu den Hauptverantwortlichen dieser Apokalypse zählt.

Auf den Schlachtfeldern Indochinas war alles, was Militärs an Perfidie und Perversion ausgeheckt hatten, auch realisiert worden: von chemischer und bakteriologischer bis hin zur geophysikalischen Kriegführung, wodurch Wälder systematisch entlaubt, Deiche durch künstlich erzeugten Regen zum Einsturz gebracht, riesige Landflächen durch pausenlose B-52-Bombereinsätze umgepflügt und in Kraterlandschaften verwandelt sowie mindestens 2,1 Millionen Menschen direkt mit Entlaubungsmitteln und dem hochgiftigen Dioxin traktiert wurden. Allein in dem Jahrzehnt von 1961 bis 1971 hatte die US-Regierung über 80 Millionen Liter - einige Quellen sprechen von etwa 100 Millionen Liter - Herbizide mit einem Dioxingehalt von 366 Kilogramm von ihren Bomberpiloten über Vietnam versprühen lassen. (Die erst am 10. Januar 2004 gegründete Vietnamesische Vereinigung für die Opfer von Agent Orange/Dioxin (VAVA) versucht derzeit in den USA durch eine Sammelklage gegen US-Produzenten dieser hochgiftigen Substanzen Entschädigungen für die Opfer zu erstreiten.)

"Der Fall von Saigon war eine Selbstverständlichkeit", schrieb die 1960 in Hanoi geborene Schriftstellerin Pham Thi Hoai in ihrem Vorwort zu dem von H. Kotte und R. Siebert veröffentlichten Buch "Vietnam - Die neue Zeit auf 100 Uhren", "der Krieg eine Auszeichnung und ich eine Tochter eines auserwählten Volkes, das gelitten und gesiegt hatte, um eine menschenwürdigere Welt aufzubauen. Der Stolz war kurzlebig, aber wir glaubten an eine lebenslange Garantie. Nach drei Monaten ließen die Umerziehungslager erste Zweifel aufkommen. Nach drei Jahren häufte sich mit den Steinchen in der täglichen Schale Reis die Enttäuschung. Nach fünf Jahren versank ein beträchtliches Guthaben an nationalem Stolz mit Hunderttausenden boat people im Meer. Der gewonnene Krieg sprach alles immer wieder frei ... Heute ist die Welt anderswo vielleicht menschenwürdiger geworden - mein auserwähltes Volk schreitet weiter einsam und unerschütterlich in Armut, Korruption und Unterdrückung voran."

Eine ernüchternde Bilanz nach all dem Heroismus, den seinerzeit zahlreiche Menschen inner- wie außerhalb Vietnams als Basis solch hoch gesteckter Erwartungen wie Unabhängigkeit und Befreiung in Würde betrachtet hatten. Schließlich war Vietnam ein Hoffnungsträger par excellence: Sollte die Bevölkerung eines kleinen, geschundenen Landes tatsächlich der mächtigsten Kriegsmaschinerie des Imperialismus trotzen, diese gar bezwingen können, wäre damit für alle Unterdrückten und Ausgebeuteten ein Fanal gesetzt und dem Projekt Befreiung ein beträchtlicher Schub verliehen worden. Diese Erwartungshaltung beflügelte weltweit Millionen von Menschen und ließ sie auf die Barrikaden gehen.

Steinchen in der Reisschale

Wer geglaubt hatte, in Vietnam vollzöge sich seit dem Frühling 1975 die Umgestaltung der Gesellschaft mit sozialistischem, zumindest menschlichem Antlitz, sollte schrittweise eines Besseren belehrt werden. Wie so häufig zuvor in der Geschichte bot die Erlangung staatlicher Herrschaft längst keine Garantie für einen strukturellen Wandel in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft. Selbst das heroische Vietnam bildete da keine Ausnahme, so schmerzlich das für seine zahlreichen Bewunderer sein mochte.

Der sich selbst als Gralshüter von Befreiung und Sozialismus begreifende Machtapparat der Kommunistischen Partei schickte sich rasch an, dem langjährig unter den Fittichen der USA wildwüchsigen Kapitalismus im Süden einen Riegel vorzuschieben. Die als Inbegriff von Korruption, Kompradorenbourgeoisie, Parasitentum, Drogensucht und Prostitution verschrieene Metropole Saigon wurde kurzerhand in Ho-Chi-Minh-Stadt umbenannt, um den Makel ihrer Vergangenheit zu tilgen. Nicht gerade zimperlich wurde mit allen verfahren, die sich aus vielfältigsten Gründen weigerten, sich freiwillig aus dieser Vergangenheit zu verabschieden und nicht hinnehmen mochten, dass im Zeitraffer der Süden gemäß dem nördlichen Ebenbild umgemodelt werden sollte. Das betraf Religionsgemeinschaften ebenso wie Bevölkerungsgruppen bei Landkonflikten im zentralen Hochland, den so genannten Montagnards.

Die durch Überbetonung staatlicher Großprojekte bedingten wirtschaftlichen Schwierigkeiten im wiedervereinigten Vietnam, das sich 1976 in Sozialistische Republik Vietnam umbenannte und eng an die Sowjetunion anlehnte, vertieften sich durch den Zusammenbruch des Realsozialismus, während die (Außenhandels-)Politik nach und nach dem Fetisch der Globalisierung untergeordnet wurde. Das Resultat waren krasse soziale Unterschiede, ökonomische Disparitäten, konsumgelenktes Wachstum im Zeichen einer so genannten sozialistischen Marktwirtschaft, die Herausbildung einer kleinen Schicht wohlhabender Profiteure des Staatsapparates sowie die Verkrustung eines herrschenden Machtapparates in Gestalt der greisen Führungstroika um Do Muoi (Generalsekretär), Le Duc Anh (Präsident) und Vo Van Kiet (Premierminister), die noch im Sommer 1996 Etatismus und neokonfuzianischen Habitus unbekümmert mit Sozialismus gleichsetzte. Der an der Australian National University in Sydney lehrende Historiker und Vietnamexperte David Marr kommentierte diesen Prozess so: "Eine Mischung aus wirtschaftlichem Opportunismus und sozialer Unverantwortlichkeit bilden das Ethos im heutigen Vietnam. Die Partei hat keine andere Orientierung anzubieten, als ethische Aphorismen von Ho Chi Minh zu zitieren. Exemplarisch werden ein paar untere Kader bestraft oder Ausländer für Missstände verantwortlich gemacht, weil sie angeblich gegen die ‚friedliche Evolution` konspirieren."

Vietnams spezifische Hinwendung zur Moderne nennt sich seit dem VI. Parteitag der KPV im Dezember 1986 "Doi Moi" (Erneuerung). Seitdem ist es trendy, Doi Moi in mehrere Etappen zu gliedern und sie auf sämtliche Lebensbereiche auszudehnen. Denn mit dem ständigen Verweis auf die heroischen Taten des Volkes im siegreichen Kampf gegen die Supermacht USA ließ sich auf Dauer wenig politisches Kapital schlagen. Heute ist nahezu die Hälfte der 81 Millionen Menschen zählenden Bevölkerung Vietnams jünger als 25 Jahre. Diese Generation kennt den Krieg nur aus Erzählungen. Und sie wächst auf in einem Klima, das in den Nachbarländern, zunehmend auch im eigenen Land vom hegemonialen Konsummodell des Westens geprägt ist - inklusive Internet-Cafés und Designer-Chic.

Zwei, drei, viele "Doi Moi"

Zehn Jahre nach der Wiedervereinigung hatte sich also die politische Führung Vietnams den Erfordernissen der Zeit angepasst und vorsichtig eine staatlich reglementierte Umwandlung von Gesellschaft und Wirtschaft zugelassen. Doch eine Lockerung der politisch dominanten Rolle der KPV ist bis heute ein Tabu. "Doi Moi", sagt die agile Madame Pham Chi Lan, die mit einem Mitarbeiterstab den Premierminister in ökonomischen

Fragen berät, "heißt für uns heute ‚Do More`. Ja, wir müssen noch mehr tun, um unsere Erfolge zu konsolidieren. Innerhalb der letzten 15 Jahre ist unsere Wirtschaft beachtlich gewachsen. Dieses Wachstum ist mit sieben Prozent nach China das zweithöchste in der Region und doppelt so hoch wie das durchschnittliche Wirtschaftswachstum in den Industrieländern. Innerhalb eines Jahrzehnts konnte die Armut im Lande halbiert werden, weshalb uns die Weltbank als ‚star performer` im Bereich der Armutsbekämpfung bezeichnet. Lebten 1993 noch 58 Prozent unserer Bevölkerung in Armut, waren es im Jahre 2002 nur noch 29 Prozent. Nach Lockerungen im Handels-, Export- und Bankensektor streben wir an, alsbald der Welthandelsorganisation, WTO, beizutreten."

So viel Offenheit wäre vor Jahren undenkbar gewesen. Doch mit Doi Moi ist in Vietnam auch ein ökonomischer Pragmatismus innerhalb der politischen Nomenklatur hoffähig geworden. Die ehemalige Vizepräsidentin, Madame Nguyen Thi Binh, erklärt: "Eines hat uns Präsident Ho Chi Minh klar gelehrt: Nationale Unabhängigkeit, die dem Volk kein Essen, keine Kleidung und kein Glück beschert, ist schlicht Unsinn. Wir verfolgen eine sozialistisch orientierte Marktwirtschaft. Und wir wissen, dass ein Beitritt zur WTO keine Garantie ist, dass unsere Interessen stets gewahrt bleiben. Wir wissen um die negativen Auswirkungen auf ärmere Länder und müssen auf der Hut sein. Doch unter den gegebenen Bedingungen des Weltmarktes wäre es schwierig, ohne eine Mitgliedschaft in der WTO neue Märkte zu erschließen, Auslandsinvestitionen ins Land zu bringen und einen legitimen Status zum Schutz unserer wirtschaftlichen Interessen zu genießen."

Erst 1995 hatte Washington sein Handelsembargo gegen Vietnam aufgehoben. Seitdem ist die politische Führung in Hanoi darauf erpicht, den bilateralen Handel massiv auszuweiten und wirtschaftspolitisch alles zu unternehmen, um ja nicht den beabsichtigten WTO-Beitritt zu gefährden. Dieses selbst gesteckte wirtschaftliche Gebot ging gar so weit, dass auf höchster politischer Ebene Jahre lang alles getan wurde, um die eigenen, nämlich während des Krieges geschundenen Agent Orange/Dioxin-Opfer, stumm zu halten und den Kriegsfeind von einst und heute innig geschätzten transpazifischen Handelspartner USA nicht zu verprellen - Vergangenheitsbewältigung auf Vietnamesisch.

Rainer Werning

Der Verfasser ist Ko-Autor des jüngst im Verlag Assoziation A (Berlin/Hamburg) erschienenen Buches ",Unser Opfer zählen nicht` - Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg".

31. Mit rassistischen Grüßen. Postkarten-Ausstellung zur Geschichte des kolonialen Rassismus in Deutschland

Autor: Susann Witt-Stahl · Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus; Geschichte · CD-Datei: daten/aksuche/ak495/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:495:15

Eine weiße Frau mit gütigem Gesichtsausdruck flößt einem halbnackten Schwarzen löffelweise Kakao ein. Dieses weit verbreitete Postkartenmotiv aus der Kolonialzeit soll den Anschein erwecken, dass die von der europäischen Industrie verarbeiteten Rohstoffe den AfrikanerInnen zu Gute kommen ein Trugbild.

Andere Bildpostkarten stellen die BewohnerInnen der Kolonien als im ewigen Naturzustand verharrende geschichtslose Spezies dar. Die Botschaft: AfrikanerInnen sind animalische Wilde, die bezwungen, beherrscht, zivilisiert, missioniert werden müssen.

Während viele Bildpostkarten den weißen Chauvinismus unter dem Deckmantel von Nächstenliebe und humanitärer Hilfe verstecken, befördern andere seine Brutalität unverhohlen zu Tage: Zu Buchstaben verdinglicht mussten Afrikaner im Bastrock vor der Kamera in einer Reihe posieren. Ihnen waren weiße Lettern auf ihre Bäuche gemalt worden, die zusammengesetzt den Namen des Tennisclubs der Kolonialherren ergaben. Zu sehen sind diese und andere Motive in der Ausstellung "Bilder verkehren", die noch bis 5. Juni im Kunsthaus Hamburg läuft.

Der Ausstellungsmacher, das Institut für Migrations- und Rassismusforschung, will vor allem der Frage nachgehen, "welche Bilder sich im visuellen Archiv des deutschen Kolonialismus abgelagert haben". Die Exponate entstammen größtenteils einer Privatsammlung sowie dem Altonaer Museum. Der Titel "Bilder verkehren" deutet zum einen auf die ideologische Verzerrung der Wahrheit über die räuberischen Motive und Leiden der Opfer der "europäischen Abenteuerlust" hin. Zum anderen wird damit auf die Mobilität von Mensch, Material und Mentalität verwiesen. Die Postkarten boten der Bevölkerung im Kaiserreich die Möglichkeit, an den Eroberungen teilzunehmen. Für die MigrantInnen, die für ihr kärgliches Dasein in den Tingeltangel-Buden an der Reeperbahn oder in Völkerschauen von Hagenbecks Tierpark arbeiten mussten, dienten sie als Visitenkarte.

Rassistische Stereotype

"Bilder verkehren" zeigt nicht nur dunkle Kolonialgeschichte, sondern legt auch Traditionslinien frei, die bis in die multikulturelle Gesellschaft der Berliner Republik reichen. Mit kulturindustriell produzierten exotischen Scheinwelten geht die Werbebranche auch heute noch auf KundInnenfang für klebrige Alkopops und Keksriegel. In unzähligen Werbespots tauchen unter Limbo-Stangen tanzende Südsee-Schönheiten und fröhliche Rasta-Männer auf. Die Vorbilder dieser rassistischen Bildsprache sind in der Ausstellung zu sehen. Ein Werbefoto für "Mohra"- Margarine von 1905, auf dem junge Schwarze in Uniform um deutsche Fabrikanten gruppiert wurden, erinnert an eine koloniale Expedition.

Zu Beginn des Zeitalters der technischen Reproduzierbarkeit von Kulturgütern war die Postkarte eines der bedeutendsten Massenmedien. Während des Kaiserreiches wurden jährlich rund 500 Millionen Stück hergestellt. Dass sie eine wesentliche Rolle beim Ideologietransfer des Kolonialismus spielten, unterstreicht schon die verbreitete Darstellungsweise der Typenfotografie, wie sie in der Anthropologie üblich war. Frontal- und Seitenporträts der "schwarzen Objekte" erinnern nicht zufällig an Verbrecherkarteien. "Wir wollen vor allem zeigen, dass Rassismus kein Irrtum oder bloß Fremdenfeindlichkeit ist", erläutert Historikerin Astrid Kusser, die die Ausstellung mit einem Team von jungen KulturwissenschaftlerInnen, GrafikerInnen und DesignerInnen konzipiert und ausgestaltet hat. "Rassismus ist eine wandelbare Form bürgerlicher Herrschaft, die untrennbar mit dem Kapitalismus verbunden ist."

Susann Witt-Stahl

Ausstellung "Bilder verkehren", Kunsthaus Hamburg, Klosterwall 15, Tel. 040-33 58 03, www.bilder-verkehren.de, Di.-So., 11-18 Uhr.

32. Ein arabisches Chamäleon. Sayed Kashuas Romane über die arabische Minderheit in Israel

Autor: Js. · Rubrik: Israel / Palästina; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak495/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:495:02

Auch das Schreiben von Romanen kann viel Mut erfordern. Sayed Kashua, geboren 1975, gehört zu den AutorInnen, die sich mit ihren Büchern Feinde schaffen, ob sie wollen oder nicht. Er ist arabischer Israeli, schreibt auf Hebräisch und legt sich mit der israelischen Mehrheitsgesellschaft ebenso an wie mit der eigenen Community, der annähernd 20 Prozent umfassenden arabischen Minderheit mit israelischer Staatsangehörigeit.

Sayed Kashuas Bücher verkaufen sich gut, nicht nur in Israel. Dort hat er Ende März den "Preis des Ministerpräsidenten für hebräische Autoren" verliehen bekommen - allein das muss ihn in den Augen arabischer NationalistInnen verdächtig machen: Ist er nicht ein "Kollaborateur" und "Verräter am eigenen Volk"? Sayed Kashua kann mit solchen Zuschreibungen nichts anfangen. Er nennt sich ein "arabisches Chamäleon": "Auf der einen Seite, dem Gesetz nach, bin ich israelischer Staatsbürger. Aber gleichzeitig ist es offensichtlich, dass ich kein vollgültiger Bürger bin." Er selbst, der eine helle Haut hat und sich, angesprochen auf seinen Akzent, gern als Albaner ausgibt, kennt die tägliche Diskriminierung der arabischen Minderheit sehr gut: "Mit einer dunklen Haut wird man alle zehn Minuten auf der Straße aufgehalten und untersucht. Man ist verdächtig, zumal in den letzten Jahren. Ich weiß nicht, wie das auszuhalten ist." (Interview in Der Standard, 4.4.2005)

Die Situation verschärfte sich kurz nach Beginn der zweiten Intifada. Am 2. Oktober 2000 wurden bei einer pro-palästinensischen Demonstration in Galiläa zwölf Araber erschossen, die israelische Staatsbürger waren. Kashua: "Damals, in den wenigen Tagen zu Beginn der zweiten Intifada, zerbrach etwas. Und selbst wenn sich die Situation jetzt bessern würde, wäre es nicht mehr wie früher, weil es nun immer das Gefühl gibt, es könnte wieder geschehen." (BR-online, 3.11.2002)

StaatsbürgerInnen zweiter Klasse

In Sayed Kashuas Romanen mischen sich seine eigene Biografie und Fiktion, ihr Ton ist nüchtern, häufig sarkastisch. Tanzende Araber, erschienen 2002, erzählt die Geschichte eines hochbegabten arabischen Jungen, der in eine Eliteschule aufgenommen wird. Er ist umgeben von jüdischen MitschülerInnen, die ihn seine Andersartigkeit spüren lassen. Trotzdem bewundert er sie, ihre Ungezwungenheit, er will wie sie werden, die Konventionen und Zwänge seiner Familie hinter sich lassen. Schonungslos zieht Kashua über die Heuchelei arabischen Ehelebens her, den verlogenen Kult der jungfräulichen Braut. "Dass das Jungfernhäutchen bei den Arabern nicht so heilig und rein ist, wie man mir weismachen wollte", erfährt sein Held erst als Erwachsener. Doch seine Integration in die israelische Gesellschaft misslingt. Er bricht sein Studium ab und träumt von einer großen Zukunft als Politiker, der "der Region Frieden und Liebe bringt": der erste Araber, der israelischer Ministerpräsident wird. Dann wieder will er sich für Diskriminierung und Demütigung rächen: "Ich wäre gern ein arabischer Akademiker geworden, der bei der Müllabfuhr arbeitet und damit dem Ruf des Landes schadet."

Während Tanzende Araber streckenweise den Charakter einer Anekdotensammlung annimmt, ist Kashuas neuer Roman Da ward es Morgen literarisch reifer. Der Ich-Erzähler ist ein dem Autor zum Verwechseln ähnlicher Journalist, der in den Jahren des Oslo-Prozesses Redakteur bei einer Tageszeitung in Tel Aviv wird: Man schätzt seine Reportagen aus den "Gebieten", die kein jüdischer Kollege liefern könnte. Durch die Ereignisse im Oktober 2000 aber wird die eigene "Fremdheit, die mir bis zu einem gewissen Grade angenehm war", unerträglich - "zwei Tage Demonstrationen haben dem Staat genügt, das Bürgerrecht seiner arabischen Einwohner zu negieren, zwei Tage, deretwegen die Rache an den Juden mit der Zeit noch schlimmer wurde." Er selbst wird von seinen KollegInnen zunehmend gemieden, seine Artikel werden nicht mehr gedruckt, der Chefredakteur drängt ihn aus der Redaktion. Um Ruhe zu finden, kehrt er in sein heimatliches Dorf zurück.

Aber von Ruhe kann dort keine Rede sein. Kashua schildert Korruption und Alkoholismus, politische Dummheit, Antisemitismus und Verschwörungsdenken, die Eheprobleme des Protagonisten, die Streitigkeiten zwischen den Familien, von denen nicht wenige im Wohlstand leben. Richtig schlecht geht es den

palästinensischen Wanderarbeitern aus dem Westjordanland, die von den arabischen Israelis verachtet, ausgebeutet und schließlich geschlossen an die israelischen Behörden ausgeliefert werden, weil sich unter ihnen angeblich Terroristen befinden. Da ist das Dorf bereits von der Armee abgeriegelt, die Lebensmittel werden knapp, die Zufuhr von Wasser und Strom wird unterbrochen, Klimaanlagen und Kühlschränke fallen aus, Autos bleiben mit leerem Tank auf der Straßen stehen, der Müll türmt sich, die Kanalisation verstopft - eine unerträgliche Situation, deren Ende nicht absehbar ist. Kashuas Held hätte nun den Stoff für eine haarsträubende Reportage, kann aber die Zeitung, deren freier Mitarbeiter er weiterhin ist, nicht erreichen.

Am Ende wird nur scheinbar alles gut: Es gibt wieder Strom und Wasser, aber die BewohnerInnen des Dorfs sind über Nacht ausgebürgert und - wie andere arabisch besiedelte Dörfer auch - unter palästinensische Verwaltung gestellt. "Ich glaube, wir sind jetzt Palästinenser", sagt der Ich- Erzähler zu seiner Frau; von einem historischen Schritt spricht die israelische Linke. Das sehen nicht alle DorfbewohnerInnen so; einige, auch Kashuas Protagonist, haben das Gefühl, vom Regen in die Traufe gekommen zu sein.

Deutlich wird, dass Zweistaatlichkeit nicht als Verwaltungsakt von oben vollzogen werden darf. "Mehr als 100 Prozent der israelischen Araber möchten israelische Staatsbürger bleiben", sagt Kashua mit dem ihm eigenen Humor (Inforadio, 29.3.2005), er fährt aber fort: "Könnte der palästinensische Staat sich als wirtschaftlich und politisch stark etablieren, dann würden die israelischen Araber scharenweise nach Palästina überlaufen. Mehr noch: Viele Leute aus Tel Aviv würden sich auf ihre palästinensische Identität besinnen und wollten am Aufbau des Silicon Valley in Ramallah teilhaben." Mag sein, dass hier die Fantasie mit Sayed Kashua durchgeht. Sein Roman ist, bei allem Erfindungsreichtum des Autors, auch eine politische Analyse dessen, was in Israel "das demographische Problem" genannt wird: der wachsende Anteil arabischer StaatsbürgerInnen, der den "jüdischen Staat" von innen her in Frage stellt.

Js.

Sayed Kashuas Romane "Tanzende Araber" (279 Seiten) und "Da ward es Morgen" (303 Seiten) sind im Berlin Verlag erschienen und kosten jeweils 19,90 Euro.

33. Ladenhüter produzieren. Die Buchreihe "Baustelle" widmet sich Hobbyeisenbahnern, Punks und Pokerrunden

Autor: Michael Weber · Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak495/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:495:24

Michael Weber ist Schauspieler, Regisseur und Autor. Neben Engagements am Schauspiel Frankfurt, am Wiener Burgtheater oder am Deutschen Schauspielhaus in Hamburg führt er auch bei eigenen Produktionen Regie, wie derzeit am Hamburger Thalia-Theater. Mit zahlreichen Beiträgen im Rahmen der von Thomas Ebermann organisierten "Vers- und Kaderschmiede" ist Weber in letzter Zeit auch häufiger im Hamburger Kabaretthaus Polittbüro zu sehen. Gemeinsam mit FreundInnen hat er eine Reihe von eigenen und bearbeiteten Bühnentexten unter dem Titel "Baustellen lesen!" veröffentlicht. Im Folgenden stellt Michael Weber die Ursprünge und Entwicklung der "Baustellen" vor.

Der freie Gebrauch des Eigenen ist das schwerste", schrieb Friedrich Hölderlin 1801 an seinen Freund Böhlendorff. Und mit Hölderlin fing es an. Sein Briefroman "Hyperion" war mir, wie seine ganze Dichtung, als unangenehme Schullektüre, schwierig, dunkeldeutsch und voll unverständlichem Pathos in Erinnerung. Ich war allen Deutsche-Klassiker-Besserwissern auf den Leim gegangen, die so einen Autor für sich vereinnahmen und dazu raunen: "Jaja, Genie und Wahnsinn!" Alles Quatsch! Statt dessen: "Leben, Aufbruch und Scheitern." Als ich vor einigen Jahren, angestoßen durch Äußerungen von Hanns Eisler und Pierre Bertaux über Hölderlin, mehr über dessen privates und politisches Scheitern als deutscher Jakobiner erfuhr, war "Hyperion" plötzlich ein anderer, ein aktueller Text. Es gibt für mich bis heute keine dichterisch klarere Analyse des deutschen Leid-Wesens und keinen wütenderen Angriff dagegen als z.B. das vorletzte Kapitel dieses Romans. "So kam ich unter die Deutschen. Barbaren von Alters her ..."

Am Deutschen Schauspielhaus in Hamburg habe ich 1999 mit Freunden einen Theaterabend aus Textpassagen des "Hyperion" gemacht. Damals waren wir skeptisch, ob und wie viele sich dafür - außer uns - noch interessieren könnten. Es waren sehr viele, und wir spielen es bis heute noch und arbeiten weiter daran, diesen Autor aus dem Käfig der Eingeweihten zu befreien, die seine Einfachheit verkleistern und seine Radikalität entschärfen. Da es nach den Vorstellungen immer wieder die Frage nach dem Text und der Fassung gab, haben wir ein Buch herausgebracht, in dem wir unsere "Hyperion"-Lesart mit Kommentaren zum Text, Autor und zur Aufführung vorstellen.

Und so fing's an. Im Laufe der Zeit kamen andere Texte aus anderen Arbeiten am und mit Theater hinzu. Die Buchreihe - bis jetzt sind sieben Bände erschienen - trägt den Titel "Baustelle". Zu finden sind dort unter anderem auch eigene Texte, die jenseits der jeweiligen Umsetzungen auf der Bühne Bestand haben könnten. Dramatische Literatur - wer liest das, wer kauft das, wer braucht das? Die Verlage winkten ab, da es sich nicht lohne, zwar interessant sei, aber nicht ins Programm passe und-so-weiter-und-so-fort. Von Hölderlins "Hyperion" wurden übrigens zu seinen Lebzeiten nur wenige Exemplare verkauft. Das unter anderem hat uns auch ermutigt, dranzubleiben - wenn man nicht alles selber macht ...

Uns geht es um Selbstverständigung und um die Bilanz einer zwanzigjährigen Theaterarbeit, mit der Absicht, den Diskurs über Stücke und Texte nicht ganz dem Feuilletongeschwafel der großen Medien zu überlassen. Bei aller Unterschiedlichkeit sind die "Baustellen" vielleicht wahllos oder gar unprogrammatisch? Na ja, sie sind so folgerichtig wie der "freie Gebrauch des Eigenen". Und weitere Bände sind geplant. "Ich verspräche gerne diesem Buche die Liebe der Deutschen." So beginnt zumindest Hölderlins "Hyperion".

Michael Weber

Baustelle 1-7, je Band 9,90 Euro, alle Bände 65 Euro, in Hamburg: Druckerei, Buchladen im Schanzenviertel, Schulterblatt 55 oder bei: Blacktrash-Productions, 0234/9160830 und 040/316828, down@blacktrash.org.

Baustelle 1 - 7

Baustelle 1: "Hyperion"

Baustelle 2: "Der Hanullmann" - ein Einmann-Stück. Die Modellbahnanlage als Welterklärungsmodell, ein zwanghafter Hobby-Eisenbahner zerstört mit deutscher Gründlichkeit seine geliebte Modellbahnanlage und offenbart den Grad seiner eigenen gründlichen Zerstörung.

Baustelle 3: "Spielverderber" - ein fünfaktiges Versdrama über den Wunsch, einmal im Fernsehen zu sein, egal wie, und die tödlichen Intrigen der Machtpolitik, die dieses Medium für sich benutzt. 1989 von vier Schauspielern in Hamburg entwickelt - Barschel war vorbei, das Marlboro-Abenteuer-Team gab es schon, aber Möllemann, Big Brother und das Jungle-Camp sollten erst noch kommen.

Baustelle 4: "Hanky Panky Punk Bird" - Texte der Hamburger Punkband "Big Balls and the Great White Idiot". Aus 20 Jahren Punkgeschichte - ein Lyrik-Band.

Baustelle 5: "Maskerade". Geschrieben 1835 vom 21-jährigen Michail Lermontow, der sechs Jahre später in der Verbannung auf Veranlassung des zaristischen Zensors im Duell ermordet wird. Ein Spieler-Drama, in dem Liebe, Vertrauen, Freundschaft, Ehre nur noch an einem gemessen werden - was bringt's ein? Risiko, Einsatz, Gewinn und Ruin - die Welt, die sozialen Beziehungen als monströse Pokerrunde - und natürlich gibt es nur Verlierer. Ein Zeitstück in einer Welt der Global Players, in Frankfurt 2003 in Deutschland erstaufgeführt, in neuer und derzeit einzig greifbarer Übersetzung.

Baustelle 6: "Herzlichen Glückwunsch" - eine deutsche Familienkomödie. Unermüdlich und mit aller Anstrengung versuchen drei Brüder mit ihren Frauen am siebzigsten Geburtstag der Mutter die Reste einer "Geborgenheit im Familienkreise" aufrechtzuerhalten, die es niemals gegeben hat.

Baustelle 7: "Die Möwe" von Anton Tschechow in einer neuen Übersetzung. Auch ein russischer Klassiker - das Theaterstück über das Theater und die, die es machen. Die Autoren u.a.: Frank-Patrick Steckel, Christian Ebert, Christoph Finger, Peter Grund, Michael Weber.

34. Ohrenpropaganda

Autor: DSe · Rubrik: Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak495/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:495:28

Bereit?

Mit dem Album "Am I my Brothers Keeper?" und der Single "Bereit" melden sich Brothers Keepers zurück. Im Sommer 2001 reagierten die afrodeutschen MusikerInnen um Xavier Naidoo, Samy Deluxe, Torch, Denyo und vielen anderen mit der Single "Adriano (Letzte Warnung)" gegen die Übergriffe und Mordanschläge der Neo-Nazis zu Wort. Musikalisch hat das neue Album einiges zu bieten, aber politisch hat sich Grundlegendes geändert. Mit Toni L., Such a Surge, Gentleman etc. sind nun auch nicht-schwarze KünstlerInnen beteiligt. Und ausgerechnet Mia hat man eingeladen, einen Song beizusteuern. Die segelte zuletzt mit dem Titel "Nicht mehr Fremd im eigenen Land" auf der rot-grünen Patriotismuswelle. Und obwohl es einige Frauen auf dem Album zu hören gibt: Der Titel "Brothers" muss ernst genommen werden, denn von den ehemaligen Sisters Keepers, die seinerzeit noch auf dem Album "Lightkultur" mit einem Song in der Rubrik Alibi-Frauen vertreten waren, ist jetzt keine mehr dabei. Dabei haben die Sisters inzwischen einen eigenen Verein gegründet, gehen ebenso wie die Männer auf Schultouren und treten auf Konzerten und Benefizen auf. (DSe)

Brothers Keepers, Am I my Brothers Keeper? www.brothers-keepers.de

Ballett und Bambule

Auf dem Cover oder dem Begleittext ist kein Hinweis auf ihn zu finden, aber direkt auf der CD steht sein Name quer auf einem stilisierten Brotlaib: Fred Hampton. Hampton war führendes Mitglied der Black Panther Party for Self-Defense in Chicago und wurde Ende 1969 in Rahmen einer geheimen FBI-Aktion brutal ermordet. Einfach nur den Namen hinschreiben, dass ist eines der Stilmittel, mit dem das Schwabinggrad Ballett aus dem Umfeld des Hamburger Butt-Clubs arbeitet: "Flexible Auftrittsstrategien, die Verwirrung stiften sollen, Formen aufbrechen, politisieren, reaktivieren", charakterisieren sie selbst ihre Kunst. Ihre Wirkungsstätten sind Lesungen, Ausstellungen, Konzerte und selbstverständlich Aktionen, gern auf der Straße. Ende 2002 z.B. mischte sich das Ballett mit der "Geiz-ist-geil-Parade", kostümiert als Häschen und Astronauten, in die Bambule-Aktivitäten in der Hamburger Innenstadt ein, sang auf die Melodie von "Life is life" "Geiz ist geil". Knarf Rellöm, Ted Gaier, Bernadette la Hengst, DJ Patex und einige mehr gehören zum Schwabinggradballett. Ende Mai wird nun die erste CD des Balletts erscheinen: hör- und denkintensiv. Was JournalistInnen über die CD zu schreiben haben, dafür liefert der Begleittext klare Anleitung: "Geile Scheibe" zum Beispiel. Das ist sie, jedenfalls in dem Sinne, dass sie als Werk von "Pop-Linken" kaum Gefahr läuft, in irgendeiner Form vom Mainstream als schick empfunden zu werden. Auch musikalisch ist der Genuss fraglos mit dem Siegel des Side-Flow gestempelt. In jedem Fall aber: Harte polit-akustische Arbeit, die über die Ohren zum Hirn geleistet werden muss. (DSe, www.rock-links.de)

Schwabingrad Ballett, www.schwabinggrad.org

Zwischen Hip und Flop

Während die Musikbranche lamentiert, dem HipHop in diesem Land gehe es schlecht ginge, erscheinen weiterhin zahlreiche CDs dieser Musiksparte. Auch Lea-Won vom HipHop-Partisan-Netzwerk aus München hat gerade die CD "Trotzdem und gerade deshalb" fertig gestellt. Lea-Won rappt für "Autonomie" und konzentriert sich heftig auf die Reime. Dadurch kommen aber die Beats etwas zu kurz und das Ganze ist musikalisch nicht sonderlich prall.

Unter dem Motto "richtig ätzend" wird in Berlin gerappt: Aggro-Berlin ist da an erster Stelle zu nennen. Sexismus pur. Nicht ganz weit davon entfernt liefert der im Iran geborene Siamak mit seinem Neuwerk "Pimp of Persia" ein lebendiges Beispiel, wie bescheuert HipHop sein kann. Und da sind sich PromoterInnen von dem zu BMG gehörenden Label No Limits nicht zu schade, Songs wie "Bitches auf Klassenfahrt" als "innovative Idee in Sachen Storytelling" zu bezeichnen. Darin träumt sich Siamak in absurde Phantasien über Frauen, die nur nach Berlin kommen würden, um überall rumzuficken. Dies ist kein Ausrutscher, sondern hat System.

Bleiben wir beim selben Label in derselben Stadt: "Heavy Rawtation" hat der MC Ono sein neues Album überschrieben und spielt damit eindeutig in einer höheren Liga. Ono dürfte den meisten wegen seiner

Beteiligung an dem afrodeutschen HipHop-Projekt Brothers Keepers bekannt sein. Zuletzt war er im Vorprogramm von Max Herre live zu hören. An dem Album hat Ono lange und gut gearbeitet, denn musikalisch ist es ein überaus komplexes und abwechslungsreiches Werk geworden. (DSe)

Lea-Won, Trotzdem und gerade deshalb, www.lea-won.net; Ono, Heavy Rawtation, www.ono-misc.de; Siamak, Pimp of Persia, www.pimopofpersia.com.

Aus Tradition links

"pläne records ist ein Independent-Musik-Label mit Sitz in Dortmund. Gegründet 1961 als Autorenverlag, steht pläne traditionell ‚links`. Hauptprogramm war und ist immer schon world-music und deutschsprachige Musik mit ‚Inhalt`." So stellt sich Pläne auf der eigenen Homepage den BesucherInnen kurz und präzise vor. Aus Anlass des 40-jährigen Bestehens als Plattenfirma haben die pläne-MacherInnen die Doppel-CD "Marsch der Minderheit - 40 Jahre deutsches Lied bei ‚pläne`" zusammengestellt. Von Hüsch und Süverkrüp über Degenhardt und Wader bis hin zu Ina Deter, Inga Rumpf und Rotes Haus ist dort einiges an Prominenz vertreten. Auf einer weiteren Jubiläums-CD gibt es außerdem eine Sammlung der bei pläne veröffentlichten Abteilung "Weltmusik" mit Songs aus Südamerika, Russland, Israel, USA, Spanien, Frankreich, England, Schottland, Griechenland, Irland und anderen Teilen der Erde. (DSe)

pläne, "Marsch der Minderheit - 40 Jahre deutsches Lied bei ‚pläne'" und "40 Jahre plaene@world", www.plaene-records.de

35. Laboratoriumsparade. Der Euromayday als Suchprozess im Terrain der Prekarität

Autor: Vorbereitungskreis Euromayday Hamburg · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak495/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:495:32

1. Mai in Hamburg: Im Anschluss an die offizielle Gewerkschaftskundgebung formierten sich 3.000 bis 4.000 Menschen zur Euromayday-Parade - eine beeindruckende Zahl, die locker an die der TeilnehmerInnen der DGB-Demo heranreichte. Der erste Euromayday in Deutschland war auf die Straße getreten.

Unser Wunsch ist ein experimenteller 1. Euromayday in Hamburg. Wir sehen es als kleines Labor, in dem neue und ungewohnte Formen von sozialen, gewerkschaftlichen und politischen Kooperationen ausprobiert und geprüft werden." Wie diese neuen Formen, von denen im Aufruf für den Euromayday in Hamburg gesprochen wurde, aussehen können, haben Veranstaltungen, Aktionen und vor allem die Parade am 1. Mai gezeigt.

Zahlreiche Kostüme, Transparente und Sketche thematisierten Migration, Prekarisierung und Aneignung. Auf einem Hochzeitswagen wurde die Schutzheirat als Antwort auf Illegalisierung offensiv vertreten, das Bolzenschneiderballett machte auf praktische Ansätze gegen Lager aufmerksam. Während eines Redebeitrages zu den Arbeitsverhältnissen bei der Einzelhandelskette Lidl wurde ein Transparent auf dem Dach einer Filiale des Discounters enthüllt. "Wie streike ich als Ich-AG?", "Kein Bock auf noch 'n Minijob? Klau zurück", "No lager. For freedom of movement" - so lauteten zahlreiche Slogans. Nicht zuletzt verschiedene Soundsystems und eine Sambaband machten deutlich, dass Politik auch jenseits von falscher Ernsthaftigkeit und Verbissenheit möglich ist.

Experimente und Suchprozesse

Die Spitze der Parade bildeten AktivistInnen aus dem NoLager-Spektrum, vor allem der Flüchtlingsinitiative Brandenburg, die gegen Residenzpflicht und Lager protestierten. Auffällig war auch die zahlreiche Beteiligung von Studierenden. Ihr "Summer of resistance" richtete sich gegen die geplante Einführung von Studiengebühren und gegen den zunehmenden Druck, schlechtbezahlte und unsichere Jobs annehmen zu müssen. Die Unterschiede und vor allem Hierarchien zwischen Studierenden und Flüchtlingen sind offensichtlich. Dennoch besteht die Stärke des Begriffs "Prekarisierung" darin, trotzdem einen gemeinsamen Bezugspunkt und vielleicht auch eine gemeinsame Perspektive zu schaffen. Dies drückt sich nicht zuletzt in der Zusammenarbeit von Gruppen mit antirassistischen und sozialen Ansätzen aus. Die Vorbereitung in Hamburg wurde unter anderem von Kein Mensch ist illegal, der Gesellschaft für Legalisierung und hamburg umsonst getragen.

Am Vormittag des 1. Mai hatten 40 AktivistInnen der Umsonst-Kampagnen und der Überflüssigen das Buffet des Gourmetrestaurants Am Süllberg im Villenvorort Blankenese geplündert. Unter dem Motto "Die fetten Jahre sind vorbei" machten sie deutlich, dass sie angesichts des riesigen gesellschaftlichen Reichtums nicht länger bereit sind, sich mit ihren immer schlechteren Arbeits- und Lebensbedingungen abzufinden. In dem Nobelrestaurant sind Arbeitstage von 12 bis 16 Stunden und unbezahlte Überstunden keine Seltenheit. Die Aktion fand breite Beachtung in den Medien und macht deutlich, wie Aneignung als Antwort auf Prekarisierung aussehen kann.

Europaweit ist Prekarisierung zum verbindenden Begriff geworden. Ob Mailand, Barcelona, Paris, London oder Amsterdam: In vielen Städten hat es Aktionen und Paraden im Rahmen des Euromayday gegeben. Formen konkreter Zusammenarbeit und erste Ansätze einer gemeinsamen Sprache sind entstanden. Bei einer der zahlreichen Mobilisierungsveranstaltungen in Hamburg berichteten die Intermittants aus Frankreich über die spektakulären Proteste gegen die massiven Einschnitte in die Arbeitslosenversicherung für KulturproduzentInnen. Gleichzeitig stellte die Gruppe Kleines Postfordistische Drama ihren Film über die Selbstuntersuchung von deutschen KulturproduzentInnen und deren weitgehend individualisierten Umgang mit dem eigenen Alltag vor. Gerade dieser Kontrast verwies auf die Notwendigkeit, die eigenen prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen zu einem Ausgangspunkt für kollektives Handeln zu machen. Die Frage nach kollektiven Perspektiven stand auch im Mittelpunkt der Veranstaltung "Organisierung in der Prekarität. Jobberläden und Workers Center". Vor allem die Frage der Orte und Räume spielte in dieser Diskussion eine

wichtige Rolle. Die Vorstellungen reichten von sozialen Zentren über die Vernetzung von bereits bestehenden Anlaufstellen bis hin zu mobilen Büros. Zugleich wurde darüber diskutiert, welche Bedeutung (kollektive) Beratung bei dem Versuch hat, sich über den engen Kreis linker AktivistInnen hinaus im prekären Alltag zu verankern.

Gemeinsamkeit Prekarität

Ähnliche Fragen tauchten auch bei einem Themenabend des DGB auf. Valery Alzaga von der amerikanischen Dienstleistungsgewerkschaft S.E.I.U. und ein Vertreter der IG Bau/Europäische Wanderarbeitergewerkschaft diskutierten über die Erfahrungen mit der Organisierung von Illegalisierten. Dennoch: Innerhalb der Gewerkschaften handelt es sich dabei um erste zaghafte Ansätze. Wenn es um Fragen von Migration und Prekarisierung geht, überwiegen weiterhin Abwehr und Desinteresse. Dennoch halten wir es weiterhin für richtig, die Zusammenarbeit mit linken Kräften innerhalb des DGB zu suchen.

Von vorneherein haben wir den Euromayday als einen Prozess begriffen, in dem wir gemeinsam nach Antworten auf die umfassende Prekarisierung suchen. Erst die Abkehr von Phrasen und Ritualen, die gerade den 1. Mai prägen, macht es möglich, Räume zu öffnen, in denen neue Antworten gefunden werden können. In diesem Zusammenhang ist die Fähigkeit, im Alltag kollektive Kämpfe zu führen und dort die Frage nach einer anderen Gesellschaft zu stellen, von entscheidender Bedeutung. Davon sind wir an vielen Punkten noch weit entfernt. Dennoch war der 1. Euromayday mit seinen Experimenten und vor allen mit seiner Offenheit ein Schritt in die richtige Richtung.

Vorbereitungskreis Euromayday Hamburg

36. Angepasster Aufreger. Die Ausstellung Zur Vorstellung des Terrors. Die RAF - eine Bilanz

Autor: Gottfried Oy/Christoph Schneider · Rubrik: RAF; Zeitgeschichte; Geschichte der BRD; Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak495/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:495:33

Das Geschrei um die "Terror-Ausstellung" war groß, da gab es noch wenig mehr, als ein vorläufiges Konzeptpapier. Zur Vorstellung des Terrors. Die RAF, die erste Gesamtschau der Kunst zur RAF in der Bundesrepublik, schloss nun nach gut vier Monaten in Berlin die Pforten und geht mit einem ersten Gastspiel in Graz in diesem Sommer auf Reisen. Die mediale Aufmerksamkeit war, zumindest zu Beginn, riesig, einen "Aufreger" lieferte die Ausstellung indes nicht mehr. Zu sehr angepasst an die hegemoniale Geschichtsschreibung gaben sich die KuratorInnen Ellen Blumenstein, Klaus Biesenbach und Felix Ensslin als das noch Zweifel gegenüber ihrer Seriosität hätten aufkommen können.

Die Bedingungen der Reflexion haben sich, so zeigt die Debatte um die Ausstellung, trotz der Niederlage der RAF und ihrer Auflösung kaum gewandelt. Wer daran erinnert, dass die Verfügungsmacht über die Mittel zur Sachaufklärung schon immer bei staatlichen Stellen lag und darauf beharrt, dass diese bis heute instrumentellen Gebrauch davon machen, wird als Parteigänger identifiziert. Es gibt zwar keinen Gegner mehr, aber noch einen Antagonismus.

Die Geschichte der RAF habe als medial ge- oder überformte den Charakter eines Phantasmas. Da wir alle von den Bildern, in denen diese Geschichte über uns kam, gebannt seien, gehe es darum, diese Bilder wieder zu vereinzeln, anstatt sie, wie etwa in den Massenmedien, zu verdoppeln. Dadurch entstehe eine "reflexive Distanz", so Felix Ensslin. Probates Mittel dazu sei die Dekontextualisierung, eine Wiedersichtbarmachung im Zugriff der Kunst.

Erst die Kunst ermögliche es, die mediale Repräsentation der RAF zu durchleuchten und so aus dem Material der Medien das ganz Andere zu bergen, pflichtet Ellen Blumenstein Ensslin bei. Diese Fundierung ernst zu nehmen hieße allerdings auch, sich mit der Herkunft der Bilder der RAF auseinander zu setzen. Worauf beruht denn nun deren Faszination? Der Einschätzung, dass es ein "Spiel mit den Medien" sowie eine "mediale Selbstinszenierung", so Blumenstein, gab, stellt sich etwa Astrid Proll entgegen, die betont, dass das Bild der RAF in erster Linie ein Polizeibild war. Neben der Herkunft der Bilder ist zudem die Art und Weise ihrer Inszenierung durch die Medien sowie die in je verschiedenen politischen Kontexten unterschiedlichen Aneignungsweisen von Bedeutung. Zwischen 1970 und 1977 existierten allerdings gar keine selbst inszenierten Bilder der RAF. Vielmehr galt, so Proll, zu diesem Zeitpunkt der Grundsatz: "Wer sich zeigt, verliert." Erst im Nachhinein verschwimmen siebziger Retro-Schick, unscharfe Erinnerungen und Erzählungen von 68ern wie Familiengeschichten zu einem Bild der RAF, das sich seiner Herkunft kaum bewusst ist. Wenn sich auch viele der künstlerischen Arbeiten der Ausstellung mit Fahndungsfotos auseinander setzen, diese aufgreifen, verfremden und umarbeiten, so gelingt es doch nur ansatzweise, deren ästhetische Wirkungsmacht und zugleich deren Herkunft zu thematisieren.

Ausgangspunkt der Ausstellung ist das Medienmaterial. Zwischen dem 2. Juni 1967 (der Polizist Karl-Heinz Kurras erschießt Benno Ohnesorg) und dem 20. April 1998 (Auflösung der RAF) werden, mit einem deutlichen Schwerpunkt in den siebziger Jahren, 29 von den KuratorInnen in den Kontext der RAF gestellte Ereignisse in ihrer Darstellung in Printmedien und Fernsehen präsentiert. Neben Ereignissen, die vor Gründung der RAF liegen, finden sich in der Aufreihung auch das Olympiaattentat des Schwarzen September 1972 und die Entführung der Lufthansa-Maschine Landshut 1977 durch ein palästinensisches Kommando. Die Auswahl von Ereignissen ohne Beteiligung der RAF setzt sich auch bei der Auswahl der Kunstwerke fort: "dial H-I-S-T-O-R-Y" von Johan Grimonprez und "The Nurse and the Hijackers" von Eleanor Antin etwa setzen sich mit Flugzeugentführungen auseinander und verweisen somit jenseits der tatsächlichen Geschichte der RAF auf die "Terror"-Klammer der Ausstellung.

Das ganz Andere bergen

Bewegt man sich nun in diesem gigantischen Pressespiegel der Ausstellung, kann, gemessen an der heutigen medialen Präsenz, kaum von einer "Bilderflut" gesprochen werden. Im Abstand von drei Jahrzehnten erscheinen die Bilder ziemlich übersichtlich. Halbherzig wiederum wird in der Ausstellung subkulturelles

Medienmaterial präsentiert. Im Blick auf die verschiedenen Facetten des politischen Untergrunds offenbart sich eine generelle Indifferenz der Ausstellung: Wer eigentlich gemeint ist - Bewegung 2. Juni, RZ, RAF oder gar die Neue Linke in ihrer Gesamtheit - bleibt unklar. Die Ausstellungsstücke sind bunt gemischt, von Klaus Staeck-Plakaten bis zu Agit 883-Ausgaben reicht das Sammelsurium maßgeblich bundesdeutscher Druckerzeugnisse. Völlig unterbelichtet bleibt der internationale Aspekt des bewaffneten Kampfs, ein vager Vietnamhinweis und einige Publikationen der Black Panther reichen nicht aus, um einen Eindruck davon zu vermitteln, wie damals das Konzept Stadtguerilla diskutiert wurde.

Von den Kunstwerken selbst sind gerade jene die interessantesten, die dokumentarisches Material verwenden und sich mit dessen Inhalten auseinander setzen. Klaus vom Bruchs Videofilme des Alternativ Television etwa bieten durch die Art und Weise des Zusammenschnitts interessante Einblicke in die Argumentationsweisen der Anwälte oder die Hysterie der Sympathisantendiskussion. Weit stärker präsent sind allerdings personalisierende und privatisierende Zugänge. Hier bleibt entweder von der RAF nicht viel mehr als eine schwärmerische Teenager-Fantasie, die die Popkultur mittels Verkitschung auf die Spitze treibt, etwa in den Arbeiten von Sue de Beer ("Hans & Grete") oder Erin Cosgrove ("The Baader-Meinhof-Affair Timeline" und "A Heart Lies Beneath"). Oder das mimetische Einfühlen in die Gefühlswelt einzelner RAF-Mitglieder schlägt fehl, weil zum wiederholten Mal das, was Historiker Quellenkritik nennen, außer acht gelassen wurde. Der Film "Überfahrt" von Rainer Kirberg versucht sich an der Rekonstruktion der Dialoge von RAF-Aussteigern, die sich auf ihre Zeit in der DDR vorbereiten - ohne zu reflektieren, dass das Wissen über die Akteure und diese historische Phase maßgeblich auf Kronzeugenaussagen beruht - und somit zumindest problematisiert werden müsste. Andere Arbeiten wiederum verlieren sich völlig in banalen und wohl bekannten Klischees: Der RAF-Täter als Kamikaze-Kämpfer ("Kamikaze" von Astrid Klein), als Durchgeknallter, bzw. -gebrannter ("Entladung der Militanz" von Rudolf Herz) sowie als Nazi-Typ ("Nibelungen" von Lutz Dammbeck).

Die Geschichte der RAF ist die ihrer Bekämpfung. Öffentliche Fahndung, Sicherheitspanik und Pressekonferenzen haben einen breiten medialen Niederschlag gefunden. Schon von den Gesetzesverschärfungen bis hin zum Kontaktsperregesetz kann dies nicht behauptet werden, weitgehend leer ist der Bildspeicher hinsichtlich der Maßnahmen, deren nachträgliche Bekanntgabe nicht selten in Chiffren mündete: "wurde tot aufgefunden." Eine Fülle von Ereignissen hat sich nicht in ikonographischen Bildern und Mythologie kompatiblen Zeichen niedergeschlagen. Es gibt eine frappante mediale und ikonische Leere, sie erstreckt sich nicht zufällig auf Staatshandeln.

Leerstellen der Ausstellung

Um sich also eine Vorstellung zu machen, bedürfte es oftmals zunächst einer Darstellung des kaum oder gar nicht Repräsentierten. Warum starben z.B. Thomas Weissbecker oder Elisabeth van Dyck? Sie wurden, lässt sich vertreten, Opfer einer shoot-to-kill-Fahndung. Die Gewissheit, dass Derartiges in der Bundesrepublik nicht geschehen kann, beruhte zum einem darauf, dass die RAF-"Sympathisanten" behaupteten es geschehe, und zum anderen auf der demokratischen Selbstinszenierung Westdeutschlands. In den polizeilichen Darstellungen zu diesen Abläufen gab es indes Widersprüche, die die Vorwürfe begründeten. Ähnliches gilt auch für die Frage nach der Ursache des Sterbens der Stammheimer Gefangenen. Es ist sicher richtig, wie Felix Ensslin gelegentlich betont, dass es zu einem Glaubensbekenntnis wurde, ob man von Mord oder Selbstmord ausging. Aber das zu konstatieren reicht nicht hin, wenn man nicht insgeheim nur diejenigen der ideologischen Festlegung bezichtigt, die den Mordvorwurf formulierten. Ausgeblendet wird, dass sich die Frage an faktischen Widersprüchen festmachte. Bei Ulrike Meinhof reichten sie so weit, dass eine internationale Untersuchungskommission zu dem Ergebnis kam, dass sich ein Selbstmord in der von den Behörden behaupteten Weise nicht habe zutragen können. Hinsichtlich des Todes von Ensslin, Baader und Raspe nährte sich das Misstrauen - neben forensischen Ungereimtheiten - aus den Umständen. Die Gefangenen waren seit sieben Wochen ohne Anwalts- oder Angehörigenbesuch, sie wurden mehrfach innerhalb des 7. Stocks von Stammheim in andere Zellen verlegt, wobei jeweils die Zelleneinrichtung durchsucht wurde und trotzdem sollte es ihnen die ganze Zeit gelungen sein, zwei Schusswaffen zu verbergen.

Spätestens seit Bad Kleinen, als sich die Verfertigung einer historisch vertretbaren Version des Todes von Wolfgang Grams über Wochen erstreckte und aus dem Faktum einer Hinrichtung mit aufgesetzter Waffe "Pannen und Führungsmängel" wurden, konnte jede und jeder wissen, dass platte Behauptungen mitunter einer banalen Wirklichkeit gerecht werden. Dieses Thema abzutun, weil die Antworten einmal einem

Fraktionszwang unterlagen, impliziert die Entscheidung, die außerordentlich inkonsistenten Darstellungen der Inneren Sicherheit für die Geschichtsbücher zu übernehmen.

Die KuratorInnen interessiert nicht nur nicht, dass die Geschichtsschreibung, wenn man sie tatsächlich in einem emphatischen Sinne betreibt, hier nur umkämpft sein kann, sie interessiert auch nicht die Unabgeschlossenheit dieser Geschichte. Einige Leute, die auf die vier noch - zum Teil bereits seit 22 Jahren - in Haft befindlichen RAF-Gefangenen aufmerksam machen wollten, wurden zu Ausstellungsbeginn vom Hof der Kunst-Werke gescheucht.

* * *

- Die Strategie der Einkreisung der Städte, wie sie in frühen Schriften der RAF proklamiert wurde, verlängerte umstandslos Verhältnisse Lateinamerikas auf Verhältnisse in Westeuropa.

- Der Antiimperialismus war immer gepaart mit einem Befreiungsnationalismus, der sich systematisch blind machen muss für eine Fülle von Aspekten, die sozialer Befreiung Hohn sprechen.

- Der Antizionismus der RAF entsprach nicht nur dem in der Linken verbreiteten schlechten Standard, er mündete in nazistische Vernichtungspolitik bagatellisierende Argumente und antisemitische Anschläge.

So zu sprechen, heißt die RAF politisch zu kritisieren. Sie politisch zu kritisieren, heißt sie als originär politisches Phänomen zu begreifen. Sicherlich bleibt kein Aufbegehren gegen (staatliche) Autorität unberührt von Stilisierungen, Projektionen und nicht-rationalisierbaren Dispositionen. Weil aber eben kein Aufbegehren davon frei ist, ist die Verengung auf eine Rekonstruktion psychischer Konstellationen eine Entpolitisierung.

Entpolitisierung und Historisierung

Der derzeit stattfindende Prozess der Historisierung verknüpft dies mit einem eilfertigen Moralismus und der programmatischen Legitimation staatlicher Gewalt. Weil heute niemand die Analyse und die Politik der RAF vertritt und weil das Reden über Gewalt im Kontext linker Politik delegitimiert ist, haben die Generationstheoretiker, Familienromanschreiber und Totalitarismusphilosophen freie Fahrt. Dabei war selbst die polizeiliche Bekämpfung der RAF immer geleitet von der Einsicht, dass es sich weder um Kriminelle noch um eine Sekte handelte. Im Kern wussten die staatlichen Stellen, dass ihre Macht gemeint war, dass es sich nicht um ein blindes, adoleszentes Abenteurertum handelte, und dass die Gründe der RAF durchaus als Gründe verstanden werden konnten, d.h. nicht von pathologisierenden Ursachenerklärungen zu verdrängen waren. Auf eine biedere Weise tritt man heute an, diese Einsichten ungeschehen zu machen - das ungefähr meint derzeit Historisierung.

Zur Vorstellung des Terrors. Die RAF stellt somit eine Facette in einem tatsächlich Mythen festschreibenden Historisierungsprozess dar - allerdings handelt es sich dabei nicht unbedingt um die Mythen der RAF.

Gottfried Oy/Christoph Schneider

Anmerkung:

1) Bei den Gefangenen handelt es sich um Eva Haule, Birgit Hogefeld, Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar.

Die Ausstellung wird vom 24. Juni bis 28. August 2005 in Graz gezeigt. Der Katalog: Klaus Biesenbach (Hg.): Zur Vorstellung des Terrors. Die RAF. Eine Ausstellung. 2 Bd. Steidl Verlag, Göttingen 2005, 996 Seiten, 65 Euro. Eine ausführliche, ungekürzte Fassung dieses Textes erscheint im Juni in Bernd Hüttner, Gottfried Oy, Norbert Schepers (Hg.): Vorwärts und viel vergessen - Beiträge zur Geschichte und Geschichtsschreibung neuer sozialer Bewegungen. Verlag AG SPAK, Neu-Ulm 2005

37. Rückfall als Kompromiss. DKP-Programmdiskussion lässt Rollback erkennen

Autor: Henning Böke · Rubrik: DKP - SEW · CD-Datei: daten/aksuche/ak495/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:495:06

Auf dem 17. Parteitag der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) im Februar war vor allem der Wille der konkurrierenden Strömungen zum Kompromiss erkennbar. Kurz darauf wurde eine "Diskussionsgrundlage für den Entwurf des Parteiprogramms" vorgelegt.

In ak 493 prognostizierte der Berichterstatter, dass das künftige Programm der DKP auf einen zentristischen Formelkompromiss zwischen Orthodoxen und den Kräften einer vorsichtigen Öffnung und Erneuerung hinauslaufen wird. Anhand der neuen "Diskussionsgrundlage" kann das jetzt präzisiert werden. In einigen Punkten konnten die Orthodoxen ihre Deutungsmacht behaupten und sogar einen Rollback durchsetzen.

Das hängt damit zusammen, dass das orthodoxe Lager mit Professor Hans Heinz Holz einen wortgewandten und hinreichend flexiblen philosophierenden Universaldilettanten auf seiner Seite hat und ansonsten die offiziellen TheoretikerInnen der Partei vorwiegend dem alten Apparat entstammen und entsprechend denken. Beteiligt waren an der Erarbeitung der "Diskussionsgrundlage" neben Holz der Parteiveteran Willi Gerns als zentristischer Traditionalist, die stellvertretende Parteivorsitzende Nina Hager als Verfechterin einer Entdogmatisierung und Modernisierung des DDR-Lehrbuchmarxismus und der Erneuerer Leo Mayer. Letzterer ist als Ökonomie-Sachverständiger und erfahrener Gewerkschafter unverzichtbar.

Ergebnis der Bemühungen dieses Quartetts ist ein Mischgebräu verschiedener Diskurse ohne Kohärenz, in dem Begriffe kaum wirklich durchgearbeitet werden, sondern in erster Linie als Duftmarken und Identitäts-Codes dienen. Gegen Ende ist von Solidarität mit "unterdrückten Völkern" und "antiimperialistischen Befreiungsbewegungen" die Rede. Wenn man glaubt, das gehöre heute in ein kommunistisches Programm, so müsste man schon sagen, was man damit meint - das hätte aus den heftigen Auseinandersetzungen, die in der DKP um die Einschätzung der Kräfte des bewaffneten Widerstands im Irak geführt wurden, deutlich werden müssen. Aber eine systematische Klärung unterbleibt.

Verklärung des Realsozialismus

Die Begriffe "Globalisierung" und "Neoliberalismus", für die Ultraorthodoxen (vor allem im Osten) bürgerliches und revisionistisches Teufelszeug, nehmen breiten Raum ein. Der Neoliberalismus wird als neues Akkumulationsmodell und integrales Gesellschaftsprojekt beschrieben. Aber dessen Analyse fällt dürftig aus, weil eine ökonomistische Erklärung mit einem moralisierenden Supplement versehen wird: Da hat das Kapital, um seine Verwertungsprobleme zu beheben, ein Gesellschaftsmodell der Individualisierung und Brutalisierung ausgeheckt und mittels Medienmanipulation den Massen aufs Auge gedrückt. Überhaupt nicht verstanden wird, dass der Neoliberalismus auch ein Produkt von Auseinandersetzungen ist, in denen alte Sozialstrukturen brüchig wurden und das Kapital sich Bestrebungen der Emanzipation von ihnen zu Nutze machen konnte. Nach wie vor tut die DKP sich schwer mit dem Verständnis der Komplexität sozialer Konflikte.

Die Darstellung des historischen "realen Sozialismus" wurde weitgehend wörtlich aus den "Sozialismusvorstellungen der DKP" von 1998 entnommen, jedoch mit ein paar kleinen Änderungen, die es allerdings in sich haben. Die neue Fassung fällt hinter den Diskussionsstand der 1990er Jahre zurück, indem sie das damals erreichte Maß an Einsicht zurückschraubt, die Kritik am Realsozialismus ins Ungenaue entschärft und sie mit Zuckerguss wie "Das Leben war geprägt durch soziale Sicherheit und Vertrauen in die Zukunft" neutralisiert. In fataler Weise "präzisiert" wurde im neuen Dokument nur die Darstellung des Endes: 1998 war noch von einem "Zerfall des revolutionären Charakters der Sowjetgesellschaft" die Rede. Heute dagegen heißt es: "Endgültig wurde der Weg für die Niederlage des realen Sozialismus in Europa frei, als unter inneren und äußeren Einflüssen revisionistische Kräfte in der KPdSU und regierenden Parteien anderer sozialistischer Staaten die Oberhand gewannen." Die Ursache der Implosion war also Verrat.

Weltanschauung light - das DKP-Mixgetränk

Aber der größte Knüller der "Diskussionsgrundlage" ist ein Unterabschnitt "Bedeutung der Arbeit", aus dem nur zwei Sätze zitiert seien: "Der Kapitalismus zerstört mit seinem neoliberalen Konzept, die Arbeitskraft ausschließlich als Kostenfaktor zu sehen, nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch immer mehr den humanen

Charakter von Arbeit." Man wüsste gerne, worin denn der humane Charakter der Fabrikarbeit vor der Heraufkunft des Neoliberalismus bestanden haben soll. Schlussfolgerung: "Es geht nicht um die ‚Befreiung von der Arbeit`, sondern um die Befreiung der Arbeiterklasse von kapitalistischer Ausbeutung." Es lebe die Arbeiterklasse ohne Kapitalisten. Im Sinne einer "Weltanschauung", in der die dialektisch bewegte Materie in der Arbeit zu ihrem Selbstbewusstsein und die Arbeiterklasse im Sozialismus zu ihrer staatlichen Selbstverwirklichung gelangt, ist das stringent - für Bewegungen sozialer Emanzipation dagegen wohl kaum.

Die Erfahrungen anderer kommunistischer Parteien zeigen die Untauglichkeit zentristischer Kompromisse. Die jüngeren Leute, die heute ein Bedürfnis nach "marxistisch-leninistischer Weltanschauung" haben, wollen in der Regel die Hardcore-Version. Diejenigen dagegen, die mit Marx den Kommunismus als "die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt" verstehen, merken, dass die ML-Weltanschauung deren Verständnis eher behindert als fördert. Die Weltanschauung light der DKP-Führung braucht niemand - und einen Cocktail aus vulgärmarxistischer Neoliberalismuskritik, Arbeitsideologie und Realsozialismus-Verklärung schon gar nicht.

Es gibt Grund- und Kreisorganisationen der DKP, die an der Basis gemeinsam mit anderen wertvolle Arbeit leisten und dabei durchaus ein fortgeschrittenes Diskussionsniveau erkennen lassen. Der Möglichkeit, solche Lernprozesse programmatisch umzusetzen, scheinen jedoch strukturell unüberschreitbare Grenzen gesetzt.

Henning Böke

38. Eine komplexe Landkarte. Der BUKO 28 lässt Raum für Widersprüchlichkeiten

Der BUKO 28 ließ Raum für Widersprüchlichkeiten

Autor: Doro Wiese · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak495/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:495:35

Innere und äußere Landnahme: So lautete das Thema des diesjährigen BUKO-Kongresses, der vom 5. bis 8. Mai in Hamburg stattfand. Mit etwa 700 TeilnehmerInnen aus dem Spektrum der undogmatischen Linken konnte der BUKO an die Moblisierungserfolge der letzten Jahre anknüpfen.

Dabei sollte gerade die Mehrdeutigkeit des Begriffs "Landnahme" es erlauben, ihn vielfältig zu besetzen. Von kämpferischer Landnahme bis zum Betreten von Neuland ging die Reise; die neoliberale, warenförmige Vereinnahmung des Eigenen und Innersten - Körper, Gefühle, Identität - sollte ebenso thematisiert werden wie die Kämpfe gegen eine neoliberale und neokoloniale Inbesitznahme.

Schnittpunkte und Schnittmengen

Folgerichtig hatte nicht nur der Kongress mehrere Schwerpunkte - Arbeit, Biopolitik, Kolonialismus - sondern innerhalb der Themenstränge ging es auch darum, Schnittpunkte und Schnittmengen zwischen scheinbar Auseinanderliegendem herauszuarbeiten. Geschichtlichkeit und Aktualität, Nord und Süd, das Recht auf Arbeit und das Recht, sich der Nutzbarmachung durch Arbeit zu entziehen: So hießen einige der Gegensatzpaare, die nur in gegenseitiger Abhängigkeit voneinander existieren. Dennoch erlauben ihre spezifischen Eigenschaften und Mechanismen es nicht, die Schranken zwischen ihnen fallen zu lassen. Es hieße, ihre konkrete Einbettung in Machtformationen zu benennen und so die Einsicht in ihre Funktionsweisen zu unterbinden. Folglich zeichnete es den diesjährigen BUKO aus, dass kein einzelnes Ergebnis und keine eindeutige Handlungsanweisung sein Ergebnis war. Vielmehr entrollte sich eine komplexe Landkarte, auf der sich Verbindungs- und Trennlinien abzeichneten.

Deutlich wurde diese Komplexität bereits bei der Auftaktveranstaltung "Was wird der Tsunami gewesen sein?" Dass eine Naturkatastrophe schnell eine gesellschaftliche wird, offenbart sich an den Folgen des Tsunami, die jedoch im Unterschied zu den medialen Direktübertragungen nicht vermittelt werden. Hatte sich bereits während der Flutkatastrophe abgezeichnet, dass die Armen und Reichen dieser Welt unterschiedlich behandelt werden, dienen die Spendengelder und Schuldenerlasse oftmals einer korrupten und autoritären politischen Kaste zur Eigensanierung und zu sozialen Aufräumarbeiten größeren Ausmaßes. Waren die Küstenregionen zuvor Siedlungsgebiet einer ärmeren Bevölkerung, so wird diese nun von den Küsten vertrieben. Gleichzeitig werden die Küsten privatisiert sowie die Fischereihäfen neoliberal internationalisiert, was vielen vom Fischfang lebenden Einheimischen die Lebensgrundlage entzieht. Nur Spenden, die zivilen Sozialakteuren vor Ort zugute kommen, seien daher gut eingesetzt, lautete das Fazit des Podiums.

Auch die Veranstaltung "Gesundheit als Recht oder als Norm" zeigte, wie vielfältig das Feld "Gesundheit" von Süd und Nord besetzt ist. Ländern des globalen Südens können oftmals mangels Geld keine Gesundheitsvorsorge gewährleisten. Die von Weltbank und anderen Institutionen auferlegte neoliberale Wirtschaftsordnung sorgt dafür, dass selbst gesund erhaltende Grundgüter wie Wasser privatisiert werden. Währenddessen wird "Gesundheit" im Globalen Norden zunehmend zu einem individualisierten Gut, das durch eine gesteigerte "Sorge um sich" aufrecht erhalten werden soll. Wie ein Vertreter der Behindertenbewegung verdeutlichte, steckt hinter der auferlegten Selbstverantwortung vor allem der Zwang, gesund zu sein: Etwas, das von nichts und niemanden gewährleistet werden kann. In dem Spagat zwischen einem auferlegten Gesundsein und dem Anspruch auf eine weltweite gesundheitliche Fürsorge für jede/n, herrschte vor allem Einigkeit darüber, dass die Definition und Kontrolle darüber den großen Konzernen entzogen werden muss.

Handlungsfähigkeit stärken

Auch das Forum "Kolonialismus" zeigte, wie unterschiedlich die thematischen Zugänge sind, die nicht ohne weiteres nahtlos ineinander greifen. Sollten einerseits historische Wissenslücken, insbesondere den deutschen Kolonialismus betreffend, aufgearbeitet werden, ging es andererseits um Kontinuitäten, Brüche und aktuelle Entwicklungen sowohl in Deutschland als auch in ehemaligen Kolonialgebieten. Es wurde deutlich, dass die

deutsche Asylpolitik auf ältere koloniale Konzepte zurückgreift - so gab es bereits in der Weimarer Republik die Residenzpflicht, die durch eine so genannte Legitimationskarte durchgesetzt wurde, existierte ein Inländerprimat und ein nie durchgesetztes Rotationsprinzip. Auf anderen Ebenen führte der Bruch mit postkolonialen Strukturen, wie z.B. der wirtschaftlichen Abnahmeverpflichtung der EU gegenüber den AKP-Staaten (Asien, Karibik, Pazifik) neue Formen wirtschaftlicher Herrschaft herbei, da diese Staaten ihre Produkte nicht mehr Gewinn bringend verkaufen können. Erst der Aufbau von Regionalstrukturen und regionalen Handelsnetzwerken würde deren Handlungsfähigkeit stärken.

Im Bereich Arbeit ging es nach Aussage von Beteiligten vor allem darum, Alltagserfahrungen zu politisieren und zu kollektivieren. Begriffskonjunkturen wie "Aneignung" und "Selbstorganisierung" wurden kritisch hinterfragt, Vorstellungen einer vollständigen "Autonomie" und Kampagnenmentalitäten dekonstruiert. "Es geht nicht nur darum, dass wir selbst den Kuchen backen," fasste ein Beteiligter die Stoßrichtung zusammen. "Wir müssen uns auch fragen, ob wir ihn mit einem anderen Rezept backen. Schließlich formt der Kapitalismus auch Subjektivitäten." Ein anderer fügte hinzu: "Und wir müssen aufhören, Widerstand sofort in Sichtbarkeiten zu übersetzen. Vieles Widerständige geschieht, dass sich unserer Wahrnehmung entzieht."

In diesem Sinn muss es auch darum gehen, eigene Sichtweisen immer wieder zu entgrenzen und Voraussetzungen für einen wirklichen Dialog zu schaffen: Auch mit jenen, die "wir" noch nicht kennen und über das, was "wir" nicht wissen. Gerade weil der BUKO 28 der Komplexität und Widersprüchlichkeit Raum gegeben hat, hat er genau diese Bedingung gestiftet. Man hofft, dass es entlang dieser Linien, trennend und verbindend, weitergeht: Ins Neuland, auf unsicheren Grund.

Doro Wiese

39. Militarismus im humanitären Gewand. Abschaffung der Wehrpflicht allein ist nicht Friedenspolitik

Autor: Vo · Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr · CD-Datei: daten/aksuche/ak495/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:495:25

Dieser Diskussionsbeitrag bezieht sich auf den ak-Artikel "Verweigerung, Ächtung, Sabotage" von der Initiative "Wiederentwaffnung jetzt!" in ak 493 (Seite 6). Der Autor setzt sich mit den Erschwernissen einer Kampagne "Wehrkraftzersetzung" im heutigen Zeitalter der Umstrukturierung und "Umdefinition" der Bundeswehr auseinander. "Zersetzen ist ein Weg der vielen kleinen Schritte", so der letzte Satz im Artikel der Initiative "Wiederentwaffnung jetzt!". Dies ist ein solcher kleiner Schritt.

Die Anregung der Initiative "Wiederentwaffnung jetzt!" zu einer Kampagne aus Anlass des 50. Jahrestages der Wiederbewaffnung ist sehr begrüßenswert. Begeistert geradezu bin ich von der zentralen Ausrichtung der Kampagne am Begriff der Wehrkraftzersetzung. Das ist agitatorisch sehr gelungen: Ein in der herrschenden Meinung (also: der Meinung der Herrschenden) durch und durch negativ besetzter Begriff wird positiv gewendet: Ja, linke AntimiltaristInnen bekennen sich offensiv zur Zersetzung, denn das, was da zersetzt werden soll, hat nichts anderes verdient. Zudem gibt der Begriff gleichermaßen ein Ziel und einen Prozess auf das Ziel hin an, ist also von strategischer Qualität. Auch die drei strategischen Säulen Verweigerung, Ächtung und Sabotage überzeugen. Allerdings: Hier fangen meines Erachtens auch die Schwierigkeiten an, die ich zu Bedenken geben möchte.

HelferInnen in Uniform

Mit der Verweigerung wird das künftig problematischer. Der Trend von der Wehrpflicht- zur Berufsarmee ist eindeutig. Während uns die Grünen die Abschaffung der Wehrpflicht immer noch als einen friedenspolitischen Fortschritt verkaufen wollen, ist doch klar, dass das lediglich zur Steigerung der Schlagkraft und Effizienz einer auf Militärinterventionen fern der Heimat ausgerichteten Militärmaschinerie dienen soll. Es ist Bestandteil der Umrüstung, kein Abrüstungsschritt. Kriegsdienstverweigerung als politischer Akt ist dann nicht mehr möglich. Und so leicht, wie die Initiative es darstellt - "aus Verweigerung wird Desertion" - wird mit diesem qualitativen Wandel nicht umgegangen werden können. Objektiv sind die Hürden für Desertion sehr viel höher als für Kriegsdienstverweigerung nach heutigem Muster. Und subjektiv werden Menschen, die sich ganz bewusst für den Soldatenberuf entschieden haben, sich hiermit sehr viel stärker identifizieren als Leute, die lediglich einen Zwangsdienst (Wehrpflicht) ableisten; an sie wird also auch sehr viel schwerer heranzukommen sein. Das militärische Geschäft an eine Gruppe von SpezialistInnen zu übertragen, die entsprechend den Prinzipien einer hochgradig arbeitsteilig organisierten Gesellschaft ihren Job weitgehend abgetrennt von der übrigen Gesellschaft - und dazu auch noch weit weg am Hindukusch oder anderswo - erledigt, erleichtert den Herrschenden ihre Politik ungemein. Und erschwert antimilitaristische Politik. Darüber sollte man nicht leichtfüßig hinweggehen. Wohlgemerkt: Dies ist kein Plädoyer für die Beibehaltung der Wehrpflicht, sie ist - wie jeder andere Zwangsdienst auch - abzulehnen und abzuschaffen. Doch unter den heutigen Bedingungen ist eine Aufhebung der Wehrpflicht allein kein friedenspolitischer Fortschritt.

Ähnlich problematisch ist es mit der "gesellschaftlichen Ächtung des Militärs". Mensch muss sich der Realität stellen, dass die Bundeswehr heute mit einem ganz anderen Image nach außen verkauft wird, ein ganz anderes Selbstbild vertritt als frühere deutsche Armeen und auch noch die Bundeswehr des Kalten Krieges - und dass auch das Selbstverständnis vieler Bundeswehrangehöriger ein anderes ist. Es ist nicht mehr das Bild einer Kriegsmaschine, die auf die Erkämpfung militärischer Siege ausgerichtet ist. Vielmehr sind es KrankenpflegerInnen in Uniform - erinnert sei an die "Engel von Pnom Phen" -, BrunnenbauerInnen in Uniform (in Somalia), SchülerlotsInnen in Uniform (in Kosovo), AusbilderInnen in Uniform (in Afghanistan), die nur quasi nebenbei auch noch bewaffnet und zum Töten ausgebildet sind - für alle Fälle, um gegebenenfalls die SchülerInnen vor den "Bösen" schützen und den Brunnenbau auch gegen Leute, die etwas gegen frisches Wasser haben, durchsetzen zu können. Dies ist zugegebenermaßen eine Überspitzung, die das Problem verdeutlichen soll. Und hier einfach "Lügen und Täuschungen" anzuprangern - die es zweifellos auch gibt, und das nicht zu knapp - reicht meines Erachtens nicht hin. Schließlich werden ja tatsächlich Brunnen gebaut und Schüler beschützt. Und waren es nicht Militärs, die den Überlebenden der Tsunami-Katastrophe schnell und umfassend zur Hilfe eilten?

Mensch muss damit rechnen, dass sich sowohl die Bundeswehr als Ganzes in ihrer Selbstdarstellung und die einzelnen Bundeswehrangehörigen in ihrer Selbstrechtfertigung auf dieses Bild einer "helfenden Armee" berufen werden, was ihnen - um auch das anzusprechen - von Teilen der Szene der Nichtregierungsorganisationen leicht gemacht wird, weil die sich auf "zivil-militärische Zusammenarbeit" einlassen, also z.B. ihre Wiederaufbau- oder Versöhnungsprojekte in Nachkriegsgesellschaften militärisch schützen lassen. Wenn man tatsächlich die "gesellschaftliche Ächtung" des Militärs erreichen will, muss man sich ernsthaft und sogar primär mit diesen neuen "soften" Erscheinungsformen auseinander setzen; eine Kritik, die sich auf Anprangerung alter verstaubter Formen des Militarismus beschränkt, die es zweifellos weiterhin gibt, reicht nicht aus.

Wurmfortsatz militaristischer Politik

Den alten "Kommisskopp"-Militarismus zu entlarven, ist ja relativ einfach, da hatte es Tucholsky seinerzeit leichter als AntimilitaristInnen heute. Den heutigen rot-grünen Militarismus zu kritisieren ist schwerer, hüllt er sich doch in ein internationalistisches und humanitäres Gewand. Der "verteidigungspolitische Sprecher" der Grünen, Winni Nachtwei, ist zum Beispiel ein Vertreter dieser Linie: selbst aus der Friedensbewegung der 1980er Jahre kommend, auch heute noch das Gespräch mit friedensbewegten Menschen suchend, persönlich integer - und völlig überzeugt von der heutigen Form rot-grüner "Friedenspolitik". Da "Verrat" zu rufen ist zu platt. Verlangt ist mehr. Etwa eine Kritik der zivil-militärischen Zusammenarbeit, die die zivile Komponente der militärischen Logik ein- und unterordnet. Oder die Kritik der gesellschaftlich verheerenden Folgen auch vorgeblich "guter" Militäreinsätze wie der UN-Blauhelmeinsätze, die nicht zuletzt zur Beförderung von Zwangsprostitution durch UN-Einheiten führen. Oder mensch muss die Absurdität aufzeigen, die darin liegt, SoldatInnen für klassische Entwicklungsaufgaben einzusetzen, sowohl was Kosten als auch Ausbildung anbelangt.

Und nicht zuletzt muss mensch sich mit der von der rot-grünen Regierung deklaratorisch so groß herausgestellten "Zivilen Krisenprävention", einschließlich solcher praktischer Komponenten wie dem "Zivilen Friedensdienst", auseinander setzen und deutlich machen, dass es sich hierbei gegenwärtig lediglich um einen Wurmfortsatz militaristischer Politik handelt. Kurz: Es muss klar werden, dass die "guten" Elemente einer militärischen Logik ein- und untergeordnet sind, die sie pervertiert, da die Logik des Militärs letztlich die Logik des Zwangs, der Gewalt und des Tötens ist.

Absurdität neuer Aufgabenfelder

Und nicht zuletzt sollte man Alternativen aufzeigen, wie denn alle diese "guten" Dinge - Brunnen, Schulausbildung, Frieden - (nur) erreicht werden können ohne das Militär. Das Bedürfnis, "Gutes" tun zu wollen, sollte ernst genommen werden: bei den Menschen aus den NGOs, die sich auf zivil-militärische Zusammenarbeit einlassen, und auch bei den individuellen Bundeswehrangehörigen; und es sollte aufgezeigt werden, warum das mit und im Militär nicht geht. Nur so wird sich eine gesellschaftliche Ächtung des Militärs unter heutigen Bedingungen erreichen lassen.

Ich wünsche der Initiative "Wiederentwaffnung jetzt!" viel Erfolg.

Vo

40. Prekäre Zeiten in der Linken. Einige Anmerkungen zur Debatte um Prekarisierung

Autor: J.D. Tussle, Lieselotte Hubbub · Rubrik: Sozialbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak495/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:495:27

Die Parade der "Prekarisierten", der euromayday am 1. Mai 2005 in Hamburg, ist vorbei. Doch der Begriff "Prekarisierung" geistert weiter durch die Linke. In den vergangen Monaten wurden auch in ak (485, 492, 494) und in Fantômas (Nr. 6) die Debatte um "Prekarisierung" geführt. Welche Perspektiven für einen Widerstand bietet jedoch die Auseinandersetzung darum? Der folgende Beitrag stellt eine Zwischenbilanz dar und wirft einen kritischen Blick auf das schon von manchen ausgerufene "Prekariat".

Die prekären Verhältnisse zum Tanzen bringen!", "Prekarisierung kippen!" oder auch "Wischmopp, Laptop neu vernetzt, dem Pre-ka-ri-at reicht es jetzt!". So oder so ähnlich könnten Flugblatt-, Transpi- und Demosprüche in nächster Zeit wohl lauten. Nachdem die radikale Linke in der BRD seit ca. zwei Jahren die Frage nach sozialem Widerstand umtreibt, immerhin nach fast 20-jähriger Pause, will sie sie nicht mehr loslassen: Sozialforen und Großdemos gegen Sozialabbau, Aneignungsdebatte und Umsonst-Kampagnen, Anti-Hartz-Proteste, die Aktion Agenturschluss oder auch militante Aktionen gegen Arbeitsämter sind Beispiele für eine experimentelle Annäherung an mögliche Antworten. Mehr und mehr werden auch (wieder) die Arbeitsverhältnisse selbst mit dem Fokus auf ihre Prekarisierung in den Blick genommen. Im letzten Jahr gab es dazu Broschüren und Schwerpunkte in verschiedenen linken Zeitschriften (arranca 31, Fantômas 6, analyse + kritik), Prekarisierung war zudem Thema des euromayday, und auch auf dem diesjährigen buko in Hamburg wurde dazu debattiert.

Wie kommt es, dass radikale Linke um den Begriff Prekarisierung kreiseln und sich neuerdings sogar - zumindest teilweise - unter diesem Schlagwort organisieren wollen? Ein Punkt, der als Begründung für die große Popularität der Thematik angeführt wird, ist die eigene Betroffenheit. Wir alle seien prekär Beschäftigte und würden es immer mehr. Das sei zum einen so, weil es keine anderen Jobs mehr gebe, aber auch, so die These, weil wir es gar nicht anders woll(t)en. Ja, wir Linke seien sogar diejenigen, die mit ihrem Wunsch, aussteigen zu wollen aus Arbeitszwang, Leistungsdruck und spießbürgerlicher Normalität, die Prekarisierung in ihrem aktuellen Ausmaß erst möglich gemacht haben. Beides, die eigene Betroffenheit als Ausgangspunkt für eine Organisierung als Prekarisierte und die These von der Prekarisierung von unten, wollen wir kritisch beleuchten. Außerdem ist es unserer Ansicht nach wichtig, antifeministischen Roll-Back, Standortnationalismus und Rechtspopulismus als "Nebenwirkungen" von Prekarisierung mit in die Debatte einzubeziehen (wie es bisher unserer Einschätzung nach nur die Gruppe Blauer Montag in ak 485 und kürzlich Dirk Hauer als Einzelperson in ak 494 getan haben). Am Ende findet ihr dann (vielleicht etwas überraschend) eine Begründung, warum wir es trotz aller Kritik richtig und wichtig finden, sich gegen und entlang von Prekarisierung gemeinsam zu organisieren. Also los ...

Sowohl in der Fantômas Nr. 6 ("Prekäre Zeiten") als auch in der arranca 31 ("age of precarius") berichten auf die eine oder andere Art "Prekarisierte" über ihren subjektiven Umgang mit entgrenzter Arbeitszeit, schlechter Bezahlung, Konkurrenz etc. Beide Hefte legen einen Schwerpunkt auf diese Berichte, was den Eindruck erweckt, diese subjektive, durchaus unterschiedlich beschriebene Betroffenheit sei in der radikalen Linken momentan der Ausgangspunkt des politischen Kampfes gegen Scheiß-Arbeitsverhältnisse.

Wir bezweifeln nicht, dass die Tatsache, dass uns prekäre Arbeitsverhältnisse als Linke auch betreffen, auch relevant war und ist für die Motivation, sich wieder mehr der sozialen Frage zuzuwenden. Wir sind allerdings der Meinung, dass weniger die eigene Betroffenheit als vielmehr politische Debatten an Unis und in Gewerkschaften sowie besonders vereinzelte Erfolge von Initiativen, in denen sich gesellschaftlich marginalisierte Gruppen oder prekäre Beschäftigte zusammengeschlossen hatten, Teile der Linken dazu brachten, zum Thema Prekarisierung aktiv zu werden. Gemeint sind Erfolge bzw. Kämpfe von Gruppen in Frankreich (Sans Papiers, Intermittents, Arbeitsloseninitiativen) und Spanien (prekarias a la deriva). Dem Bezug auf die Kampagnen und Kämpfe folgte die Übernahme des sie prägenden Mottos, das der gemeinsamen Organisierung zum Erfolg half: Prekarisierung. Kurz: Der Aktivismus auf diesem Feld ist eher einem strategischen Interesse geschuldet, so unsere These. Explizit formuliert dies z.B. Gregor Zattler in arranca 31. Hinzu kam, dass mit der aktuellen Arbeits- und Sozialpolitik der rot-grünen Bundesregierung die

Verschlechterung von Arbeits- und Lebensverhältnissen auch hier zu Lande stärker Thema wurde und die Linke (sinnvollerweise) nach neuen Widerstandsperspektiven suchte.

Wir sind sehr betroffen

Die größere Bedeutung der politischen Konjunkturen im Vergleich zur eigenen Betroffenheit für die Themenwahl "Prekarisierung" zeigt sich unserer Ansicht nach auch daran, dass letzterer immer noch individuell begegnet wird, mit sehr wenigen Ausnahmen. Der Widerspruch, auf der einen Seiten um die Abschaffung des Kapitalismus zu ringen, sich auf der anderen Seite letztlich aber auf individuelle Taktiken (und Qualifikationen) zu verlassen, ist nicht neu. Aber: Individuelles Rumwurschteln und das Konkurrieren um Jobs auch innerhalb der Linken haben tendenziell eher zugenommen - wir sehen das als einen deutlichen Unterschied zu den 1980er Jahren -, eine gemeinsame Organisierung bleibt vielfach aus. Erklärbar wird dies unserer Meinung nach dadurch, dass es bei JobberInnen- und Erwerbslosenberatung heute nicht mehr darum geht, sich gegenseitig über offene Jobs zu informieren oder über Rechte aufzuklären. Es gibt schlichtweg kaum (bzw. keine) Jobs, und alle - auch radikale Linke - konkurrieren verschärft untereinander um die, die es gibt - wir verweisen hier nur auf Phänomene wie die Homepage www.jobdumping.de. (1) Zudem gibt es mittlerweile weniger Rechte und Taktiken, die allen Arbeitslosen- und Sozialhilfe garantieren und die ich nur kennen muss, um Geld in Anspruch nehmen zu können (hierauf verweist auch die Gruppe Blauer Montag in ak 485). Durch die stärkere Betonung der Einzelfallbehandlung in den "Arbeitsagenturen" mit Hartz-IV hat der Handlungspielraum (und damit die Willkür) der einzelnen SachbearbeiterInnen (jetzt: "Fallmanager") deutlich zugenommen.

Der Versuch, sich entlang dem Schlagwort "Prekarisierung" zu organisieren, ist also nicht so sehr als (kollektive) Reaktion auf die eigene Betroffenheit zu interpretieren. Vielmehr dient er dem Ziel, das eigene Bündnis und damit möglichen Widerstand zu verbreitern. Dies zeigt sich am deutlichsten dann, wenn bewusst mit einem extrem breiten Begriff von Prekarisierung gearbeitet wird. Ein Beispiel ist die erwähnte Mobilisierung zur euromayday-Parade am 1. Mai in Hamburg. Im Aufruf heißt es: "Ob hoch oder niedrig qualifiziert, Ausbildungen oder keine, wir arbeiten in X Jobs. Mobilität und Zeitmanagement sind unser Kapital. Produktionsmittel? Kein Problem - vom Wischmopp bis zum PC. Wir sprechen deutsch, türkisch, spanisch, polnisch und was so kommt. Viele haben einen unsicheren Aufenthaltsstatus. Ungewissheit dominiert den flexiblen Alltag von LagerarbeiterInnen, Servicekräften, IT-ExpertInnen, allein Erziehenden, SexarbeiterInnen, Ich-AGs und StudentInnen." Wischmopp (7 Euro) und Laptop (1.299 Euro), deutscher Pass - ja oder nein - alles eine Soße? Der Aufruf betont vermeintliche Gemeinsamkeiten in den Erfahrungen, um darüber eine Basis der politischen Organisierung zu schaffen. Leben wir nicht alle ein bisschen prekär? Die Differenzen scheinen zum Zweck des Bündnisses zurückgestellt. Herrschaftsverhältnisse und Hierarchien werden zwar erwähnt, allerdings nur in sehr vager Art und Weise: die globale, prekarisierte Multitude wird sie schon irgendwie abschaffen.

Etwas differenzierter geht es in der arranca zu (vgl. "Prekär und permanent aktiv"). Die Redaktion trennt in "unterprivilegierte Prekarisierte" und "Luxusprekarisierte". Die beiden Gruppen verbinden, so auch hier das Argument, subjektive Erfahrungen von Individualisierung, Stress, Unsicherheit etc. Der erweiterte Begriff von Prekarisierung soll, so unser Eindruck, die Marginalität der eigenen Strukturen aufbrechen. Wir verstehen durchaus den Wunsch, eine politische Organisierung so zu gestalten, dass hier viele verschiedene Kämpfe zusammengeführt werden können. Auch wenn real empfundener Stress und Konkurrenzdruck bei "Hochqualifizierten" und "SpitzenverdienerInnen", "Existenzangst", "Ohnmachtsgefühl" etc. durchaus Anknüpfungspunkt für eine gemeinsame Organisierung bieten könnten, müssen diese hierfür aber nicht in die Gruppe der Prekarisierten addiert werden. Es macht einen Unterschied, ob und wie ich real von der Prekarisierung meiner Lebensverhältnisse betroffen bin oder ob nur die eigene Betroffenheit droht. Wir denken, dass es nicht die Lösung sein kann, die unterschiedlichsten Lebensverhältnisse und verschiedene gesellschaftliche Positionen künstlich unter einem Konstrukt zu vereinen. Zu stark fühlen wir uns an die Fehler der Frauenbewegung erinnert. Der scheinbare Vorteil eines erweiterten Prekarisierungsbegriffs, Politik aus der ersten Person zu machen, selbst betroffen zu sein und als Student mit einer auf sechs Monate befristeten Studistelle in einem Drittmittelprojekt scheinbar vereint mit der illegalisierten Hausarbeiterin ohne jeden Arbeitsvertrag kämpfen zu können, birgt die Gefahr, dass Unterschiede verwischen. Dies macht das angestrebte Bündnis selbst prekär. Dirk Hauer, der dies für die Differenzen zwischen Metropolen und

Peripherie in Anschlag bringt, berichtet von den Problemen, die eine solche undifferenzierte Vereinheitlichung konkret in Bezug auf Organisierung gegen Prekarisierungstendenzen produziert (ak 494).

Die Positionen und Mittel des Kampfes sind nicht gleich und es sind nicht alle gleich betroffen. Sicherlich, wachsender Konkurrenzdruck, Unsicherheit und Lohndumping sind Erfahrungen, die immer mehr Menschen machen, so dass es durchaus verallgemeinerbare Aspekte gibt, gegen die es gemeinsame Strategien geben könnte. Wichtig ist dabei aber eben, sich den Spagat zwischen der Unterschiedlichkeit in den eigenen Erfahrungen und dem Wunsch auf einen breiten gemeinsamen Widerstand nicht allzu simpel durch eine Ausweitung des Prekarisierungsbegriffs zu erleichtern. Dirk Hauer meint sogar, dass "der Prekarisierungbegriff an seine Grenzen gestoßen ist" (ak 494). So weit wollen wir nicht gehen. Nur: Es ist wichtig, die Bedeutung materieller Existenzsicherung und ihrer Unterschreitung als zentralen Aspekt von Prekarisierungsprozessen zu betonen. Der Manager mit einem Halbjahresvertrag ist nicht prekär beschäftigt, die Aushilfe mit einer festen Stelle, die aber bei 40 Stunden die Woche weniger als der Sozialhilfesatz verdient, ist es unserer Meinung nach schon. Wir finden Wortschöpfungen wie etwa "Luxusprekarisierte" oder auch "privilegierte Prekarisierte" (Fantômas 6) deshalb aus der Perspektive des politischen Kampfes nicht sonderlich glorreich. Dies, und nicht der im Prekarisierungsbegriff enthaltene Bezug auf das Normalarbeitsverhältnis als Norm (wie Dirk Hauer in ak 494 meint), ist der identitäre Fallstrick in der Prekarisierungsdebatte. Es gibt kein Prekariat, wir müssen Hierarchien im Blick behalten, um uns gegen Prekarisierungstendenzen gemeinsam wehren zu können.

Die radikale Linke als Avantgarde der Prekarisierung

"Die ersten großen Wellen von prekären, flexiblen Jobs boten Alternativen und Freiräume zu den vorherrschenden normalen Arbeitsverhältnissen." (Aufruf euromayday Hamburg) Nicht nur hier entsteht der Eindruck, die Linke hätte stets für Prekarisierung gekämpft. Die Formulierung "Prekarisierung von unten" findet sich in vielen linksradikalen Debattenbeiträgen (vgl. Gruppe Blauer Montag ak 485, arranca 31, Dirk Hauer ak 494). Die These von der Linken (oder auch von Frauen/der Frauenbewegung) als Vorreiterin für die Entwicklung prekärer Beschäftigungsverhältnisse ist der beschriebenen Relativierung der Bedeutung materieller Standards geschuldet, denken wir. Nicht diejenigen, die sich durch Sozialhilfe oder Finanz-Koops oder JobberInnendasein aus dem allgemeinen Arbeitszwang ausklinken wollten, haben zur Durchsetzung prekärer Beschäftigungsverhältnisse geführt. Vielmehr waren für das Ausbrechen aus der spießbürgerlichen Normalität und die Verweigerung des Arbeitszwangs die Formen sozialstaatlicher Absicherung durch Arbeitslosen- und Sozialhilfe eine wichtige Voraussetzung.

Ein Beispiel: Aus der Perspektive, im Zweifel auf Sozialhilfe zurückgreifen zu können, war eine JobberInnen-Existenz in den 1980er Jahren einigermaßen locker aushaltbar. Ab und zu einige Monate in der Fabrik jobben, den Sommer über nach Spanien trampen, danach wieder ein wenig jobben. Eine solche Situation als prekär zu bezeichnen, weil die Standards des Normalarbeitsverhältnisses für JobberInnen eben nicht galten, mag eine einfach nachvollziehbare Kategorisierung sein. Wir denken aber, dass das zu kurz gegriffen ist. Erst durch die erhöhte Konkurrenz um die Jobs und das Wegfallen sozialer Absicherung ist die JobberInnen-Existenz prekär geworden. Mit dieser Entwicklung geht außerdem eine massive Erhöhung des Arbeitszwangs einher, wie Hartz IV deutlich zeigt.

Auch waren es nicht in erster Linie die Kämpfe gegen die patriarchale Kleinfamilie, die die prekäre Existenz von Frauen als Scheinselbstständige oder Arbeitskraftunternehmerin ermöglicht haben. Dem einzelnen Kapital war Geschlecht und Nationalität immer schon egal, hier zählte und zählt die Mehrwertrate, die durch die Ausbeutung erzielt wird. Dass Frauenerwerbsarbeit sich v.a. in prekären Beschäftigungsformen niederschlug, hat mehr mit der Schwäche als mit der Stärke der Frauenbewegung zu tun. Der Vorteil, den schlecht bezahlten Halbtagsjob mit der Kindererziehung vereinbaren zu können, ist nur einer auf Grund mangelnder Alternativen. Mehr noch: Die Wahl der Vereinbarkeit von Beruf und Familie war und ist für Frauen oft nicht ganz so freiwillig, wie es uns ideologische Verklärungen weismachen wollen. Das zeigt allein schon die schlechtere finanzielle Situation von allein Erziehenden sehr deutlich.

Momentan deutet sich außerdem durch Neuregelungen auf gesetzlicher Seite, d.h. durch die Anrechnung des Einkommens des Lebenspartners auf Sozialhilfe und ALG II, ein zwangsweiser Rückfall in die Kleinfamilie an. Anders als in einer (Zwangs)Einkommensgemeinschaft wie der Ehe, sind Projekte wie Ich-AGs auch gar nicht profitabel durchführbar. Der erweiterte Zugriff auf die Arbeitskraft hat hier eine neue (alte) Basis. Ohne die

kostenlose Reproduktionskraft Zuhause kann niemand 60 Stunden die Woche schuften. Auch wenn diese nicht mehr die Frau sein muss, so ist dies doch mehrheitlich nach wie vor der Fall.

In der These der Linken als Avantgarde der Prekarisierung werden die Normativität der bürgerlichen Existenz (Normalarbeitsverhältnis und Normalbiografie), die aufzubrechen Ziel linker Lebenskonzepte war und ist, mit der Verschlechterung von Arbeits- und Lebensverhältnissen verwechselt. Letztere wurde und wird nicht freiwillig, sondern zwangsweise von vielen Linken in Kauf genommen, um dem "normalen Leben" zu entkommen. Auch die "Flucht aus und vor den Zwängen des Betriebs- und Büroalltags oder den Verfolgungen durch Arbeits- und Sozialämter", wie Dirk Hauer die "Prekarisierung von unten" fasst (ak 494), ist wohl kaum freiwillig. Sie konnte als solche (ja sogar als widerständig) erscheinen, solange neben einer relativen sozialen Absicherung auch die Linke so stark war, dass sie jede Frage nach der Zukunft (und damit auch nach Rente, Gesundheitsversorgung und Pflege im Alter) selbstbewusst mit einem optimistischen Verweis auf die Revolution - nach der alles anders ist - beantworteten konnte. Aber: Prekarisierung ist nicht Effekt des Ausbruchs aus der bürgerlichen Norm, sondern trägt vielmehr dazu bei, bereits brüchig gewordene Normen wieder fest zu zementieren, die entstandenen Risse zu kitten, sei es in Bezug auf Arbeitszwang, Leistungsdruck oder patriarchale Kleinfamilie. Wir sind der Meinung, dass Prekarisierung Ausdruck des verschärften Klassenkampfs von oben ist und keine Tendenz von unten.

Verständlich ist, und daraus resultiert vermutlich die Perspektive auf Prekarisierung als Chance, dass man nicht zurück will zum autoritären Wohlfahrtsstaat mit seinen normativen Lebenskonzepten. Der war und ist nicht Ziel linksradikaler Politik. Aber einfach aus dem Nicht-Zurück-Wollen zu machen, es biete sich durch das Neue eine Chance, ist recht zynisch angesichts der Ausbreitung und Verschärfung von Armut und dem normativen Roll-back in Familienpolitik und Arbeitszwang. Uns wird gerade unsere oder Teile unserer Basis für eine wirksame Opposition gegen das neoliberale Regime genommen. Daran ist nichts positiv. Und es ist nicht rückständig, soziale Sicherung zu fordern bzw. dem Abbau sozialer Sicherungssysteme massiv entgegenzutreten. Denn was wäre gerade sonst die materielle Grundlage für den Aufbau einer neuen Utopie?

Prekäre Zeiten für die Linke

Wir sind an manchen Stellen ziemlich verwundert über den Optimismus, der der Organisierung am Thema Prekarisierung offenbar automatisch anhaftet. Ein Hinweis wie der von der Gruppe Blauer Montag, es sei prinzipiell offen, ob Prekarisierung zu kollektiven emanzipatorischen Kämpfen oder zu herrschaftsförmigen Abwehrmechanismen führe, ist in der Debatte die klare Ausnahme (vgl. Gruppe Blauer Montag, ak 485). Konkurrenzdruck legt, zumal in Deutschland, Standortnationalismus und Rassismus nahe, Leistungsdruck ist anknüpfungsfähig an faschistische Denkformen in Richtung Sozialdarwinismus, das Primat der ökonomischen Effizienz ebenfalls. Diese Anknüpfungspunkte finden sich nicht nur bei der Gruppe der Prekarisierten, sondern insbesondere bei den noch nicht Prekarisierten, die potenziell betroffen sind. Rechte Kritik an "Globalisierung" hat hier eine Basis; Phänomene wie die Nazis auf den Anti-Hartz-Demos und die Wahlerfolge von DVU und NPD sind nicht zufällig. Außerdem gibt es Überschneidungen zur (neuen) Mitte und deren Standortnationalismus, der Effekt und Begründung weiterer Prekarisierung ist. Dies ist wichtig im Blick zu behalten, da anders die stillschweigende Resignation von vielen gegenüber der Verschlechterung ihrer eigenen Lebensverhältnisse in ihrer Funktion zur Stabilisierung des Neoliberalismus bzw. der gesamtgesellschaftlichen Durchkapitalisierung schnell unterschätzt wird. Für den Aufbau von Strukturen, die hiergegen Widerstand leisten wollen, gilt es, auch diese Säule ins Wanken zu bringen. Existenzangst schürt Konformismus, Widerstand bedarf einer materiellen und einer sozialen Basis - und beide sind für die Linke momentan prekär.

Wir sind momentan in einer Situation der Prekarisierung unserer Utopien. Die Nischen, in denen wir hier in den Metropolen zumindest von einer besseren Welt träumen konnten, werden mehr und mehr dichtgemacht. Die Marginalisierung der Linken scheint auch nicht wirklich überwunden. Auch gegen die müssen wir kämpfen, und dabei sehen wir keinen anderen Weg, als uns in die gegenwärtigen Kämpfe um Lebens- und Arbeitsverhältnisse offensiv einzumischen. Der vor allem von der Gruppe FelS stark gemachte Begriff der "experimentellen Praxis" trifft die Situation diesbezüglich erstmal sehr gut. Lasst uns konkret praktisch ausprobieren, wie wir das Fehlen der Utopien schnellstens überwinden und den Kapitalismus selbst prekär machen im Sinne von seine Existenzsicherung angreifen. Das wirkt ein wenig wie eine hohle Phrase, nicht wahr? Es nicht bei Phrasen (und Appellen) zu belassen, wäre ein Anfang. Hierfür müssten wir die radikale

Linke allerdings als sozialen Akteur begreifen, und eben nicht als NGO für die angeblich Stimmlosen - darin stimmen wir der arranca-Redaktion vollkommen zu.

Sich mit Bezug auf die Prekarisierungstendenzen zu organisieren, finden wir nur dann sinnvoll, wenn dies eng gekoppelt ist an die Frage des realen Einkommens. Wir bestreiten nicht das strategische Potenzial des Begriffs, welches sich daraus ergibt, dass Arbeitslose, Ausgeschlossene und "Überflüssige" unterschiedlicher Berufe zusammen kämpfen (könnten). Auch bestreiten wir nicht die Tatsache, dass noch nicht von Prekarisierung betroffene Lohnarbeiterinnen durch diese auch unter Druck gesetzt werden, z.B. durch die Konfrontation mit LeiharbeiterInnen, also konkret durch Konkurrenzdruck, durch Erhöhung der Arbeitsintensität, durch die Verinnerlichung von Marktkriterien und -orientierungen. Daraus ergeben sich auch dann Möglichkeiten für den politischen Kampf, wenn mensch diese Gruppe nicht der Übersichtlichkeit halber in den Wortcontainer "Prekarisierte" steckt. Warum "Prekarisierte" als neue Identität schaffen, statt sich einfach gegen die Prozesse der Prekarisierung zu wehren? In diesem Sinne: Für ein besseres Leben für alle, für die Prekarisierung des Kapitals. Sofort!

J.D. Tussle, Lieselotte Hubbub

Anmerkung:

1) "Sofern Sie auf der Suche nach einem Job, einer Nebentätigkeit oder einer Festanstellung sind, können Sie bei einer der vielen Jobangebote mitbieten. Hier lautet die Devise: Der Bieter mit dem niedrigsten Gebot erhält den Zuschlag, falls sich der Anbieter nicht im Rahmen des Qualification-Catching in den letzten 2 Stunden vor Ablauf der Auktion für einen anderen Bieter entscheiden sollte."

41. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak495/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:495:05

Antisemitismus

Thema des aktuellen Hefts von Mittelweg 36, der Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung, ist der Antisemitismus. Die Frage, ob es einen neuen Antisemitismus gibt, wird in dem einleitenden Beitrag von Klaus Holz klar verneint. Neu sei viel mehr, dass "sich die unterschiedlichsten antisemitischen Gruppen in ihrer Weltanschauung angleichen". Als verbindendes Element sieht Holz den "antizionistischen Antisemitismus"; ob er jede Art von Antizionismus für antisemitisch hält, bleibt offen. Durch diese ideologische Annäherung würden islamisierte, rechtsextreme, marxistisch-leninistische und globalisierungskritische Gruppen sowie die antisemitische Mitte "kooperations- und koalitionsfähig", behauptet Holz. Beispiele für derlei "Koalitionen" kann er allerdings nicht nennen - zum Glück sind die wenigen "Querfront"-Versuche, die es gab, erfolglos geblieben. Weniger grobschlächtig nähert sich Werner Konitzer dem Thema "Antisemitismus und Moral". Im Unterschied zu Holz sieht er Antisemitismus eher als "ein Konglomerat flüchtig erhobener, gleichwohl stets identischer Verdächtigungen und Vorwürfe denn als eine Weltanschauung". Das allseits sichtbare "Bedürfnis nach einem trennscharfen Kriterium", wann eine Äußerung antisemitisch ist, berühre die Grenze zwischen Moral und Konvention. Die Aussage "Bin ich schon antisemitisch, wenn ich frage ..." ziele weniger auf moralisches Handeln als auf die Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft. Deren Normen aber weichen auf, weniger in der öffentlichen als in der privaten Kommunikation. Das zeigt auch Ulrich Bielefeld in seinem Beitrag "Der gegenwärtige Antisemitismus". Es habe den Anschein, "dass zumindest in der Privatsphäre die ‚Judenfrage` konversationsfähig geworden" sei; der drastische Anstieg feindseliger E-Mails, Briefe und Anrufe, die Juden erhalten, macht diesen "Klimawechsel" empirisch fassbar.

Js.

Mittelweg 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung, April/Mai 2005, 100 Seiten, 9,50 EUR

Zwei Helden und eine Prinzessin

Es war einmal ... der Strukturalismus. Dieser war ein bedeutender Herrscher auf dem Gebiet der Analyse. Denn er war im Besitz einer Methode, um die ihn viele andere Machthaber beneideten. Indem er von den Besonderheiten einer Gegebenheit absah, konnte er ihre grundlegenden Strukturen erkennen, die sie mit anderen Konstellationen teilte. So konnte er viele Phänomene der natürlichen Welt durchschauen und über einen Kamm scheren. Und weil ihm die Welt nicht genügte, wendete er sich auch dem Erdachten zu und fand in den tradierten Erzählungen, den Märchen, Mythen und Sagen, immer gleiche Mechanismen. So nahm der Held grundsätzlich sein Bogen /sein Schwert/seine Pistole, verließ Zelt/Hütte/Haus/Burg, musste Mühen/Drachen/Sphinxe/Feinde überwinden und konnte am Ende die Hand der Prinzessin/den Schatz/den Thron erlangen. So weit zum Grundmuster einer Erzählung. Doch was passiert, wenn eine so grundlegende Erzählstruktur zu einem Roman verdichtet wird, der ganz anderen Regeln - des bürgerlichen Subjekts mit seinen Problemen - gehorcht? Mit "Die entführte Prinzessin" von Karen Duve darf man sich amüsieren. Denn auch hier zieht der Held - in diesem Fall sind es zwei Helden - aus, um Drachen und anderen Ungeheuern zu begegnen, das Fürchten zu verlernen und die Hand der Prinzessin zu gewinnen. Aber mit dieser Wiedergabe ist bei Weitem nicht genug gesagt, denn schließlich geht es vor allem um Stolz, unglückliche Liebe, Neid, Freundschaft, Intrigen, Leidenschaften, Trauer, Wehleidigkeit, Verblendung, Eitelkeit, Großzügigkeit und anderes mehr, so dass man am Ende meint, diese seien viel schwerer als alle Rätselsphinxe zu besiegen. Nur wenn der Strukturalismus nicht gestorben ist, leben sie noch heute, und es gibt am Ende ein Happy End.

Doro Wiese

Karen Duve: Die entführte Prinzessin. Eichborn Verlag, Frankfurt am Main, 2005. 397 Seiten., 24,90 EUR

Tochter der Revolution

Eva Broido, geboren am Ende des 19. Jahrhunderts in einem jüdischen Stettl Litauens, schilderte in ihrem 1929 erschienenen Buch "Wetterleuchten über Russland" ihren Weg zur bewussten Sozialistin. Ihre jüngste Tochter Vera (1907-2004) wirft in den eigenen Lebenserinnerungen, die jetzt unter dem Titel "Tochter der Revolution" auf Deutsch vorliegen, einen Blick zurück bis in die 1930er Jahre. Das Buch bietet eine

schwungvoll geschriebene Mischung aus Biografischem, Politischem und Zeitgeschichtlichem. Veras Eltern waren bereits seit 1890 in marxistischen Gruppen aktiv: "Meine Eltern und all ihre Freunde hatten ihr Leben in den Dienst der Revolution gestellt. Sie waren alle bereit, dafür zu sterben. Ich stellte mir die Revolution als etwas unbeschreibbar Herrliches und Wunderbares vor." Weder verherrlicht Vera Broido die Ideale ihrer Eltern, noch distanziert sie sich, als sie selbst sich für einen anderen Weg entscheidet. Zwei Jahre nach der Oktoberrevolution muss die Familie fliehen. Letztlich lässt sie sich in Berlin nieder, wo es eine große russische Exilantengemeinde gibt. Nach Beendigung der Schule soll Vera an der Sorbonne in Paris studieren. Dort absolviert sie allerdings lieber Mal- und Designkurse bei der russischen Künstlerin Alexandra Exter. Schließlich wird sie aus Geldmangel nach Berlin zurückgeholt. 1927 entscheidet sich Eva Broido, für die Menschewiki als Kurierin in die Sowjetunion zu gehen. Dort wird sie verhaftet und kehrt nicht zurück. Ihre Tochter lässt sich auf eine ménage a trois mit dem Künstler Raoul Hausmann und dessen Ehefrau ein. Erst nach sieben qualvollen Jahren gelingt es ihr, Raoul Hausmann zu verlassen, "der an die freie Liebe glaubte, aber die freie Liebe war immer für den Mann, nicht für die Frauen". Vom ungleich schwereren Schicksal ihrer Mutter erfährt sie erst nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der darauf folgenden Öffnung der sowjetischen Archive. "Damals wurde enthüllt, dass Mutter 1940 von einem Militärtribunal zum Tode verurteilt worden war. Während eines erneuten Prozesses war sie dann zu 15 Jahren Haft und schließlich in einem dritten Prozess wieder zum Tode verurteilt worden. Sie wurde am 14. September 1941 erschossen." So enden Vera Broidos Erinnerungen.

Raphaela Kula

Vera Broido: Tochter der Revolution. Erinnerungen, Edition Nautilus, Hamburg, 2004, 192 Seiten, 19,90 EUR

42. LESERINNENBRIEFE

CD-Datei: daten/aksuche/ak495/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:495:23

Geschichte umgedeutet?

Betr.: ak 494, Interview mit Herma Römer und Aly-Rezension

Zweierlei erscheint mir in den insgesamt lesenswerten geschichtspolitischen Beiträgen in ak 494 kritikwürdig. Zum einen Herma Römers unvermittelte - und historisch eindeutig falsche - Formulierung von den "Stalinschen Vernichtungslagern". Schon bei den Nazi-Lagern muss zwischen Konzentrations- und Vernichtungslagern unterschieden werden. Letztere sind in der Enzyklopädie des Holocaust so definiert: "Diese Lager hatten einen einzigen Zweck: die heimliche Ermordung der Juden ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht ... Wer in ein Vernichtungslager kam, wurde, auch wenn er oder sie arbeitsfähig war, ermordet." (S. 1494) Vernichtungslager waren Chelmno, Belzec, Sobibor und Treblinka; Auschwitz war beides: Vernichtungslager und KZ. Natürlich wurden auch in den übrigen Lagern Hunderttausende ermordet oder starben an Hunger, Entkräftung und Krankheiten.

Die sowjetischen Lager zur Zeit des Stalinismus dagegen waren Arbeitslager für vermeintliche "Staatsfeinde", "Konterrevolutionäre" oder "kriminelle Elemente"; die Häftlinge wurden brutal ausgebeutet und lebten unter unmenschlichen Bedingungen, so dass Hunderttausende von ihnen starben. Ihr Tod wurde billigend in Kauf genommen, er war aber nicht das Ziel der Haft. Die Sterblichkeitsrate lag zwischen zwei und zehn Prozent (so der in diesem Zusammenhang wohl "unverdächtige" Historiker Nicolas Werth im "Schwarzbuch des Kommunismus"). Hier zu differenzieren und auf sprachlicher Genauigkeit zu bestehen, ist unverzichtbar, wenn man nicht ungewollt falschen Gleichsetzungen von Nazismus und Stalinismus Vorschub leisten will.

Meine zweite Kritik betrifft Detlef Hartmanns Rezension von Götz Alys Buch "Hitlers Volksstaat". Alys Forschungen mögen, so weit sie bislang unbekannte oder vernachlässigte Fakten ans Licht gebracht haben, verdienstvoll sein. Seine Deutung des Holocaust dagegen ist grotesk - und ausgerechnet die macht Hartmann sich zu eigen, wenn er schreibt: "Alys Recherchen haben durchaus Lob verdient. Er beleuchtet die ‚gewaltige Raubmaschinerie` von allen Seiten, denn: ‚Der Holocaust bleibt unverstanden, sofern er nicht als der konsequenteste Massenraubmord der modernen Geschichte analysiert wird.`" Der Satz, den Hartmann hier zustimmend zitiert, steht leicht abgewandelt auch in Alys Interview in der taz vom 15.1.2005. Um das Missverständnis auszuschließen, es könnte sich lediglich um Mord in Tateinheit mit Raub handeln, hat Aly hier noch den Satz angefügt: "Es ging vom ersten Tag an um Geld." Die Bereicherung also soll das Motiv für den Mord an sechs Millionen Jüdinnen und Juden gewesen sein! Das fällt nun hinter alles zurück, was in dieser Zeitung seit mindestens zehn Jahren zu diesem Thema geschrieben worden ist, zuletzt in ak 492. Um peinliche Selbstzitate zu vermeiden, verweise ich auf Yehuda Bauers Sicht der Dinge: "Gewiss wurden enorme Anstrengungen unternommen, die Juden ihres Eigentums zu berauben oder sich dessen zu bemächtigen, nachdem man sie ermordet hatte. Doch kein ernst zu nehmender Historiker hat jemals behauptet, Raub sei das grundlegende Motiv für den Mord gewesen. Raub ergab sich als Folge der Shoah, war jedoch nicht ihre Ursache." (Die dunkle Seite der Geschichte, Frankfurt am Main 2001, S. 72)

Für eine Umdeutung der Shoah besteht auch nach Erscheinen von Alys Buch kein Anlass.

Js.

Schöne Ausgabe!

Betr.: ak 494

Eine ganze Reihe von interessanten Beiträgen zur europäischen (Italien) und außereuropäischen (Iran, Kolumbien) Politik. Sehr verdienstvoll Stefanie Graefes Buchvorstellung von Alain Ehrenbergs Diagnose des "erschöpften Selbst" unter der Überschrift "Wir Depressiven". In der FAZ wurde das Buch höhnisch abgekanzelt, ohne die zentralen Thesen überhaupt zu referieren. Auch zu loben, dass die Redaktion diesen Artikel online bereitgestellt hat.

Es machte Spaß, an dieser Ausgabe auch Freunde und Bekannte teilnehmen zu lassen.

Dietrich Marquardt

Super!

Betr.: Handreichungen zum Klassenkampf

Eure neue Rubrik gegen neoliberale Lügen & Märchen finde ich super!

Olaf

43. An unsere AbonnentInnen

CD-Datei: daten/aksuche/ak495/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:495:34

Wir vom ak-Vertrieb hatten euch in ak 492 einen Brief geschickt. Wir möchten uns bei den vielen AbonnentInnen bedanken, die reagiert haben. Aber wir hätten auch ein paar mehr Reaktionen verkraftet und wollen deshalb noch einmal nachhaken, und ein paar neue Geschichten haben wir auch noch für euch.

Preisfrage: Wie viele ak-AbonnentInnen haben E-Mail?

Für die richtige Beantwortung dieser Frage könnten wir einen guten Preis aussetzen - ein Freiabo für ein Jahr oder eine ak-CD etwa. Aber besser ersparen wir euch diese vergebliche Schnäppchenjagd - ihr würdet sowieso nicht darauf kommen, so bitter wenige E-Mail-Adressen haben wir, wenn wir von der Zahl der uns bekannten ausgehen. Wir wollen - so hatten wir euch mitgeteilt - durch die Kommunikation per E-Mail die ansonsten in diesem Jahr anfallenden Porto-Mehrkosten von ca. 1.500 Euro sparen.

Wir bekommen immerhin ca. 80% aller Mitteilungen, Fragen und Bestellungen von euch per Mail, und diese Adressen haben wir natürlich gespeichert. Allerdings haben wir eine direkte Antwort auf unsere Bitte nur von 2% unserer AbonnentInnen bekommen. Also bleibt unser Wunsch: Schickt uns doch mal eine Mail an vertrieb@akweb.de.

Es lebe die Bürokratie!

Wir hätten gern schon längst auch auch die Rechnungen und Mahnungen per E-Mail verschickt; technisch haben wir alles parat, und das würde echt sparen helfen. Da gibt es aber leider eine lästige bürokratische Hürde, gegen die wir noch vergeblich anrennen: Die Banken wollen im Moment nämlich nur bunte und kartonierte Überweisungsvordrucke akzeptieren. Das ist vor allem eine klassische bürokratische Hürde.

Wie finde ich meine Abonummer?

Auch bei uns in Vertrieb und Buchhaltung gibt es Bürokratie, alle unsere AbonnentInnen werden nämlich unter einer Abo-Nummer geführt. Es ist für uns sehr wichtig, dass ihr diese Nummer angebt, wenn ihr uns schreibt oder eine Nachricht auf dem Anrufbeantworter hinterlasst.

Zur Veranschaulichung ein für uns eher peinliches Beispiel. Die Geschichte ist real, die Namen sind frei erfunden. Uns ruft eine Abonnentin Friederike Meier an und teilt uns ihre neue Adresse mit. Die nehmen wir auf. Drei ak-Ausgaben teilt uns eine (andere) Kundin Friederike Meier mit, sie bekomme seit drei Monaten ak nicht mehr - eine Verwechslung also.

Schlimm wird es für uns auch, wenn Fritz Schultze aus Hintergrund für Ulrike Schmidt aus Förderstadt das Abogeld überweist und nur Fritz Schultze drauf steht, das kommt nämlich auch vor. Das Lösen eines solchen Rätsels kann durchaus mal eine Stunde in Anspruch nehmen.

Es ist auch gar nicht so schwer, die Abonummer zufinden. Sie besteht aus fünf Ziffern im Nummernkreis zwischen 50000 und 69999. Die Nummer steht auf allen unseren Briefen, in euren Kontoauszügen, wenn wir abbuchen, und auf allen Rechnungen und Mahnungen - und vor allem auf allen unseren Etiketten beim ak- und Fantômas-Versand. Diese Abonummer steht auf dem Etikett unter unserem Absender und über eurem Namen: Da gibt es eine Nummernfolge so ähnlich wie: *09479#60045#0494*. Da ist gut versteckt die Abonummer drin, nämlich die in der Mitte. Die erste Nummer ist unsere hoch offiziell erworbene Zeitungsnummer (C 9479 E), die uns berechtigt, am verbilligten Zeitungsversand teilzunehmen. Die letzte Ziffer ist die Ausgabe der Zeitung, mit einer vorangestellten 0.

Wenn ihr umzieht ...

Nach einer neuen Postvorschrift, die im Rahmen einer großen Automatisierung und noch mehr Datensammlung eingeführt wurde, werden alle Adressen elektronisch eingelesen und verarbeitet. Damit das optimal funktionieren kann, gleicht die Post das Leseergebnis mit den realen Adressdaten ab. Das geht natürlich nur, wenn die Post die Adressdaten ihrer Kunden elektronisch führt. Und wie man aus der Werbung der Post weiß, ist sie ja schlechthin das Unternehmen, dass nahezu alle Menschen als Kunden hat. Es wird die Adresse gespeichert, ob jemand umgezogen ist, einen Nachsendeantrag (wohin) gestellt hat, keinen

Nachsendeantrag gestellt hat, die Post nicht weiß, wo er wohnt, jemand verstorben ist, die Annahme bestimmter Post verweigert hat usw. Eigentlich ein politisches Thema nicht ohne Brisanz - vor allem auch, wenn man nachfragt, wer, wie, wann darauf zurück greifen könnte oder darf. An dieser Stelle wollen wir das aber aus unserem mehr fachidiotischen Blickwinkel des Vertriebs weiterverfolgen.

Vor Einführung des neuen Verfahrens bekamen wir pro Ausgabe rund ein Dutzend Etikettschnipsel von der Post zurück, gestempelt mit Vermerken wie "unbekannt" oder "unbekannt verzogen". In seltenen Fällen hatte ein freundlicher Postzusteller die neue Adresse per Hand hinzugefügt.

Für euch ist es wichtig zu wissen, dass sogenannte Massenversendungen, also auch Zeitungen, niemals nachgesendet werden und wurden, da hilft auch kein Nachsendeantrag. Leider werden uns die meisten Adressänderungen erst verspätet mitgeteilt - wenn die Zeitung nicht mehr kommt.

Nebenbei gesagt, pro Ausgabe geht auch mindestens noch ein halbes Dutzend Zeitungen auf dem Postwege verloren, sicher nicht nur wegen interessierter Nachbarn, sondern wahrscheinlich auch als Ergebnis der Rationalisierungen bei der Post. Wenn ihr uns das meldet, schicken wir die Zeitung noch einmal nach.

Im Zeitalter des "Service-Gedankens" und der Rationalisierung trifft man überall am Telefon auf Freundlichkeit trainierte MitarbeiterInnen, die aber von der Sache mehr oder weniger gar nichts verstehen. Im Bereich der Postzustellung hat die Rationalisierung dazu geführt, dass die alte Findigkeit, Post zuzustellen, zu 99% verloren gegangen ist, das würde nämlich Zeit kosten. Da reicht es schon, wenn ihr uns die Hausnummer 11 statt 12 angegeben habt, oder schlimmer noch, zwei Häuser weiter gezogen seid, dann kommt die Post in schönster Regelmäßigkeit nicht mehr bei euch an. (Hatten wir beides in letzter Zeit!)

A propos elektronischer Service

Als modernes Unternehmen arbeiten auch wir ständig an der Verbesserung unseres elektronischen Services. Demnächst werdet ihr auf unserer Web-Seite die neu überarbeiteten Formulare vorfinden, wir arbeiten daran.

Neben vielen anderen Dingen haben wir tatsächlich mindestens eine echte neue Service-Leistung anzubieten. Ihr könnt uns nämlich eine von vornherein befristete Lieferadresse mitteilen, wenn ihr mal ein paar Monate an besseren Orten verweilen könnt oder an schlechteren müsst und dabei die Zeitung nicht missen wollt.

Die entscheidende Verbesserung für uns: Wir haben schon mal für euch angekreuzt, dass ihr uns eine Einzugsermächtigung erteilen wollt.

Bitte, bitte Einzugsermächtigungen

Wir könnten hier komplett unsere Bitte aus ak 492 um mehr Einzugsermächtigungen wiederholen. Leider war die Zahl der Reaktionen aus unserer Sicht ziemlich mickrig.

Wir wissen, dass in unserer Leserschaft das Abbuchungsverfahren nicht unbedingt beliebt ist, und eine Reihe sich das wegen ständig am Limit geführter Konten auch nicht leisten kann. Aber muss das unbedingt die absolute Mehrheit sein?

Ein Abo auf Rechnung verursacht im Schnitt pro Jahr mehr als 3 Euro Zusatzkosten und fast so viel Buchhaltungsarbeit wie alle Einzugskonten zusammen.

Als modernes Unternehmen sollten wir eigentlich eine Marketing- und Strategieabteilung haben, was wir uns bekanntlich nicht leisten können. Eine solche Abteilung hätte folgendes Problem zu lösen: Sollte man die Abos mit Rechnung im Preis nun entsprechend erhöhen, oder sollte man lieber, was wir uns bekanntlich auch nicht leisten können, die Abos mit Einzug entsprechend verbilligen, was ja immerhin ein vielleicht funktionierender materieller Anreiz wäre? Oder sollte man das Thema nicht lieber in die Zukunft schieben, wenn man über die Preise sowieso neu und ernsthaft nachdenken muss?

Das warten wir lieber nicht ab. Wir versuchen es lieber noch mal mit der großen, großen Bitte an euch, uns Einzugsermächtigungen zu erteilen. Ansonsten sind wir ja hoch zufrieden mit euch!

Danke an unsere AbonnentInnen im Ausland

Wir haben für die AbonnentInnen mit Auslandszustellung die schon ganz lange geltenden höheren Gebühren - wie Anfang des Jahres bekannt gegeben - nun durchgängig in Rechnung gestellt. Das habt ihr insgesamt ohne größere Beschwerden hingenommen, noch einmal vielen Dank dafür.

Euer ak-Vertrieb

44. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak495/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:495:41

Dresden-Ahaus-Castoren

Ende Mai soll der erste LKW-Transport von drei Dresden-Ahaus-Castortransporten über die 600 km Autobahn rollen. In Dresden, an der Strecke und in Ahaus sollen Aktionen stattfinden.

Ahaus, 25.5.05 Camp mit Mahnwachen und Kulturveranstaltungen; Hannover, 27.5.05, 16 Uhr Demo; Bad Oeynhausen, 31.5.05 Demo. Weitere Infos: www.nixfaehrtmehr.de

Überlebender von Treblinka

Ein Zeitzeugengespräch mit Samuel Willenberg. Mit dem Überfall auf Polen durch die deutsche Wehrmacht war die Verfolgung der dort lebenden Jüdinnen und Juden besiegelt. Sie wurden entrechtet, enteignet, verschleppt und vielerorts ermordet. Unter dem Namen "Aktion Reinhardt" wurde die Ermordung der rund zwei Millionen Juden des besetzten Polens durchgeführt. Mit dem Beginn der Massendeportationen aus dem Warschauer Getto wurde am 23. Juli 1942 Treblinka als größte der Todesfabriken "in Betrieb" genommen. Bis zum Sommer 1943 wurden in Treblinka etwa 900.000 Menschen ermordet. Im Frühjahr 1943 begann die SS das Lager Treblinka abzubauen und die Spuren des Massenmords zu beseitigen. Unter den verbliebenen etwa 750 Arbeitshäftlingen, deren Vernichtung unmittelbar nach Abschluss der Arbeiten bevorstand, hatte sich eine Widerstandsgruppe organisiert, die einen Aufstand vorbereitete und am 2. August umsetzte. Fast alle wurden während des Aufstandes umgebracht, lediglich 70 gelang die Flucht. Einer von ihnen war Samuel Willenberg.

Hamburg, 26.5.05, 19.30 Uhr, Museum für Hamburgische Geschichte, Holstenwall 24

"Thüringentag" verhindern

Jena 2002, Gotha 2003, Saalfeld 2004 und dieses Jahr soll es nun Weimar sein! So jedenfalls erträumen es sich die Nazis - "Der sogenannte Thüringentag der Nationalen Jugend"! Die Veranstaltung der Thüringer Nazis ist der jährliche Höhepunkt ihrer Thüringer Aufmärsche. Nachdem sie in den letzten Jahren ohne große Außenwirkung auf abgelegenen Plätzen aufmarschierten, ist diesmal der zentralste Platz in Weimar das Ziel! Dieser ist wie fast alles in Weimar eng mit der faschistischen Vergangenheit verbunden. 1926 fand im Theater die Wiedergründung der NSDAP statt und die Hitlerjugend wurde aus der Taufe gehoben. Heute, 79 Jahre später will die "deutsche Jugend" vor diesem Ort aufmarschieren! Trotz des Versuches bürgerlichen Engagements durch ein Gegenfest, wird dies natürlich nicht reichen, den "Thüringentag" für die Nazis zum Desaster werden zu lassen! So rufen AntifaschistInnen unter dem Motto "Have fun - smash Nazi-scum!" dazu auf, sich an den Aktionen zu beteiligen und selber kreativ gegen die Nazis vorzugehen!

Weimar, 28.5.05, ganztägig, rund um den Theaterplatz

Von Genua nach Heiligendamm

Zum Stand der Verfahren zum G8 in Genua und zur Mobilisierung zu den kommenden Gipfeln. Am 7. April begannen die Vorverhandlungen gegen 47 Polizeiangehörige, denen schwere Misshandlungen und regelrechte Folterhandlungen gegen mehrere Dutzend Menschen in der Kaserne Bolzaneto, während des G8-Gipfels in Genua, vorgeworfen werden. Jedoch schon das Verfahren wegen der Tötung des 23-jährigen Carlo Giuliani blieb folgenlos, da es eingestellt wurde. Über die Tragweite der laufenden Verfahren soll informiert werden. Die solidarische Zukunft Europas ist durch mächtige wirtschaftliche Kräfte und höchst autoritäre politische Tendenzen ernsthaft gefährdet. Es ist die Frage nach dieser Zukunft, die sich das nächste Sozialforum stellen muss, das im kommenden Juli in Schottland stattfindet. Veranstaltung mit: Giuseppe Coscione (Genua), Haidi Gaggio (Mutter von Carlo Giuliani), Eva Lindenmaier (Berlin) und F.e.l.S.

Berlin, 3.6.05, 18.45 Uhr, Hauptgebäude der HU, Raum 3075, Unter den Linden 6

Arbeiterunruhe im Weltsystem

Vorstellung des Buchs "Forces of Labor. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870" und Diskussion mit der Autorin Beverly J. Silver (Baltimore, USA). Werden die Arbeiterkämpfe weltweit durch die Globalisierung geschwächt? Verschwindet die Arbeiterklasse mit dem "Postfordismus" gänzlich von der

Bühne? Oder stehen wir vor einem neuen Aufschwung globalisierter Klassenkämpfe, die das kapitalistische Weltsystem erschüttern werden? Veranstaltung von wildcat, noservice und dem Buchladen Schwarze Risse.

Berlin, 1.6.05, 19.30 Uhr, Versammlungsraum Mehringhof, Gneisenaustraße 2a

In Bewegung Bleiben

Der Kongress "In Bewegung Bleiben" setzt sich mit der Entstehung der sozialrevolutionären Bewegung Ende der 1960er Jahre und der daraus hervorgegangenen Stadtguerilla auseinander. Vor allem die Geschichte der "Bewegung 2. Juni" soll beleuchtet werden. Geladen sind verschiedene ReferentInnen, die an den Auseinandersetzungen in den 1960er und 1970er Jahren beteiligt waren. Neben Podien, Vorträgen, Filmen und einer Party wird es eine Ausstellung geben. Sowohl der Kongress als auch die Party sind kostenlos - Spenden willkommen.

Berlin, 3.-5.6.05, Clash, Mehringhof, Gneisenaustraße 2a

Online-Aktivismus

Das Internet als politischer Protestraum. Die Veranstaltung wird die Möglichkeit bieten, sich zum einen über Erfahrungen und inhaltliche Aspekte auszutauschen, zum anderen sich über den anstehenden Prozess gegen Libertad! wegen der Online-Demonstration zu informieren. Dieser Prozess findet am Dienstag, den 14. Juni um 9 Uhr am Amtsgericht Frankfurt statt. (Siehe auch Meldung in Klassen-Gewitter)

Frankfurt, 7.6.05, 20 Uhr, Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5

Hartz IV - Eine Abrechnung

Lesung mit Gabriele Gillen, Autorin des gleichnamigen Buches. Hartz IV markiert die Wende vom Sozialstaat zum Almosenstaat. Hunderttausende werden kein Geld mehr von der Arbeitslosenversicherung bekommen. Von der Solidargemeinschaft, dem Herzstück des viel gerühmten Sozialstaats Marke BRD, zur "Bedarfsgemeinschaft": Für Unzählige bedeutet das den Absturz in die Armut. Die Journalistin Gabriele Gillen rechnet in ihrer zornigen Streitschrift mit den Initiatoren, Multiplikatoren und Profiteuren von Hartz IV ab.

Münster, 9.6.05, 20 Uhr, Frauenstraße 24

45. EDITORIAL

CD-Datei: daten/aksuche/ak495/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:495:45

Die gefühlte Ferienreife in der Redaktion ist gestiegen - trotz hoher Feiertagsdichte im Mai: Tag der Arbeit und Euromayday, BUKO und 8. Mai haben uns politisch und/oder sozial ganz gut auf Trab gehalten. Bei aller Gewichtigkeit der einzelnen Ereignisse und auch der Freude darüber schleicht sich doch eine gewisse Event-Müdigkeit ein. Da kann ein ak-Produktionswochenende, das auf Pfingsten fällt, fast schon entspannend wirken: "Nein, ich fahre nicht weg, ich muss arbeiten". Das Mitleid der Fragenden ist gewiss und auch der Stress entfällt, sich für ein Reiseziel entscheiden zu müssen.

Dabei ziehen wir in dieser Ausgabe eine durchaus positive Bilanz dieses bewegten Monats. Der BUKO in Hamburg, der von ak und Fantômas mitveranstaltet wurde, ging zwar bei einigen stark an die Ressourcen, hinterließ aber auch ein Gefühl von Zufriedenheit: tolle Atmosphäre, viele nette Menschen und anregende Diskussionen.

Auch unser Berliner Korrespondent hatte Ungewöhnliches von der 8.-Mai-Demo zu berichten. So sorgten die Durchsagen des Green-Teams für einige Irritation: "Wir bedanken uns, dass Sie hier sind, und informieren Sie, dass die Nazis noch nicht losmarschiert sind." Nicht wenige ärgerte diese feindliche Umarmung. Und auch die Freude diverser PolitikerInnen über die deutsche Zivilgesellschaft, die sich entschlossen den Nazis entgegen gestellt habe, hatte für die meisten GegendemonstrantInnen einen schalen Beigeschmack. Wenn zeitgleich Bundespräsident Köhler in seiner Festtagsrede den Deutschen eine "Begabung für die Freiheit" attestiert, dann liegt diese Begabung wohl eher darin, sich möglichst schnell und perfekt einem neuen System anzupassen: gestern noch Nazi, heute Demokrat? Kein Problem - die Freiheit nimmt man sich.

Wie mit den Opfern des Faschismus 60 Jahre danach umgegangen wird, zeigt sich am Beispiel Hamburg. Auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslager Neuengamme wurde endlich - nach jahrelangem Kampf - die Justizvollzugsanstalt (sic!), die sich dort bisher befand, verlegt und eine neu gestaltete Gedenkstätte errichtet. Zur Einweihung am 4. Mai lud der Senat die Überlebenden, die an diesem Tag ihre Befreiung feiern, "großzügig" ein. Für die Fahrtkosten allerdings wollte er nicht aufkommen, was faktisch einer Nichteinladung gleich kommt. Auch die Art und Weise, wie die offizielle Gedenkfeier vonstatten ging, verhöhnte die ehemaligen Häftlinge. Sie wurden in Bürgermeister Ole von Beusts Festtagsrede zwar zitiert, kamen aber selbst fast gar nicht zu Wort. Wie in Deutschland 60 Jahre nach der Kapitulation der Befreiung vom Faschismus gedacht wird, ist auch Thema unseres Schwerpunktes.

Nun noch einige Anmerkungen in eigener Sache. Dieser ak-Ausgabe liegt die neue Fantômas bei, die sich mit "ideologischen zäsuren. körper, glaube, raum" beschäftigt. Welche Zäsuren die Fantômas-Redaktion aufspürt, könnt ihr im Editorial nachlesen. Wir möchten euch, liebe AbonnentInnen, noch bitten, aufmerksam den Brief des ak-Vertriebs auf Seite 36 zu lesen. Um Verwaltungskosten einzusparen, sind wir auf eure Hilfe angewiesen. All das, damit ihr auch in Zukunft ak und Fantômas weiter genießen könnt.

ak-Redaktion

46. Quelldatei thema.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak495/thema.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:495:thema

Das Thema: 8. Mai 2005

Große Skandale blieben bislang aus im Gedenkjahr 2005. Auch der befürchtete Nazi-Aufmarsch am 60. Jahrestag des Kriegsendes fand nicht statt. Dennoch bleiben die Erinnerung an die NS-Verbrechen und das Gedenken an die Opfer umkämpft. Zwar leugnet das politische Führungspersonal nicht die deutsche Schuld, hebt aber - wie Bundespräsident Köhler - vor allem "unsere Begabung zur Freiheit" hervor; die "FreiheitskämpferInnen" bei der Bundeswehr sind ausdrücklich mitgemeint. Und in der medial ausgetragenen Opferkonkurrenz geht es zunehmend um das Leiden der deutschen Zivilbevölkerung im Bombenkrieg, der Vertriebenen, der Kriegskinder. Relativierungen entgegenzutreten, wird ohne die Überlebenden des Nazi-Terrors noch schwieriger werden - denn "die moralische Authentizität ist ja immer stärker, wenn die Überlebenden selbst sprechen", sagt der kommunistische Widerstandskämpfer Peter Gingold.